



Politische Berichte

Nummer 26 / 11. Jahrgang

21. Dezember 1990

G 7756 D Preis 1,50 DM

In dieser Ausgabe: USA: „Kein Blut für Öl“ *
Ungarn in „größter Krise seiner Geschichte“ *
Expo 2000: Anziehung für Wachstumsbranchen *
Stahl-Tarif: Zwiespältiges Ergebnis * Kirchensteuer
und Staatszuschüsse

Konjunktur? — Repression!

Koalition vor Problem: Anhang im Westen bei Laune halten durch Ruin der Anhänger (Ost)?

Ein Vielfalt von Vorschlägen, zum Teil widersprüchlich, bestimmen die Berichte über die noch andauernden Koalitionsverhandlungen: Höhere Telefongebühren, aber wie? Mehr Zahlen fürs Auto, durch Vignette für die Autobahn oder jede Straße? Senkung der Sozialhilfeausgaben durch

eine Pflegeversicherung mit Beitragspflicht für Arbeitgeber oder als Zwangs-Privatversicherung? Schärferes Asylgesetz mit Grundgesetzmänderung? Bandenbekämpfung mit Abhören bei jedem oder nur gezielt? Aus dem ganzen läßt sich erst in Umrissen eine Richtung erkennen.

Parlamentarische Regierungen sollen Grausamkeiten zu Beginn erledigen und gegen Ende der Legislaturperiode durch Wohlthaten sich angenehm machen. Der gegenwärtige finanzpolitische Eiertanz deutet aber darauf hin, daß man Schliche für nötig hält. Zum Verständnis der heiklen Situation der Regierung ist ein Rückblick auf die immerhin schon achtjährige Herrschaftszeit des BRD-Bürgerblocks hilfreich.

Kohl und Genscher begannen 1982 unter seltenen wirtschaftlichen Voraussetzungen. Es war möglich, einem erheblich großen Teil der Bevölkerung das Gefühl von Aufschwung und auch tatsächlich höhere Einkommen zu besorgen. Wie? Der Wegfall so vieler sozialer Absicherungen machte die Drohung mit der Arbeitslosigkeit scharf wie seit Ende des Krieges nicht mehr. Die Arbeitsin-

tensität konnte herausgetrieben werden. Daß ein großer Teil der industriellen Arbeitskräfte, aus dem Ausland zugewandert, stets mit Abschiebung bedroht werden konnte, verschärft den Druck noch weiter. Im Endeffekt ergab sich eine Konjunktur, die auf harter Arbeit derjenigen basierte, die dafür nichts bekamen oder sogar eine Verschlechterung hinnehmen mußten. Unter den Benachteiligten dieser Politik haben die so bezeichneten Ausländer die absolute Mehrheit, unter den Begünstigten die so bezeichneten Deutschen. Schon vor dem Anschluß der DDR zeigte sich, wie sehr dieses System begonnen hat, auf Gewalt und Willkür zu fußen. Die bescheidenen Ansätze für ein Ausländer-, in Wahrheit für ein Ansässigenwahlrecht, verwarf das Bundesverfassungsgericht. Zur Verwaltung des Flüchtlingselends, das das

imperialistische Wirtschaften hervorruft, entwickelt die BRD inhumane Techniken.

Seit dem Anschluß der DDR gibt es eine neue, große Gruppe Benachteiligter, die die deutsche Staatsbürgerschaft hat und deren Situation parlamentarisch nicht einfach totgeschwiegen und ignoriert werden kann, den Ausländerämtern vergleichbaren Ostbürgerämtern zur Verwaltung überlassen werden kann.

Nach dem 80er-Strickmuster verfahren verlangte, im Osten breiten werktätigen Massen die sozialen Sicherungen wegzureissen, damit sie sich so billig machen, daß andere davon reich werden können. Dies wollen heißt gleichzeitig: die Freizügigkeit einschränken. Das hat gegenwärtig der Wohnungsmarkt zu leisten, und der Haus- und Grundbesitz wird davon reich. Die endgültige Koalitionsvereinbarung wird darauf hin zu lesen sein, durch welche Maßnahmen die Koalition den Wegzug, die innerdeutsche Wirtschaftsflucht aus vorhandenen und einzurichtenden Niedriglohnzonen, verhindern will. Die Ansiedlung in ihrer Bewegungsfreiheit von vorneher ein beschränkten Flüchtlingen schafft Rechtsformen, die ausweiterbar sind.

Die Regierung legitimiert ihre Geldbeschaffungspläne mit Förderung der Wirtschaftsentwicklung im Osten. Die bisher bekannten Vorhaben greifen alle auf den Lebensstandard der Bevölkerung durch.

Dabei kommt alles auf die ordnungspolitisch flankierenden Maßnahmen an. Konkret geht es darum, zwischen die Ausländer, die bisher als Einwohner zweiter und dritter Klasse verrechnet wurden, und die guten, westlichen Deutschen was Neues einzuschieben. Staatsbürger auf Bewährung. Daß es so was gibt, hat jetzt gerade das Verfassungsgericht entschieden. Staatsbürger auf Bewährung obliegt es, staatstragende Gesinnung nachzuweisen, und solange dies z.B. DDR-gebürtigen Beamten noch nicht gelungen ist, müssen sie mit 70% ihrer früheren, d.h. mit ca. einem Drittel der Westler-Bezüge auskommen. An diesem Vorgang ist die Verquickung des Entlohnungsgedankens mit einer Gesinnungsprobe so beängstigend.

Gewiß scheint: Die Zahl derjenigen, für die sich's lohnen soll, wird bedeutend kleiner sein, und die Zahl, die dafür zu zahlen müssen, erheblich größer als in den vergangenen Jahren. — (alk, maf)



Am vergangenen Wochenende beschlossen die Innenminister und -senatoren der 16 Bundesländer auf ihrer ersten gemeinsamen Konferenz die „offene Beobachtung“ („Auswertung allgemein zugänglicher Informationen“ der PDS zur „raschen“ Prüfung auf „Verfassungsfeindlichkeit“). Bayern hatte sofortige nachrichtendienstliche Überwachung gefordert. — (mak, Bild: af/mz)

Große Koalition in Berlin

Eine starke Regierung gegen die Schwachen

Berlin. Spätestens seit der mit der CDU zusammen durchgesetzten Entscheidung für die Daimler-Benz-Ansiedlung hatte die SPD sich verhalten, als ob sie bereits in einer großen Koalition mit der CDU regierte. Das gipfelte in dem polizeilichen Vorgehen gegen die PDS und der Räumung der Mainzer Straße. Nach dem für die SPD äußerst schlechten Wahlergebnis (ca. -8 % in Westberlin) wird nun auch formell die große Koalition geschlossen. Mit der FDP zusammen hat die CDU zwei Mandate zu wenig, und die SPD will mit AL und PDS nicht.

Am 19.12. ist die nächste große Verhandlungsrunde, bis zur konstituierenden Sitzung des Abgeordnetenhauses am 11.1. soll alles klar sein und Diepgen gewählt werden. Auf dem SPD-Parteitag am 9.12., der die Aufnahme von Verhandlungen absegnete, regte sich kaum Widerstand. Nur Ristock und Prof. Kisker mochten der Regierbarkeit der Stadt nicht alle Prinzipien opfern. Bei den Gesprächen, die bislang stattfanden, haben sich unterschiedliche Vorstellungen vor allem in der Innenpolitik herausgeschält, berichteten Momper und Landowsky übereinstimmend. Die CDU will die freiwillige Polizeireserve erhalten, die Polizei aufrüsten, verdeckte Ermittler verwenden und eventuell Wachunternehmen auf den U-Bahnen einsetzen. Es scheint, daß die SPD, wo sie schon am weitesten gegangen ist, noch weiter gehen muß. Immerhin hat Momper bereits in der Wahlnacht als einen der Fehler der SPD/AL-Koalition die ungenügende Bekämpfung

der ausländischen Jugendbanden bezeichnet. Mit seiner Erklärung, der SPD-Parteitagsbeschuß, an den mit der AL verabschiedeten Gesetzen nichts zu ändern, sei kein unüberwindliches Hindernis, hat der ehemalige Regierende die Hochschullandschaft und das Verkehrskonzept bereits zur Disposition gestellt. Die CDU will unbedingt die Busspuren beseitigen und auf der Avus das Tempolimit aufheben. Dabei waren die SPD/AL-Neuerungen auch im Vergleich zu anderen Großstädten nicht revolutionär. Die Idee vom ökologischen Stadtumbau dürfte mit der erklärten Übereinstimmung zwischen CDU und SPD in Fragen der Investitionsförderung, Gewerberäummierten und Flächenplanung begraben sein. Schnell konnten sich die zukünftigen Regierungsparteien darauf einigen, daß aber der öffentliche Nahverkehr auch gefördert werden soll, ein Wohnungsbauprogramm aufgelegt werden muß, die Mietpreisbindung im Ostteil der Stadt erhalten bleiben soll, die Berlinförderung nicht so schnell abgebaut werden soll. Allerdings bis auf den Nahverkehr werden diese schönen Dinge in Bonn entschieden. Bei einem Finanzloch von ca. 10 Mrd. DM werden eigenständige Entscheidungen schwer fallen. Diepgen hat im Wahlkampf die Angst geschürt, ein „rot-grüner“ Senat werde keine Gelder aus Bonn erhalten. Für soziale Ausgaben wird die kommende Landesregierung vom Bund sicher nicht unterstützt. Der Kanzler hat vorläufig für Diepgen und Momper keinen Termin frei. — (chk)

Gegen türkisches Regime und Golfkrieg



„Keine deutsch-türkische Zusammenarbeit gegen das kurdische Volk!“ „Nieder mit dem Kapitalismus. Es lebe der Bergarbeiterstreik in der Türkei.“ „Nein zum Krieg“ (am Golf). Unter diesen Losungen protestierten am 8. Dezember 3000 türkische und kurdische Demonstranten in Köln gegen die Innen- und Außenpolitik des türkischen Regimes. — (rül)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Kurdistan: Entschädigung für Giftgaseinsatz von BRD verlangt

Der kurdische Oppositionspolitiker Samy A. Rahman, früher Minister im Irak, seit 1974 gemeinsam mit anderen kurdischen Politikern im Untergrund, hat von der Bundesregierung Schadensersatz für die Kurden verlangt, die durch irakisches Giftgas aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Das gegen die Kurden im Irak eingesetzte Giftgas sei mit großer Wahrscheinlichkeit mit Hilfe deutscher Anlagen hergestellt worden, erklärte Rahman der Zeitschrift „Geo“. „Ich bin der Meinung, die Bundesrepublik müßte uns Kurden dafür eine Entschädigung zahlen“, erklärte Rahman der Zeitschrift. — (rül)

TAYAD-Solidaritätsverein in Türkei unbefristet geschlossen

Der Gouverneur von Istanbul hat die unbefristete Schließung aller Einrichtungen des TAYAD-Solidaritätsvereins in der Türkei beschlossen. Die Entscheidung wird begründet mit einer angeblichen „Überschreitung“ von Ziel und Zweck des Vereins. Der Solidaritätsverein besteht vor allem aus Angehörigen von Gefangenen in der Türkei und hat

sich die Unterstützung der politischen und der sozialen Gefangenen in der Türkei zum Ziel gesetzt. Der Verein hatte mehrfach Solidaritätsaktionen mit Hungerstreiks von politischen Gefangenen durchgeführt und war den Behörden deshalb schon lange ein Dorn im Auge. Westdeutsche TAYAD-Solidaritätsgruppen und andere Organisationen haben in Protestschreiben an den Gouverneur die Rücknahme des Verbots verlangt. — (rül)

Ausländer als „Umweltbelastung“ beschimpft

Die Ausländerbehörde in Wiesbaden hat Anfang Dezember einem iranischen Staatsangehörigen die Verlängerung seiner Aufenthalterlaubnis mit der Bedingung verweigert, dies sei als Maßnahme für den Umweltschutz erforderlich. In dem mehrseitigen Bescheid der Behörde heißt es wörtlich: „Die hohe Bevölkerungsdichte in der Bundesrepublik Deutschland und die hieraus resultierenden Umweltbelastungen gebieten es, den Zuzug von Ausländern zu begrenzen.“ (zit. nach: Antifaschistische Nachrichten 26/90, S. 13) Diese rassistische Argumentation, die Ausländer zu Dreckschleudern erklärt und zugleich

die alte faschistische Lüge vom „Volk ohne Raum“ wieder aufgreift, wurde bisher nur von faschistischen Parteien wie ÖDP, NPD und Republikanern verbreitet. Jetzt findet sie Eingang in die Verwaltungspraxis von Ausländerbehörden. — (rül)

Vertreter des PAC in der BRD gestorben

Phillip Modipe Mokgadi, seit vielen Jahren Vertreter der Befreiungsorganisation Pan Africanist Congress of Azania (PAC) im deutschsprachigen Raum und in Italien, ist am 10.12. im Alter von 53 Jahren gestorben. Während der Trauerfeier am 16.12. in Dortmund machten die Vertreter verschiedener Organisationen deutlich, welche Bedeutung Ph. M. Mokgadi sowohl als Vertreter der azanischen Befreiungskampfes, als Gegner des Rassismus und des Siedlerregimes für diesen Kampf hatte, aber auch, wie wichtig er und seine Familie als Anlaufpunkt für viele Südafrikaner war, die wie er aus ihrer Heimat ins Exil flüchten mußten. Auf der Trauerfeier sprachen u.a. Vertreterinnen und Vertreter des ANC, der SAYO, der BCM, des PAC, des niederländischen Azania-Komitees und des BWK. — (uld)

EG hebt wichtige Sanktionen gegen Südafrika auf

Auf dem EG-Gipfeltreffen am 15. Dezember hoben die Regierungschefs der EG-Staaten das 1986 beschlossene Verbot von Neuinvestitionen in Südafrika auf. Das Verbot hatte nur in einigen Mitgliedsstaaten der EG bindende Wirkung. So waren in Dänemark außer Investitionen auch Lizenzvereinbarungen und Investitionen über Drittstaaten verboten, in der BRD galte der EG-Beschluß als „Empfehlung“, in Großbritannien galt das Verbot nur bis Februar 1990, nach der Freilassung Nelson Mandelas hatte die britische Regierung alle Sanktionen aufgehoben. Das Verbot der Einfuhr von Krügerrand-Goldmünzen und Eisen und Stahl soll in der EG fallen, wenn alle politischen Gefangenen freigelassen sind und die Gesetze, die die Rassentrennung nach Wohngebieten festschreiben, aufgehoben sind. Die Ausrottung der Apartheid wird nicht verlangt. Die Aufhebung des Investitionsverbots kam gerade rechtzeitig für große BRD-Konzerne: BMW will in den kommenden vier Jahren 225 Mio. DM, MAN im nächsten Jahr 10 Mio. DM und Hoechst im nächsten Jahr mit 70 Mio. DM die höchste Summe seit Jahren investieren. — (uld)

Aktuell in Bonn**PDS: Ab 7 MdBs Fraktion!**

Nach den bisherigen Bestimmungen kann die PDS im Bundestag keine Fraktion bilden. Der PDS-Parteivorsitzende Gysi richtete am 1. Dezember ein Schreiben an Parlamentspräsidentin Süssmuth mit der Forderung, daß die Mindestzahl von Abgeordneten zur Bildung einer Fraktion — und damit zur Erlangung der entsprechenden Rechte — auf sieben herabgesetzt wird. In diesem Fall würde nicht nur die PDS (17 Abgeordnete), sondern auch Bündnis 90/Grüne (acht Abgeordnete) eigene Fraktionen bilden können. 7 Abgeordnete entsprechen fünf Prozent der 144 Abgeordneten aus der ehemaligen DDR.

Revanchistische Neuzugänge

„Junge Mannschaft der Vertriebenen im Bundestag“ überschreibt das Blatt des revanchistischen „Vertriebenen“verbandes seinen Bericht über die Vertreter des Verbandes im neuen Bundestag. Als Nachfolger von Ex-MdB Czaja ist der Generalsekretär des BdV, Koschyk, in den Bundestag auf der Liste der CSU eingekürtzt. Als weitere „Vertriebenenabgeordnete“, d.h. Verbandsfunktionäre, die jetzt mit Bundestagmandat operieren können, nennt das Blatt sechs weitere Abgeordnete von CDU und CSU: Ortwin Lowack (CSU), Erwin Marschewski (CDU), Kurt J. Rossmann (CSU), Helmut Sauer (CDU), Georg Janovsky (CDU), Dr. Fritz Wittmann (CSU).

EG-Regierungskonferenzen

Gleich zwei Regierungskonferenzen hat die Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der EG in Rom an vergangenen Wochenende gestartet. Die eine Konferenz soll sich mit der Wirtschafts- und Währungsunion befassen. Ihr liegt u.a. der von den EG-Zentralbankchefs verabschiedete Statutentwurf für eine EG-Zentralbank „Eurofed“ vor. Sitz dieser Zentralbank soll, so die BRD-Forderung, Frankfurt werden. Die zweite Konferenz soll sich mit der „Politischen Union“ befassen und u.a. die militärische, polizeiliche und außenpolitische Zusammenarbeit der EG zu verstetigen suchen. Beide Konferenzen sollen noch im nächsten Jahr Vorlagen zur Änderung der EG-Verträge vorlegen, die bis 1994 in Kraft treten sollen.

Sozialabkommen mit Polen

Am 9. Dezember vereinbarten Bundesarbeitsminister Blüm und der polnische Arbeitsminister Kuron — kurz vor dem Ausscheiden der Regierung Mazowiecki — ein neues sozialpolitisches Abkommen, das noch von den Parlamenten ratifiziert werden muß. Betroffen sind Renten-, Unfall- und Krankenversicherung. In der Tendenz soll das Abkommen dem mit anderen Ländern angepaßt werden, das heißt, jedes Land kommt für die Rentenansprüche auf, für die es Beiträge

erhalten hat — Zusatz- und Übergangsbestimmungen relativieren dies.

IMK gegen Asylrecht

Die für eine verfassungsändernde Mehrheit notwendige Einigung von SPD, FDP und Unionsparteien beim Asylrecht „zeichnet sich bereits ab“, berichtet das „Handelsblatt“ von der Konferenz der Innenminister in Dresden. Die „Welt“ ergänzt, die Innenminister wollten ihre Vorstellungen für drastische Grenzperren gegen Flüchtlinge bis spätestens Mitte nächsten Jahres vereinheitlichen und veröffentlichen. Aus den Koalitionsverhandlungen in Bonn war vorher verlaufen, man wolle das Asylrecht in einer „europäischen Lösung“ ändern, d.h. parallel mit der Änderung der EG-Verträge. Diesen Zeitplan hält die IMK offenbar einheitlich — also unter Einschluß der SPD — für zu lang.

Atommüll-Lager Konrad

Das Atommülllager in der Erzgrube Konrad soll ab 1993 radioaktive Abfälle aufnehmen. Das niedersächsische Umweltministerium vertritt aber, daß die Unterlagen des Bundesamtes für Strahlenschutz unvollständig sind. Am Wochenende verhandelte Bundesumweltminister Töpfer mit der niedersächsischen Umweltministerin Monika Griefahn. Da keine Vereinbarung erreicht wurde, stellte er eine „Frist“ bis zum 21. 12. — danach werde er eine Bundesweisung gegen das Land erlassen, drohte Töpfer.

Länder-Mehrbelastung?

Die Bundesregierung verlangt von den westlichen Bundesländern Verhandlungen über eine stärkere Beteiligung an den Kosten des „Wiederaufbaus“ in den neuen östlichen Bundesländern. Der Ministerpräsident von Niedersachsen Schröder (SPD) lehnte dies am 16. 12. unter Hinweis auf die frühere Vereinbarung ab, derzu folge die Finanzbeziehung zwischen Bund und Ländern erst 1995 neu erörtert werden soll. Die Regierung habe vor der Wahl noch vertreten, der Fonds Deutsche Einheit und die bisherigen Nachbesserungen reichten aus.

Was kommt demnächst?

Am 20.12. tritt im Reichstag der neu gewählte Bundestag erstmals zusammen. Am gleichen Tag beginnt in München die zweitägige Ministerpräsidentenkongress der Länder, u.a. über die Aufnahmekonten für Juden aus der UdSSR. Nach der Weihnachtspause sollen die Koalitionsverhandlungen am 7. Januar wieder aufgenommen werden, bis Mitte Januar sollen die Verhandlungen über das Regierungsprogramm abgeschlossen sein. Am 20. Januar sind in Hessen Landtagswahlen. Am 31. Januar tagt die nächste Konferenz der Innenminister, u.a. über die „Verfassungsfeindlichkeit“ der PDS.

Staatsschutzaktion am 5. Dezember**Razzien der Bundesanwaltschaft unter dem Vorwand der „RAF-Verfolgung“**

Unter dem Vorwand, „Ausspähungsmaßnahmen“ für Anschläge der RAF auf Industriemanager zu suchen, drangen am 5.12. 1990 zeitgleich früh morgens um 6 Uhr 380 Polizi-

sten unter der Federführung des Landeskriminalamts Baden-Württemberg bundesweit in 24 Wohnungen und Häuser ein. Allein in Stuttgart gab es 20 Durchsuchungen.

Acht Durchsuchungen richteten sich gegen „Verdächtige“ nach § 102 Strafprozeßordnung (StPO): Sie wären Mitglieder oder UnterstützerInnen der RAF. Die übrigen 16 Durchsuchungen sind durch § 103 StPO legalisiert, wonach im Rahmen eines Verfahrens nach § 129a Strafgesetzbuch eine Hausdurchsuchung auch gegen Nicht-Verdächtige durchgeführt werden kann. Der § 129a fungiert hier als das formale Einfallstor, in Wohnungen, auch ohne Verdacht, auch ohne ein Verfahren einzuleiten.

Die Durchsuchungsbefehle wurden den Betroffenen nur zum Durchlesen ausgehändigt und dann wieder abgenommen. Sie enthielten keine konkreten Vorwürfe. Erst der Presse konnte entnommen werden, daß in den durchsuchten Wohnungen Unterlagen ausgespähter Personen aus der Industrie vermutet wurden. Besonders gefährdet wähnt sich der Vorstandsvorsitzende der Daimler-Benz AG, Edzard Reuter, der in Stuttgart residiert. So erklärt sich nachträglich, warum Stadtpläne heiß begehrt waren; Material zur Konstruktion beliebiger Anklagen. Außerdem wurden fünf

Personen vorläufig festgenommen, die am Abend allesamt wieder draußen waren. Bei ihrer erkennungsdienstlichen Behandlung interessierte v.a. ihr rechter Zeigefingerabdruck, der zum Abgleich ergebnislos nach Wiesbaden zum BKA gefaxt wurde. Bemerkenswerterweise und entgegen den Verlautbarungen der Bundesanwaltschaft stehen die „Verdächtigen“ nicht „in einem engen Beziehungsgeflecht zueinander“. Die Staatsaktion war vielmehr recht breit angelegt und traf HausbesitzerInnen, AntifaschistInnen und Leute, die politischen Gefangenen schreiben und sie besuchen.

Das Eindringen in die verschiedenen Wohnungen folgte unterschiedlichen Drehbüchern. In einem Fall wurde eine Häuserstürmung inszeniert. Vermummte Kämpfer des Sonderreinsatzkommandos standen plötzlich im Zimmer der Schlafenden, strahlten sie mit starken Scheinwerfern an, nahmen sie mit Videokameras auf und bedrohten sie mit vorgehaltener Pistole. In einer anderen Wohnung wurde ebenfalls gefilmt. In den übrigen Wohnungen wurde die

Durchsuchung auf die gesamte Wohnung ausgedehnt. Legitimiert wurden die Durchsuchungen mit „Funden“ aus einer Durchsuchungsaktion in den ehemals besetzten Häusern in der Hamburger Hafenstraße im Mai 1990. Monate später titelte die Illustrierte „Stern“, daß die beschlagnahmten Stadtpläne „Ausspähungsmaßnahmen für die RAF“ sei. BewohnerInnen der Hafenstraßenhäuser haben dieser Darstellung vehement widersprochen. Auch die RAF selbst hat erklärt, daß sie ihre Aktionen ohne Unterstützung durch Dritte plant, vorbereitet und ausführt.

Die letzte Durchsuchungsaktion liegt in Stuttgart zwei Jahre zurück. Damals war die Verhaftung Uli Winterhalters und dessen 9-monatige Untersuchungshaft unter dem Vorwurf der „Mitgliedschaft in der RAF“ die direkte Folge. Mit Abschluß des Prozesses mußte er freigelassen werden. Schwerpunkt Stuttgart: Sicherheitszone für Staat und Kapital? Die Stadt Stammheims und Daimlers als No-Go-Area für Linke und für alle, die sich den Zumutungen der Herrschaft nicht einfach beugen? — (tz)

USA: „Kein Blut für Öl“**Widerstand gegen den Kriegskurs der Bush-Administration**

„Kein Blut für Öl“ und „Bringt die Truppen jetzt nach Hause“ stand auf den Transparenten der Demonstranten vor dem UN-Gebäude am Tage der Abstimmung über die Kriegsresolution der USA. Präsident Bush und sein Außenminister Baker haben zwar mit viel Druck und diplomatischem Kuhhandel die Sanktionierung ihres Kriegskurses durch den UN-Sicherheitsrat erreicht, an der Heimfront hat's ihnen jedoch nicht viel gebracht.

In einer Meinungsumfrage der Zeitung „USA Today“ am 1.12. — Frage: Was sollen die USA tun, falls Irak sich bis zum 15. nicht aus Kuwait zurückzieht? — sprachen sich 49 % der Befragten dafür aus, den Sanktionen mehr Zeit zu geben, 42 % waren für Angriff. Zustimmung für Bush's Handhabung der Krise äußerten 57 % (nach der Ankündigung, daß Baker nach Bagdad geht), ein leichter Anstieg von dem Tiefpunkt von 51 % kurz nach der Ankündigung der Entsendung von weiteren Truppen. Mitte August hatten noch 82 % Bush's Kurs zugestimmt.

Der Widerstand gegen den Kriegskurs der US-Regierung entwickelt sich frühzeitig, verglichen mit dem Vietnamkrieg. Die ersten großen US-weiten Protestaktionen fanden am 20. Oktober statt: 15000 Teilnehmer in New York City, 8000 in San Francisco und jeweils zwischen 300 und 1000 in weiteren 18 Städten. 200 Demonstranten zogen eine Linie von Sand und Blut vor dem Weißen Haus. Neben der Konzentration auf die Forderung nach sofortigem Truppenrückzug hatten die Aktionen einen klaren antiimperialistischen Charakter. Anders als bei früheren Anti-Interven-

tions-Demonstrationen waren die Minoritäten bei den Teilnehmern und Rednern stark vertreten. Seitdem gibt es ständig Demonstrationen unterschiedlichen Umfangs. Zum Beispiel demonstrierten am 1. Dezember 12000 Kriegsgegner in Boston und wieder 250 vor dem Weißen Haus. Als nächste landesweite Aktionen sind für den 19.1. (Martin Luther King Feiertag) und 26.1.91 Demonstrationen in Washington D.C. und anderen Städten geplant.

Bemerkenswert ist, daß die Gegner

schafft, fordern den UN-Generalsekretär auf, sich persönlich für eine Friedensstruppe und für eine Verhandlungslösung einzusetzen.“ Der Rat ging sogar über den Irak/Kuwait Konflikt hinaus, sprach die ungelösten Konflikte in Israel, Libanon und Zypern an und rief zu einer internationalen Konferenz für umfassenden Frieden im Nahen Osten auf.

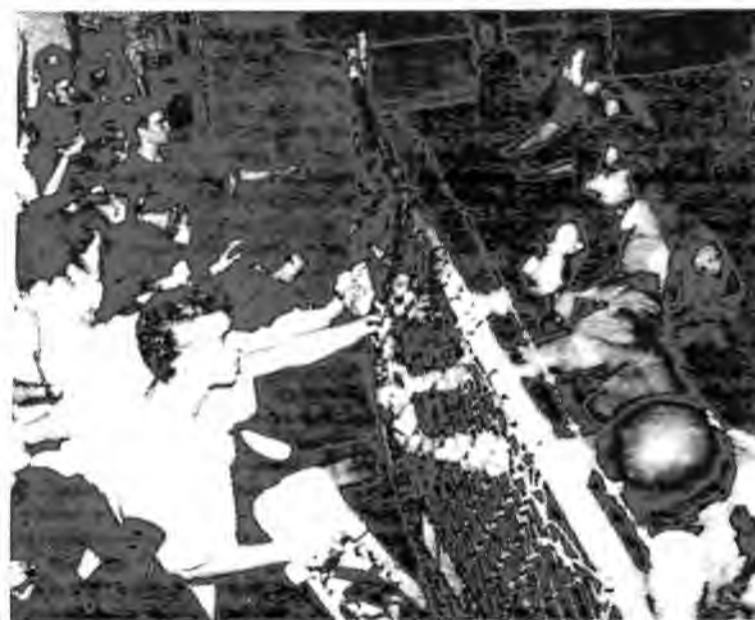
In der gleichen Woche veröffentlichten katholische Bischöfe eine Erklärung, die die Entsendung von US-Truppen in Frage stellte und bezweifelt, daß der Golfkrieg ein „gerechter Krieg“ sei.

Auch in den Gewerkschaften beginnt sich Opposition gegen den Unterstützungs-Kurs der AFL/CIO-Führung zu bilden. Vier zentrale Gewerkschaftsgremien in Nordkalifornien haben Erklärungen gegen die US-Militärpräsenz am Golf verabschiedet.

Inzwischen weitet sich auch die Zahl der Kriegsdienstverweigerer aus. Handelt es sich zuerst um ein paar Dutzend Berufssoldaten, die den Kriegsdienst verweigerten, hat sich mit der Einberufung von Reservisten seit Ende November ihre Zahl auf mehrere Hundert erhöht. Schon Ende August wurden die ersten Fälle von Weigerung von aktiven Marineinfanteriesoldaten, sich nach Saudi-Arabien verschaffen zu lassen, bekannt. Daß es sich nicht um Einzelfälle handelt, kann man daraus entnehmen,

dass die „Los Angeles Times“ am 8.10. eine lange Erklärung eines von ihnen unter dem Titel „Weigerung für den Imperialismus zu kämpfen“ veröffentlichte. Der Verfasser, Korporal Jeffrey Paterson, beschreibt darin, wie ihn durch seine Stationierung in Okinawa, Südkorea und den Philippinen der rassistische und imperialistische Charakter der USA aufgegangen sei. Nun seien Zehntausende von Leben bedroht für imperialistische ökonomische Interessen und für das Ziel, Washington als Hauptstadt der neuen unipolaren „Weltordnung“ zu etablieren. Er könne sein Rückgrat nicht mehr weiter verkrümmen. Das Militärgerichtsverfahren gegen Paterson wurde kürzlich eingestellt.

Als sich der Kongreß Ende Oktober vertrage (der neue Kongreß wird sich nicht vor Ende Januar konstituieren), hatte er Präsident Bush einen relativen Freibrief ausgestellt. Die Demokratische Mehrheit hatte sich aus Angst vor der „Popularität“ von Bush's Kriegskurs nicht zu mucken getraut. Jetzt hört man starke Worte: Sollte Bush den Kongreß zu einer Sondersitzung einberufen, um sich die Zustimmung für einen Angriffskrieg zu holen, würden sie ihm den Kopf waschen. Das Weiße Haus hat jetzt das Projekt einer Sondersitzung fallen gelassen, weil es passieren könnte, daß der Kongreß einer Resolution, die der des UN-Sicherheitsrats ähnelt, nicht zustimmt. — (ger)



Portland, Oregon: Protestaktion gegen den Kriegskurs der US-Regierung aus Anlaß eines Besuchs von Vizepräsident Dan Quayle in der Stadt.

Jüdische Auswanderung aus SU**Zionistische Politik mit sowjetischen JüdInnen**

Seit Gorbatjow blüht auch in der SU der Antisemitismus. Dieses und die schlechten materiellen Verhältnisse aller sind Grundlage für den Auswanderungswillen der JüdInnen. Im übrigen gibt es schon seit Jahren in der SU zionistische jüdische Gruppen, die eine Auswanderung nach Israel propagieren. Ihre Auswanderungskampagne hatte lange keinen großen Erfolg, weil 1. die Auswanderungsquote bis zu Gorbatjow klein war, und weil 2. die meisten AuswanderInnen über Wien in die USA emigrierten und nicht nach Israel gingen. Die SU ist zunehmend bereit, den Wünschen der USA und Israels zu entsprechen und die AuswanderInnen direkt nach Israel zu lotsen. Parallel dazu schloß die USA aufgrund einer mit Israel getroffenen Vereinbarung ihre Grenzen für sowjetische JüdInnen, desgleichen andere westliche Staaten und auch die BRD. Hier gibt es de facto einen Einwanderungsstop für sowjetische JüdInnen. Entsprechende Anträge auf Ausreise werden von der deutschen Vertretung in der SU nicht mehr bearbeitet. Wir betonen das Recht auf freie Einreise für JüdInnen besonders, weil wir damit auf die aktuelle Politik der israelischen Regierung aufmerksam machen wollen. Israel erwartet aufgrund der Verhältnisse

mehrere Hunderttausend jüdische EinwanderInnen aus der SU (Israelische Regierungskreise erwarten 2 Mio.). Bis Dezember 1990 sind in diesem Jahr bereits 140000 jüdische EinwanderInnen in Israel angekommen. Die Bedrohung für die besetzten Gebiete besteht darin, daß die jüdischen EinwanderInnen in den besetzten Gebieten angesiedelt werden sollen. In größerem Stil geschieht das jetzt schon in Jerusalem. Israel hat in den besetzten Gebieten bereits Siedlungen (Wehrdörfer) installiert. Israel will und wird mit der Ansiedlung von sowjetischen EinwanderInnen das demografische Verhältnis zwischen jüdischer und palästinensischer Bevölkerung vor allem in den besetzten Gebieten so verändert, daß wieder einmal, wie 1948 bei der Staatsgründung „vollendete Tatsachen“ als Legitimation für eine Annexion der besetzten Gebiete benutzt werden können. Auf diesem Hintergrund halten wir ein Aufgreifen dieser Situation in der Linken der BRD für wichtig, indem die sich daraus ergebenden Forderungen: *Stoppt die zionistische Einwanderungspolitik mit den sowjetischen JüdInnen! Freie Einreise für JüdInnen in die BRD!* diskutiert und in die Öffentlichkeit gebracht werden. — (Autonome Nahostgruppe Bielefeld)

Türkei: Streiks in Zonguldak und anderen Städten

Interview mit Aynur Karaaslan, Vorsitzende der Gewerkschaft Teez-Koop-Is in Istanbul, über den Widerstand gegen Özals Verelendungs- und Kriegspolitik

Auf Einladung des AStA Bremen berichtete Mitte Dezember die Vorsitzende der türkischen Gewerkschaft Teez-Koop-Is, Aynur

Genossin Karaaslan, kannst du vielleicht eingangs erklären, wer die Teez-Koop-Is ist und was deine Funktion in dieser Gewerkschaft ist.

Teez-Koop-Is ist die Gewerkschaft für Büroangestellte und Kunsthändler, für Handel, Genossenschaft und Erziehung.

Insgesamt gibt es in der Türkei von Teez-Koop-Is 19 Niederlassungen, darunter sind 30000 Mitglieder organisiert. Teez-Koop-Is ist Mitglied der Türk-Is-Konföderation. Die Hauptsektion mit 16 Niederlassungen wird von den reaktionären und gelben Gewerkschaften gebildet, die prostaatlich orientiert sind. Daraunter gibt es zahlreiche Faschisten. Diese versuchen mit allen Mitteln, die



Aynur Karaaslan

revolutionären GewerkschafterInnen auszuschließen, weil das Arbeitsministerium und Türk-Is auf ihrer Seite steht. Sie unterstützen nicht die Forderungen der Arbeiter nach Streikrecht, sind gegen jeden Widerstand. Wir sind die Niederlassung 3 von Teez-Koop-Is in Istanbul. Ich bin die Vorsitzende dieser Niederlassung. Die Niederlassung 3 wurde nach dem Putsch am 12. 9. 1980 in dem Migros-Streik, der 1987 stattfand, unter der Perspektive der revolutionären Arbeiterbewegung zum Symbol für den Widerstand, gegen willkürliche Verbote und Unterdrückung. Obwohl die Zentrale von Teez-Koop-Is und Türk-Is und andere reaktionäre Gewerkschaften gegen diesen Streik waren, gelang es zum ersten Mal, einen Streik zu organisieren, in dem erfolgreich Tarifverhandlungen geführt werden konnten.

Teez-Koop-Is kämpft gegen sämtliche restriktiven Maßnahmen wie Gesetze, Erklärungen, Satzungen und Verbote. Dadurch gewann sie die Sympathien der Arbeiter und ist somit der Türk-Is ein Dorn im Auge, wird als gefährlich eingestuft. Deswegen wurde auch die Niederlassung 3 geschlossen und deren Vorsitzende entlassen. Die Strukturen der revolutionären Arbeiterbewegung können nicht zerstört werden, und die Führung lebt innerhalb der Arbeiter weiter. Gegen die Entlassung wurde geklagt. Der Prozeß läuft noch.

Das Ziel der Teez-Koop-Is, Niederlassung 3, ist, unter der Perspektive der revolutionären Arbeiterbewegung den ökonomischen und demokratischen Kampf zu führen, für ein System ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

Frage: Die ANAP-Regierung unter Özal beteiligt sich an den Aggressionsvorbereitungen der USA, der Nato gegen den Irak und will die Türkei in den Konflikt mit dem Irak hineinziehen, offenbar in der Hoffnung, am Ende kurdische Gebiete des Irak (Mossul und Kirkuk) erobern zu können und so die reichen Ölquellen dieser Region in türkischen Besitz zu bekommen. Welche Folgen hat dieser Kriegskurs der Regierung für die politischen Rechte der Werktautigen in der Türkei, für ihre gewerkschaftlichen Rechte, für ihre Lebenslage? Welche Rechte sind z.B. unter Berufung auf den drohenden Krieg außer Kraft gesetzt?

Die faschistische ANAP-Regierung will in Wirklichkeit nicht als verlängerter Arm der US-Regierung Mossul und Kirkuk erobern, sondern Özal will dadurch, daß er den Krieg schürt, von dem Verlust und der fehlenden Unterstützung durch die Völker der Türkei ablenken.

Karaaslan, auf mehreren Veranstaltungen über die jüngste Entwicklung der türkischen Gewerkschafts- und Antikriegsbewegung. Während ihres Aufenthalts in Köln führten die „Politischen Berichte“ mit ihr das folgende Interview. — (rül)

Das türkische und das kurdische Volk haben keinerlei Interesse daran, für die imperialistischen Kräfte und Ölscheichs zu kämpfen und zu sterben. Die Regierung befindet sich in einer wirtschaftlichen und politischen Krise. Die Werktätigen, Studenten, Bauern, Händler und Kleinbetreiber — und das kurdische Volk mit seinem Kampf für Unabhängigkeit — haben gerade in dieser Beziehung ihren Standpunkt und ihre Position klar formuliert. Seit zehn Jahren werden die türkischen Völker durch Waffengewalt unterdrückt und per Gesetz in Angst versetzt. Dagegen findet jetzt ein organisierter Kampf statt, und die gesellschaftliche Opposition breitet sich aus. Deswegen strengt sich die Regierung mehr denn je an, die Opposition zu zerstören, und setzt den Golfkonflikt auf die Tagesordnung. Die faschistische ANAP-Regierung erklärt mittels ihrer Kriegspolitik den türkischen Völkern zum zweiten Mal den Krieg. Dieser Krieg würde für die Werktätigen noch mehr Arbeit bedeuten, weitere Ausbeutung und Preiserhöhungen, noch mehr Unterdrückung und Verbote.

Dafür gibt es schon zahlreiche Beispiele. Im August/September wurden die Streiks in der Gummi-Industrie und in der Petrochemie verboten, die Streiks auf den US-Stützpunkten wurden verschoben. Für die Arbeiter wurde eine 24-Stundenschicht angeordnet, und Protestaktionen und Versammlungen wurden untersagt. Jetzt wird in Erwägung gezogen, die Gewerkschaften zu schließen.

Die staatlichen Beamten gründeten die Gewerkschaft des Öffentlichen Rechts (Kam-Sen), und die städtischen Beamten die Gewerkschaft für Öffentliche Arbeit (Bem-Sen), die Krankenschwestern und das Pflegepersonal die Gewerkschaft Saglik-Sen. Der Druck auf diese Gewerkschaften nimmt ständig zu, und deren Vorsitzende wurden verhaftet und gefoltert.

Frage: Die soziale Lage der Werktautigen in der Türkei hat sich in den letzten Jahren ständig verschlechtert. Das Embargo gegen den Irak hat die Teuerung noch mehr erhöht. Wie reagieren die Gewerkschaften auf diese Entwicklung?

Das soziale Leben der Werktautigen verschlechtert sich durch die Politik der faschistischen ANAP-Regierung, die sich stellvertretend für den US-Imperialismus sieht, von Tag zu Tag. In dieser Situation führen die Gewerkschaften Tarifverhandlungen für Lohnerhöhungen. Für die Durchsetzung dieser demokratischen Rechte fehlt jedoch die entsprechende Gesetzgebung, um die erkämpften Rechte zu schützen. Die Gewerkschaften könnten, vorausgesetzt, sie setzen den Kampf und das Potential richtig ein, die entsprechenden Gesetze durchsetzen.

Nach dem 12. September (1980, d.h. nach dem Militärputsch, d. Red.) wurden die Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften geschlossen und verboten und nur die pro-staatlichen gelben Gewerkschaften erlaubt, nämlich Türk-Is und die Gewerkschaften unter Türk-Is. Diese Gewerkschaften schützen bis jetzt die Belange der Arbeitgeber und nicht die der Arbeitnehmer.

Heute zwingt die Arbeiterklasse die gelben Gewerkschaften, ihr Verhalten zu ändern. Deshalb versuchen die gelben Gewerkschaften, nach außen hin aktiv zu erscheinen. In Zonguldak kam ein Bergarbeiterstreik mit 50000 Streikenden zustande. Die gelben Gewerkschaften konnten diesen Streik nicht stoppen. Dieser Tage werden im Metallbereich 150000 Arbeiter streiken, weitere 100000 Textilarbeiter, dazu kommen 100000 in der Papier- und Druckindustrie. Im neuen Jahr werden sich dann über 400000 Arbeiter im Streik befinden.

In den Arbeitsbereichen, die ich nenne, beträgt der durchschnittliche Lohn 300000 bis 500000 TL im Monat. Es gibt keinerlei Sicherheit für den Erhalt des Arbeitsplatzes. Die Arbeiter leben in Angst vor der Entlassung und arbeiten mehr als 10 Stunden pro Tag. Am Arbeitsplatz fehlen Sicherheitsvorkehrungen und die notwendige Schutzkleidung. Somit sind die Arbeitsbedingun-

gen einfach miserabel. im Textilbereich arbeiten sogar 12-jährige Kinder. Die meisten Arbeiter arbeiten ohne Sozialversicherung und sind unterbezahlt. In der Türkei beträgt der Mindestlohn 261000 TL. Demgegenüber beträgt die Billigmiete 300000 TL; ein Brot kostet 700 TL. Wenn ihr fragen würdet, wie die Menschen dort leben, so kann ich nur antworten, daß es selbst ein Wissenschaftler nicht erklären könnte. Die meisten jobben, um sich am Leben zu erhalten, noch zusätzlich 4 Stunden am Tag.

Frage: Über die Antikriegsbewegung in der Türkei dringen nur wenig Nachrichten in die BRD. Kannst du uns etwas über die Ziele und den Umfang der Aktivitäten dieser Bewegung gegen den Krieg berichten? Welche Aktionen finden in der Türkei statt, welche Rolle spielen dabei die Gewerkschaften, die linken und revolutionären Parteien und Gruppen, die Opposition im Parlament? Und wie reagiert die Regierung auf die Antikriegsbewegung?

Seit dem 13. August 1990 finden Antikriegsaktionen statt. Die ersten Reaktionen kamen von der Arbeiterbewegung. In Istanbul führten die Arbeiter einen 2-stündigen Warnstreik durch. Eine einstündige Protestkundgebung, bei der die US-Flagge verbrannt wurde und gegen die Regierung protestiert wurde, fand ebenfalls statt. Die revolutionären linken Kräfte verteilten hunderttausende von Flugblättern, klebten Plakate, hängten Transparente auf und machten Demos. An solchen Aktionen nahmen in Istanbul viele Arbeiter, Studenten, Hausfrauen, Beamte, Rechtsanwälte, Ärzte und auch Kinder teil. In den Schulen sprühten die Schüler „Nein zum Krieg“. Daraufhin wurden einige von ihnen verhaftet. Die 16-jährige Schülersin Nermi Alkan und einige Freunde befinden sich deshalb immer noch in Haft. In Ankara wurde die Sekretärin von Dem-Kad, Mevroz Türk-Dogan, verhaftet und gefoltert, weil sie Flugblätter verteilt. Sie war im 2. Monat schwanger und verlor durch die Folterungen ihr Kind. Ihr Mann wurde ebenfalls verhaftet und mit der Methode des Palästina-Hakens gefoltert. Seine Arme sind seitdem gelähmt.

Am 16. II. 1990 fand unter der Führung von Dev Genc in allen Universitäten ein Vorlesungsboykott gegen den Golfkrieg und gegen YÖK (von der Regierung benannte Schulverwaltung) statt. Tausende von Menschen protestierten vor westlichen Botschaften, und in den einzelnen Stadtteilen fanden Anti-

kriegsaktionen statt. Die revolutionären linken Kräfte gründeten Antikriegskomitees, die von Arbeitern und Schülern unterstützt werden.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung organisiert jetzt den Generalstreik. Und dabei ist noch zu erwähnen, daß die anderen linken Gruppen anfangs die Kriegsgefahr unterschätzten haben. Deshalb nahmen sie an solchen Aktionen nicht teil. Erst in den letzten Tagen haben sie endlich gemerkt, daß man was gegen die Kriegsgefahr unternehmen muß, und haben dazu einige Presseerklärungen abgegeben. Die anderen Opportunisten machen praktisch nichts.

Am 14. 12. bekam ich mit, daß die Arbeiter in Istanbul zur Zeit einen zweistündigen Generalstreik durchführen.

Frage: Eines der Ziele deiner Rundreise in der BRD ist, auf den Kampf der Bergarbeiter in Zonguldak hinzuweisen und um Solidarität mit diesem Kampf zu werben. Wie ist die Situation in diesem Kampf?

Die Bedingungen der Bergarbeiter in Zonguldak sind ziemlich schlecht. Sie verabschieden sich täglich von ihren Familien, weil sie nicht sicher sind, ob sie abends wieder nach Hause kommen. Der monatliche Lohn beträgt 500000 TL. Mit diesem Geld ist der Lebensunterhalt kaum zu bestreiten. Es fehlen Schutzkleidungen wie Helme, Gasmasken. Falls welche vorhanden sind, sind sie hoffnungslos veraltet. Die Arbeitgeber können sie jederzeit entlassen. Für die Bevölkerung in Zonguldak sind die Bergwerke die einzige Möglichkeit, zu arbeiten; davon abhängig sind sämtliche Läden und der Handel. Der Anlaß für den Streik war die Forderung nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Lohnerhöhungen und Sozialversicherung. Und auch die Angst, daß sich das Grubenunglück, eine Gasexplosion wie in Yeniceitek, wiederholen könnte.

Frage: Mit dem Kriegskurs der Regierung verschärft sich auch die Repression gegen die politischen Gefangenen. Gleichzeitig droht die Regierung mit dem Vollzug zahlreicher Todesurteile, die seit dem Putsch 1980 gegen politische Gefangene verhängt wurden. Was sind deine letzten Nachrichten über die Situation der politischen Gefangenen und über die Repression der Regierung gegen sie?

Die Kriegshetze brachte auch die Hinrichtung der politischen Gefangenen auf die Tagesordnung. Damit versuchen

sie, die gesellschaftliche Opposition und den Widerstand zu stoppen und zu bedrohen. Die von der Hinrichtung bedrohten Revolutionäre schrieben einen Brief an Özal, daß sie vor der Hinrichtung keine Angst hätten und von Anfang an damit gerechnet haben. Gleichzeitig schrieben sie, daß die Justiz des Volkes irgendwann einmal mit den Verantwortlichen des Systems abrechnen wird.

Gegen die Isolationshaft und die Isolations-Knäste fand ein 30-tägiger Hungerstreik statt. Während des Hungerstreiks wurden die politischen Gefangenen verprügelt und gefoltert, wobei einige von ihnen Augenverletzungen und Armbrüche erlitten. Außerdem organisierten Tayad-Familien Solidaritäts-Protestaktionen und unerlaubte Demonstrationen. Nach diesen massiven Protestaktionen schob die Regierung die Verantwortung auf das Justiz- und Innenministerium.

Frage: Du willst mit deiner Rundreise auch die Solidarität der bundesdeutschen Gewerkschaftsbewegung mit der türkischen Gewerkschaftsbewegung verbessern. Welche Unterstützung bekommt deine Reise durch die hierigen Gewerkschaften, was weißt du über die Unterstützung des Bergarbeiterstreiks in Zonguldak durch BRD-Gewerkschaften? Gibt es z.B. ein Solidaritätskonto für die streikenden Minenarbeiter in Zonguldak?

Ich bin vom AStA Bremen eingeladen worden. Ich bemühe mich jetzt um Kontakte mit deutschen GewerkschafterInnen, um so eine breite Solidarität zu schaffen. Beim Migros-Streik gab es eine breite Solidarität von verschiedenen Gewerkschaften, u.a. aus England, Irland und der BRD. Einige Gewerkschafter besuchten die Streikenden in der Türkei.

In Bremen habe ich mit der IG Metall, dem DGB und der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen Gespräche geführt. Zu dieser Zeit hatte der Streik in der Türkei noch nicht begonnen. Die Gewerkschaften sagten ihre Solidarität mit den Gewerkschaften in der Türkei zu.

Die IG Bergbau eröffnete ein Konto für die Streikenden (Bergarbeiter in Zonguldak, d. Red.). In Köln berichtete der türkische Sender vom WDR darüber und gab die Nummer des Spendenkontos bekannt. Im Berliner Fernsehen für „Türkische Mitbewohner“ wurde ebenfalls ein Aufruf veröffentlicht.

Wir danken Dir für das Gespräch.



Protestaktion der Bergleute von Zonguldak. Auf den Demonstrationen wurde Parolen wie „Der Fette von Cankaya (Anm. Regierungsviertel in Ankara) ist der Feind der Arbeiter“, „Das Grab Özals werden die Bergarbeiter graben“, „Wir sind im Recht, wir sind stark, wie leisten Widerstand, wie werden siegen“, „Nein zum Krieg“ gerufen.

Internationale Umschau

Das „Aktionskomitee zum Boykott amerikanischer Truppentransporte“ hat am 8. Dezember in Antwerpen einen US-Militärkonvoi eine Stunde lang blockiert (Bild). Die etwa 80 Teilnehmer der Aktion blockierten den Zugang zum Hafenterminal und vertrieben Flugblätter in englischer Sprache an die US-Soldaten. Am 15. Dezember fand erneut eine Blockadeaktion statt, zu der alle antiimperialistischen, Dritte-Welt und Friedensgruppen aufgerufen waren. Über den Verlauf dieser Aktion liegen bei Redaktionsschluß noch keine Nachrichten vor. Die Aktionen sollen fortgesetzt werden. — (rül)

Tschad: US-, „Contras“ gegen Libyen ausgebildet

Im Tschad wurden in den vergangenen Jahren von den USA mit Wissen Frankreichs mehrere hundert libysche Oppositionelle für bewaffnete Einsätze gegen Libyen ausgebildet. Die etwa 500 bis 700 Mann starken Einheiten wurden in einem Lager bei Ndjamena von US-Beratern für Terroraktionen in Libyen geschult. Das verlautete nach dem Sturz der Regierung Habre im Tschad. Die neue Regierung Deby hat beschlossen, die Einheiten außer Landes zu bringen. US-Militärtransporter brachten daraufhin etwa 600 Mann in drei Flügen nach Nigeria. Libyen hat eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates beantragt und verlangte den Ausschluß der USA und Frankreichs aus der UNO. Die Ausbildung der „Contras“ verstößt gegen alle Normen internationalen Rechts. — (rül)

Schweden: Parlament beantragt Beitrittsverhandlung mit der EG

Am 12. Dezember hat das schwedische Parlament mit großer Mehrheit beschlossen, die Regierung solle mit der EG Verhandlungen mit dem Ziel eines Beitritts zur EG aufnehmen. Damit droht nun auch die Einbeziehung der bisher „neutralen“ Staaten in Europa in den EG-Pakt. Die Beitrittsverhandlungen sollen nach dem Willen der Regierung noch 1991 beginnen. Sozialdemokraten, Liberale, Zentrum und Konservative unterstützen den Antrag. Lediglich die schwedischen Grünen und die Kommunisten stimmten gegen den Antrag. — (rül)

ČSFR: Regierung entscheidet für VW-Beteiligung an Skoda-AG

In den nächsten Wochen werden die Skoda-Automobilwerke in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Monatelang wurde in der internationalen Presse spekuliert, ob die Regierung VW oder Renault/Volvo, die beide Angebote vorgelegt hatte, eine Kapitalbeteiligung genehmigen würde. Die westdeutsche Presse kolportierte penetrant, VW hätte das „wesentlich sozialere“ Umgestaltungskonzept vorgelegt. So hätte VW eine Sicherung aller Arbeitsplätze versprochen, weshalb sogar die Gewerkschaften bei Skoda für eine VW-Beteiligung streikbereit wären. Kurz nach der Entscheidung der Regierung für VW liest sich das dann so, daß VW zugesagt hat, „für alle, die gut arbeiten wollen und können“, Arbeit zu bieten. Die Skoda-Werke, die schon einmal, nach der Annexion des „Sudetenlandes“ durch die Faschisten, u.a. dem VW-Konzern einverlebt wurden, haben für die Wirtschaft der ČSFR eine erhebliche Bedeutung. VW soll im nächsten Jahr zunächst einen Anteil von 31 % erwerben, der schrittweise bis 1995 auf 70 % steigen soll. Die französische Zeitung „Le Figaro“ sah sich zu den Aussagen veranlaßt: „Ist Osteuropa im Begriff, ein wirtschaftliches Protektorat Deutschlands zu werden? Heute sind alle Voraussetzungen gegeben, um unter deutscher Führung das Mitteleuropa von früher neu erstehen zu lassen.“ — (uga)

WEU: Militärpakt wird ausgebaut

Der westeuropäische Militärpakt WEU wird ausgebaut. Die Golfkrise bietet offenbar den Vorwand, um lange angestrehte Militärrallianzen zu festigen. Schon im August waren erstmals in der Geschichte der WEU alle Generalstabschefs der WEU-Staaten zu einer Konferenz zusammengekommen. Solche Treffen sollen künftig regelmäßig stattfinden. Die Parlamentarische Versammlung der WEU in Paris empfahl jetzt auf ihrer gerade beendeten Herbstversammlung dem WEU-Ministerrat, auch die militärische Koordination zwischen den Mitgliedsstaaten zu institutionalisieren. „Damit sollen in Zukunft militärische Operationen wie diejenige im Golf schneller und effektiver organisiert werden können“, schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“. Endziel der Empfehlung der Parlamentarierversammlung sei eine „WEU-Schnelleingreiftruppe“ nach dem Vorbild der französischen „Force d'action rapide“. Die WEU-Versammlung hofft für diese Interventionstruppe auf eine eigene Flagge und ein WEU-Kommando. Derzeit gehören der WEU neun der zwölf EG-Staaten an (ausgenommen Dänemark, Irland und Griechenland). Die Türkei hat den Beitritt beantragt und nimmt als Beobachter an den Tagungen teil. Die italienische Regierung hatte auf der WEU-Versammlung eine Fusion der WEU mit der EG beantragt. Schon vor der Konferenz war die Forderung nach einem gemeinsamen WEU-Oberkommando aufgekommen. Das wurde aber von der Mehrheit der Parlamentarier als verfrüht abgelehnt. Unmittelbar nach den Parlamentarien trat der Ministerrat der Außen- undVerteidigungsminister der WEU zusammen. In einer gemeinsamen Erklärung teilten sie im Anschluß an ihre Beratungen mit, die WEU werde ein „wesentliches Instrument“ sein, mit dem die EG sich eine „Verteidigungsdimension“ gebe. Offenbar stößt der italienische Vorschlag — der mit der BRD abgestimmt ist — doch auf Unterstützung auch bei anderen WEU-Staaten. Als mögliche Einsatzgebiete einer solchen WEU-Truppe gelten die Staaten Osteuropas, des Nahen und Mittleren Ostens und Afrikas, in denen die Truppe neokoloniale Ziele der westeuropäischen Konzerne militärisch durchsetzen soll.

Quellen: Neue Zürcher Zeitung, 9 / 10. 12.; Die Welt, 11. 12. 90 — (rül)

Plünderungen in Albanien

„Die Welt“, Kampf- und Hetzblatt der Reaktion, hofft bereits, die albanische Regierung werde enden wie Ceausescu in Rumänien. Am vergangenen Wochenende, eine Woche, nachdem Parteichef Ramiz Alia die Zulassung weiterer Parteien mitgeteilt hatte und sich eine „Demokratische Partei“ konstituiert hatte, kam es in der albanischen Stadt Shkoder zu Ausschreitungen und Plünderungen. Nach Angaben der albanischen Nachrichtenagentur Ata griffen Demonstranten mit Gewehren und Sprengsätzen Gebäude der Partei der Arbeit Albaniens und der Regierung an. Etwa 30 Personen seien nach den heftigen Auseinandersetzungen verhaftet worden. — (rül)



Mit einem 24-stündigen Generalstreik haben die marokkanischen Gewerkschaften gegen die drastische Verschlechterung des Lebensstandards und gegen die anhaltende Unterdrückung jeder Opposition durch das herrschende Regime protestiert. Das Regime ging mit äußerster Gewalt gegen die Streikenden vor. Nach Angaben der Gewerkschaften kamen mindestens 30 Menschen ums Leben. Krankenhausärzte in Fes sprachen sogar von 100 Toten. Der Streik war von der Unabhängigkeitspartei Istiqlal nahestehenden Gewerkschaft CDT und der sozialistischen Gewerkschaft UGTM organisiert worden. Die Verschlechterung des Lebensstandards ist auch eine Folge der anhaltenden Besetzung der Westsahara durch marokkanische Truppen (Bild). — (rül)

Generalstreik der Gewerkschaften**Reaktionäres Gewerkschaftsgesetz in Griechenland**

Gegen den heftigen Protest der Lohnabhängigen beschloß das griechische Parlament am 7. Dezember in letzter Lesung das Gewerkschaftsgesetz der konservativen Regierung. Die Gewerkschaften hatten am Mittwoch und Donnerstag zu Generalstreiks aufgerufen, an denen sich Hunderttausende beteiligten. Diese Streiks waren die fünfte Protestaktion in diesem Jahr, mit dem die Gewerkschaften das Gesetz zu Fall bringen wollten.

Nach dem neuen Gesetz werden solchen Streiks künftig illegal sein. Alle politisch begründeten Streiks sind verboten — legal sollen nur noch Streiks sein, die tariflich zu regelnde Fragen zum Gegenstand haben. Das bedeutet aber angesichts der derzeitigen arbeitsrechtlichen Situation, daß nur noch Streiks legal sein werden, die für mehr Lohn durchgeführt werden, und auch diese nur nach umfangreichen Prozeduren, denn alle Fragen der Arbeitszeit, der Arbeitsbedingungen und der Einflußnahme darauf sind gesetzlich geregelt. Die Regierung begründet insbesondere diesen Teil des Gesetzes mit dem Hinweis auf die Gesetzeslage in den anderen EG-Staaten — „Harmonisierung“ des Streikrechts —, obwohl die Gesetzeslage gerade in dieser Hinsicht sehr unterschiedlich ist in den verschiedenen EG-Mitgliedsländern. Außer der Beschränkung der Streikgründe enthält das Gesetz aber vor

allem umfangreiche Beschränkungen der Streikverfahren und ein nahezu vollständiges Streikverbot für alle öffentlichen Dienste.

Künftig sollen nicht die Abstimmungen unter den Gewerkschaftsmitgliedern darüber entscheiden, ob sie streiken wollen oder nicht, sondern Streiks sollen erst dann legal sein, wenn Gerichte nach einem langwierigen Schlichtungsverfahren festgestellt haben, daß keine Einigung möglich ist. Im öffentlichen Dienst und bei den noch weitgehend staatlichen Banken sollen die Gewerkschaften darauf verpflichtet werden, im Falle von Streiks sogenanntes „Notpersonal“ zu stellen, das die Funktionen von Müllabfuhr, Stromversorgung, Bankweisen etc. sicherstellen soll. Wer sich an „illegalen“, d.h. nicht gerichtlich genehmigten Streiks beteiligt, soll fristlos entlassen werden können. Das gleiche gilt für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, die sich weigern, den „Notdienst“ durchzuführen.

Die Gewerkschaften kritisieren das Gesetz als Rückfall in die Zeiten der faschistischen Militärdiktatur. Die konservative Regierung habe nahezu alle Beschränkungen der gewerkschaftlichen Organisationen wieder aufgenommen, die die Militärjunta nach dem Putsch 1967 erlassen hatte.

Quellenhinweis: Financial Times vom 5. 6. & Dezember 1990 — (uld)

El Salvador: Wieder US-Militärhilfe**Wiederaufnahme der Waffenlieferung gegen die FMLN**

Nach den erfolgreichen Angriffen der Befreiungstruppen der FMLN gegen Regierungstruppen, bei denen auch Hubschrauber mit Raketen abgeschossen wurden, haben die USA eine Wiederaufnahme ihrer Waffenlieferungen für das Regime Cristiani angekündigt. Die mittelamerikanischen Staaten kündigten eine „Friedensinitiative“ an. Die FMLN hatte ihre Aktionen gegen militärische Einrichtungen des Regimes intensiviert, nachdem dieses den angestrebten Waffenstillstand in den unter Vermittlung der UNO zustandegekommenen Verhandlungen verweigert hatte.

Am 20. 11. hatte der Generalstab der FMLN in einem Bulletin die ersten Erfolge der militärischen Aktionen gemeldet: „18 Stunden nach Beginn unserer Militärikampagne „Bestrafung der antideutschen Streitkräfte“ teilen wir mit, daß zu den Verlusten, die wir dem Feind zugefügt haben, drei Offiziere gehören, darunter Hauptmann Carlos Herrera Carranza ... Hauptmann Herrera Carranza war Offizier des Bataillons Atlacatl und war in die Ermordung der Jesuitenpater verwickelt. Zuletzt war er als Chef des militärischen Geheimdienstes DM-4 tätig. Bisher sind acht Panzer

zerstört und dem Feind wurden mehr als 160 Verluste beigebracht ...“

Am gleichen Tag teilte die FMLN in einem Kommuniqué mit, daß die militärischen Aktionen nur begrenzte Ziele verfolgten, aber: „Wenn die Regierung und die Streitkräfte dem internationalen Druck, den Forderungen der Nation und unserem militärischen Druck sich weiterhin widersetzen und sich gegen eine politische Lösung stellen, behalten wir uns das Recht vor, kurz- oder mittelfristig eine militärische Offensive großen Ausmaßes zu starten. Einen Waffenstillstand wird es nur mit dem Ende der Straffreiheit (für die militärischen Todeschwadronen u.a., d. Red.) geben. Das Ende des Krieges wird nur mit dem Verschwinden des antideutschen Heeres erreicht. 2. Mit dieser Kampagne wird ebenfalls die Umwandlung der militärischen Kräfte der FMLN in das „Nationalen Heer der Demokratie“ begonnen. Sein Charakter ist professionell und es wird existieren, solange das antideutsche Heer existiert ...“

Quellen: Radio Venceremos, Köln. Kommuniques, Nachrichten, Dokumente zur militärischen Kampagne „Bestrafung der antideutschen Streitkräfte“. Nov. 90 — (rül)

Lice: Staatsterror und Widerstand**Ein Demonstrant erschossen, ein Kind vom Panzer überrollt**

In der kurdischen Stadt Lice im türkisch besetzten Teil Kurdistans wurde am 12. Dezember ein friedlicher Demonstrationszug von Soldaten bewaffnet angegriffen. Zwei Menschen starben, einer wurde schwer verletzt.

Am Mittag des 12. Dezember brachen über 2000 Bewohnerinnen und Bewohner aus den Dörfern Arikli und Dahblo mit der Absicht, den Präfekten über die ständig zunehmenden Menschenrechtsverletzungen zu informieren und dagegen zu protestieren, in Richtung Lice auf. Soldaten der zur Bezirksgendarmerie gehörenden Einheit schnitten ihnen den Weg ab und eröffneten, als die Bäuerinnen und Bauern trotzdem weitergingen, das Feuer auf die Menge. Dabei wurde die 35-jährige Kudret Filiz durch Schüsse getötet und ein 12-jähriges Kind, dessen Namen Hadi Dalan oder Recep Korkut ist, von einem Panzer überrollt und getötet. Ein weiterer Mensch wurde schwer verletzt. Die Soldaten schossen noch zwei Stunden lang in der Gegend herum.

Anschließend führten die Sicherheitskräfte im Stadtzentrum mit äußerster Brutalität Verhaftungen durch. Wahllos wurde verhaftet, wer ihnen über den Weg lief. Alte, Kinder, Behinderte wurden geschlagen, ihnen wurden mit vor-

gehaltenem Gewehr auf die Hände auf den Rücken gefesselt, sie wurden in die Fahrzeuge gestoßen.

Hikmet Ata, Vorsitzender des Menschenrechtsvereins IHD, erklärte: „Es ist jetzt absolut klar, daß alle in unserer Region lebenden Menschen in den Augen des Staates schuldig sind. Die staatlichen Kräfte probieren alle Wege der Repression und Folter aus, um das Volk einzuschüchtern ... bereiten den Boden für künftige Massaker vor. Wie einer der Sicherheitskräfte gesagt hatte: „Wenn ich die Erlaubnis bekomme, bin ich bereit, die Region so zu vernichten, daß nicht einmal mehr Gras wächst.“

Obwohl der Bezirk nach diesen Angriffen durch die türkische Armee umzingelt worden ist, haben die Bewohner ihre Entschlossenheit bekundet, sich nicht einschüchtern zu lassen und ihren Widerstand fortzusetzen. Sie wollen der Beerdigung der beiden Ermordeten teilnehmen und einen einwöchigen Generalstreik durchführen. Aus Solidarität mit den Einwohnern von Lice sind 1000 Studenten der Universität Dicle in Diyarbakir in einen Vorlesungsboykott getreten.

Quellenhinweis: Kurdistan-Rundbrief 26/90 — (rül)

Ende Oktober 1990 war die ungarische Regierung Antall in der schweren Krise ihrer fünfmonatigen Amtszeit. Am 25. Oktober 90 hatte sie eine Benzin- und Treibstoff erhöhung um 66 % beschlossen. Die Bevölkerung wurde mit der Erhöhung regeleicht überrumpelt. Einen Tag zuvor war eine entgegengesetzte Mitteilung veröffentlicht worden. Am Tag des Inkrafttretens der Preiserhöhung waren Vertreter des IWF im Lande.

Die Preiserhöhung löste von 26. bis 28. Oktober 1990 eine landesweite Protestwelle der Taxifahrer und privaten Fuhrunternehmer aus. In einer „organisatorisch perfekten Aktion“ legten sie durch Fahrzeugbarrikaden an den wichtigsten Verkehrsknotenpunkten, Kreuzungen und Brücken den Verkehr im ganzen Land lahm. Die Bewegungsfähigkeit der Bevölkerung war stark eingeschränkt. Es traten Schwierigkeiten bei der Lebensmittelversorgung auf.

Das Innenministerium erwog den Einsatz der Polizei. Staatspräsident Arpad

Ungarn in „größter gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Krise seiner Geschichte“

Die neue Bourgeoisie versucht sich als Hoffnungsträger der ungarischen Gesellschaft

ner versteckten Mehrwertsteuererhöhung, mit der das Defizit des Staatshaushalts, das inzwischen über das vom IWF gesetzte Limit hinausreicht, etwas gesenkt werden sollte. Gleichzeitig wurde die Benzin- und Treibstoffsteuer auf eine bestimmte Höhe festgelegt sowie die Übereinkunft getroffen, daß das Parlament baldmöglichst die Liberalisierung der Benzin- und Treibstoffpreise beschließt und diese völlig am Weltmarkt ausrichtet. Auf diese Weise sollen künftig die „Gesetze der Marktwirtschaft die Preisbildung bestimmen.“ (Budapester Rundschau, 5.11.90). Während der Blockaden stand die ungarische Regierung

Rundschau, 19.11.90) „Woher tauchte der Bürger so plötzlich auf? Größtenteils aus der Sekundärwirtschaft. Im Zweitjob fuhr er Taxi, reparierte Autos, lieferte Waren, bewerkstelligte Umzüge. Fand er Gefallen an der Ungebundenheit oder dem besseren Verdienst, machte er sich selbstständig. Bei der Wache an den Straßensperren lösten ehemalige Ingenieure und Arbeiter einander ab... Sie sind alle Privatunternehmer, bieten Dienstleistungen oder Waren an. Die Dienstleistungen der Privaten haben oft hohes geistiges Niveau, und nicht selten besitzt ein Einzelhändler einen akademischen Grad. Das muß deshalb erwähnt werden, weil auch das geistige Potential Einfluß auf die Kapitalisierung nimmt. Wenn sich Unternehmungslust und Vorwärtsstreben mit guter Wirtschaftspolitik paaren, beschleunigt sich die Entwicklung... Von den Gewerbetreibenden ist zu erwarten, daß sie sich mit allen Menschenrechten identifizieren und den Prozeß der Verbürgerlichung vorantreiben, worunter nicht nur Vermehrung des Kapitals, sondern auch Selbsttätigkeit der Gesellschaft zu verstehen ist...“ (doto.) Der Raum für die Herausbildung des Bürgertums sei gegeben, es mangelt jedoch an Möglichkeiten, „solange die Eigentumsverhältnisse nicht eindeutig geklärt sind“. Hier setzt die Regierung Antall an.

Antalls „Programm der nationalen Erneuerung“

Der bisherige Grad der Privatisierung, der Einfluß des Weltmarkts und das Diktat des imperialistischen Kapitals haben inzwischen in Ungarn schon sehr viele der typischen Erscheinungen hervorgerufen. Im ersten Halbjahr 1990 betrug die Inflationsrate 26 %. Durch die Inflation und Arbeitslosigkeit (1989 waren es 12000, inzwischen 40000 Arbeitslose) sind viele Rentner und Arbeiterfamilien, die zuvor ein geregeltes Leben führten, von einer Existenz unter der Armutsgrenze und Obdachlosigkeit bedroht. Schon heute wird die Zahl der Obdachlosen auf 30-40000 geschätzt. Zugleich plant die Regierung staatliche Preiserhöhungen bei Mieten und Heizung. Sie spricht in ihrem „Programm der nationalen Erneuerung“ von einer „verantwortungsvollen Lohnpolitik in allen Bereichen“, um der Inflation Herr zu werden, und bricht eine Lanze für die Lohn-

liberalisierung. Dies bedeutet Lohnstopp bzw. weitere ReallohnSenkung. Naturgemäß werden bestimmte Personengruppen dabei immer reicher. Porsche plant inzwischen mehrere Verkaufsniederlassungen in Ungarn.

„Ungarn durchlebt eine der größten gesellschaftlichen, moralischen und wirtschaftlichen Krisen seiner Geschichte,“ erklärte Finanzminister Ferenc Rabar auf einer Pressekonferenz Ende Oktober. Die Krise wird verschärft durch den drohenden Golfkrieg, die Reduzierung der Öllieferungen aus der UdSSR und die diesjährige Dürre.

Finanzminister Rabar dankte jetzt nach gerade fünfmonatiger Amtszeit ab. Innerhalb der Regierung gibt es schwere Auseinandersetzungen um das Wirtschaftsprogramm. Rabar hatte dafür plädiert, die Krisenbelastung der Bevölkerung durch erhöhte Sozialleistungen abzumildern. Der wirtschaftspolitische Berater von Regierungschef Antall verzichtete dagegen eine schnelle Einführung der Marktwirtschaft mit hohen Opfern für die Bevölkerung. Rabar sah sich auch außerstande, der Forderung des IWF nach einer Senkung des Haushaltssdefizits auf 50 Mrd. Forint statt der absehbaren 100 Mrd. Forint und einer kleinen Inflationsrate nachzukommen.

Für 1991 rechnet die ungarische Regierung mit einer bis zu 40 %igen Inflationsrate, u.a. wegen der Angleichung der sowjetischen Energiepreise an das Weltmarktniveau. Das sowjetische Erdöl kostet Ungarn ab 1991 4-5 % seines Bruttonsozialprodukts.

Eine Neubelebung der Wirtschaft soll durch schnellere Privatisierung erreicht werden, weshalb der Staat günstige Steuer- und Kreditformen schafft. Eventuell sollen auch die Kosten für die Sozialversicherungen gesenkt werden. Die Antall-Regierung beabsichtigt, sogenannte „Privatisierungsobligationen“ auszugeben, die ungarischen Staatsbürgern die Möglichkeit eröffnen sollen, mit ihren Ersparnissen Staatsvermögen zu erwerben. Die vor allem auf Warenproduktion spezialisierten agrarischen Staatsgüter werden voll privatisiert, die im Bereich der Viehzucht und Ausbildung nur teilweise. 25 bisher von staatlicher Unterstützung abhängige Agrargüter sollen liquidiert bzw. per Auktion oder Verkauf entstaatlicht werden. Bauernhöfe mit Familienbewirtschaftung

werden gefördert. In der Nahrungsgüterindustrie besteht besonders hoher Kapitalbedarf. Hier rechnet die Regierung vor allem mit ausländischem Kapital; besonderes Gewicht wird auf zeitgemäße und ansprechende Verpackung gelegt, um die Agrarerzeugnisse besser absetzen zu können. (BR, 22.10.90)

Neue Regeln zur Ermunterung ausländischer Kapitalanleger sind geplant. Über die Liberalisierung der Preise und Importe sowie durch den Abbau der Subventionen soll eine Zwangslage provoziert werden, „die die Unternehmen zur Anpassung stimuliert, was der Belebung der Wirtschaft zugute kommen wird“ (doto.) Die Regierung Antall anerkennt außerdem das Recht aller Bürger, um Schadensersatz wegen finanzieller oder geistiger Schädigung im Verlauf der letzten 40 Jahre zu ersuchen.

Die Unterstützung der Regierungspolitik in der Bevölkerung schwindet rapide. Die Kommunalwahlen am 14. Oktober 1990 endeten mit einer Niederlage der Regierungskoalition. Die landesweite durchschnittliche Wahlbeteiligung lag bei nur 30 %. In vielen Städten mußte wegen der zu geringen Wahlbeteiligung ein zweiter Wahlgang anberaumt werden. Wahlsieger wurde der Bund Freier Demokraten, der eine noch stärkere marktwirtschaftliche Liberalisierung vertritt. Den größten Durchbruch erzielten die Jungdemokraten, die zur drittstärksten Kraft wurden. Die Ungarische Sozialistische Partei konnte ihre bei den Parlamentswahlen erreichten 10 % halten, teils leicht verbessert, was sie in den Städten zur viertstärksten Partei macht. Die Kleinlandwirtpartei und die Christlich-demokratische Volkspartei gelten als die Verlierer der Wahl. In sehr vielen Gemeinden wurden die bisherigen Bürgermeister in ihrem Amt bestätigt.

Andererseits wird die Unterstützung aus dem imperialistischen Ausland — allen voran der BRD und USA — forciert, damit die „erste demokratische gewählte Regierung“ nicht durch soziale Unruhen gefährdet wird. Eine deutsche Regierungsdelegation sagte im November in Budapest Steinkohlelieferungen aus den strategischen Reserven der BRD zu; machte „aber weitere Wirtschaftshilfen in großem Maße davon abhängig, wie zügig die Verabschiedung der Gesetze, die eine schnelle Privatisierung der ungarischen Wirtschaft ermöglichen, vorangetrieben wird“. Es müßten „unverzüglich die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, damit sich das Land zu einem attraktiven Markt für das internationale Kapital entwickelt“. (BR 3.12.90) Die ungarische Regierung verhandelt auch über Militärhilfe mit der BRD. — (fr)



„Verzeihen Sie, Gnädigste, die häßlichen 45 Jahre. Wir haben erst jetzt erfahren, daß Sie ja gar nichts dafür konnten, aus einer gräßlichen Familie zu stammen...“ (Karikatur von György Brenner)

Göncz plädierte dagegen für eine Kompromißlösung. Am 28. Oktober verschärfte sich die Situation, als sich in Budapest eine Gegendemonstration formierte, die die Straßenblockaden als „puren Terrorismus“ angriffen. Die Demonstranten verlangten den Rücktritt von Staatspräsident Göncz.

An diesem Tag wurde ein Gremium zur Interessenabstimmung gebildet, bestehend aus Regierungsmitgliedern, Unternehmerverbänden, alten und neuen Gewerkschaften. Die Verhandlungen, die live im Rundfunk und Fernsehen übertragen wurden, endeten mit einer Kompromißvereinbarung: die Löhne sollten um 12 Forint gesenkt werden; damit betrug die durchschnittliche Verkürzung statt 66 % nur noch 35 %. Die 12 Forint waren der Gegenwert ei-

wegen eventuell nötiger „Soforthilfe“ in kontinuierlichem Kontakt mit dem Kanzleramt der BRD.

In der „Budapester Rundschau“ (BR) wurde danach der „Taxistreik“ und sein Ergebnis als das langersehnte Auftreten des ungarischen Bürgertums gewertet und dieses als fortschrittliche Kraft gefeiert. Als nämlich die Regierung eine Preissenkung ausschließlich für die beteiligte Unternehmergruppe anbot, hätte diese abgelehnt und so lange verhandelt, bis ein allgemein gültiger Preis vereinbart war. Sie habe so als „Citoyen“ die Interessen des gesamten Volks vertreten. „Parallel dazu kamen sie auch als Bourgeoisie einen großen Schritt weiter, denn mit ihrer Forderung nach freien Preisen steuerten sie einen weiteren Baustein zum Markt bei“. (Budapester

Jugoslawien nach den Wahlen

Nationalistische Kräfte gestärkt / EG-Politik heizt die Widersprüche mit an

Mit den Wahlen in den Republiken Serbien und Montenegro ist nun der Reigen der Republikwahlen in Jugoslawien

abgeschlossen. In diesem Jahr wurden sämtliche Republikparlamente und Republikpräsidenten neu gewählt.

Welche Kräfteverhältnisse haben sich ergeben? In den Republiken Slowenien und Kroatien bildeten sich anti-sozialistische bürgerliche Regierungen. Die politischen Kräfte traten zu den Wahlen mit einem betont nationalistischen Programm an, das den Vorrang der Republik vor den Gesamtstaat stellte, und versprachen die Freuden der kapitalistischen Marktwirtschaft. Außenpolitisch wurde die Anbindung an die EG propagiert und die Abwendung von der Blockfreienbewegung. Im Verlauf des Jahres traten Slowenien und Kroatien mit einem gemeinsamen Programm zur Zukunft Jugoslawiens an die Öffentlichkeit, das eine Neustrukturierung des Staates nach dem „Vorbild der EG“ vorsieht.

In der Republik Bosnien-Herzegowina, in der die drei Gruppen der Serben, Kroaten und Muslime sich bevölkerungsmäßig ungefähr die Waage halten, erhielten die jeweiligen nationalistisch ausgerichteten Parteien entsprechende Prozentanteile, was eine Regierungsbildung ziemlich erschwert.

In Serbien hat sich erwartungsgemäß die Bewegung um den Republikpräsidenten Milosevic durchgesetzt. Milosevic wurde mit großer Mehrheit in seinem Amt bestätigt. Im Kosovo, der mehrheitlich von Albanern bewohnten Provinz, die erst jüngst durch eine Änderung in der serbischen Verfassung ihren Autonomiestatus verloren hatte, wurde ein Aufruf zum Wahlboykott zu 100 % be-

folgt. Milosevic vertrat im Wahlkampf verstärkt die Forderung nach der großserbischen Variante, d.h. nach einem Staat Serbien, der die Republik Bosnien und große Teile von Kroatien umfaßt. Der hohe Wahlsieg wird die Forderung nach einem selbständigen serbischen Staat nur verstärken. In der kleinen Republik Montenegro, die sich immer schon eng an Serben hielt, hat sich ein getreuer Gefolgsmann von Milosevic mit großer Mehrheit als Präsident durchgesetzt.

Eine interessante Entwicklung hat sich in Mazedonien ergeben. Dort konnte die nationalistische VMRO zwar große Stimmengewinne verbuchen, aber die sozialistische Partei und die Partei des derzeitigen jugoslawischen Ministerpräsidenten Markovic liegen mehrheitlich vorn.

Entscheidend wird hier nun die Haltung der Albaner, die mit den beiden Parteien eine ausreichende Mehrheit zur Regierungsbildung hätten. Spannend ist das deshalb, weil die Albaner in Jugoslawien dann zum erstenmal in Regierungsfunktion amtieren, was dem Kampf der Kosovo-Albaner natürlich Auftrieb geben wird.

Wo war aber der Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) bei den Wahlen? Seit dem letzten Parteitag im Februar lag der BdKJ auf Eis. Der Kongress ging mit dem Auszug der Delegierten aus Kroatien und Slowenien auseinander, die sich gegen die serbische Vormachtstellung wendeten. Seitdem haben

sich die jeweiligen Republikorganisationen des BdKJ nach und nach in Parteien mit sozialistischen oder sozialdemokratischen Namen gewandelt und somit faktisch die Auflösung des BdKJ bewirkt.

Kurz vor den Wahlen in Serbien kündigte jedoch fast die gesamte jugoslawische Armeeführung die Wiederauferstehung des BdKJ an. Die Partei soll nun den Namen „Bund der Kommunisten — Bewegung für Jugoslawien“ tragen. Damit meldet die Armeeführung ihren politischen Anspruch auf die Wahrung jugoslawischer, zentralstaatlicher Interessen an. Ob jetzt ein Bürgerkrieg deshalb wahrscheinlicher ist oder nicht, kann schwer eingeschätzt werden.

Eine CIA-Studie geht auf jeden Fall davon aus, daß in den nächsten Monaten mit einem Bürgerkrieg zu rechnen ist. Die Regierungen in den USA und in der EG richten sich schon auf die Spaltung Jugoslawien ein und versuchen, durch Unterstützung ihnen genehmer Republiken auf diesen Prozeß Einfluß zu nehmen. Die US-Regierung hat beschlossen, daß nur noch die Republiken Finanzhilfen erhalten, die sich zum Kodex der bürgerlichen Menschenrechte bekennen und parlamentarische Wahlen abhalten. Und das betrifft nach US-Meining nur Kroatien und Slowenien.

Die EG versucht, über die sogenannte „Pentagonale“ Einfluß auf die Entwicklung zu bekommen. Dies ist ein Zusammenschluß der fünf Staaten CSFR, Ungarn, Österreich, Jugoslawien und Italien,



Von der BRD gefördert: Reaktionäre Exilserben in der BRD

en. Es ist letztlich ein inoffizielles EG-Gremium, in dem via Oberaufsicht des EG-Mitglieds Italien die Tauglichkeit beteiligter Staaten auf EG-Mitgliedschaft geprüft wird. Wurde von EG-Seite bisher vertreten, daß als Verhandlungspartner nur die jugoslawische Bundesregierung gilt, so hat jetzt der für die „Pentagonale“ verantwortliche italienische Außenminister erklärt, daß nur die ökonomisch stärksten Republiken interessant für die EG sind. Die EG setzt damit deutlich auch auf Slowenien und Kroatien, die aus dem Bund herausgetrennt werden sollen.

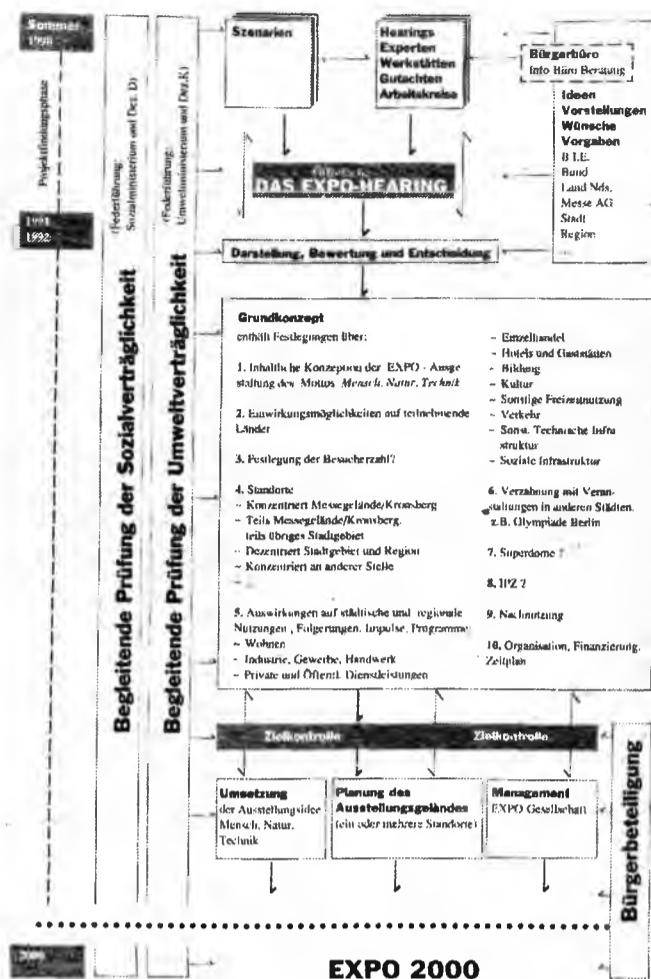
In der bürgerlichen Presse der BRD wird diese Option offen propagiert. So heißt es in der FAZ, daß die internationale Staatenegemeinschaft dafür zu sorgen hat, daß Slowenien und Kroatien nicht aus Jugoslawien austreten müssen, „sondern als gleichberechtigte „Nachfolgestaaten“ in gesicherten Grenzen dastehen können.“ (1) Und in einer anderen Ausgabe wird Serbien offen gedroht. Es heißt dort, die Gefahr, daß ein

Bürgerkrieg ausbricht, „... nähme ab, wenn die westlichen Mächte das serbische Belgrader Regime mit ernsten Sanktionen warnen.“ (2)

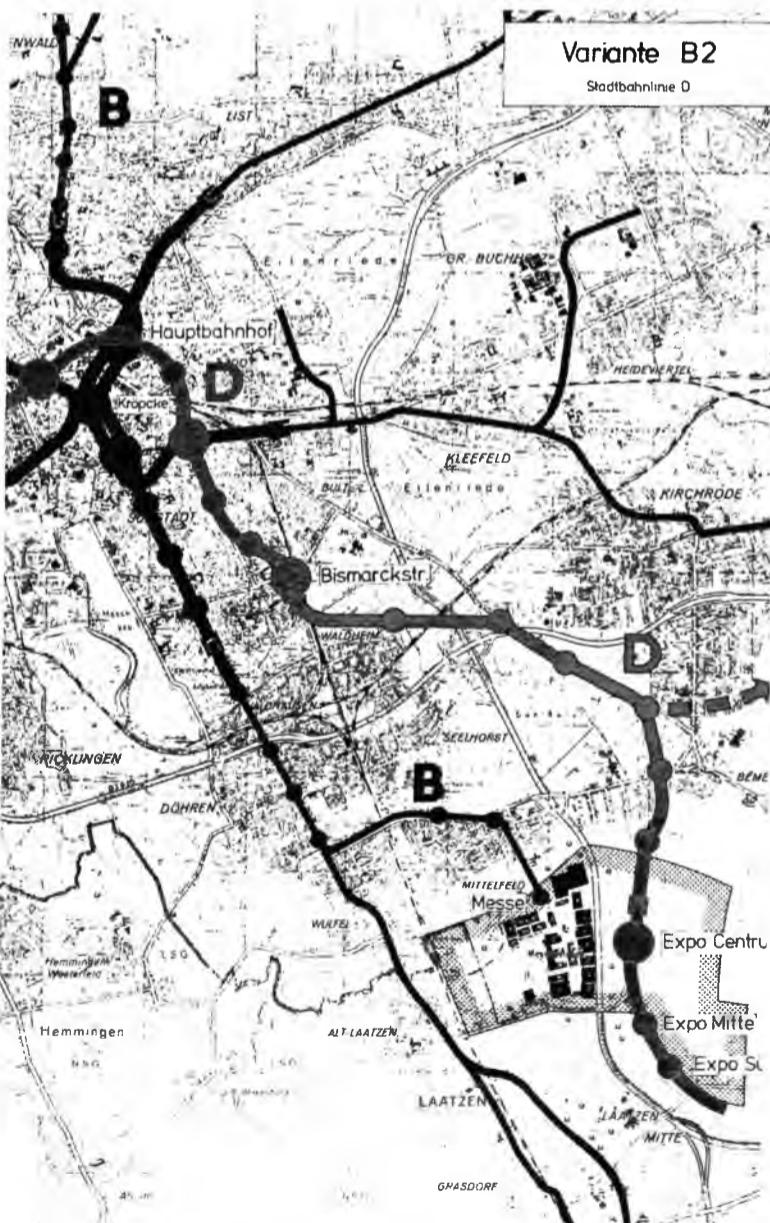
In jüngster Zeit häufen sich die Aufrufe „unparteiischer jugoslawischer Intellektueller, die an die „internationale Gemeinschaft“ appellieren, auf die streitenden Mächte in Jugoslawien Einfluß zu nehmen. Sehr wahrscheinlich ist, daß die „westlichen Mächte“ über eine KSZE-Balkankonferenz direkt Kontrolle ausüben wollen. Dabei werden sie auch versuchen, Albanien in ihre Richtung zu manipulieren und insgesamt zu einer Neuauflistung des Balkan schreiten.

Gerade auch wegen der neuesten Nachrichten aus Albanien muß man die Truppenbewegungen im Mittelmeer beachten. Wahrscheinlich wird hier nicht nur für den Golfkrieg positioniert, sondern auch für den Einsatz auf dem Balkan.

Quelle: (1) FAZ vom 24.10.90; (2) FAZ vom 5.10.90 — (hav)



Das Flußdiagramm entstammt der auf Umweltpapier gedruckten Broschüre „Expo und Umwelt“, herausgegeben vom hannoverschen Umweltdezernat, und zeigt, daß alles auf's Beste bestellt ist, gläserne Planung, öffentliches Hearing, sozial- und umweltverträglich, kurz bürgernah. Mehr im Hintergrund arbeitet dagegen der sogenannte Lenkungsausschuß, wo der VW-Konzern bereits „konkrete Verabredungen“ trifft. Wenig glänzen auch die Frage der Finanzierung. Mindestens 50 % müsse der Bund tragen, heißt es. Noch gibt es von Seiten der Bundesregierung keinerlei Äußerungen zum Thema. Selbst wenn sich Land Niedersachsen und Stadt Hannover nur 40 % der Kosten teilen, hätte das erhebliche Auswirkungen auf die Haushalte. Ebene nicht enthalten ist die Ausstiegsoption, die gegenwärtig über eine kleine Anfrage der Grünen im Bundestag geklärt werden soll. Ist es möglich und wenn, von wem aus, die Bewerbung für die Expo zurückzuziehen?



Für die Dauer der Expo, 1. Juni bis 31. Oktober 2000, werden 25 Millionen Besucher in Hannover erwartet, an Spitzentagen bis zu 500.000. Gegenwärtig erreichen die Besucherzahlen bei der Hannover-Messe täglich 50-80.000. Mit dem zu erwartenden Autoverkehr sollen die Umlandgemeinden belastet werden, Lehrte, Mellendorf, Hildesheim und Bad Nenndorf werden zu Riesenparkplätzen. Für die Beförderung vom Flughafen zum Hauptbahnhof soll eine Intercity-Strecke gebaut werden, der Hauptbahnhof gänzlich umgestaltet werden, eine eigene, untertunnelle S-Bahnlinie zum Expo-Gelände führen. Hier werden ca. 125 Hektar zum Ausstellungsgelände und danach zur Ruinenlandschaft. Ein internationales Populärwissenschaftliches Zentrum soll die Errungenschaften modernen kapitalistischen Wirtschaftens auf volkstümliche Weise nahebringen.

Anziehungspunkt für Wachstumsbranchen

Beim Projekt Expo 2000 packt nicht nur die Reaktionäre das Gründerfeuer

Hannover. Der Kurs der Teutonia Zement Aktien schnellte innerhalb eines Jahres von 260 auf 831 DM. Die Baulandpreise um das geplante Ausstellungsgelände sowie die Büromietpreise steigen. Das Geschäft belebt sich. Der

Wert rot-grüner Koalitionen sinkt. Das Bündnis zwischen SPD und Gabl/Grünen im hannoverschen Stadtrat platzt am Anfang Dezember, weil die SPD eine Ausstiegsoption aus dem Projekt Expo nicht zulassen will.

Konzept, nicht an der Entscheidung beteiligt werden.

Am 7.12. stellte die Landesregierung das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage vor. Sie ergab, was sie sollte. Absthende und sogenannte Unentschlossene gibt es zwar, um so mehr, je dichter die Leute am Tatort der Expo wohnen, am südöstlichen Stadtrand sind 22,4 % ausdrücklich gegen die Expo, fragt man aber auch im Landkreis Hannover oder gar im Landkreis Hildesheim, kommt man auf einen Durchschnitt von 57 % Expo-Befürwortern. Nicht gefragt wurden, es handelt sich nämlich hier um eine repräsentative Umfrage, die nichtdeutschen Einwohner, sie repräsentieren nicht die hannoversche Bevölkerung.

Eins macht die Umfrage dennoch deutlich. Von den zu erwartenden Umwälzungen durch das Großprojekt versprechen sich mehr Leute als die im ersten Absatz erwähnten Vorteile. Haus- und Grundbesitzer erwarten Wertsteigerung ihrer Immobilien, für Handwerk und Kleingewerbe belebt sich vielleicht das Geschäft, sogar Alternativ- und Werkhof-Projekte dürfen hoffen, Kulturschaffende befreien sich vom hannoverschen Provinzmief, der multikulturelle Gedanke wird aufschwingen. 78,9 % der FDP-Wähler, 72,5 % der CDU-Wähler, 56,6 % der SPD-Wähler, 20,9 % der Wähler der Grünen befürworten die Expo.

Vom Aufschwung einer Region und denen, die unten bleiben

Fachkundig sagt der hannoversche CDU-Vorsitzende Reynmann: „Ohne die Expo würden wir gegenüber anderen Regionen an Boden verlieren und Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und ökologischen Fortschritt gefährden“. Ein gutes, häufig in der Rüstungsbranche benutztes Argument, erst der Krieg bringt allen Wohlstand. Daß das Geschäft belebt wird, daran wird niemand zweifeln, alle Anzeichen sprechen dafür. Die Rechnung zahlen andere. Die Weltausstellung in Vancouver 1986 schloß beispielsweise mit einem Defizit von umgerechnet 525 Millionen DM ab. Auf eine restriktive Haushaltspolitik, spätestens nach der Expo, kann man sich jetzt schon gefaßt machen.

Die großen Veränderungen der Infrastruktur für die Weltausstellung fördern einseitig den Ausbau Hannovers zum Oberzentrum der Region, die ländlichen Gebiete werden noch mehr als jetzt

schon abgekoppelt. Sie dienen nur noch als Flächenreservoir für den zentralen Bedarf. Schon jetzt gibt es Bestrebungen, die Entscheidungen über Wirtschaftsförderung, Industrieanstaltung ohne die betroffenen Kommunen für das ganze Umland zentral in Hannover zu fassen. Der Antrag der CDU, im Landtag über den Bau von S- oder Stadtbahn in Hannover zu entscheiden, setzt sich auch ohne weiteres über die Zuständigkeit der Kommune hinweg. Ein Großprojekt wie die Expo verlangt zentralistische Planung, für die leider auch die SPD schon immer eine Schwäche hatte.

Auf den Arbeitsmarkt wird sich die Expo zwiespältig auswirken. Im Baugebiete wird die Zahl der befristeten Verträge, der tariflos Beschäftigten zunehmen, dasselbe ist im Hotel- und Gaststättengewerbe zu erwarten, ein Sinken der Realeinkommen ist anzunehmen. Im Bereich wissenschaftlich ausgebildeten Personals ist eine Beschäftigungszunahme zu erwarten, vielleicht auch eine Einkommenssteigerung, die aber die Planungs- und Bauphase der Expo nicht überdauern wird. Der „arbeitsplatzsichernde und -schaffende Investitionschub“, den der DGB-Kreisvorstand sich von der Weltausstellung erhofft, bleibt fragwürdig.

Was die sogenannte Lebensqualität betrifft, zeigen die Umfrageergebnisse, daß es nicht wenige gibt, die von der Expo eine Steigerung derselben erwarten, wohlwissend, daß dies auf Kosten anderer eintreten wird. Steigt für die einen der Immobilienwert, so für andere die Miete, wieder andere sitzen auf der Straße. Diese Entwicklung ist gewollt, denn es gibt zwar schon großangelegte Verkehrs- und Infrastrukturplanungen, von Planungen im Sozialwohnungsbau ist nirgendwo die Rede. Ein neues Ambiente für den Hauptbahnhof und die City, Bettler und Wohnunglose werden in Containern in Außenbezirken untergebracht, das Shopping verläuft ungestört. Die Weltausstellung 1988 in Brüssel hatte eine 30 %-ige Steigerung der Lebensmittelpreise zur Folge. Je nach Einkommen ist die Wirkung verheerend oder unbedeutend. In der öffentlichen Diskussion spielt das alles keine Rolle. Um so bedauerlicher, daß in verschiedenen Einzelgewerkschaften schon eifrig Pläne für das Mitgestalten der Weltausstellung gemacht werden, anstatt für die Partei zu ergreifen, die das Projekt überrollen wird. — (rec)

Presseerklärung des Anti-Expo-Bündnisses

Beschlossen von den unterzeichnenden Gruppen am 24. Oktober 1990

In Hannover hat sich ein Anti-Expo-Bündnis gegründet. Eine Vielzahl von Gruppen und Organisationen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen hat sich zusammengeschlossen mit dem Ziel, die Ausrichtung der Expo 2000 in Hannover zu verhindern.

Die Ausstellung selbst soll erst in 10 Jahren sein, aber die Expo hat heute schon begonnen — und nicht nur sie — auch der Widerstand dagegen.

Unser Widerstand richtet sich grundsätzlich gegen das Prinzip von Weltausstellungen. Sie sind vor fast 150 Jahren als Industriemessen entstanden, als Versuch, die Welt aus der Sicht der kolonialistischen, imperialistischen Staaten darzustellen.

Weltausstellungen dienen auch heute in einem internationalen wirtschaftspolitischen Zusammenhang dem Ziel, die Vormachtstellung gegenüber den unterdrückten und ausgebeuteten Völkern der drei Kontinente Asien, Afrika und Lateinamerika und aktuell den osteuropäischen Staaten auszubauen, zu festigen und ideologisch abzusichern.

Neben diesem grundsätzlichen Charakter von Weltausstellungen lehnen wir die Expo 2000 wegen ihrer regionalen Folgewirkungen ab. Die Motive für die Ablehnung sind dabei sehr breit und vielfältig.

Mit der Expo werden die ökologischen Probleme der Region drastisch verschärft durch:

Versiegelung großer Flächen, besonders am Kronsberg; überdimensionierte Verkehrserschließung von Stadtteilen,

die nach der Expo die Infrastruktur nicht brauchen; gewaltige Müllmengen und Energieverschwendungen.

Mit der Expo wird das Drittel der Bevölkerung, das materiell am schlechtesten gestellt ist, durch Wohnungsnot, steigende Mieten und andere Preissteigerungen noch härter ausgesetzt werden als schon jetzt.

Mit der Expo werden alle Ausgaben auf die expo-gerechte Umstrukturierung der gesamten Stadt, insbesondere auf die Gestaltung des Veranstaltungsgeländes an der Messe konzentriert. Das geht zwangsläufig zu Lasten der berechtigten Interessen der Bevölkerung Hannovers.

Über die Ausrichtung der Expo hat bisher nur eine Handvoll „Macher“ unter Ausschaltung der Bevölkerung entschieden. (Zitat Lehmann-Grube: „Wenn wir das öffentlich diskutiert hätten, würde die Expo nicht stattfinden.“)

Aus diesen Gründen wird das Anti-Expo-Bündnis durch Informationsveranstaltungen sowohl über Hintergründe der Expo 2000 als auch über den Widerstand und die Folgen von anderen Großprojekten aufklären, um der einseitigen Informationspolitik der Stadt entgegenzuwirken.

Einer „Bürgerbeteiligung“, die jetzt nur noch darauf ausgerichtet sein kann, „Akzeptanz“ zu schaffen und Einflußmöglichkeiten vorzugaukeln, werden wir uns widersetzen.

Gegen die Koalition aus Messe-AG, Stadt, Land und Bund wird das Anti-Expo-Bündnis mit vielfältigen und wirkungsvollen Aktionen mobilisieren.

Damit soll der notwendige Druck erzeugt werden, der die Stadt dazu zwingt, die Expo abzusagen — wozu jederzeit die Möglichkeit besteht.

Anti-Expo-Plenum

Die Gruppen:
 BIU-Bürgerinitiative Umweltschutz, DIE GRÜNEN/Langenhangen, AK-Kolonialismus, Mittwochsgruppe-Rhizom, Wissenschaftsladen Hannover-Nordstadt, Eigenständige Regionalentwicklung Gruppe Hannover, Aktionsforum gegen die Weltausstellung EXPO und HOPP, UJZ-Kornstr., Anti-Expo-Plenum Stärkestraße, Anti-Expo-Gruppe der ev. Fachhochschule, VCD Hannover, BUND-Niedersachsen, Juso-AG Oststadt/Zoo, GABL-Expo-AG, Landesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz-LBU-Niedersachsen, Frauen gegen Militär, Planerinnen-Gruppe Hannover, GABL-GRÜNE Kreisverband.

Die aufgeführten Gruppen waren bei der Erstellung dieser Presseerklärung persönlich vertreten und haben an dem Text persönlich mitgearbeitet.

Natürlich geht diese Erklärung an alle interessierten Gruppen und Organisationen in der Region Hannover mit der Bitte um Stellungnahme, um Unterstützung und um Teilnahme an den weiteren Sitzungen des Bündnisses.

Ein „Bündnis“ soll es übrigens bleiben. D.h. jeder Gruppe bleibt unbemannt, eigene Stellungnahmen, Erklärungen und Positionen öffentlich zu vertreten.

Kein Krieg am Golf!

Widerstand gegen die Kriegsvorbereitungen

Stuttgart. Der Widerstand gegen die Kriegsvorbereitungen von BRD und NATO für einen Einsatz am Golf entwickelt sich. In einer Reihe von Städten in Baden-Württemberg haben in den letzten zehn Tagen Demonstrationen und Veranstaltungen stattgefunden.

In Freiburg demonstrierten am 15.12. ca. 1500 Menschen unter dem Motto „Kein Krieg am Golf! Kein Krieg für Öl und Profite!“ durch die Innenstadt, darunter auch viele Schüler. Aufgerufen hat das Komitee gegen den Krieg am Golf. Der Aufruf, der in einer Auflage von 20000 in den letzten Tagen fast vollständig verteilt worden war, wurde von ca. 40 Organisationen aus Freiburg, Waldkirch, Emmendingen und Riegel unterstützt, von der SPD, den Grünen und der Linken Liste/Friedensliste, Friedensgruppen, dem BezirksschülerInnenrat, dem u.AStA u.a. In dem Aufruf heißt es u.a.: „Deshalb fordern wir die Bundesregierung dazu auf, — ihren Einfluß in NATO und EG für eine friedliche Lösung geltend zu machen, — keine Änderung des Grundgesetzes anzustreben mit dem Ziel, weltweite militärische Interventionen der Bundeswehr zu ermöglichen, — Bundeswehrtruppen weder am Golf noch in Türkei-Kurdistan einzusetzen“. „Darüber hinaus unterstützen wir alle, die den Einsatz am Golf verweigern.“

Etwas 200 Menschen demonstrierten am 15.12.90 in Böblingen gegen die Kriegsvorbereitungen von BRD und USA in der Golfregion. Die SMVen der Böblinger Gymnasien hatten zu der Demonstration aufgerufen unter dem Motto „Der Krieg am Golf betrifft auch unser Leben!“. Im Mittelpunkt standen die Parolen: „Kein Blut für Öl, kein Krieg am Golf“ und: „Keine Großmacht Deutschland, keine Bundeswehr am Golf“. Alle Rednerinnen und Redner auf der Kundgebung riefen die Soldaten und Rekruten dazu auf, den Kriegsdienst zu verweigern. An die Bevölkerung wurde appelliert, Widerstand zu leisten. Der Sprecher der Grünen im Böblinger Gemeinderat hob in seinem Beitrag hervor, daß es am Golf ausschließlich um Kapitalinteressen geht und der beabsichtigte Einsatz von Bundeswehrtruppen an der nordirakischen Grenze in Kurdistan bekämpft werden muß.

Am selben Tag fanden auch Demonstrationen in Bühl mit über 100 Leuten und in Lahr mit 25 Leuten statt; in Karlsruhe eine Woche zuvor mit 350 Leuten. In Singen findet am 22.12. auf Initiative des Kurdistan-Komitees eine Demonstration gegen den Völkermord in Kurdistan statt.

In Mannheim versammelten sich wiederholt zwischen 60 und über 100 Leute, um Transporte von Kriegsmaterial der US-Armee symbolisch zu blockieren. Mannheim ist zentraler Umschlagort in

der BRD. Auf Transparenten wurden US-Soldaten zur Verweigerung aufgerufen unter dem Motto „No War for Texaco“.

An etlichen Orten organisieren Aktionseinheiten Stände, Flugblattaktionen — insbesondere jetzt vor und an Weihnachten z.B. Hauswurfsendungen und Aktionen vor den Kirchen — und Veranstaltungen. So führte das Antifaschistische Aktionsbündnis in Weinheim am 12.12. eine Veranstaltung mit 45 Leuten durch unter dem Motto „US-Truppen raus aus dem Golf! Keine Bundeswehr in den Golfkrieg! Kein Blut für Öl!“ In Tübingen und Stuttgart fanden Veranstaltungen statt unter dem Titel „Jetzt wird es ernst! Der Golfkrieg droht! Wir rufen auf zum Widerstand gegen die Kriegsvorbereitung“ mit George Mizo, Vietnam-Veteran aus den USA. U.a. mit Hilfe eines Videos vermittelte er einen Eindruck über die Anti-Kriegs-Opposition in den USA. In Heilbronn beteiligten sich zwischen 5 und 10 Menschen von GRÜNEN, ALL und christlichen Friedensgruppen am 15.12. auf dem Weihnachtsmarkt an einer Flugblatt- und Sandwich-Aktion gegen den geplanten Golfkrieg. Es wurden Unterschriften gesammelt unter den Aufruf der Bundesgrünen zur Verweigerung und Fahnenflucht an die Soldaten und Rekruten.

Das Friedensnetz Baden-Württemberg und mobilisierte zu einem landesweiten Schweigemarsch am 12. Januar in Stuttgart. Für die Entwicklung des Widerstandes gegen die auf Hochtouren laufenden Kriegsvorbereitungen wird die weitere gewerkschaftliche Diskussion und Beschlüßfassung wichtig sein. Unbedingt nötig sind Aufklärungsaktionen gegenüber den Soldaten. In Stuttgart arbeiten die Volksfront und die DFG/VK gemeinsam an einem Flugblatt, das sich an Soldaten richtet und beim Rekruteneinzug am 2.1. verteilt werden soll. Quelle: div. Aufrufe und Lokalberichte — (evc)



In Mannheim kleben viele Plakate: „Fahnenflucht und Sabotage im Kriegsfall!“

Kein Sammellager für Asylbewerber in Dachau!

Statt Ghetto auf dem DULAG-Gelände dezentrale Unterbringung

Dachau. Bisher waren in Stadt und Landkreis Flüchtlinge dezentral untergebracht. Seit Ende August müssen 60 Asylbewerber in einer Turnhalle leben. Im Oktober wurde bekannt, daß auf dem Platz eines Durchgangslagers

(DULAG) der Faschisten für Zwangsarbeiter aus der UdSSR ein Sammellager (220 Menschen in 5 Baracken) gebaut werden soll. Öffentlicher Druck für dezentrale Unterbringung und gegen das Sammellager blieb bisher erfolglos.

Unterbringung vor, setzte sich aber nicht wirklich gegen die Regierungspläne ein. Nach dem Gesetz ist es so: eine Einheit von mehr als 50 Menschen ist eine „Gemeinschaftsunterkunft“, die der Regierung von Oberbayern untersteht. Sammellager sollen die Regel sein, nicht dezentrale Unterbringung. In Landsberg besichtigten Mitglieder des AK Asyl ein solches Baracken-Lager. Die Wände sind so dünn, daß die Menschen nie Ruhe haben. Die Hausordnung sieht u.a. vor, daß sie keine Bilder aufhängen dürfen, am Haus des Lagerleiters hing ein REP-Plakat!

Sofort nach Bekanntwerden des Lagerplans initiierte der AK Asyl eine große Anzeige in der örtlichen Presse, in der viele lokale bekannte Menschen für dezentrale Unterbringung waren. Vier Grundstücke im Landkreis wurden bereits angeboten, über weitere wird verhandelt. Die Gegenseite reagierte auch. In Dachau (Stadt) hatte die REP bei CSU-Mehrheit bei Landtags- und Bundestagswahl über 9 %. 350 Menschen im Augustenfeld, einem Stadtteil in der Nähe des DULAG, forderten mit Unterschrift mehr Polizeischutz und daß das

Sammelverpflegung macht Flüchtlingskinder krank

Oberhausen. „Sammelverpflegung für Erwachsene macht Kinder krank“ stellt die Oberhausener Kinderärztin Wilbers in einem Gutachten fest. Die Kinder leiden unter Durchfall, Erbrechen und Erkältungsbeschwerden. Langfristig können geistige Schäden eintreten. In Duisburg, wo ein Party-Service die Flüchtlinge versorgt, werden weder Milch noch Obst noch Getränke ausgeliefert. Die Flüchtlingsräte aus Oberhausen, Mülheim, Essen und Duisburg kritisieren die SPD-Landesregierung, die im September 1990 den Kommunen empfohlen hatte, die Sozialhilfe nicht mehr bar auszuzahlen: „Nicht Hilfe in der Not, sondern Abschreckung ist das Ziel dieser Empfehlungen.“ Sie verlangen die Barauszahlung der Sozialhilfe, Handlungsspielraum für die Kommunen besteht: „Die Empfehlungen des Ministeriums sind kein Gesetz.“ — (syb)

Resolution gegen türkischen Terror in Nordwestkurdistan

München. Aus einer Resolution des bay. Flüchtlingsrates, des Landesarbeitskreises der bay. GRÜNEN „ImmigrantInnen und Flüchtlinge“ und der Fraktion der GRÜNEN im Landtag: „An die Regierung der Türkei, Ministerpräsident Özal, an die Menschenrechtsorganisationen der Türkei, an die Bayerische Staatsregierung, die Deutsche Bundesregierung, an den Europarat, an das Europaparlament, an die Presse! Wir protestieren: 1. Gegen die angekündigte Hinrichtung von Gefangenen in der Türkei. 2. Gegen die „Aussetzung von Menschenrechten“ in Türkei-Kurdistan. 3. Gegen Abschiebung von Flüchtlingen aus der Türkei und Türkisch-Kurdistan ... Wir fordern: ... Abschaffung der Todesstrafe und Amnestie für politische Gefangene! Stoppen der Massaker und Vertreibungen in Türkisch-Kurdistan! Einstellung jeglicher Militärhilfe an die Türkei durch die BRD und die EG! Bleiberecht für alle Flüchtlinge aus der Türkei!...“ — (chl)

Trotz Abrüstung Prozesse gegen Friedensbewegung

München. Am 31.7.90 wurden bei einer angemeldeten und genehmigten Flugblattaktion im Rahmen der Kampagne „Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung“ die seit der Anmeldung am 23.7. auch dem KVR bekannten Flugblätter durch ein großes Aufgebot von Zivilpolizisten beschlagnahmt. In den Flugblättern wurde zu einer Blockade des Atomwaffenlagers Bellersdorf/Mittelhessen aufgerufen. Bis heute liegen fünf Strafbefehle in Höhe von bis zu 1200 DM vor, ein Strafbefehl wurde jetzt am 3.12. trotz neuer Urteile des BVG in Sachen „Nötigung“, wonach Sitzblockaden nicht stets von sich aus „verwerflich“ sind, durch das Amtsgericht München bestätigt. — (chl)

Demonstration gegen drohenden Golfkrieg

Bielefeld. 400 Menschen beteiligten sich am 8.12. an dieser Demonstration. Aufgerufen hatte eine örtliche Aktionsgruppe, der u.a. angehörten: Die Grünen, ERNK, DIDF, EKIM, SJD. Die Falken, Ausschuß für Internationales an der kirchlichen Hochschule Bethel, Autonome Nahostgruppe, Antikriegskomitee, VSP und Volksfront. Neben den Forderungen gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen war Einstimmigkeit vorhanden, ebenso die Befreiungskämpfe des palästinensischen und kurdischen Volkes zu unterstützen und die Verfolgung von Kurden und Kurden in der BRD anzugreifen. Zum ersten Mal unterschrieb der Kreisvorstand der Grünen einen Aufruf mit der Forderung nach „Freilassung der inhaftierten Kurden und Kurden in der BRD“.

Kundgebungsbeiträge hielten die Autonome Nahostgruppe, das Antikriegskomitee (Bündnis, in dem u.a. die VVN/BdA und irakische Studenten mitarbeiteten) und die Grünen. Die MLPD verfasste eine Grußadresse. Die Ortsgruppen der ERNK, von DIDF und EKIM hielten einen gemeinsamen Beitrag: „Die kurdische Nation hat ein Recht auf Unabhängigkeit, Freiheit und Einheit... Wir lehnen diesen imperialistischen Krieg ab. Der Krieg wird unsere Völker ins Elend stürzen. Wir können nicht einzeln gegen diesen Krieg kämpfen. Die Vereinigung zwischen den türkischen, kurdischen und arabischen Völkern... ist notwendig.“ Die Polizei beschlagnahmte ein bei der Demonstration verteiltes Flugblatt der Grünen wegen Aufrufs zur Fahnenflucht bei einem Bundeswehr-einsatz. Flugblätter gleicher Inhalts wurden bereits an der Uni und in Herford beschlagnahmt. — (stb)



Hamburg. Nur knapp 1000 Menschen demonstrierten am 8.12. in Hamburg gegen den drohenden imperialistischen Krieg am Golf. Mag sein, daß viele auf eine Entspannung der Lage hoffen, nachdem der Irak die Heimreise aller Ausländer angekündigt hat. Solange aber die imperialistischen Armeen nicht zurückgezogen sind, kann man überhaupt nicht von einer Entspannung der Lage ausgehen. — (mek, Bild: jes)

Streichung der Patenschaft über Hindenburg!

Essen. Auf Initiative des Antifa-Forums und unter Verweis auf den Grenzvertrag mit Polen ist ein Bürgerantrag gegen die Patenschaft der Stadt Essen über Hindenburg zustande gekommen. Hindenburg hieß von 1915 bis 1945 die polnische Stadt Zabrze. Die Stadt Essen übernahm die revanchistische Patenschaft 1953 im Zuge des Kalten Krieges. 26 Personen — darunter Funktionäre von DFU, Falken, GEW und IG Metall — unterstützen den Bürgerantrag als Erstunterzeichner, DKP, MLPD, Volksfront und VVN/BdA als Organisationen. Bis Ende Januar sollen weitere Unterstützer gefunden werden. Ähnliche Anträge der GAL-Die Grünen hatte der Stadtrat 1985 und 1986 abgelehnt, so daß der Haushaltsentwurf der Stadt für 1991 noch 32000 DM für die Patenschaft vorsieht. — (wof)

Niedersächsischer Städtebund hetzt gegen Sinti und Roma

Hannover. Der nds. Städte- und Gemeindebund hetzt in einem Ende November bekannt gewordenen Rundbrief an die Verwaltungsbeamten der Städte und Gemeinden gegen Sinti und Roma: Sie seien „sozial wenig angepaßt“, „zum Teil mit ansteckenden Krankheiten behaftet“ und verhielten sich „hygienisch bedenklich“. Die Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen, kritisierte die „bewußte Diskriminierung“. Der nds. Verband hatte die Formulierungen vom deutschen Städte- und Gemeindebund übernommen. R. Haußschild, Beigeordneter für Jugend, Soziales und Gesundheit: Er habe die Zustände in den Gemeinden „sogar noch relativ verhalten“ geschildert. — (anr)

5200 Roma droht die Abschiebung

Landesregierung Nordrhein-Westfalen hebt Zusagen auf

Köln. Nicht einmal ein Jahr hat die Landesregierung Wort gehalten — am 4.12. beschloß das Landeskabinett, alle Zusagen, die Landesinnenminister Schnoor und sein Staatssekretär Riotta im letzten Jahr gegenüber Roma gemacht haben, für null und nichtig zu erklären. Am 1.2. hatte Schnoor den Roma, die sich vor dem 12.1.90 in NRW aufgehalten haben und die glaubhaft machen könnten, daß sie staatenlos sind, weil sie seit Jahren von einem europäischen Staat in den anderen flüchten müssen, das Bleiberecht versprochen. Die Roma hatten die Zusage mit einem Bettelmarsch, der am 6.1. mit der Besetzung des Kölner Doms begann, erzwungen. 3500 Roma über 16 Jahren beantragen ein solches Bleiberecht. Bis Ende Mai verhandelten Roma-Vertreter mit der Landesregierung über eine Bestimmung der De-facto-Staatenlosigkeit: Wer in den letzten zehn Jahren überwiegend außerhalb seines Herkunftslandes umhergezogen ist und wer sich vor seiner Reise in die BRD längere Zeit in mindestens einem west-europäischen Staat aufgehalten hat, erhält eine Aufenthalterlaubnis, wenn er nicht in besonderem Maße straffällig geworden ist und vor dem 12.1.90 in NRW lebte. Diese Definition lehnte die Landesregierung Mitte September ab. Bedingung sollte sein: nur wer mindestens drei Jahre in NRW und anderen

Bundesländern lebte, erhält die Anerkennung als de-facto-Staatenloser — nach Rechnung von Rau u.a. sollen nur noch etwa 1000 Roma unter diese Regelung fallen. Außerdem beschloss sie ein „Rückkehrprogramm“ für 1400 Roma nach Skopje im jugoslawischen Land Mazedonien. Die Anzahl kommt durch eine perfide Auswertung der Anträge auf Bleiberecht zustande — wer immer in seinem Antrag Skopje als Aufenthalts- oder Durchgangsstation erwähnt hat, ist nun ausgewählt, „reintegriert“ — tatsächlich: ausgelagert — zu werden. 8000,- DM für Fahrt und Lebensunterhalt während der ersten sechs Monate rechnet die Landesregierung als Kosten, zahlbar weitgehend an die mazedonischen Regierung. Auch die 1000 zuerst anerkannten Staatenlosen sollen verschubt werden.

Die Organisationen der Roma, die Rom- und Cinti-Union (RCU) sowie der Zentralrat der Roma und Sinti, haben scharfen Protest erhoben und rufen für den 20.12. zu Aktionen in der ganzen Bundesrepublik auf. Die RCU hatte zusammen mit der Evangelischen Kirche kurzfristig eine Delegation nach Jugoslawien geschickt. Landeskirchenrat J. E. Gutheil erklärte, die Situation in Mazedonien sei unhalbar, die Roma dorthin zu schicken, treibe sie in die „absolute Hoffnungslosigkeit“. — (uld)

Stahl: Zwiespältiges Ergebnis

Abstand zu Metall verringert, aber nicht aufgehoben

Am 3.12.1990 beantragte die Tarifkommission für die Stahlindustrie NRW, Niedersachsen und Bremen beim IG Metall-Vorstand das Scheitern der Verhandlungen, am 7.12. befürchtete sie diesen Beschuß. Dennoch wurde noch einmal verhandelt, weil der IG Metall-Vorstand seine Entscheidung über den Antrag um eine Woche verschob. Dabei einigten sich die Verhandlungskommissionen auf einen Abschluß, der bei Redaktionsschluß noch von der Tarifkommission bestätigt werden mußte.

Vereinbart wurden beim Lohn 26 Pfg./Stunde auf den Ecklohn als Vorweganhebung ab November 1990, Einmalzahlungen von jeweils 275 DM für November und Dezember, 6% mehr Lohn und Gehalt ab Januar 1991 bei einer Laufzeit bis zum 31.10.1991 und Erhöhung der Ausbildungsvergütungen je nach Lehrjahr zwischen 66 und 85 DM. Die Arbeitszeit soll ab 1.4.1995 auf 35 Stunden/Woche verkürzt werden, das Fünf-Schicht-System für Contenschichtler kann in Betriebsvereinbarungen eingeführt werden. Die Möglichkeit der Verlängerung der Arbeitszeit für Teile der Belegschaften auf 40 Stunden/Woche wie bei Metall wurde zunächst abgewehrt, allerdings soll hierüber vor Einführung der 35-Stunden-Woche noch einmal verhandelt werden. Die Kapitalisten haben unter dem Eindruck

der breiten Welle von Warnstreiks und dem drohenden Abbruch der Verhandlungen zwar von ihrem Provokationskurs ablassen müssen.

Ihr wichtigstes Ziel konnten sie jedoch erreichen: Die Aufrechterhaltung der vor drei Jahren festgeschriebenen Abkopplung der Tariflöhne bei Stahl von denen bei Metall. Der Stahl-Ecklohn (Lohngruppe 6) wird nach der Erhöhung bei 14,28 DM liegen, der Metall-Ecklohn liegt in NRW bei 14,45 DM. Auch die Jahres-Sonderzahlungen bleiben weiter unter dem Niveau von Metall.

Die IG Metall hat den Abstand der Tariflöhne zwischen Stahl und Metall nur verringern, nicht jedoch aufheben können. Ihre Absicht, die noch gute Stahlkonjunktur wenigstens ein Stück weit zum Ausgleich der Reallohn-Verluste der letzten Jahre zu nutzen, wurde verfehlt. Beides wäre nur mit Streik zu erreichen gewesen, und den wollte der IG Metall-Vorstand vermeiden. Nach Angaben der IG Metall kommt der Abschluß durch die Vorweganhebung und die Einmalzahlungen von zusammen 550 DM — in der Metallverarbeitung NRW lagen sie bei 430 DM — aufs Jahr auf 8%. Dies ist auch eine erste Marke für die Tarifbewegung 1991. Allerdings: Die Vorweganhebung ist anrechenbar, und in der Lohntabelle festgeschrieben sind eben nur 6%. — (wof)

Gleiche Arbeit — gleicher Lohn Sicherung der Arbeitsplätze

Berlin (Ost). Am 6.12.90 demonstrierten ca. 10-12000 Beschäftigte aus den Bereichen Bildung, Erziehung und Wissenschaft, insbesondere Lehrer/-innen, zum Haus des Lehrers, in welchem gleichzeitig die erste gesamtdeutsche Kultusministerkonferenz tagte. Aufgerufen hatten die GEW u.a. mit folgenden Forderungen: Sicherheit der Arbeitsplätze! Heranführung auf die volle Höhe des westlichen Eingruppierungs- und Vergütungssystems! Weiterbildungs- und Umschulungsangebote für AkademikerInnen! Lehrer/-innen der ehemaligen DDR sollen nach Absicht der Bundesregierung für Jahre schlechter bezahlt werden als ihre westlichen Kollegen: z.B. für die Grundschulklassen 1-4 Besoldungsgruppe A 9 statt A 12, was bis zu 1000 DM pro Monat weniger sind. — (har)

SEL Kabelwerk: Proteste gegen Kündigungen

Stuttgart. Wer erinnert sich nicht an die Proteste von zehntausend Metallern vor SEL Stuttgart letztes Jahr gegen die geplante Samstags- und Sonntagsarbeit im Kabel- und Glasfaserwerk? Jetzt, nachdem die Konti-Schicht seit einem Jahr läuft, haben 31 Arbeiter die Kündigung erhalten, nächstes Jahr sollen noch einmal über 500 Beschäftigte gekündigt werden. Obwohl der Betrieb heute auf Hochtouren läuft und Profit abwirft, will SEL/Alcatel die Glasfaserfertigung in einem neuen Werk in Nordfrankreich zentralisieren. Auf Initiative der Betriebsräte und der Gemeinderatsfraktionen von SPD und GRÜNEN will OB Rommel ein Gespräch mit der Unternehmensleitung von SEL führen. — (ros)



Berlin. Zahlreiche Ostberliner Kultureinrichtungen, darunter das Metropoltheater und der Friedrichstadtpalast, werden „in andere Rechtsformen“ überführt. Zu diesem Zweck sind vorsorglich alle 2560 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum 15.12.1990 gekündigt worden. Bei einer Demonstration vor dem Rathaus Schöneberg sagte die zuständige Kulturstadträtin, die Einrichtungen hätten „die große Chance, sich zu erneuern.“ Bild: Protestaktion. — (pet, har)

Tarifrunde öffentlicher Dienst:

Streit um Forderungsaufstellung

Die Große Tarifkommission der ÖTV geht dieses Jahr mit einer reinen Einkommensforderung von 101%, Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 250 DM und einer Laufzeitforderung von 12 Monaten in die Tarifverhandlungen. Im

folgenden drucken wir einen Bericht über die Diskussion der Hamburger ÖTV aus der Zeit der Forderungsaufstellung im November, der die Positionen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in die Diskussion bringt.

stanzminimums bewegen würden (einfachste Arbeitertarifentlohnung C I und C II). Deshalb sei eine hohe Forderung mit Mindestabsicherung für sie wichtig. Berufspraktikanten aus dem Erzieher- und Sozialarbeiterbereich forderten, daß endlich die in den siebziger Jahren vom öffentlichen Dienstherren durchgesetzte Absenkung der Bemessungsgrundlage ihrer Vergütung von 75% auf 66% wieder rückgängig gemacht werden müsse.

Das Endergebnis, das den Hamburger Vertretern in der Großen Tarifkommission gegeben wurde, war: 11% Tarifforderung, ein Jahr Laufzeit!

— Keine Anrechnung der Zulagenerhöhung von Beginn des Jahres! — Der Abschluß muß über dem der gewerblichen Bereiche liegen, da die letzten drei Jahre schon Lohnkürzungen hingenommen werden müssen. — Berücksichtigung von sozialen Komponenten wie Mindestlohn erhöhung oder Festbetriebe.

— Die Tarifverhandlungen für den Alten- und Pflegebereich und für Erzieher- und Sozialarbeiterpraktikanten müssen wieder aufgenommen werden! — Ablehnung der Ballungsraumzulage. — (ena)

Vertreter wollen über 10 Prozent

Ulm. Drei Modelle wurden den Vertretern von der Ortsverwaltung vorgelegt: 12%, ein Festgeld in Höhe von 374 DM und 11% mit einer Vorweganhebung der Lohngruppen 1 bis 5 mit Geldbeträgen von 200 bis 100 DM. In der Diskussion, die eine Fortsetzung der betrieblichen Diskussion war, plädierte der 1. Bevollmächtigte Haag für eine Prozentforderung mit einer Vorweganhebung. Von 9 Rednern sprachen sich 8 für eine Festgeldförderung aus, auch Mitglieder des Frauenausschusses, die selber in den unteren Lohngruppen sind. Ein Redner sprach sich für 15% mit einer Mindestabsicherung aus. Bezirksleiter Riester nahm anschließend mit altbekannten Argumenten gegen eine Festgeldförderung Stellung. In einer außerordentlichen Vertreterversammlung im Januar soll eine Empfehlung an die Tarifkommission abgegeben werden. — (frm)

FDP will Kinderbetreuung kommerzialisieren

Hannover. Mit einem Antrag im Landtag will die FDP die minimalen Festlegungen, die die niedersächsischen Heimrichtlinien bezüglich Standards von Kindertagesstätten bieten, beseitigen. „Reduzierung der staatlichen Aufsicht über die Kinderbetreuungseinrichtungen auf ein Mindestmaß sowie Entschlackung der entsprechenden Richtlinien unter Fortfall einengender Standards und sonstiger entbehrlicher Vorgaben.“ (Antrag der FDP) Sind vorgeschriebene Gruppengrößen, Spielflächengrößen, Personalschlüssel abgeschafft, kann nach Meinung der FDP die freie Marktwirtschaft Einzug in diesen Bereich halten. „Abbau der bestehenden Betreuungsdefizite u.a. durch die Anwendung flexibler Öffnungszeiten und durch den Ausbau betriebsgebundener und privatwirtschaftlich betriebener Einrichtungen...“ Gewerblich betriebene Kindergärten nach dem Vorbild privater Altenheime sollen unterstützt werden. — (rec)

Kein Lohnverzicht für die ehemalige DDR!

Friedrichshafen. Auf Antrag der Vertrauensleuterversammlung der ZF hat die Vertreterversammlung am 29.11. beschlossen: „Wir treten allen Aufforderungen, Lohnverzicht für die ehemalige DDR zu üben, entschieden entgegen. Denn jede Mark weniger an Lohnhöhung im Westen füllt nur die Kassen der Unternehmer und nicht den Geldbeutel der Kolleginnen und Kollegen im Osten. Wir unterstreichen diese Aussage von Franz Steinkühler... Die Gewinne der Unternehmer in der ehemaligen BRD sind auch 1990 weiter in die Höhe gestiegen. Deshalb fordern wir den Vorstand auf, bei der Diskussion um die Höhe des Korridors für die Lohnforderung dies zu berücksichtigen. — (anh)

triebsdiskussion nicht weitergetragen haben. Abgelehnt wurde die Diskussion um eine Ballungsraumzulage auch für Hamburg (bislang nur in München). Während seit drei Jahren eine Angleichung aller Lohngruppen im öffentlichen Dienst angestrebt werde, stelle die Diskussion um Extra-Zuschläge für bestimmte Städte oder Ballungsgebiete erst recht eine weitere Differenzierung dar.

Kollegen aus dem Krankenhausbereich schilderten, daß trotz minimalster Erhöhungen in den kürzlichen Strukturverhandlungen für das Pflegepersonal Nachverhandlungen geführt werden müßten, weil für den geringen Verdienst das Personal lieber im Privatbereich bei geregelter Arbeitszeit arbeiten würde statt im Schichtdienst und bei nicht besetzten Planstellen. Insbesondere die Reinigungskräfte und Stationshilfen würden die Streichung der unteren Lohngruppen fordern.

Ein Kollege der Hamburger Arbeits- und Beschäftigungs-GmbH (tarifliche Beschäftigungsverhältnisse für ehemalige Sozialhilfeempfänger) wies darauf hin, daß von deren 1300 Beschäftigten sich 1000 am unteren Rande des Exi-

Banken: Mehr Schichtarbeit

An der Terminbörse begann der Futurehandel

Am 23.11. wurde an der Deutschen Terminbörse in Frankfurt der Handel mit sogenannten „Futures“ eröffnet. Dabei handelt es sich um Kontrakte, die den Inhaber verpflichten, zu einem vorab festgelegten Preis an einem bestimmten Tag Wertpapiere abzunehmen bezüglichweise zu liefern. Die Futures dienen für die eine Seite dazu, das Risiko des Kursverfalls größerer Wertpapierbestände abzusichern, für die andere Seite sind sie ein Mittel, mit vergleichsweise geringem Kapitaleinsatz um große Summen zu spekulieren.

Der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Terminbörse und Mitglied im Vorstand der Deutschen Bank, Rolf-E. Breuer, erläuterte für die Presse die Stoßrichtung dieses neuen Finanzierungsinstruments: Er glaubte, daß die DTB der Londoner Terminbörse „Liffe“ die Hälfte des Umsatzes der sogenannten „Bund-Futures“ abnehmen werde. Der Bund-Future ist ein Terminkontrakt auf eine Mischung verschiedener Bundesanleihen und wurde mittels Datenfernübertragung bisher ausschließlich in London gehandelt. Die Londoner Terminbörse hatte diese Kriegserklärung auch als solche erkannt und ließ verlauten, daß sie, egal wie lange die DTB die Handelszeiten ausdehne, eine halbe Stunde vor und nachher handeln werde. Damit wird verständlich, warum die Beschäftigung mit diesen neuen Formen der Wertpapierspekulation auch für die Leser dieses Blattes von Interesse sein kann: Die Soldaten in diesem Finanzkrieg sind die Beschäftigten im Bankgewerbe. Und zwar diejenigen, die der Bankkunde normalerweise nicht am Bankschalter zu Gesicht bekommt und auch nicht im Fernsehen auf dem Börsenparkett sieht, die Beschäftigten im elektronischen Börsenhandel und in der Abwicklung, dem „Back Office“.

Der Futurehandel der Terminbörse läuft von 7.30 - 18 Uhr — zum Vergleich: der „normale“ Wertpapierhandel auf dem Parkett der Frankfurter Börse ist noch auf die Zeit von 10.30 - 13.30 Uhr begrenzt. Im Anschluß an den Handel erfolgt die Abwicklung, d.h. Schreiben von Ausführungsbestätigungen und Abrechnungen, Lieferungen von Papieren, Verbuchung in der bankinternen Depot- und Geldbuchhaltung. Beim Futurehandel besonders eilig: Sofortige Abbuchungen von den Konten der Auftraggeber, wenn der Kurs der Papiere eine bestimmte Grenze unterschritten hat.

Die Konsequenz: Für mehrere hundert Bankbeschäftigte wurde ab dem 23.11. Nacht- und Schichtarbeit normal. Bei der Dresdner Bank sind z.B. Schichten von 6 Uhr bis 22 Uhr in der DTB-Abwicklungsabteilung vorgesehen. Dafür wurden neue Beschäftigte mit der Verpflichtung zur Schichtarbeit

eingestellt. Bei Banken mit kleineren Abwicklungsabteilungen wird versucht, das vorhandene Personal über einen längeren Zeitraum zu „strecken“ oder sogar die Abdeckung der Betriebszeiten im Rahmen von Gleitzeitssystemen der „Freiheit“ der Betroffenen zu überlassen. Die Einführung dieser neuen Arbeitszeiten erfolgte, wie im Bankgewerbe verbreitet üblich, in diktatorischer Form. Mitte Oktober entschied der Aufsichtsrat der Terminbörse unter Führung des bereits oben erwähnten Herm Breuer vom Deutsche Bank-Vorstand über die Dauer der Handelszeit. Die Betriebsräte wurden, wie z.B. bei der Sparkasse Frankfurt, bis zum Start des Futurehandels nicht einmal informiert, daß sich die Arbeitszeiten ändern. Bei der Deutschen Wertpapierdaten-Zentrale (DWZ) erfuhr der Betriebsrat erst nach der Verweigerung von Überstunden für einen Samstagstest, daß in einer Abteilung Schichtarbeit von 7 - 20 Uhr geplant ist.

Die Zeit zwischen 17 und 22 Uhr ist im Bankgewerbe bisher keine normale Arbeitszeit gewesen. Mit Ausnahme der engeren EDV-Produktion war Schichtarbeit nicht üblich. Die Zeit zwischen 17 und 22 Uhr ist für die meisten Lohnabhängigen eine der aktivsten Zeiten des Tages, wo sie sich um die Fragen der Reproduktion kümmern und sich kulturellen, politischen oder sportlichen Begegnungen widmen. Es zeigt sich jetzt bitter das Versäumnis der Gewerkschaften, daß sie im Trubel um die 35-Stundenwoche keine Schranken zum Schutz des Feierabends oder der Nacht errichtet haben. Die Betriebsräte müssen jetzt aus der Defensivposition heraus versuchen, das Schlimmste zu verhindern und wenigstens einen Nachteilausgleich für Arbeit zu ungünstigen Zeiten zu erreichen.

Nacht- oder Schichtzulagen gibt es nach Tarifvertrag erst ab 20 Uhr. Mit 220 DM Schichtzulage bei zweieinhalb Dienst und 2 Freischichten im Jahr sowie 25% steuerfreier Nachtzulage wird diese Lebenszeit auch nicht sonderlich teuer verkauft. Inzwischen hat ein Treffen von Betriebsräten aus den betroffenen Banken stattgefunden, wo festgestellt wurde, daß die Arbeit zu unnormalen Zeiten verteilt und einer weiteren Ausweitung der Arbeit in die Nacht hinein Einhalt geboten werden muß. z.B. auch durch internationale Gewerkschaftszusammenarbeit. Der Betriebsrat der DWZ hat ein Verfahren wegen ungeeigneter Überstunden eingeleitet — beantragt wurde ein Ordnungsgeld von 40000 DM gegen die Geschäftsleitung. Bisheriges Zwischenergebnis: die tägliche Arbeitszeit der Betroffenen wird um eine halbe Stunde verkürzt und vor 8 Uhr morgens und nach 17 Uhr abends mit einem Zeitzuschlag von 25% versteuert. — (gst)



Köln. Nun ist Köln durch den größten Polizeieinsatz seiner Geschichte (1200 Polizisten auf 7 Besetzer!) dem Ziel zur Glitzermetropole ein Stück näher, ein „Schandfleck“ ist durch Räumung des seit fünf Jahren besetzten Hauses in der Weißhausstraße beseitigt. Ein lebendiger Kultur- und Lebensraum wurde einem weiteren Konzernpalast geopfert. Und Köln hat etliche Obdachlose mehr. — (mz; Bild: af/mz)

Aus Ländern und Gemeinden

Stadt Göttingen stellt jetzt Bleiberechtsbescheide aus

Göttingen. Ab sofort (6.12.) wird die Stadt Göttingen den Bleiberechts-Erlaß des Innenministers ausführen und die Anträge von Flüchtlingen nicht nur bearbeiten, sondern auch entscheiden. Vorangegangen war ein Brief des Ausländerbeirats Göttingen an den Innenminister Glogowski (SPD), der aufgefordert wurde, sofort einen Staatsskommissar zur Durchsetzung der Bleiberechtsregelung einzusetzen. In dem Schreiben wird darauf verwiesen, daß die öffentlich geführte Auseinandersetzung zu erheblicher Verunsicherung bei den Betroffenen geführt habe. Viele Flüchtlinge verzichteten auf ihre Rechtsansprüche und stellten gar nicht erst Anträge. Auch die Ausländerfeindlichkeit habe zugenommen, schreibt der Ausländerbeirat. Das Land hatte angeboten, die entstehenden Kosten bei Verlangen im Einzelfall abzurechnen. Strittig ist noch die Dauer dieser Kostenersstattung. Das Land vertritt 15 Monate, die Kommunen wollen eine Erstattung auf 2 Jahre. Innenminister Glogowski (SPD) machte inzwischen mehrfach deutlich, daß er auch in Nds. für die Abschiebung nicht anerkannter Asylbewerber sei. — (kek)

Abwassergebühren steigen ab 1. Januar um 15,01 Prozent

Konstanz. Der Gebührensatz für die „öffentliche Fäkalienabfuhr“ — auf gut deutsch Abwasserbeseitung — soll von bisher 14,32 auf 16,47 DM angehoben werden. Die Stadt als öffentliche Betreiberin der Fäkalienabfuhr hat seit 1977 diese Aufgabe an die Fa. Hans Schupp & Sohn delegiert. Begründung der Kämmerer: Der Unternehmer habe einen Anspruch auf Erhöhung seiner Vergütung in Anlehnung an den Tabellelohn eines Gemeindearbeiters in Baden-Württemberg der Lohngruppe IV, Stufe I. Nachdem 1989 und 1990 keine Erhöhung erfolgt sei, habe die Firma nun eine zweistellige Erhöhung geltend gemacht. Eine etwas düftige Legitimation, der Bevölkerung mehr Geld aus der Tasche zu ziehen. — (anw)

Landesastenkonferenz ruft zu Demonstration auf

Stuttgart. Die Landesastenkonferenz ruft für den 23. Januar 1991 zu einer landesweiten Demonstration gegen die Verschärfung der Studienbedingungen auf. In einem Katalog der zu ändernden Punkte wird u.a. gefordert: Erhöhung des Doppelhaushaltes 90/91 für den Ausbau der Lehre, ein Sofortprogramm zum Ausbau der räumlichen Kapazitäten; Zurücknahme von Mieterhöhungen bei Wohnheimen; Schaffung von ausreichend Wohnraum; verbindliche Frauenförderpläne; interdisziplinäre Frauenforschung und feministische Wissenschaft an allen Hochschulen; soziale Absicherung für alle, d.h. Durchsetzung eines elternunabhängigen Bafoß auf Zuschussbasis (mindestens 1000 DM); Studienabschlußförderung für alle, die sie brauchen; sofortige Zurücknahme der Gesetzesänderung, mit welcher die elternunabhängige Förderung zusammengestrichen wurde; Wiedereinführung einer verfaßten Studentenschaft mit Sitzungs- und Finanzhoheit, politischem und imperativem Mandat. „WAS“: Informationen der Fachschaftsvertreter- und vertreterinnenversammlung Uni Stuttgart — (evc)

Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges!

Köln. Die NRW-Landesregierung wurde von der Landesdelegiertenkonferenz der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) aufgefordert, Schritte zur Beseitigung des KPD-Verbotsurteils einzuleiten und die Opfer des Kalten Krieges zu rehabilitieren. Insbesondere sollen die Antifaschisten, die im Kalten Krieg erneut politisch verfolgt und ihrer Wiedergutmachung beraubt wurden, rehabilitiert werden. Den Berufsverboten und der Verurteilung von Friedensdemonstranten soll ein Ende gemacht werden. Die Arbeit der Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges wird unterstützt.

Quelle: Antifaschistische Nachrichten, Mitteilungsblatt der VVN-Bund der Antifaschisten NRW. Nr. 1 / Dezember 1990 — (gba)

Studentendemonstration gegen Wohnungsnott

Lüneburg. Am 27.11.90 demonstrierten 600 Studentinnen und Studenten gegen ihre katastrophale Wohnsituation. Nach Umfragen des AStA fehlen in Lüneburg „über 500 Wohneinheiten alleine für Studentinnen und Studenten; zahlreiche Wohnungssuchende mittlerweile qm-Preise von durchschnittlich 40-45 DM für ‚normale‘ Zimmer; wird die Situation von einigen Maklern und Spekulanten schamlos ausgenutzt und horrende Vermittlungsgebühren verlangt; wird Studierenden von offizieller Seite empfohlen, aus einem Umkreis von rund 100 km nach Lüneburg zu pendeln...“ Quelle: Demonstrationsflugblatt — (ulb)

Presseerklärung zu den OB-Wahlen in Heidelberg

Heidelberg. Rolf Ficker, FAU/AP und „Die UNZUFRIEDENEN“ Heidelberg, ist bei den OB-Wahlen angetreten. Aus seiner Erklärung vom 25.10.: „Die bürgerliche Schieberei um das OB-Pöschchen in Heidelberg ist geläufig. Wie zu erwarten war, hat die Kandidatin Weber das Rennen gemacht. Zu groß war der Wunsch der Masse der Heidelberger Bevölkerung, nach den reaktionären Zünd-Jahren, für deren Fortsetzung Wagner antrat (ein wirklich widerlicher Gedanke), nach einer Veränderung in dieser Stadt, daß es fast zu einer Hysterie für Frau Weber wurde... Aber es war schon immer die Paraderolle der SPD, sich als „kleineres Übel“ zu verkaufen. Dies hat aufgrund der spezifischen Situation in Heidelberg dazu geführt, daß sich im zweiten Wahlgang selbst sehr fortschrittliche, ja sogar manch revolutionär gesonnener Mensch, der im ersten Wahlgang Rolf Ficker oder ungültig gewählt hatte, dann im zweiten Wahlgang dem Schwindel vom „kleineren Übel“ auf den Leim gegangen ist... Das Wahlergebnis von 0,24 % hätte ohne undemokratische 5 %-Klausel bei einer Bundestagswahl auf Bundesebene bzw. Reichsebene locker zu einem Sitz gereicht. Beim zweiten Wahlgang sind zwei Drittel der Stimmen verloren gegangen... Doch Stimmenergebnisse und ähnliches sind bei der Wahlkampagne von Rolf Ficker nicht entscheidend gewesen. Entscheidend war, daß die Sache des Sozialismus und, damit in Verbindung, die Interessen der „kleinen Leute“ propagiert wurden und zum Widerstand beigetragen wurde...“ Presseerklärung zugesandt von GJA/R Hamburg

Krankendrohbriefe bei Mercedes-Benz

Die Stadt Mannheim ist bei vielen Krankheiten Spitzenreiter

Seit 1984 führt die Werksleitung von Mercedes-Benz gegen die Beschäftigten des Mannheimer Werks eine Kampagne „zur Senkung des Krankenstandes“. Vorläufiger Höhepunkt dazu ist nun eine „Information über den Krankenstand im Werk Mannheim“, welche am 18. September 1990 an alle „Mitarbeiter“ verschickt wurde. Darin wird errechnet, daß von 249 Arbeitstagen der durchschnittliche Benz-Beschäftigte nach Abzug von 30 AT Urlaub, 28 AT Krankheit und 13 AT Freischicht (als Ergebnis der Arbeitszeitverkürzung) nur noch 178 AT (71,5%) im Betrieb anwesend

sei. — „Krankenbrief — Gesundreden oder Krankmachen?“ Unter diesem Titel setzte sich die Betriebszeitung „Innenspiegel“ (herausgegeben von kritischen IG-Metall-KollegInnen) bereits zweimal mit diesem Thema auseinander und kritisierte besonders die Beteiligung und Unterschrift unter diese „Information“ des BR-Vorsitzenden Feuerstein. „Nicht zuletzt ermuntert durch das Zurückweichen des Betriebsrates bei Horrorsparprogrammen in allen Werksteilen greift die Werksleitung nun auch noch den sensiblen Bereich des Krankenstandes an.“

Der Zweck der „Information“ ist eindeutig und auch benannt: Kranken Beschäftigten soll sich „täglich aufs neue“ die „individuell zu beantwortende Frage „Bin ich krank oder bereits wieder gesund“ stellen. Denn bei „mißbräuchlichem, Krankfeiern“ sei „im Regelfall eine Lösung des Arbeitsverhältnisses unvermeidlich“.

Die „Krankheitsartenstatistik 1988“ des AOK-Bundesverbandes und der vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg im Februar 1990 veröffentlichte Band „Das Gesundheitswesen 1988“ (Band 399) geben einen Überblick über Krankheits- und Sterbursachen der Mannheimer Bevölkerung im Vergleich zu anderen Städten Baden-Württembergs. Die Statistik „Das Gesundheitswesen“ listet z.B. die „Zugänge der an aktiver Tuberkulose Erkrankten“ in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs von 1976-1988 auf (S. 29,30). Glücklicherweise ist diese Krankheit überall weniger geworden, doch Mannheim hat die absolut höchste Zugangsrate an TBC in Baden-Württemberg. Während im Durchschnitt von BA-Wü „nur“ 19,4 Frauen und Männer (auf 100000 der mittleren Bevölkerung) neu erkranken (in Stuttgart: 29,2), waren es in Mannheim 52,1!

Ähnlich gravierende Abweichungen vom Landesdurchschnitt zeigen sich bei den Sterbeziffern aufgrund „bösaufgeführter Neubildungen der Lufttröhre, Bronchien, Lunge“ (S. 68). Während in BA-Wü 53,3 Männer bzw. 10,3 Frauen auf 100000 der Bevölkerung an diesen Krankheiten starben, in Stuttgart 46,2 Männer bzw. 11,7 Frauen, waren es in Mannheim 81,5 Männer bzw. 21,7 Frauen (Zeitraum 1984-1987). — Ist es da erstaunlich, daß der Krankenstand

dazu in Beziehung steht? Einen weiteren traurigen „Rekord“ hält Mannheim bei der Anzahl der gestorbenen Säuglinge (1986-1987, auf 1000 Lebendgeborene, S. 76). Während es im Durchschnitt Ba-Wü 6,7 waren, in Stuttgart 7,7, waren es in Mannheim 11,7! Ein Tribut an die Lebensbedingungen in Mannheim; Rückschlüsse auf die Arbeitsbedingungen der schwangeren Frauen legen sich nahe.

In der abgedruckten Tabelle sind die Daten von Sindelfingen deshalb angeführt, weil vorgenannte „Information“ von Mercedes-Benz hier den zweithöchsten Krankenstand verzeichnet. Auch hier werden bei den Erkrankungen teilweise Spitzenwerte erreicht. Die kursiv gedruckten Ziffern sind jeweils die höchsten Werte im AOK-Landesverband.

Direkte Zusammenhänge mit dem Krankenstand sind zu vermuten, und dieser schlägt sich mit Sicherheit auch auf die Ausgaben der Krankenkassen nieder. Der Mannheimer AOK-Beitrag mit 12,9% (HD = 13,4%, Pforzheim = 14,4%) ist jedoch durchaus nicht überdurchschnittlich hoch, wie die Mercedes-Benz-Werkleitung weismachen will. Hier schlägt sich neben dem schlechten Gesundheitszustand der Mannheimer Bevölkerung u.a. nieder, daß es hier mehr Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen als im Landesdurchschnitt gibt. Das bringt einerseits eine geringere Lohnsumme für die Beitragserhebung, und andererseits ist Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug oft genug Ergebnis von langwierigen Krankheiten.

Der überdurchschnittlich hohe Krankenstand in Mannheim ist bereits ein historisches Thema; schon 1949 wurde auf

einer Vollversammlung der Mannheimer Kassenärzte der „überhöhte Krankenstand der Mannheimer Bevölkerung“ beklagt und eine dringende Veränderung gefordert. „Die Vermutungen, weshalb der Krankenstand in Mannheim deutlich höher als im Landesdurchschnitt liegt — und eigentlich schon immer lag — sind vielfältig, aber nicht zwingend“ (aus: „Chronik der Ärzte Mannheims“, herausgegeben von der Bezirksärztekammer Nordbaden, Ärzteschaft Mannheim, 1978, S. 234). Sicherlich sind es nicht „nur“ die Arbeitsbedingungen in den Mannheimer Betrieben — u.a. beim Benz — die zu solchen gesundheitlichen Beeinträchtigungen und ihren Folgen führen. Sicherlich ist es auch nicht „nur“ die Luftverpestung, die von den Betrieben der Region und dem Autoverkehr verursacht wird. Sicherlich sind es auch nicht „nur“ schlechte Wohnverhältnisse.

Die Drohbriefe sollen (und tun's auch) Druck und Unsicherheit erzeugen. Und damit entsteht zusätzlicher „Streß“ — mittlerweile als erheblich krankmachender Faktor bekannt.

Bei einer Podiumsdiskussion der Technischen Akademie am 3.12.1990 zum Thema „Hoher Krankenstand im Betrieb“ führte Herr Landrock, Personalchef bei Mercedes-Benz an, daß bei den Mitarbeitern, die zeitweilig in andere Werke des Unternehmens delegiert wurden, der Krankenstand sprunghaft in die Höhe geschnellt sei. Wollten sich die Leute somit „drücken“? = wie das ein Herr Landrock interpretiert. Oder ist das Ergebnis des ausgeübten Drucks in diese „Delegationen“ und der Unsicherheit über die weitere Arbeitsplatzsituation? Eher letzteres. Und das macht krank. — (iro)

AOK-Krankheitsartenstatistik 1988

AU-Fälle und -Tage je hundert Pflichtmitglieder				Württemberg-Baden			Mannheim		
	Fälle	Tage	Falldauer	Fälle	Tage	Falldauer	Fälle	Tage	Falldauer
Insgesamt	141,71	2327,21	16,42	154,96	2914,32	18,81	161,91	2436,79	15,05
Atmungsorgane	35,26	355,51	10,08	34,70	402,69	11,60	42,80	447,06	10,44
Skelett, Muskeln, Bindegewebe	28,16	603,00	21,41	32,02	737,10	23,02	33,19	644,59	19,42
Verletzungen, Vergiftungen	20,06	376,82	18,78	24,19	491,35	20,32	20,10	357,98	17,81
Verdauungsgänge	20,06	217,83	10,86	24,35	311,49	12,79	22,89	225,60	9,85
Kreislaufsystem	6,47	173,20	26,75	8,02	266,04	33,18	6,68	154,74	23,16

Quelle: Krankheitsartenstatistik 1988, Bundes- und Regionalergebnisse, S. 66-67. Hrsg.: AOK-Bundesverband, 5300 Bonn, Postfach 200344, Februar 1990

Beschäftigungsstruktur im Öffentlichen Dienst

Bericht zur Situation der Frauen in der Stadtverwaltung

Stuttgart. Nachdem Grüne, SPD und Gesamtpersonalrat wiederholt Anträge gestellt hatten, wurde in den letzten zwei Jahren ein Bericht zur Situation der bei der Stadt beschäftigten Frauen erstellt.

Auf dieser Grundlage wurde vom Gesamtpersonalrat der Entwurf für eine Dienstvereinbarung erarbeitet, die zwischen ÖTV und Stadtverwaltung abgeschlossen werden soll. Bisher wurde das Ansinnen von der Stadtverwaltung abgelehnt. Daraufhin hat sich der Gesamtpersonalrat mit einem Brief an OB Rommel gewandt, dessen Beantwortung Ende November noch ausstand. Im folgenden Ausschnitte und Bewertungen aus der Personalstatistik des o.g. Berichts.

Beschäftigungsstruktur: Im März 1989 waren 58% aller städtischen Beschäftigten Frauen. 15% davon Ausländerinnen, die unter den Arbeitern mit 62% vertreten waren. Die Erwerbsquote von Frauen in der BRD lag 1985 bei 35,9%, und verglichen damit ist der Anteil der Frauen bei der Stuttgarter Stadtverwaltung hoch. 74% der bei der Stadt beschäftigten Frauen arbeiten im März 1989 in den Bereichen Krankenhäuser, Soziales, Jugend und Kultur, die sich durch einen traditionell niedrigen Gehaltsniveau auszeichnen. 39% aller hier beschäftigten Männer, aber nur 10% der Frauen sind im Beamtenbereich, d.h. in Vorgesetztenpositionen zu

finden. Lediglich 11% arbeiten im technischen Bereich und dort meistens in der Verwaltung.

Altersstruktur: Bei den Beamtinnen sind überdurchschnittlich viele junge Frauen zu finden: 58% unter 30 Jahren und nur 12% 40 Jahre und älter. Viele Beamtinnen wechseln nach der Familienphase in ein Angestelltenverhältnis. Hier beträgt der Anteil der über 40-jährigen Beschäftigten 38%. Die Zahl der Arbeiterinnen nimmt mit Ausnahme der 40 bis 44-jährigen Frauen bis zum Rentenalter hin stetig zu. 61% aller Beamtinnen sind über 40 Jahre alt. Die Befragung hat gezeigt, daß die Arbeiterinnen nur eine Berufsunterbrechung von maximal drei Jahren hatten. Bei einem Fünftel der Beamtinnen und Angestellten dagegen dauerte die Familienphase 12 Jahre und länger.

Teilzeitarbeit: Jede 5. Frau in der Stadtverwaltung ist teilzeitbeschäftigt, der höchste Anteil liegt bei den Angestellten mit 24% aller Frauen im Angestelltenverhältnis. Hiervom arbeitet die Hälfte halbtags, während noch 15% unter 18 Stunden arbeitet, das sind sog. ungeschützte Arbeitsverhältnisse, die nicht sozialversicherungspflichtig sind. Nur 1,7% aller männlichen Beschäftigten arbeiten in Teilzeit.

Beschäftigte nach Einkommen und Beschäftigungsverhältnis: Die weiblichen

Angestellten sind zu 81% auf den mittleren Dienst konzentriert, davon die Hälfte in den beiden untersten Vergütungsgruppen BAT VIII und VII. Ein Grund dafür ist, daß der Berufsunterbrechung durch Kinderbetreuung im Bewährungs- und Laufbahnaufstieg bisher nicht Rechnung getragen wird. Z.B. mußte im Angestelltenbereich die Bewährungszeit bisher ohne Unterbrechung abgeleistet werden, um in eine höhere Vergütungsgruppe aufzusteigen. Bei Teilzeitarbeit verdoppelt sich diese Zeit. Im Arbeiterbereich werden bei Teilzeitarbeit unter 30 Wochenstunden Dienst- und Beschäftigungszeiten nicht voll angerechnet. Die Arbeiterinnen sind fast ausschließlich im einfachen Dienst beschäftigt (93%), während von den Arbeitern gut die Hälfte im mittleren Dienst tätig ist. „In keiner anderen Lohn-, Vergütungs- oder Besoldungsgruppe, in der Frauen eine Rolle spielen, ist der Anteil der Männer und Frauen so extrem wie in der niedrigsten Lohngruppe (I) im Arbeiterbereich. 55% aller Arbeitern sind hier beschäftigt, aber nur 1% der Arbeiter. Lohngruppe I heißt, Ausübung von einfachen Tätigkeiten wie z.B. Reinigungs- und Küchenhilfsdienste. Schätzungsweise 80% dieser Arbeiterinnen (überwiegend Ausländerinnen) haben keinen Bewährungsaufstieg nach L

Zur Diskussion gestellt: Wird A. Ljubinskaja Kindern gerecht?

Im Nachrichtenheft „Antifaschistische Bildungspolitik“ wird unter anderem die Diskussion über die Verbesserung der kommunalen Kinderbetreuung geführt. Dabei geht es hauptsächlich um quantitative Forderungen, also um die Schaffung neuer Einrichtungen, Öffnungszeiten etc. Diese Diskussion läuft parallel zur gewerkschaftlichen Auseinandersetzung um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Erziehungswesen. Am spektakulärsten kam dies bisher im Westberliner Kita-Streik zum Tragen, hat aber bundesweit Bedeutung und spitzt sich überall an den Fragen der Bezahlung/Eingruppierung, der Arbeitsbedingungen/Personalbemessung und den landesweiten Kita-Gesetzen zu. Die Ausein-

dersetzung greift dabei regelmäßig über die quantitativen Aspekte der Kinderbetreuung und Arbeitssituation des Erziehungspersonals hinaus, und muß es auch. Staatliche Versorgung im Kapitalismus nimmt gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten in repressiver Form wahr. Dieser Widerspruch kann sich gerade im Bildungswesen unter Umständen so zur unterdrückerischen Seite hin zuspielen, daß die Nützlichkeit dieser Veranstaltungen dadurch in Frage gestellt wird. Aufzuknacken geht dieser Widerspruch nur durch eine umfassende demokratische Kontrolle aller Versorgungs- und Bildungseinrichtungen durch die Beteiligten. Die Forderung nach demokratischer Kontrolle des Bildungs-

wesens ist allerdings kein Selbstzweck, sondern dient der Durchsetzung der Interessen der Eltern, Kinder und Beschäftigten in allgemeinen und der Durchsetzung der Bildungsinteressen der Arbeiterklasse im besonderen. Solche Interessen müssen, um Schlagkraft zu gewinnen, spezifisch formuliert und wohl begründet sein. Insofern sehe ich den Beitrag zur Kinderpsychologie A. Ljubinskaja in Nr. 22/90 des Nachrichtenhefts als einen wichtigen Durchbruch an, weil versucht wurde, eine Grundlage zur Diskussion der Frage, was in den Kinderbetreuungseinrichtungen eigentlich geschehen soll, zu schaffen. Gleichzeitig möchte ich diesen Artikel als Diskussionsgrundlage zurückweisen. – (pa)

Einleitung

A. Ljubinskaja (A.L.) steht in der Tradition der sowjetischen Psychologie, die bei uns als marxistische Handlungstheorie bekannt ist. Die Frage des Menschenbildes, also was den Menschen vom Tier unterscheidet, beantwortet die Handlungstheorie im Einklang mit dem Marxismus damit, daß die Arbeit das spezifisch Menschliche darstellt. Die Frage nach der Arbeit, also danach, was der Mensch eigentlich (im psychologischen Sinne) tut, wenn er arbeitet, hat in dieser Theorie zentralen Stellenwert. Wenn mensch weiß, welchen Bogen die bürgerliche Psychologie um die Arbeit als wesenskonstituierendes Merkmal des Menschen macht und dadurch regelmäßig ihr Thema verfehlt, scheint der Rückgriff auf die sowjetische Psychologie zunächst naheliegend. Allerdings gibt es seit den siebziger Jahren auch in der BRD und Westberlin verstärkt Versuche, eine materialistisch begründete Psychologie zu entwickeln. Neben dem Ansatz der Frankfurter Schule (Freudomarxismus) war dies die Weiterentwicklung der Handlungstheorie und als eine Abspaltung desselben Ansatzes (inspiriert von Leontjew) die Kritische Psychologie. Ich werde versuchen, durch die Kritik an A.L. hindurch die Positionen der Kritischen Psychologie zu den genannten Fragen deutlich zu machen, und mich darum bemühen, möglichst dicht an der pädagogischen Praxis zu bleiben. Auf einige grundsätzlichere Ausführungen kann ich jedoch nicht verzichten.

Gehirn, genetisch unverändert. Die Art spezifiziert des Menschen besteht gerade darin, daß er aus dem Kreislauf der Evolution durch Mutation und Selektion herausgetreten ist durch die gesellschaftliche Aneignung der Natur. An die Stelle der biologischen Entwicklung ist vorherhand erstmal die gesellschaftliche getreten; an die Stelle des genetischen Speichers tritt die Weltoffenheit, die enorme Lernfähigkeit des Menschen sowie die Speicherung der Lernergebnisse in Form vergegenständlicher Arbeit (und durch deren symbolische Repräsentation in Form von Sprache). „Die menschliche Natur, die natürlichen Potenzen der Menschen, zeichnet sich dadurch aus, daß sie ungeheuer variabel und nahezu überhaupt nicht mehr festgelegt ist.“ (2) Von einer Entwicklung durch Reifung kann also nicht die Rede sein. Vielmehr erwerben Menschenkindern seit über 10000 Jahren zu jeder Zeit, in jeder Gesellschaft Fähigkeiten und Bedürfnisse auf dem jeweiligen neuesten gesellschaftlichen Erkenntnisstand. Angeboren sind also die Potenzen, die Möglichkeiten, spezifisch menschliche Fähigkeiten und Bedürfnisse zu erwerben, d.h. angeboren ist die Möglichkeit zur „Vergesellschaftung“ des Menschen (d.h. logischerweise auch, die menschliche Natur ist gesellschaftlich). Dabei sind die in vergegenständlicher Form existierenden menschlichen Erfahrungen einem neu geborenen Menschen völlig „äußerlich“, „er hat sozusagen keine einzige gesellschaftliche Erfahrung drauf ...“

Nachdem wir gesehen haben, daß es die angeborenen Möglichkeiten eines Kindes sind, sich alle gesellschaftlichen Fähigkeiten und Bedürfnisse auf dem jeweils neuesten Stand der Produktivkräfte anzueignen, besteht die bildungspolitische Relevanz des Zitates darin, daß eben gerade nicht alle Menschen alle Fähigkeiten und Bedürfnisse erwerben, und aus den Gründen dafür. Die Triebkraft für revolutionäre Bildungspolitik besteht doch im Kern darin, daß die Kinder der herrschenden Klasse bzw. bedingt auch die der Mittelschicht als Bildungsprivileg die Möglichkeit haben, sich den neuesten Stand der Produktivkraftentwicklung relativ umfassend anzueignen, während Arbeiterkinder dies nur eingeschränkt, gebrochen und verkürzt können. Diese Ungerechtigkeit vollzieht sich vor dem historischen Hintergrund, daß der Stand der Produktivkräfte es erstmals erlaubt, daß sich alle aneignen könnten. Was alles so möglich ist, das können wir uns getrost in den Privatkindergärten, den Waldorfschulen und Internaten der Reichen anschauen. Anregungen für Forderungen lassen sich da gut schöpfen, und wir haben keinen Grund, zimperlich zu sein. Die Bildungsanstalten der Reichen (sieht mensch mal von Maßnahmen ab, die die Qualifikation zum Herrschen vermitteln sollen) zeichnen sich meines Erachtens neben selbstverständlich besserer Ausstattung durch individuellere Betreuung, durch ein vielseitiges Angebot zur intellektuellen, musischen und sportlichen Entwicklung und durch stärkere Forde-

die es ihnen erlauben, den neuesten Stand gesellschaftlicher Produktivkraftentwicklung in Besitz zu nehmen oder, psychologisch ausgedrückt, sich die gesellschaftlichen Gegenstands- und Symbolbedeutungen unverkürzt und ungebrochen durch die eigene Klassentypen anzueignen. Das bedeutet auch, daß wir uns bei der Entwicklung von Forderungen außer der klassenspezifischen Benachteiligung am Maßstab der Bildungsprivilegien und der Psychologie der Kinder die objektive Seite, die Erfordernisse fortgeschrittenen Produktivkraftentwicklung, anschauen müssen. Das Projekt „Automation und Qualifikation“ hat hier eine Menge wichtiger Daten gesammelt und ausgewertet. (3) So verlangt der moderne Produktionsprozeß personale Eigenschaften wie die Fähigkeit zur Aneignung komplexer Strukturen; die Fähigkeit, abstrakt zu denken, d.h. ein „Problem“ in verschiedenen Situationen aufgrund von Strukturähnlichkeit zu lösen; ferner prozeßhaftes und dialektisches Denken; ferner die Fähigkeit zur Teamarbeit mit entsprechenden Kommunikationsfähigkeiten wie Fähigkeit zu Kritik und Selbstkritik, Kompromißfähigkeit und dabei die Fähigkeit, den eigenen Standpunkt zu formulieren und das Selbstbewußtsein, ihn zu vertreten u.dgl.; schließlich kreativen und planvollen Umgang mit Störungen; Entscheidungskompetenz; Selbständigkeit und eine Haltung, die gewöhnlich als „Verantwortung“ bezeichnet wird.

Müssen Kinder gefördert werden?

„Um die Entwicklung eines Kindes zu fördern, d.h. Forderungen steigern zu können, ist es zunächst einmal notwendig, seinen Entwicklungsstand festzustellen.“ (1) Mit diesem Satz ist viel gesagt. Zunächst einmal ist gesagt, daß die Entwicklung eines Kindes gefördert werden muß. Warum? Würde es sich ohne Förderung nicht entwickeln? Mönchten Kinder haben wie alle Menschen ein selbstständiges Entwicklungsmotiv. Dieses Motiv besteht in einem Kontrollbedürfnis, d.h. dem Bedürfnis, meine Umweltgegebenheiten zu überblicken, in meinem Sinne zu gestalten und abzusichern. Diesem Kontrollbedürfnis liegt die Absicht zugrunde, meine Bedürfnisbefriedigung vorsorglich zu sichern und mich nicht Umweltgegebenheiten auszusetzen, die mir Angst, d.h. die mich handlungsunfähig machen. (4) Das Entwicklungsmotiv des Kindes geht also dahin, aus der Abhängigkeit vom Erwachsenen, d.h. aus der für das Kind undurchschaubaren Willkür der Erwachsenen, herauszukommen, eben indem es selbstständig wird. Es ist, anders als oben impliziert, das Subjekt seiner eigenen Entwicklung. Ich habe dabei, wie oben gezeigt, keinen Reifungsprozeß zu fördern wie etwa bei einer Nutzpflanze, indem ich sie gut düngen und eventuell beschneide (auch wenn das Wort Kindergarten andere Assoziationen weckt). Zu Fragen ist also nicht, welche Förderung braucht das Kind, sondern welche Umstände, Gegebenheiten, Konstellationen behindern die kindliche Entwicklung. Das heißt ja nicht, daß das Kind keine Unterstützung bei der Umweltaneignung bräuchte, nur ist die ganze Denkrichtung eine andere. Unter der ersten Fragestellung (welche Förderung?) wird das Kind als ein etwas unfertiges, unvollkommenes Objekt betrachtet, an dem nach meinen Vorstellungen herumgemodelt bzw. herumgefördert werden muß, wir wollen dem Kind ja schließlich nur Gutes. Damit ist wie selbstverständlich die Legitimation für die Gängelung kindlicher Lebenspraxis geschaffen, die gemeinhin Erziehung genannt wird. Objekt meiner Bemühungen ist also das Kind. Was aber, wenn das kindliche Subjekt auf meine Forderungen dankend verzichtet, weil es vielleicht etwas ganz anderes will? Dann bin ich in der klassischen Erziehungsfalle – dem unsinnigen autoritären Machtkampf: „Du tust jetzt was ich

dir sage, es ist doch nur zu deinem Besten!“ Unter Umständen schaffe ich damit gerade in Form von Widerstand beim Kind jene behindernden Konstellationen, die das genaue Gegenteil von Förderung sind. (5) Eine solche behindernde Bedingung ist die „Elternideologie“, dergemäß die als im Interesse der Kinder liegend ausgegebenen Restriktionen tatsächlich eine Mißachtung ihrer Bedürfnisse sind und im wesentlichen dem Interesse der Erziehungsinstanzen dienen. Diese Facette bürgerlicher Ideologie hat ihre biologistische Rechtfertigung in oben kritisierter Reifungsbegriff.

Im zweiten Fall (welche Behinderungen liegen vor?) lasse ich das Kind so wie es ist und mache in einem kooperativen und kommunikativen Handlungsrahmen, optimalerweise mit dem Kind zusammen, die behindernden Bedingungen zum Gegenstand meiner Bemühungen. Meiner Erfahrung nach ist das auch die fast einzige Chance, mit den Kindern, gerade mit älteren, eine grundsätzlich partnerschaftliche Beziehung aufzubauen. – Psychologie ist eine Frage des Menschenbildes. Fortschrittliche Kinderpsychologie muß die Subjekthaftigkeit kindlicher Entwicklung rückhaltlos anerkennen. Anna Ljubinskaja tut dies nicht.

Erziehung zur Fremdbestimmung
Weil A.L. Kinder im klassischen Sinne als Erziehungsobjekte auffaßt, hat sie auch keine Schwierigkeiten, der Fremdbestimmung der Kinder durch die Erziehungspersonen das Wort zu reden. Daß Genossen/innen, die sich über fortgeschrittliche Erziehung Gedanken machen, bei der Rezeption von A.L. damit keine Schwierigkeiten hatten, finde ich sehr befremdlich. Ich möchte meine Aussage an einigen Beispielen belegen, aber nicht den ganzen Text durcharbeiten, obwohl die Propaganda der erzieherischen Fremdbestimmung den „roten Faden“ des Textes ausmacht.

1. Entwicklung bedeutet Leistungssteigerung. Das geht aus dem obigen Zitat „Entwicklung zu fördern, d.h. Förderungen steigern zu können ...“ hervor. Wer stellt denn hier die Forderungen? In einer Gesellschaft, die auf der Optimierung der Ausbeutung menschlicher Arbeitsleistung basiert, die den Wert des Menschen nach seiner Leistungsfähigkeit = Lohnhöhe beurteilt, ist diese Aussage mindestens unreflektiert. Im Gegenteil bestehen fortgeschrittliche Individualentwicklungen oft genug gerade in der Verweigerung der geforderten Leistungen. Leistungsverweigerungen sind (nicht nur) bei Kindern durchaus gängige Widerstandsformen.

2. „Zu den wertvollsten Ergebnissen der Entwicklung gehört die Steigerung der Lernfähigkeit.“ (1) Lernfähigkeit als solche ist dem Menschen, wie oben gezeigt, angeboren. Die Fähigkeit des Menschen, zu jeder Zeit in jeder Epoche zu lernen, was er in seiner individuellen Lage tun muß, um seiner gesellschaftlichen Position Rechnung zu tragen, gehört zu den Besonderheiten menschlicher Existenz. Lernfähigkeit als solche ist also weder steigerbar noch auslösbar. „Die menschlichen Fähigkeiten und Bedürfnisse ... übersteigen inzwischen bei weitem das, was sich ein Mensch im Laufe seines Lebens aneignen kann. Ein Mensch kann also nie „ausgelernt“ haben – und er ist lebenslang fähig, weiterzulernen.“ (2) Dies müßte auch A.L. bekannt gewesen sein. Ihr geht es um etwas anderes.

Die Lernfähigkeit als konstante Größe gesetzt, ergeben sich die individuellen Unterschiede in den Lernleistungen aus den unterschiedlichen Anforderungen, die die soziale Arbeitsteilung hervorbringt einerseits und andererseits aus der unterschiedlichen Betroffenheit von behindernden Bedingungen. Unter bestimmten behindernden Bedingungen kann es nun zur Verweigerung busiger Lernleistungen kommen, nämlich



Entwicklung und Vererbung

Die vererbten und angeborenen Merkmale würden die biologische Grundlage bilden für die sich entwickelnde Persönlichkeit. (1) Ohne auf die von der bürgerlichen Wissenschaft viel gepflegte Debatte zu diesem Thema einzugehen, halte ich es für notwendig, diese Bestimmung zu präzisieren. Ziel ist es vor allem, den hier anklingenden Entwicklungsbegriff zu kritisieren.

Unter angeboren versteht man/frau „eine bestimmte genetisch bedingte Festgelegtheit von körperlichen Merkmalen, Fähigkeiten, Instinkten etc., die bei Geburt schon vorhanden sind und/oder nach einem festgelegten Plan noch ausreifen bzw. auch wieder verloren gehen ... Reifungsprozesse enden damit, daß die Artsspezifität erreicht wird.“ (2) Seit mehr als 10000 Jahren ist der Mensch, auch das menschliche

Die gesellschaftlichen Erfahrungen sind dem Neugeborenen also „aufgegeben“. Er entfaltet sich nicht von innen heraus, sondern er entwickelt sich bzw. muß sich entwickeln, indem er die außerhalb gespeicherten, in Gegenständen und Verkehrsformen vergegenständlichten Erfahrungen durch praktischen Umgang mit ihnen „verinnerlicht“ (2). Die Entwicklung des Kindes besteht also darin, daß es sich die gesellschaftlichen Gegenstands- und Symbolbedeutungen (bis hin zum Klassenbewußtsein) individuell aneignet. Von Reifung kann überhaupt nicht die Rede sein.

Maßstäbe revolutionärer Bildungspolitik

„Alle Möglichkeiten, mit denen das Kind geboren wird, werden durch das individuelle Leben in einer bestimmten sozialen Umwelt umgesetzt.“ (1)

... und Gewährung von Selbständigkeit und Verantwortlichkeit aus.

Wenn die Menschen als erste Produktivkraft, insbesondere die Arbeiterklasse als Produzent des gesellschaftlichen Reichtums, allein aus machtpolitischen Gründen sich die Beherrschung der Produktivkräfte im Kapitalismus nur gebrochen, verstümmelt, verkürzt aneignen kann, wir damit auch in unserer Persönlichkeitsentwicklung entsprechend behindert werden, wenn wir also sehen, was wir könnten und was uns vorenthalten wird, wenn wir sehen, wie Kinder vorsätzlich an der Entwicklung von Fähigkeiten gehindert werden, dann hat revolutionäre Bildungspolitik höchst emanzipativen Charakter und muß innerhalb revolutionärer Politik auch so behandelt werden.

Die allgemeine Forderung lautet, allen Kindern Bedingungen zu schaffen,

wenn die Lernziele die Lernsituation von mir emotional negativ bewertet werden. Dies ist dann der Fall, wenn sie in Widerspruch zu meinen Intentionen und Bedürfnissen stehen, also fremden Maßstäben und Interessen genügen. So gesehen sind die individuellen Leistungsunterschiede beim fremdbestimmten Lernen auch Gradmesser inneren Widerstandes. D.h. logisch umgekehrt über der geringste Widerstand gegen fremdbestimmte Lernsituationen/Lernziele ist für A.L. das „wertvollste Ergebnis der Entwicklung“.

Über das Auswendiglernen

Nochmal das Thema Lernen: „Das Gedächtnis spielt in der Lerntätigkeit eine außerordentlich wichtige Rolle, was z.B. durch Liedertexte und Gedichte geschult wird.“ (1) Klassisch. Das auswendige Daherplappern irgendwelcher Gedichtstrophäen „schult“ also das Gedächtnis. Diese Auffassung ist grundsätzlich falsch. Erinnerung ist Bedingung des Lernens und als solches ist die Leistungsfähigkeit des Erinnerungsvermögens erstmal angeboren konstant (Begrundung wie oben unter Lernen).

Weiterhin müssen wir mit der mechanistischen Vorstellung brechen, Gedächtnis sei irgendein Ort im Gehirn, wo Informationseinheiten irgendwie „gespeichert, abgelegt, als Gedächtnisspur eingeritzt“ werden. a) Es gibt für den Menschen keine kleinsten Informationseinheiten die irgendwie „verarbeitet“ und „gespeichert“ werden, da die menschliche Wahrnehmung ganzheitlich erfolgt. b) Gedächtnis ist kein organischer Besitz des Individuums wie z.B. ein Muskel, den ich trainieren kann, sondern Teil seiner Beziehung zur Welt. c) Als solches ist Erinnern ein aktiver Prozeß der Umweltauseinandersetzung, der aufs engste mit Wahrnehmungsprozessen und Handlungsverläufen ver schränkt ist. d) Da Wahrnehmungsprozesse und Handlungen vorrangig durch Absichten und Ziele bestimmt sind, gilt dies auch für Erinnerungshandlungen. D.h., ich merke mir etwas, wenn ich einen Grund habe, mir etwas zu merken und die Situation, in der ich zukünftig etwas erinnern muß, antizipiere. (Wenn vor allem letztere Bedingung erfüllt ist, bilde ich Behaltensstrategien. Die Wiederholung zur Verbesserung von Lernleistungen, sofern es nicht um das Üben motorischer Geschicklichkeiten geht, dient nicht dem „tieferen Einschleifen von Erinnerungsspuren“, sondern vor allem dazu, die Möglichkeit, Behaltensstrategien zu bilden, zu verbessern.)

Wenn ich es also praktischer finde, ein Lied auswendig zu lernen, weil ich nicht immer ein Liederbuch da habe, wenn's gemütlich wird, werde ich das zwangsläufig und mühevoll können, genauso wie bei wichtigen Telefonnummern, und wir brauchen nicht weiter darüber zu reden. Jedoch gibt es eine gegenteilige Erziehungspraxis. „Liederbuch“ sei hier das Stichwort — es gibt verschiedene Erinnerungsmodi: mentale, indem ich keine Hilfsmittel benutze; objektivierende, indem ich z.B. etwas aufschreibe; kommunikative, indem ich z.B. nachfrage.

Nachdem das Besondere am Menschen darin besteht, daß er gesellschaftlich hergestellte Mittel für seine Zwecke benutzt, er seine Lernerfolge durch Vergegenständlichung in Form von Arbeits resultaten speichert, ist hinreichend klar, daß die typisch menschliche Art des Erinnerns die Vergegenständlichung ist — z.B. indem ich die Telefonnummer in mein Büchlein schreibe. *Der Mensch verbessert seine Leistungen, indem er seine Mittel verbessert* (Steinzeitmenschen waren auch nicht individuell dümmer als wir es sind), so z.B., indem ich eine Computerdatei statt meines Adressbüchleins benutze. Der Mensch als mittelloses, individuelles Naturwesen existiert theoretisch nur in den bürgerlichen Wissenschaften und praktisch nur im psychologischen Experiment und in der schulischen Prüfungssituation.

Was die Schule betrifft, so erfüllt dies durchaus seinen pädagogischen Zweck: Ich soll etwas reproduzieren, darf aber nicht wie sonst selbstverständlich auf meine Unterlagen zurückgreifen. Das künstliche Abgeschnittensein von meinen Hilfsmitteln ist ein Akt der Willkür. Die Unterwerfung unter fremden Willen erzeugt psychologische Blockaden, auch Erinnerungsblockaden. In Prüfungssituationen sind totale Erinnerungsblockaden als sog. „Black outs“ wohl bekannt. Die Überwindung solcher Blockaden gelingt in dem Fall nur durch die Unterwerfung unter den fremden Willen, indem ich die Situation akzeptiere (und versuche, sie als in Einklang mit meinen Zielen stehend umzudeuten). Wie reak-

tionär das ist, brauche ich vielleicht nicht näher auszuführen. Die vormalige CDU-Schulsenatorin Laurien hat als eine ihrer letzten Amtshandlungen den Rahmenplan Deutsch für Grundschulen dahingehend ändern lassen, daß dem Auswendiglernen von Gedichten (und den Diktatzensuren) mehr Gewicht bei der Benotung beigelegt wurden. — Unsere Kinder müssen lernen, ihre Interessen, Ansprüche und Bedürfnisse zu artikulieren. Wenn sie das gelernt haben, werden sie ihre Forderungen schon auswendig können.

Die fortschrittliche pädagogisch-psychologische Diskussion (an der auch Handlungstheoriker beteiligt sind) (6) beschäftigt sich aktuell unter der Überschrift „Selbstgesteuertes Lernen“ mit Konzepten von Autonomie (Einbeziehung externer Lernhilfen, freie Wahl der Hilfsmittel) und Selbstbestimmung (freie Verfügung des Lernenden über die Lernhandlung, also auch über die Ziele).

Über Zeitnormen in der Erziehung

„Bei den Jüngsten im Kindergarten soll die Dauer der Beschäftigung 10 bis 12 Minuten betragen. Sie soll im Unterschied zum Spiel für alle Kinder verbindlich sein“. (1) Warum verbindlich, warum ausgerechnet 10 bis 12 Minuten, haben wir es hier mit einer speziellen medizinischen Behandlung gegen die Krankheit des Kindseins zu tun?

Was die Verbindlichkeit betrifft, so hat der durchschnittliche kapitalistische Erziehungsstandard in Westberlin längst an die Stelle von Gebot (verbindlich) und dementsprechend Verbot (um die Verbindlichkeit auch durchzusetzen) das Angebot gesetzt. Ich kann nichts Fortschriftliches darin sehen, zum alten Stil von Gebot und Verbot zurückzukehren. Es ist überholt. Die modernen Kinder des Kapitalismus sollen im Rahmen grundsätzlicher Fremdbestimmung „Verantwortung“ und „Selbstständigkeit“ lernen. Schließlich werden die Maschinen, mit denen sie später vielleicht mal umgehen werden, immer komplexer. Sie verlangen selbständige Steuerungs- und Kontrolltätigkeiten. Probleme treten nur dann auf, wenn die Kinder statt der ach so lieben Töpferrarbeiten oder Scherenschnitte etwas ganz anderes machen wollen, z.B. Video gucken, oder wenn sie gar nichts machen wollen. Die Selbstständigkeit im Denken und Handeln muß, sobald sie sich gebildet hat, sogleich wieder zurückgenommen, in den herrschenden Rahmen gepreßt werden.

„Um für den Arbeitsmarkt die möglichen Produzenten für den heute schon verbreiteten, in Zukunft dominierenden automatisierten Produktionsprozeß zu schaffen, müssen folgende widersprüchliche Aufgaben im Laufe des Sozialisationsprozesses gelöst werden: die Vermittlung von Fähigkeiten und Kenntnissen auf einer ausbaufähigen Allgemeinheitsstufe, die im Prinzip nach Wissenschaftlichkeit verlangt. Gelernt werden muß die Fähigkeit zu lernen, zu analysieren, zu abstrahieren, zu diagnostizieren, zu antizipieren, Zusammenhänge zu durchschauen, Kritik zu üben, d.h. die Sache unter dem Aspekt der Veränderbarkeit zu sehen etc.“ (7)

Fortschrittliche Eltern und Erzieher/innen können in dieses Widerspruchs-

verhältnis für die Selbständigkeit der Kinder konkret eingreifen, etwa wenn die Konzeption einer Einrichtung diskutiert wird oder die Gruppenarbeit auf dem Elternabend dargestellt wird. Besondere Aufmerksamkeit verdienen dabei folgende Probleme:

a) Die Beschränkung des Bewegungsbereichs der Kinder. Diese führt dazu, daß Kinder tagelang, oft wochenlang Gefangene der künstlichen Plastikwelt des Kindergartens sind und allein noch den Spielplatz nebenan mit seinen meist stinklangweiligen „Spielmöbeln“ sehen. Für viele Kinder endet die Welt immer noch an der Tür des Gruppenraums.

b) Die systematische Verdummung

der Kinder durch eine Angebotsgestaltung, die die gesellschaftliche Realität der Kinder mit ihren Widersprüchen nicht mal am Rande streift. Meist kommen die Angebote über das Durchhecheln der Jahreszeiten und das Abfeiern der Feste nicht hinaus.

c) Als eine Extremvariante das völlige Leerlaufenlassen der Kinder im sogenannten Freispiel. Die Kinder spielen, was sie wollen, solange sie „nur keinen Mist machen“. Da letzteres aufgrund von Langeweile und Neugier nie ausbleibt, besteht bei dieser Erziehungsvariante die Tätigkeit der Erzieher/innen in der Bewachung der Kinder. Da die Kinder meistens im Kindergarten von allen interessanten und nützlichen Tätigkeiten ferngehalten werden, verkehrt sich das Freispiel zum Spielzwang.

Was den Zehn-Minuten-Takt betrifft, so ist mir seine Entstehung völlig rätselhaft. Einziger Anhaltspunkt ist vielleicht die praktische Erfahrung jedes Erziehers bzw. jeder Erzieherin, daß Kinder in einem bestimmten Alter eben im Schnitt so und solange „durchhalten“. Aber betrachte ich doch mal ein Kind als Menschen wie mich auch. Üblicherweise beschäftige ich mich mit einem Gegenstand solange, bis ich mit ihm fertig bin. Die Dauer hängt also nicht von einer abstrakten fremdbestimmten Zeitnorm ab, sondern von der Beschaffenheit des Gegenstandes. Die Auswahl des Gegenstandes ist also entscheidend. Wie intensiv, d.h. auch, wie lange ich mich beschäftige, hängt davon ab, wie sehr ich an diesem Gegenstand interessiert bin. Gegenstände, die „zu schwer“ sind, interessieren mich nicht. Wenn ich aber gefesselt von einer Sache bin, wie von dem Schreiben dieses Artikels, dann kennt meine Ausdauer keine Grenzen.

Kindern geht es genauso. Die Dauer der Beschäftigung ergibt sich aus der Konstellation Gegenstand/Interesse. Mensch denke nur daran, wie ausdauernd Kleinkinder sich mit irgendwelchen Rasseln o.ä. beschäftigen können. Hier im Kindergarten schon gegen die Konstellation Bedürfnisse/Gebrauchs wert den Zwang abstrakter Zeitnormen durchzusetzen bedeutet nichts anderes, als sich die entfremdeten kapitalistischen Fabrikarbeit in den Kindergarten zu holen.

A.L. hat in dieser Hinsicht auch alle theoretische Unschuld verloren. Ihre „Kinderpsychologie“ war Prüfungs grundlage für Lehrer/innen und Erzieher/innen in der DDR. Kolleginnen aus der DDR haben mir berichtet, wie die Praxis dazu aussah: Da wurden entlang von Entwicklungsplänen eben wöchentliche Beschäftigungspläne erstellt, die didaktischen Einheiten in entsprechender Dauer durchgezogen, das Ganze vom Leiter der Einrichtung kontrolliert und wehe, die Kinder funktionierten nicht, wie sie sollten. Dann mußte sich jemand rechtfertigen: die Erzieherin vor dem Leiter, das Kind vor der Erzieherin, die Eltern vor Leiter/Erzieherin, das Kind vor den Eltern ... nein, so soll es nicht sein!“ (7)

Fortschrittliche Eltern und Erzieher/innen können in dieses Widerspruchs-

Mit Freude Handeln

„Zielgerichtetes Handeln ... Das Kind kann sich das Ziel selber stellen, oder das Ziel wird ihm von anderen Menschen gesetzt.“ (1) Der Unterschied ist doch aber sehr bedeutsam. „Unter allen Bedingungen ist das Erreichen des Ziels jedoch für den handelnden Menschen erwünscht.“ (1) Eine glatte Lüge. Unter den Bedingungen kapitalistischer Lohnarbeit oder, noch drastischer, als Soldat in einer imperialistischen Armee, sind mir die von „anderen Menschen“, sprich Chefs, Generälen, gesetzten Ziele äußerst fremd und wirken sich unter Umständen direkt gegen meine Gesundheit und mein Leben aus. „Ausschlaggebend ist, daß das Kind das Ziel erreichen will.“ (1) Einverständnis. Aber wann will es das Ziel erreichen? — Wenn Freude aufkommt, denn „ohne Freude, ohne positiven Gefühle kann keine Tätigkeitsart ... die Entwicklung ... günstig beeinflussen.“ (1) Und so entwarfen Psychologen Programme zur Humanisierung der Arbeitswelt, bei denen Topfpflanzen, Gruppenarbeit und bunte Schraubenzieher Freude machen sollten, und wir haben allerorten die netten didaktischen Einheiten, mit denen Kinder „spielend“ sinnlose, weil völlig abstrakte mathematische Zusammenhänge lernen sollen. Eine völlig idealistische Auffassung.

„Positive Gefühle“ im Zusammenhang mit Handlungen treten dann auf, wenn sich durch die Handlung die Kontrolle meiner Realität verbessert, ich mehr Einfluß auf meine Lebensbedingungen bekomme, sich meine Umweltbeziehungen reichhaltiger und klarer gestalten, meine soziale Integration wächst. Wenn durch Handlungen solche Entwicklungen erreicht werden, übernehmen Menschen, also auch Kinder, Ziele motiviert und verfolgen sie als die eigenen. (8) Dienen die Ziele fremden Interessen, dann muß ihre Übernahme durch mittelbaren oder unmittelbaren Zwang durchgesetzt werden, und die didaktischen Spielchen und bunten Schraubenzieher sind dann Betrugs- und Ablenkungsmanöver, die sowieso durchschaut werden. Ziel moderner bürgerlicher Pädagogik ist es, die „freiwillige“ Verfolgung fremdbestimmter Ziele zu erreichen, also deren psychische Verinnerlichung zu erreichen. Revolutionäre Pädagogik und Politik muß dagegen Selbstbestimmung durchsetzen — auch in der Kindertagesstätte.

Abschlußbemerkung

A.L. vollzieht eine für Kommunist/innen wohl sehr typische Denkbewegung. — Weil wir durch das Studium des Marxismus die objektiven gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten kennen, wissen wir, was gut ist für das Volk (das Kind). Sind Kommunist/innen an der Macht, so stehen ihre Taten im Einklang mit den Interessen des Volkes (Kinder). Widersprüche treten theoretisch nicht auf. Die sowjetische Psychologie hat keinen Begriff für (psychologischen) Widerstand, weil das, was das Individuum will, immer im Einklang damit steht, was die Gesellschaft will, das ist im Sozialismus eben so. Weil Entwicklung die Verlaufsform von Widersprüchen hat, ist diese Haltung zutiefst antimaterialistisch und hat die marxistische Theorieentwicklung in der Psychologie arg behindert. Praktisch läuft das immer auf die Unterdrückung von Widersprüchen hinaus, die sich dann auf höherem Niveau entfalten. Wie dies aussieht, könnten wir gerade in der DDR bewundern. Erziehung zur Freiheit durch Zwang etwa nach dem Muster: Tu was ich Dir sage, denn ich weiß, was gut für Dich ist, schließlich bin ich der Erwachsene/Kommunist, ist ein Paradoxon. Wir sollten Abschied nehmen von allen Vorstellungen eines Erziehungssozialismus, denn der bedeutet immer, die Rechnung ohne den Wirt (das Kind/das Volk) zu machen.

Buchtipps

Über den Umgang mit Kindern, G. Ulmann, Campus Verlag Frankfurt/M. 1987, 26 DM. Das Buch möchte ich wirklich allen interessierten Menschen ans Herz legen, m.E. derzeit das Beste, was zum Thema auf dem Markt ist. Eine klare und verständliche Zusammenfassung der Ergebnisse des Projekts „Subjektentwicklung in der frühen Kindheit“, geschrieben v.a. für Eltern und Erzieher/innen.

Die Psychologie des Kindes, Piaget/Inhelder, 1986, dtv 9,80 DM. Wer einen Eindruck über Entwicklungsabläufe bekommen möchte, dem empfehle ich dieses Buch. Piaget/Inhelder haben hier über ihre reichhaltigen empirischen Ar-

beiten dankenswerterweise selber Sekundärliteratur geschrieben: kurz, präzise, verständlich.

Psychologie — Ein Grundkurs, 1986, rowohls Enzyklopädie 419, 29,80 DM. Dieses Buch gibt den gegenwärtigen Stand der Psychologie kritisch wieder. Gut für alle, die sich einen Überblick verschaffen wollen. M.E. hat hier die Creme der akademischen Psychologiekritik einen hervorragenden Sammelband geschrieben.

Quellenhinweis:

- (1) Antifaschistische Bildungspolitik, Heft 22/90, S. 7; (2) Ullmann, siehe Buchtipp, S. 60–65; (3) Widersprüche der Automationsarbeit, Ein Handbuch, Argument Verlag 1987;
- (4) Ute H.-Osterkamp, Grundlagen psychologischer Motivationsforschung I, 1981;
- (5) Klaus Holzkamp, We dont need no education, Forum Kritische Psychologie II, Argument Sonderband 93, 1983; (6) F. Dulisch, Lernen als Form menschlichen Handlens, 1986;
- (7) F. Haug, Erziehung und gesellschaftliche Produktion: Kritik des Rollenspiels. Frankfurt, 1977 S. 37; (8) Ute H. Osterkamp, Motivation 2, 1982

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich. Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) 5 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226 Tel: 0221/21 64 42

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider. Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Kto für Gemeinschaftswirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 114 39 3600.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52, DM.

Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Vertriebsstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötz; für Reportagen und Berichte regional: Gunter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation, Spezialberichte: Alfred Kustler. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverbund niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayrischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGM, des NH Chemische Industrie AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilage hinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntäglich:

Nachrichtenhefte, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM AG Medien in der Volksfront 4 S., 0,50 DM Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S. 0,80 M AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S. 1,20 DM AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, 4 S., 0,80 DM AG für antifaschistische Bildungspolitik, 8 S. 1,20 DM AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM AK Öffentlicher Dienst, 4 S., 0,50 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg.: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,60 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1-DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czerninskistr. 5, 1000 Berlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
GNN Nordrhein-Westfalen
Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 110822, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistankomitee in der BRD. Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 4 S., 0,80 DM. Jahresabo: 30 DM.

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 1,20 DM. Halbjahresabo: 28,60 DM.

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7

Kirchensteuer und Staatszuschüsse

Buchbesprechung: „Die Kirche und unser Geld — Daten, Tatsachen, Hintergründe“

Der Münsteraner Theologe Prof. Horst Herrmann, Jahrgang 1940, hat ein Buch mit dem Titel „Die Kirche und unser Geld — Daten, Tatsachen, Hintergründe“ veröffentlicht (Verlag Rasch und Röhring, Hamburg). In fünf Kapiteln auf 246 Seiten, plus 25 Seiten Anmerkungen sucht er Licht in ein verschwiegenes Thema zu bringen: die geldlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Großkirchen.

Er arbeitet heraus, daß die besondere BRD-staatliche Zuwendung gegenüber katholischer und evangelischer Kirche einzigartig in Europa und der Welt ist: — hinsichtlich der Kirchensteuer, also dem Einzug von Spenden für die Kirche über Arbeitgeber und Staat; — hinsichtlich der anhaltenden Leistung von Entschädigungszahlungen für die Säkularisation von 1803; — hinsichtlich der Abwicklung großer Teile des Sozialbereichs über die Kirchen („Subsidiaritätsprinzip“) mit fast ausschließlich öffentlichen Geldern.

Das Buch stützt sich auf eigene Erfahrungen des Autors, auf Zeitungsartikel und andere Nachrichten vor allem aus dem Rheinland und aus Bayern, auf historische Quellen und wissenschaftliche Forschung, insbesondere in der Zeitschrift MIZ (Materialien und Informationen zur Zeit, politisches Journal der Konfessionslosen und Atheisten)

sowie von Karlheinz Deschner.

Horst Herrmann wurde 1971 Professor für katholisches Kirchenrecht, fiel aber 1974 wegen seines Buches „Ein unmoralisches Verhältnis. Bemerkungen eines Betroffenen zur Lage von Staat und Kirche in der Bundesrepublik Deutschland“ in päpstliche Ungnade. Seit 1981 ist er Professor für Religionssoziologie. Das Buch ist stark geprägt von der anhaltenden persönlichen Erbitterung des Verfassers. Es ist aber nicht unsachlich, sondern arbeitet durchweg mit Belegen und Beispielen. Was das Zurechtfinden erschwert, ist die innere Organisation des Textes, die eher assoziativ-kreisend als systematisch-analytisch ist. Man erfährt vieles aus dem Buch, was man nicht wußte, aber es ist nicht stichwortbezogen zu finden. Viele historische Beispiele aus der Kirchengeschichte werden angeführt, aber sie werden teilweise auch zur Stützung der heutigen Kritik herangezogen.

Herrmann faßt in seinem ersten Kapitel die Problemlage so zusammen: „Vieles, was bei uns sehr normal ist, gilt in den übrigen Ländern Europas als längst überholt.“

— Daß Bund, Länder und Gemeinden Milliarden DM an die Kirche zahlen, ohne groß nachzufragen, wofür genau das Geld aus öffentlichen Mitteln verwendet wird.

— Daß Ministerialbeamte und Pressesprecher bundesdeutscher

Ministerien ihre liebe Not haben, einem auf Anfrage zu erklären, wieviel denn nun eigentlich Jahr für Jahr wofür an wen gezahlt wird.

— Daß die Kirche Gläubigerin ist und die Bundesrepublik Schuldnerin, weil unser Land offensichtlich noch immer für die Schuld derer zu bezahlen hat, die vor fast zweihundert oder fünfhundert Jahren Kircheneigentum beschlagnahmt haben. (...)

— Daß Kirchenbauten nicht ausschließlich von denen bezahlt werden, die an derlei ihre Freude haben, sondern zu wesentlichen Teilen von den Kommunen. (...)

— Daß katholische Kindergärten keineswegs von der zuständigen Kirche finanziert werden, sondern zu 80 bis 90 Prozent von nichtkirchlichen (staatlichen und kommunalen) Instanzen.

— Daß deswegen aber keine demokratisch legitimierte Vertretung in solchen Einrichtungen das Sagen hat, sondern der Ortspfarrer. (...)

— Daß der Staat, der sich weltanschaulich neutral nennt, bei uns die Kirchensteuer einzieht und bei säumigen Zahlern auch durch den Gerichtsvollzieher eintreiben läßt.

Wenn ich dies Nicht-Deutschen erzählen soll, schäme ich mich für mein Land.“

Im ersten Kapitel arbeitet Herrmann vor allem die enge Bindung zwischen katholischer Kirche in Deutschland und dem Hitlerfaschismus heraus, die für

das Verständnis der heutigen Staat-Kirche-Beziehung wesentlich sei: „Kein einziger Hirtenbrief, so 1936 Kardinal Bertram (Breslau), habe je den Staat, die Bewegung oder den Führer kritisiert.“

Im zweiten Kapitel geht es vor allem um die Geschichte der staatlichen Entschädigungsleistungen für die Säkularisation: „Zwar ist die Ablösung dieser sogenannten ‚Staatsleistungen‘ bereits in der Weimarer Verfassung (Artikel 138 I) gefordert, doch da sich in dieser Beziehung noch immer nicht viel tut, sind die Staatsleistungen bis auf weiteres garantiert (Artikel 173 Weimarer Verfassung, Artikel 140 Grundgesetz). Das bedeutet, daß die Bundesrepublik noch immer eine in und für Großkirchen organisierte religiöse Betätigung ausnahmslos von allen Steuerpflichtigen finanziell unterstützt läßt.“

Herrmann geht insbesondere ein auf die Militärselbstversorgung, die Denkmalflege, konfessionelle Schulen, Pfarrer und Bischöfe: „Nicht ohne Grund wendet sich die staatliche Subvention noch immer vorrangig jenen Bereichen kirchlicher Tätigkeit zu, die Erziehung und Militär betreffen. Hier gehen, wie die deutsche Geschichte lehrt, kirchenpolitische und staatspolitische Ziele besonders gerne Hand in Hand.“ Allein die Dienstfahrzeuge für Militärgeschäfte schlügen im Haushalt 1988 mit 983 000 DM zu Buche;

der „lebenskundliche Unterricht“, von Militärgeschäften veranstaltet, ist auch für konfessionslose Rekruten verbindlich.

Eine Übereinkunft zwischen Papst Pius VII. und Maximilian I. Joseph, König von Bayern, von 1817, in der staatliche Gehaltszahlungen an Erzbischöfe, Bischöfe und Vikare geregelt wurden, wurde fortgeführt durch das Konkordat Bayerns mit dem Hl. Stuhl von 1924, das weiterhin in Kraft ist. 1986 zahlte so allein Bayern aus Steuermitteln 87 Mio. DM an die Kirche.

Im dritten Kapitel wird das System der Kirchensteuer analysiert und kritisiert, im vierten Kapitel wird eine Bestandsaufnahme des Eigentums der „reichsten Kirche der Welt“ versucht. Im fünften Kapitel untersucht Herrmann die Wohlfahrtsorganisation der Caritas und das Verhältnis von staatli-

chen und kirchlichen Geldmitteln. Dadurch, daß die Kirchensteuerzahlungen von der Einkommensteuer abzugsfähig sind entstehen dem Staat Einnahmeverluste in etwa der Höhe, wie sie die Kirchen für die Caritas aus Eigenmitteln aufwenden. Dadurch können ohne finanzielle Einbußen der gesamte Caritasbereich der öffentlichen Hand übergeben werden. Hier greift Herrmann auch insbesondere den Tendenzschutz an, nach dem eine Putzfrau in Kirchendiensten keinen geschiedenen Mann heiraten darf und Gewerkschaftsarbeit behindert wird.

Das finanzielle Argument ist Herrmann deshalb so wichtig, weil er vermutet, daß die „Caritas“ heute das Hauptargument für viele ist, warum sie weiter Kirchensteuer abführen lassen, weniger die innere Bindung an die Glaubenssätze. — (mf)

Anzeige

Neues Nachrichtenheft



DOKUMENTE * NACHRICHTEN * DISKUSSION
aus dem Widerstand gegen Ausbeutung und Repression im öffentlichen Dienst

Die Gemeinsame Beilage — Einkommen und Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst erscheint ab 1. Januar 1990 in neuer Form. Sie heißt dann „**DOKUMENTE * NACHRICHTEN * DISKUSSION** aus dem Widerstand gegen Ausbeutung und Repression im öffentlichen Dienst — DND“. Sie liegt nicht mehr bei. Das neue Nachrichtenheft muß vielmehr extra bestellt werden. Es erscheint vierzehntäglich im Umfang von 4 Seiten und kostet 0,50 DM je Heft.

Herausgeber ist der **Arbeitskreis öffentlicher Dienst** in der Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik. **Bestellungen bitte ab sofort an die regionalen Versandadressen.**

Dokumentiert: Staatliche Zuschüsse an die Kirchen in Bayern

Die Grünen im bayerischen Landtag haben das Mittel der parlamentarischen Anfrage genutzt und die Landesregierung gezwungen offen zu legen, welche Staatszuschüsse an kirchliche und im Vergleich dazu an kommunale Einrichtungen im sozialen Bereich fließen. Selten ist Genaueres zu erfahren darüber, welche Geldsummen staatliche Stellen an die Kirchen verschenken und in welche von den Kirchen regierten Einrichtungen diese Gelder fließen. Wir dokumentieren daher hier die Antwort der bayerischen Landesregierung auf die Anfrage der Grünen. Mitnehmen ist die Höhe und die Art der staatlichen Zuschüsse ein Sonderfall, der nur für den Freistaat Bayern zutrifft. Parlamentarische Anfragen in anderen Bundesländern würden vergleichbare Erkenntnisse zu Tage fördern. Insofern soll die Dokumentation auch ein Anstoß sein, weiter nachzuforschen. Diese Informationen über staatliche Zuschüsse können u.a. dazu beitragen, besser zu begründen, warum die Beschäftigten in den kirchlichen Einrichtungen — im Vergleich zu den Arbeitenden in anderen Betrieben — nicht weiter rechtlos gehalten werden dürfen. Dokumentiert nach: MIZ (Materialien und Informationen zur Zeit) Nr. 2/90. Herausgeber: Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA). Bestellungen an: MIZ-Vertrieb, Postfach 880, 1000 Berlin 41. Tel.: (030) 82661 52. — (gba)

Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung

Herr Präsidenten des Bayerischen Landtags, Maximilianeum, 8000 München 85 München 26.03.1990

Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Christine Scheel betreffend Zuschüsse an kirchliche und kommunale Einrichtungen im sozialen Bereich

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Christine Scheel beantwortete ich wie folgt:

Zu Frage 1: Zuschüsse an Kinder- und Jugendheime

1. Bau von Jugendheimen	1.644.138 DM
evangelische Jugendheime	6382.140 DM
katholische Jugendheime	830.200 DM
sonstige Jugendheime	2.055.700 DM

2. Investitionsförderung von Einrichtungen der Erziehungshilfe und der Hilfe für behinderte Minderjährige sowie von Heimen nach dem Sonderschulgesetz	
evangelische Einrichtungen	3.989.000 DM
katholische Einrichtungen	6.538.000 DM
sonstige Einrichtungen	6.573.000 DM

Zu Frage 2.1: Zuschüsse zu Einrichtungen der Erziehungsberatung, der Eheberatung, der Schwangerschaftsberatung, der psychologischen Beratung etc.

1. Erziehungsberatung	
Einrichtungen in evangelischer Trägerschaft	2.108.267 DM
Einrichtungen in katholischer Trägerschaft	6.382.140 DM
konfessionell nicht gebundene Einrichtungen	4.026.168 DM
2. Eheberatung	
Einrichtungen in evangelischer Trägerschaft	437.101 DM
Einrichtungen in katholischer Trägerschaft	642.177 DM
konfessionell nicht gebundene Einrichtungen	469.930 DM
3. Schwangerschaftsberatung	
Einrichtungen in evangelischer Trägerschaft	757.668 DM
Einrichtungen in katholischer Trägerschaft	2.367.606 DM
konfessionell nicht gebundene Einrichtungen	633.386 DM
4. Psychologische Beratung etc.	
a) Sozialpsychiatrische Dienste	
Einrichtungen in evangelischer Trägerschaft	2.334.000 DM

Einrichtungen in katholischer Trägerschaft konfessionell nicht gebundene Einrichtungen

b) Suchberatung

Einrichtungen in evangelischer Trägerschaft

Einrichtungen in katholischer Trägerschaft konfessionell nicht gebundene Einrichtungen

c) Psychosoziale (AIDS-)Beratung

Einrichtungen in evangelischer Trägerschaft

Einrichtungen in katholischer Trägerschaft konfessionell nicht gebundene Einrichtungen

d) Ausländersozialbetreuung

Einrichtungen in evangelischer Trägerschaft

Einrichtungen in katholischer Trägerschaft konfessionell nicht gebundene Einrichtungen

e) Zu Frage 2.2: Zuschüsse zu Einrichtungen der Alten- und Krankenpflege (Altenheime, Sozialstationen)

1. Stationäre Altenhilfe

Der Förderanteil an den tatsächlichen Kosten wäre nur mit einem unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand (Durchsicht aller Bewilligungsakten) zu ermitteln. Er beträgt jedoch höchstens 50%.

a) Neubauprogramm (einschl. Darlehen)

evangelische Einrichtungen

katholische Einrichtungen

konfessionell nicht gebundene Einrichtungen

b) Verbesserungsprogramm

evangelische Einrichtungen

katholische Einrichtungen

konfessionell nicht gebundene Einrichtungen

c) Pflegeplatzprogramm

evangelische Einrichtungen

katholische Einrichtungen

konfessionell nicht gebundene Einrichtungen

d) Ambulante sozialpfeilerische Dienste

evangelische Einrichtungen (7,4%)

katholische Einrichtungen (8,6%)

konfessionell nicht gebundene Einricht. (8,1%)

e) Offene Altenhilfe

a) Öffentlichkeitsarbeit

evangelische Einrichtungen

katholische Einrichtungen

konfessionell nicht gebundene Einrichtungen

f) Altenberatung

evangelische Einrichtungen

katholische Einrichtungen

konfessionell nicht gebundene Einricht. (49,2%)

g) Altenerholung

evangelische Einrichtungen

katholische Einrichtungen

konfessionell nicht gebundene Einr. (14,8%)

h) Kurzzzeitpflegeeinrichtungen

evangelische Einrichtungen

katholische Einrichtungen

konfessionell nicht gebundene Einrichtungen

i) Zu Frage 3: Aufwendungen für die Anstaltsseelsorge in Strafvollzugsanstalten, Heil- und Pflegestätten etc.

Im Haushaltsjahr 1988 sind Personalkosten für 22 hauptamtlich und

eine Reihe von nebenamtlich tätigen Anstaltsgeistlichen in Höhe von ca. 2.100.000 DM sowie für die Beschäftigung von sechs kirchlichen Mitarbeitern in Höhe von 404.918,23 DM entstanden. Die Sachaufwendungen für die Anstaltsseelsorge werden nicht getrennt erfaßt.

Zu Frage 4: Zuschüsse für Telefonseelsorgeeinrichtungen

Unmittelbare staatliche Zuschüsse für die Telefonseelsorge wurden nicht gewährt.

Zu Frage 5: Zuschüsse an karitative Einrichtungen

1. Personalkostenzuschüsse für Kindergärten

karitative Einrichtungen der Kirchen

konfess. nicht gebundene karit. Einr.

2. Leistungen für Behinderte

a) nach dem Schwerbehindertengesetz aus der Ausgleichsabgabe (Kap.

Beilage

Nr. 3
21. Dezember 1990

Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken

Für die Beilage werden Beiträge aus dem Widerstand gegen den Imperialismus und die Herrschaft des Kapitals gesammelt. Sie ist aus dem Bedürfnis entstanden, unterschiedliche Ansätze und Positionen der Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft über die Grenzen der einzelnen Organisationen und Arbeitszusammenhänge hinaus zugänglich zu machen und zur wissenschaftlichen Klärung beizutragen. Die Beilage will damit auch die Zusammenarbeit erleichtern.

An dieser Ausgabe wirkten mit:

PDS: PDS am Scheideweg?	Seite 1
ArGE: Zur Wahlkampagne der Linken Liste/PDS	Seite 1
DKP: Wie weiter nach dem 2. Dezember?	Seite 2
Zur Wahlanalyse des 2. Dezember 1990	Seite 2
BWK: Ergebnisse der Bundestagswahlen 1990	Seite 3
DKP: Kommunalwahlen Niedersachsen 1991	Seite 3
„Was war die DDR“ — Eine Antwort auf G. Füller	Seite 4
Was war die DDR — Anmerkung zu einer ersten Bilanz	Seite 5
VSP: Emanzipation der Arbeit: Notwendige inhaltliche Klärungen	Seite 5
Interview: „Der Faschismus hätte nicht gewartet“	Seite 7
DKP: Verfassungsdebatte und Sozialismus	Seite 7
Prozeßreden: Nie wieder darf sich Stammheim '77 wiederholen	Seite 8
AzD: Der Golfkonflikt — Ein Schritt zum arabischen Nationalstaat?	Seite 8
Zuschriften	Seite 12

Sie liegt folgenden Zeitungen bei:

Aufsätze zur Diskussion (Kommunistische Gruppen)
Politische Berichte (BWK)
Sozialistische Zeitung (VSP)

Bundestagswahlen 1990: Bewertung und Diskussion

PDS am Scheideweg?

Die Schlachten sind geschlagen. Der Sieger grinst raumfüllend von allen Zeitungsseiten, die Verlierer lecken ihre Wunden und gruppieren ihre Bataillone — so sie denn welche haben — um. Führer werden ausgewechselt. Schuldige gesucht und die Prozentzähler und Wahlanalytiker haben Hochzeit. Deutschland hat gewählt. Der Demokratie ist Genüge getan, der Ohrensessel hat uns wieder. Alltag. Mann/Frau geht zur Tagesordnung über.

Und die PDS? Die „Partei der Schieber“, die „Gysi-Partei“, die „links ist respektlos lebendig Partei“, die „kein Vaterland braucht“, was ist mit der PDS? Kann auch sie zur Tagesordnung übergehen, und worin bestünde diese? Genau hier liegt das Problem.

Da ist eine Partei zur Wahl angetreten mit einer schier erdrückenden Erblast. Einer bewußt angenommenen Last, die sonst niemand haben wollte und die, wie man gesehen hat, nicht nur eine Last der Vergangenheit ist. Da ist eine Partei von einer Wahl zur anderen gehetzt, tausend Dinge gleichzeitig tuend, tausend Dinge ungeklärt lassend, tausend Probleme vor sich herschiebend.

Sonderparteitag der SED, Umbenennung in SED-PDS, Auflösung der überkommenen Organisationsstrukturen, erster Parteitag der PDS, Volkskammerwahl, Kommunalwahl, Konferenz demokratischer Sozialismus, Erneuerungskonferenz, Gründung der Linken Liste PDS, Wahlkongress, Landtagswahl, BVG-Urteil, Gründung der Landesverbände PDS/Linke Liste, Finanzskandal, Bundestagswahl.

Nein, ich will nichts entschuldigen. Aber bei allen Analysen sollten wir den Ausgangspunkt und die Ausgangsbedingungen unseres Aufbruchs nicht außer Acht lassen. Aus einer Staatspartei mit ehemals 2,3 Millionen Mitgliedern ist eine Partei geworden, die die ersten Schritte in Richtung einer linken, sozialistischen und antikapitalistischen Oppositionspartei getan hat. Ist eine Partei geworden, die Partner im Westen gefunden hat, die nachhaltig die so notwendige Auseinandersetzung über Ziele und Inhalte, über Mittel und Wege sozialistischer Politik befördert und noch lange nicht ausreichend zugespielt haben. Ist eine Partei geworden, der es gelang, als erste sozialistische Partei nach 1953 „links von der SPD in das ‚Gelobte Land‘ des Bonner Parlaments einzuziehen.“ (Jakob Moneta) Das sollte nicht gering bewertet werden, wie es dennoch nur ein Ausgangspunkt für den Beginn einer Neuformierung der Linken sein kann, in die sich die PDS als ein Teil einzubringen und damit gleichzeitig zur Disposition zu stellen hat. Nicht die PDS ist die Hoffnung und der Kristallisierungspunkt der Linken, sondern der in Gang gekommene Diskussionsprozeß zwischen unterschiedlichen linken Strömungen und Diskussionszusammenhängen, der sich freilich auch entlang des Reizthemas PDS entwickelt hat.

Nicht die lineare Ausdehnung und der identische Parteaufbau der PDS im Westen kann die Antwort auf die Bundestagswahl sein, sondern über den Rand des eigenen „Parteidens“ blickend muß der Versuch unternommen werden, einen solchen linken politischen Zusam-

menhang zu entwickeln, der sich auf den Streit und die Auseinandersetzung mit der PDS einläßt und der hilft, die Bundestagsfraktion der PDS zu einer wirklich ernstzunehmenden linken Stimme im großen deutschen Parlament zu machen.

Die Tagesordnung der PDS hat für die überschaubare Zukunft nur einen Punkt. Nämlich Aufarbeitung, Aneignung, Diskussion sozialistischer Ideen, Positionen und Projekte der letzten Jahrzehnte und daraus folgend, im ständigen Dialog mit anderen, die Entwicklung einer realitätsbezogenen und theoretisch begründeten linken Politik.

Diese Diskussion wird strukturelle Fragen klären helfen, wird die Partei in Bewegungen verankern, wird zu offenen und demokratischen Strukturen führen und wird am Ende vielleicht eine Organisationsform finden lassen, die tatsächlich individuelle politische Entfaltungsbedürfnisse mit der Kraft organisierter Handlungs verbindet und damit politisch angriffsfähig wird. Das mag angesichts des realen politischen Tagwerks mit allen Querelen, Empfindlichkeiten und Ambitionen und der bisherigen Erfolglosigkeit linker Politik in Deutschland utopisch anmuten, aber ich denke, es ist die einzige Chance, die konservative Welle zumindest zu stoppen. Wenn Linke, gleich welcher Couleur, sich nicht dazu verstehen, aufeinanderzugehen und über die gemeinsame Diskussion der tatsächlich gravierenden Probleme unserer Zeit zu gemeinsamen Politikansätzen zu kommen, dann vertun wir die Chance, in die Lösung der brennenden Menschheitsprobleme einzutreten und sich nicht allein der Kapitallogik und den damit verbundenen Gefahren zu überlassen.

Das setzt eine kritische Sicht auf die eigene Organisation und den gleichzeitigen Verzicht auf einen linken Ausschließlichkeitsanspruch voraus. Bezug auf die PDS heißt das, eine kompromißlose Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit und Gegenwart, das Ausstreiten und Kenntlichmachen

unterschiedlicher Positionen und Vorstellungen, das Messen der eigenen Parteientwicklung an den selbst formulierten Ansprüchen und schließlich — und das ist wohl am schwersten einzulösen — die Bereitschaft, die eigene Organisation nicht als das letzte Wort linker Parteientwicklung zu begreifen.

Die Beschwörung der Chance einer notwendigen, breiten linken Diskussion und Politik hilft indessen nicht viel weiter, wenn sie sich nicht auf eine möglichst genaue Analyse jener sozialen und politischen Ansatzpunkte bezieht, auf

deren Grundlage sie erst möglich wird. Dazu gehört die Analyse jener Prozesse, die mit dem Herausfallen der Grünen aus dem Bundestag verbunden sind, genauso wie eine nüchterne Prognose möglicher politischer (vorrangig konservativer) Entwicklungstendenzen in der ehemaligen DDR, dazu gehört die Entwicklung eines neuen Internationalismus ebenso wie die Diskussion der Konsequenzen, die sich aus der Ersatzung des Ost-West-Gegensatzes durch den Nord-Süd-Konflikt ergeben und viele andere Fragen.

Die PDS steht in der Tat am Scheideweg. Nach der politischen Unruhe des vergangenen Jahres muß sie sich auf den Prozeß der linken Neuformierung, der inhaltlichen Diskussion, der möglichen und auch notwendigen Polarisierung einlassen, muß sich weiter öffnen, muß sich selbst in Frage stellen, denn nur so kann es ihr gelingen, auf neuer Grundlage, gemeinsam mit anderen, in vier Jahren eine politisch relevante Kraft zu sein.

Klaus Haschker
Leiter des Informations- und Pressebüros der PDS in Bonn

Zur Wahlkampagne der Linken Liste/PDS in den westlichen Bundesländern

Die „ArGe Konkrete Demokratie — Soziale Befreiung, Arbeitsgemeinschaft bei der PDS“ hat sich in Bayern gebildet, um neben und über den Wahlrummel hinaus einen kontinuierlichen Dialog und inhaltliche Zusammenarbeit zwischen Linken aus Thüringen und Bayern zu gewährleisten. In der ArGe arbeiten Leute aus verschwiedenen linken Organisationen und örtlichen Vereinigungen mit, so aus der PDS Thüringen, aus der DKP Nordbayern, der DKP Südbayern, dem BWK Bayern, und — nicht zuletzt — Mitglieder der PDS, die in Bayern leben und politisch arbeiten. Der nachfolgende Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Vortrages, der auf dem letzten Treffen der ArGe in Ingolstadt zur Diskussion stand.

maf, BWK

* * *

Das Wahlergebnis der PDS ist in den Westländern weit hinter den Zielvorgaben — im Frühjahr war noch von „einem Millionen“ die Rede — zurückgeblieben. Das schlechte Ergebnis kann nur zum Teil auf das Wahlkampfkonzept der PDS im Westen zurückgeführt werden. Hauptsächlich hängt es

wohl damit zusammen, daß in den Westländern große Bevölkerungsgruppen durch die Politik der Regierung zu Komplizen und zu einem gewissen Teil auch zum Nutzen der Einverleibung der DDR gemacht worden sind.

Bis jetzt ist es nicht gelungen, dem einsetzenden Prozeß der Bereicherung des Westens auf Kosten des Ostens ein politisches Konzept entgegenzusetzen. Die SPD war dafür, Steuern anzuheben und diesen Prozeß durch Einsatz staatlicher Mittel sozialverträglich zu steuern. Staatliche Eingriffe müßten in den Ostländern keineswegs Produktionen herorufen. Eher schon geht es dabei um Absatzsicherung für Westfirmen, nicht gerade ein „linkes“ Ziel.

Die FDP mit ihrer im Westen kaum bekanntgewordenen Forderung nach Einrichtung eines Niedrigsteuergebietes gewann im Osten erstaunlich viele Stimmen. Diese Forderung ist schillernd und berührt mehrere sehr wichtige Fragen. Wieso sollen Einwohner der früheren DDR für den BRD-Staat, an dem sie kaum teilhaben können, aufkommen? Auch geht es um die Überlebensfähigkeit

der im Osten bestehenden Betriebe und um die Möglichkeit, Kapital geliehen zu kriegen. Der FDP im Westen geht es dabei um einen Einstieg in eine allgemeine Steuersenkung und den Abbau bestehender Sozialverpflichtungen des Staates. Die Sache eignet sich glänzend für Demagogie.

Der Wahlkampf der Linken, zu welcher Richtung und auf welche Frage man auch schaut, ist weit unter dem Niveau der Anforderungen aus der praktischen Politik geblieben, das ist ein Grund für das schlechte Ergebnis.

Es ist nicht zweckmäßig, eine Erfahrung, die so viel Geld und Nerven gekostet hat wie die Wahlkampagne der Linken Liste/PDS, einfach zu vergessen als etwas, das halt daneben gegangen ist. Die Politik geht ja weiter, und der Wahlkampf schafft Voraussetzungen für die Arbeit im Parlament und für die sozialistische Parteiarbeit in der Gesellschaft. Wir wollen nicht, daß Ansichten, die zur Konstruktion der Linken Liste/PDS führten, sich an neuen Gegenständen neuherlich aufrichten, als wäre nichts schiefegegangen.

Vom Wirken durch Medien

Die LL/PDS sollte durch Medien lanciert werden. Für eine Medienkampagne wurden Personen hoher Glaubwürdigkeit gesucht. Die Partei sollte den Wählern mit den Mitteln der Werbung „verkauft“ werden. Dieser Idee liegt zuerst eine Verkennung der Ausgangslage bei der Werbung zugrunde. Bei der Waschmittelwerbung gibt es am Ende ein tatsächliches Waschmittel, das tatsächlich gekauft und mit dem gewaschen wird. Wer meint, daß „Meister Propper“ oder der „weiße Riesen“ saubere Wäsche bringen, hat etwas mißverstanden. Diese Kunstdarstellungen sollen ja bloß ausdrücken, daß es mit den Mitteln, die sie verkörpern, besonders leicht fällt zu waschen. Werbung bezieht sich auf ein reales Tun und Treiben der Bevölkerung.

Eine Partei dient der Willensbildung, dem Herausarbeiten und Durchsetzen von Interessen. Es geht um einen realen Prozeß in der Bevölkerung, dem die Partei dienlich sein muß und dem sie nur dienlich sein kann durch Mitglieder und Aktive, die ansprechbar sind. Der Mensch, der uns vom Wahlplakat oder Fernsehschirm niederblickt, kann uns

Fortsetzung Seite 2



Jetzt gilt es, die Schlagworte des Wahlkampfes mit Inhalten zu füllen und an den „Mann“ zu bringen.

mz; Bild: af/mz

Wie weiter nach dem 2. Dezember?

Erste Überlegungen der Sprecherinnen und Sprecher der DKP

Es hat sich bestätigt, was abzusehen war: Die Parteien der Rechtskoalition haben eine satte Mehrheit von weit über 50 Prozent der Wählerstimmen eingefahren; sie sind politisch in der Offensive.

Die Positionen der Parteien links von der CDU waren so matt, so wenig überzeugend, daß sie von vielen Wählerinnen und Wählern nicht als Alternativen empfunden werden sind.

Die Krise der SPD in den Großstädten der alten Bundesrepublik, namentlich im Arbeiter- und Sozialwählerbereich, hat sich weiter verschärft.

Der Widerspruch zwischen Deutschtümelei auf der einen und sozialen Tönen auf der anderen Seite ist so deutlich gewesen, daß die SPD für diese nebulöse Politik die entsprechende Quittung bekommen hat.

Was zu befürchten war, ist eingetreten. Im alten Bundesgebiet haben die Grünen, die als sichere Bank im Bundestag gegolten haben, die 5-Prozent-Klausel dieses Mal nicht geschafft. Der seit einiger Zeit zu beobachtende Abwärts-trend hat sicherlich mehrere Ursachen: Die gewichtige dürfte sein, daß ihr eigenes Wählerpotential sie nicht mehr als radikale Oppositionskraft gegenüber der allgemeinen Deutschtümelei gewertet hat.

Sowohl in der alten DDR als auch in der alten BRD ist die PDS unter dem in linken Kreisen gehegten Wahlergebnis mit ihren offenen Listen geblieben.

Der seit Monaten auf dem östlichen Wahlgebiet zu beobachtende Abwärts-trend für die PDS hat sich am 2. Dezember fortgesetzt. Auf dem bundesdeutschen Gebiet konnte die Linke Liste/PDS nicht das gefürchtete 0-Prozent-Ghetto verlassen. Dafür ist auch das Kesseltreiben von Kohl & Co verantwortlich.

Es ist sicherlich zu früh, das Ergebnis vom 2. Dezember jetzt differenziert zu bewerten. Aber eines sticht ins Auge: Die Nichtwählerquote, d.h. die Menschen, die sich von keiner der kandidierenden Parteien angesprochen fühlten mit ihren sozialen und demokratiepoliti-schen Anliegen, ist dieses Mal auf die Rekordhöhe von über 13 Millionen angestiegen.

Die Formierung der Linkskräfte als wahlpolitische Alternative für die Bun-destagswahlen zum 2. Dezember ist unter den denkbar unglücklichsten Umständen verlaufen.

Statt einer breitestmöglichen Einbeziehung des Gesamtspektrums linker und demokratischer Kräfte in einem politisch wirksamen Bündnis ist ein sorgfältig nach politisch-ideologischen Standorten ausgefiltertes Konstrukt zusammengekommen. Eine entscheidende Hypothek der wahlpolitischen Formierung der Linkskräfte ist von Anfang an gewesen, daß der DKP und anderen

Gruppierungen der gute Wille zur konstruktiven Zusammenarbeit von den Führungsgremien der Linken Liste/PDS abgesprochen wurde. Mit dieser Ausgrenzungspolitik wurden von vornherein wesentliche Chancen vertan, im Wege einer fairen und konstruktiven Wahlbündnispolitik einen effektiven Wahlkampf vor Ort, in der ganzen Breite bestehender Möglichkeiten zu entfalten. Der Wunsch, die linken Kräfte im gemeinsamen Wahlkampf näher zueinander zu bringen, blieb eine im wesentlichen unerfüllte Hoffnung. Der mißratenen Wahlbündniskonstruktion von oben entsprach — in logischer Konsequenz — ein kommerzialisierter Medienwahlkampf von oben.

Eine arbeiter- und sozialpolitische Zielgruppenorientierung ist jedenfalls für das alte Bundesgebiet nicht erkennbar gewesen. Diesen Mangel konnte die DKP nicht ausgleichen, wenngleich wir uns bemüht haben, mit unseren UZ-Extras und einer Reihe von Wahlkampfaktivitäten vor Ort wenigstens ein Stück weit die Wählbarkeit der Linken Liste/PDS für die Arbeiterklasse in den öffentlichen Wahlausagen sichtbar zu machen.

Was früher von uns an den bürgerlichen und etablierten Parteien zu Recht kritisiert worden ist, nämlich Entpolitisierung, d.h. Amerikanisierung der Wahlkampfwerbung, traf dieses Mal zu wesentlichen Teilen für die Linke Liste/PDS in ihrer Wahlkampfführung zu.

Ein Grundübel der Wahlkampffüh-rung lag in dem Mangel an politisch-inhaltlicher Auseinandersetzung mit der rechten Deutschland- bzw. Anschlußpolitik.

Auch die ungünstige Plazierung der sechs DKP-Mitglieder auf den offenen Listen der PDS war kaum geeignet, die Mitglieder der DKP zu motivieren, sich stärker in die Wahlkampfführung einzubringen.

Die politische und Parteienlandschaft hat sich durch das Wahlergebnis nach rechts verschoben, wodurch sich für linke und arbeiterorientierte Kräfte neue Herausforderungen ergeben.

Der Parteivorstand der DKP hatte zur Wahl der PDS aufgerufen, um linke Po-sitionen im Parlament zu stärken. An den Einzug der PDS in den Bundestag knüpfen DKP-Mitglieder die Erwartung, daß demokratische, antifaschisti-sche, an den arbeitenden Menschen orientierte Politik Eingang in die parla-mentarische Arbeit findet.

Wir müssen in den nächsten Monaten ohne Tabus diskutieren, welche Kandi-daturformen für die 90er Jahre bei Wah-lern die wahlpolitisch günstigste und für die Entwicklung einer kommunistischen Partei zukunftsfähige Kandidaturform ist.

Eine Herausforderung des Wahlergebnisses ist: Wie verstehen wir es, massenwirksame Strategien umzu-

setzen, so daß im Sinne der arbeitenden Menschen dieses Landes Erfolge durchgesetzt werden können bzw. zunächst einmal Angriffe abgewehrt werden.

Außenparlamentarische Bewegungen sind nötig, um Widerstand zu organisieren, um neue Forderungen zu entwickeln. Dabei sind die Existenz der DKP und ihr Verhältnis zu anderen politischen Organisationen und Parteien von Bedeutung.

Mit der 6. und 7. Parteivorstandsa-gung haben wir betont, daß es um die Formierung einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse im neuen Deutschland gehen muß. Wir haben hervorgehoben, daß die konstruktive Zusammenarbeit auf vielen politischen Feldern sowie der organisierte Dialog zwischen allen linken Kräften die beste Voraussetzung sind, um dieses Ziel in einem längeren Arbeits- und Diskussionsprozeß zu erhalten. Das Wahlergebnis muß uns zwingen, diese politische Linie noch konsequenter umzusetzen. In unserem Verständnis sind Politik und Organisa-tion immer auch eine Voraussetzung zur Durchsetzung von Klasseninteressen. Dieser Maxime folgend sind wir verpflichtet, im Sinne bisheriger oder neuer

Vorschläge aktiv zu werden. Wir haben darüber nachzudenken, ob es nicht neue Formen der Zusammenarbeit geben könnte, an der sich Parteien, Organisationen, Initiativen, Bewegungen als auch Einzelpersonen beteiligen können, bei Bewahrung der politischen, organi-satorischen und ideologischen Selbstständigkeit.

Im Laufe des Jahres haben wir unsere Haltung zur PDS präzisiert. Auf der 3. PV-Tagung haben wir eine ganze Palette von Vorschlägen entwickelt. Mit der KPD der ehemaligen DDR werden wir Gespräche über Fragen der Zusammenarbeit beginnen. Das Angebot der kom-munistischen Plattform der PDS haben wir angenommen und werden mit Kom-munistinnen und Kommunisten — egal wo sie organisiert sind — in Deutschland in einen Informations- und Meinungs-austausch eintreten. Die Gruppen und Kreise sowie die Bezirke haben ähnlich wie der Parteivorstand alles in ihren Kräften Stehende getan, um die Zusam-menarbeit mit PDS-Organisationen und -Vorständen voranzutreiben. Die SprecherInnen nehmen das Wahlergebnis zum Anlaß, diese Entwicklungsrichtung weiter zu unterstützen und zu bekräfti-

gen, daß wir von unserer Position der konstruktiven Zusammenarbeit, die auch an den Roten und Runden Tischen schon praktiziert wird, nicht abgehen werden. Dabei sind Geduld, Verständnis, politisches Einfühlungsvermögen von allen Partnern gefordert. Wir wer-den uns bemühen, uns auch in diesem Sinne weiter zu qualifizieren.

Das Wahlergebnis ist auch Anlaß, er-neut festzustellen: Dieser Imperialismus braucht radikale Opposition, die sich auf alle gesellschaftlichen Bereiche erstreckt. Und er braucht zugleich den Widerspruch gesellschaftspolitisch durch eine sozialistische Perspektivvor-stellung. Daran werden wir in Vorbereitung, Durchführung und Auswertung unseres II. Parteitages weiter arbeiten müssen.

Diese weitere Formierung und Erneuerung der DKP sind der Weg, eine revolutionäre Arbeiterpartei in ganz Deutschland zu haben. Diese Aufgabenstellung sollte unser ganz konkreter Beitrag sein, um die politischen Entwick-lungen entgegenzutreten, die nach diesem Wahlergebnis unser Land prägen wird.

Anne Frohweiler, Rolf Priemer, Helga Rosenberg, Heinz Stehr.

Zur Wahlanalyse des 2. Dezember 1990

In der infas-Untersuchung heißt es: „Angesichts der historischen Bedeutung dieser ersten gesamtdeutschen Wahl mutet es merkwürdig an, daß die Wahlbeteiligung (mit 77,8 % für Gesamt-deutschland, 74,7 % im Osten und 78,6 % im Westen) kaum höher war als bei den Landtagswahlen und daß jedenfalls im westlichen Teil dramatische Bewegungen ausblieben. Kaum je hatte ein großes Ereignis auf den ersten Blick so wenig sichtbare Folgen.“

Der Grundübel der Wahlkampffüh-rung lag in dem Mangel an politisch-inhaltlicher Auseinandersetzung mit der rechten Deutschland- bzw. Anschlußpolitik.

Auch die ungünstige Plazierung der sechs DKP-Mitglieder auf den offenen Listen der PDS war kaum geeignet, die Mitglieder der DKP zu motivieren, sich stärker in die Wahlkampfführung einzubringen.

Die politische und Parteienlandschaft hat sich durch das Wahlergebnis nach rechts verschoben, wodurch sich für linke und arbeiterorientierte Kräfte neue Herausforderungen ergeben.

Der Parteivorstand der DKP hatte zur Wahl der PDS aufgerufen, um linke Po-sitionen im Parlament zu stärken. An den Einzug der PDS in den Bundestag knüpfen DKP-Mitglieder die Erwartung, daß demokratische, antifaschisti-sche, an den arbeitenden Menschen orientierte Politik Eingang in die parla-mentarische Arbeit findet.

Wir müssen in den nächsten Monaten ohne Tabus diskutieren, welche Kandi-daturformen für die 90er Jahre bei Wah-lern die wahlpolitisch günstigste und für die Entwicklung einer kommunistischen Partei zukunftsfähige Kandidaturform ist.

Eine Herausforderung des Wahlergebnisses ist: Wie verstehen wir es,

lichen Fixstern Helmut Kohl.

* * *

Bleibt jedoch die Frage, warum ein so großes Ereignis wie die Vereinigung DDR/BRD so wenig sichtbare Folgen hatte. Der Vergleich mit den Wahlen von 1949 nutzt insofern wenig, als damals sich Millionen Nazis und Mitläufer noch nicht entschieden hatten, wem sie ihre Stimme geben sollten. Erst bei den Wahlen von 1953, die nach der Niederschlagung des Arbeiteraufstandes in der DDR stattfanden, nach dem 17. Juni, schwenkten fünf Millionen Wähler zu CDU über. Die KPD verlor ihre Parlamentssitze.

Was aber veranlaßte diesmal so viele Wahlberechtigte, den Urnen fernzubleiben? In der DDR war die Wahlbeteiligung seit den Volkskammerwahlen vom 18. März 1990, als noch 93,6 % der Wahlberechtigten ihren Stimmzettel in die Urnen warfen, bis zur Landtagswahl im Oktober um rund ein Fünftel (!) zurückgegangen, in Sachsen-Anhalt gar um 27,8 %!

Der Kommentar von infas hierzu lautete: die zentralen Themen der Wahlentscheidung seien durch die Folgen der raschen Anpassung an Wirtschaft und Verfassung der BRD bestimmt gewesen, „die vielen in der ehemaligen DDR doch etwas zu schnell gegangen ist“. Als zentrale Themen benannte infas: „Arbeit, soziale Sicherung, Preise, für die ex-

Bürger der DDR zugespielt zu Fragen der Existenzsicherung.“

Die PDS, die bei den Volkskammer-wahlen im März noch 16,4 % der Stimmen erhalten hatte, büßte bis zu den Landtagswahlen im Oktober dramati-sche 3,7 % ein. Die Wähler, die die PDS mit der Vergangenheit identifizierten — mit der SED — wandten sich massenhaft von ihr ab.

Zugleich aber stellte sich heraus, daß die wachsende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, die steigenden Preise, die beginnende Vernichtung von Kinder-tagesstätten usw. das Misstrauen der Wähler in die Versprechungen der Bonner Parteien geweckt hatte, denen sie ihre Zukunft nicht anvertrauen wollten. Darum blieben sie den Wahlurnen fern.

Was aber hat so viele Wähler in den westlichen Ländern in den Bundestags-wahlen vom 2. Dezember den Urnen ferngehalten — immerhin jeden fünften? War für sie die Vereinigung BRD/DDR doch nicht das „große historische Ereignis“, als das es mit so viel propagandi-stischem Aufwand ausgegeben wurde? Waren es nur die Kosten gewesen, die sie abschreckten, hätten sie doch Oskar Lafontaine ihre Stimme geben müssen, der dies zum zentralen Thema seines Wahlkampfes machte! Oder aber blieben — wie die Rechte in der SPD behauptet — so viele Sozis den Wahlurnen

Fortsetzung Seite 4

kommen. Aber auch in diesen Wahlkreisen wird ein sehr großer Teil der tatsächlichen Wählerinnen und Wähler aus jenen politischen Gruppierungen stammen, von denen sich die LL/PDS distanziert hat.

Dieser Wahlkampf hat, so viel kann man bei aller Vorsicht sagen, gezeigt, daß eine Wahlkampagne einer Partei nicht an deren tatsächlichen Anhängern vorbei oder gar gegen diese zu einem Abstimmungserfolg geführt werden kann. Diese naheliegende Einsicht hätte vielleicht auch mit weniger Aufwand gewonnen werden können, wichtiger wäre, daß sie jetzt nicht mehr zurückgewiesen wird.

Sachleerer Wahlkampf

Gebeten, mit ein paar Worten zu sagen, worum es der PDS in diesem Wahlkampf im Westen gegangen ist, würden wir wohl alle Schwierigkeiten haben; vielleicht könnte man sagen: um Stimmen ...

Schon jetzt ist der Wahlkampf politisch völlig verpufft und vergessen. Der Grund ist vielleicht, daß er für die Da-seinsberechtigung eines Lebensgefühls, einer Lebenseinstellung geführt wurde, („links“) und nicht für sachliche klare Ziele. Nachträglich lacht man bei der Vorstellung, es sollte jemand ins Parla-ment geschickt werden, um dort ein linkes Bild abzugeben. In Sachen der Weltanschauung kann sich niemand vertreten lassen. Es ist direkt unsinnig, jemand ein

Mandat zu übertragen, bloß weil er eine Meinung hat. Es kommt dabei viel mehr auf die Absichten an, die offen liegen müssen.

Jetzt z. B. brauchen wir im oder besser am Rande des Bundestages Leute, die sich mit der Politik der Gegenseite, die den Bundestag ja institutionell durchläuft, en gros und en Detail befassen. Warnrufe ausspielen, bekannt machen, was verschieben behandelt werden soll, und zusammen mit ihren Parteigängern und Freunden auch schon mal Gesetzes-initiativen beginnen.

Konsequenzen

Die Arbeitsgemeinschaft bei der PDS „Konkrete Demokratie — Soziale Be-freiung“ ist in Bayern entstanden, weil Leute aus verschiedenen linken Organi-sationen durch die Politik der Ausgrenzung, die die LL/PDS in Bayern betrieben hat, die solidarische Zusammenarbeit von Linken aus Thüringen und Bay-ern nicht unterbinden lassen wollten.

Für uns in Bayern wäre es jetzt schon wichtig, daß sich die tatsächlichen An-hängerinnen und Anhänger der PDS in einer demokratisch einwandfreien Wei-se sammeln können. Es werden nicht sehr viele sein. Sie müssen als nächstes ihr Verhältnis zu den linken Organi-sationen und Vereinigungen in Bayern einrichten. Sie sind eine dieser Organi-sationen, nicht mehr, nicht weniger. Wenn

die Anhängerinnen und Anhänger der PDS in Bayern zeigen, daß sie Interesse an gleichberechtigter Zusammenarbeit und Bündnispolitik haben, werden die erheblichen Bedenken, die das Herum-brüchen in linken Strukturen vor allem in der jüngeren Generation ausgelöst hat, eher rasch verfliegen.

Sodann kommt es darauf an, daß die nun einmal gewählte Bundestagsfrak-tion tatsächlich anfängt, was zu arbeiten. Es wäre wünschenswert, daß diese Frak-tion, auf die viel zukommt, sich um ein gutes und konstruktives Verhältnis zu den diversen Organisationen der Linken bemüht. In den Westländern würde es sich anbieten, eine Einrichtung wie den „Roten Tisch“ neu zu beleben, die Bun-destagsfraktion bzw. -gruppe der PDS könnte sich auf diesem Wege wahr-scheinlich auch eine Menge Zuarbeit erschließen, sie wird es ja ohnehin nicht leicht haben.

Wir, d.h. die Gruppierungen, die sich in der ArGe zusammengefunden haben, müssen zur Versachlichung der Diskus-sion beitragen und selber inhaltliche Fortschritte machen, so daß wir alle bes-ser argumentieren können, als es in die-sem Wahlkampf der Fall gewesen ist. Dafür bietet das Wahlprogramm einen Ausgangspunkt: schade, daß es im Wahlkampf nur so eine geringe Rolle spielt.

Zur Wahlkampagne ...

noch so sehr ansprechen, das hilft alles nicht viel, denn wir können ihn nicht ansprechen. So kommt keine politische Verbindung zustande. Und wenn schließlich die Werbung zu den tatsächlichen Ansprechbaren Mitgliedern und Freunden der Partei nicht paßt, von ihnen nicht aufgenommen werden kann und auf sie nicht hindeutet, ist es blanke Geldverschwendug. Und sie hat nicht gepaßt, wir sehen z.B. lange nicht schön und klug genug aus, um zu gewissen Plakaten zu passen ...

Solche Probleme hat auch die SPD. Sie löst sich in ihrer Werbung und Par-teiarbeit Zug um Zug von den Gewerkschaftsaktivisten. Damit sinkt ihre An-sprechbarkeit, und damit sinken schließ-lich auch die Wahlergebnisse.

Im PDS-Wahlkampf wurden im We-sten die Aktionsmöglichkeiten der Men-schen, die tatsächlich bereit waren, für das Programm und die Politik der Partei einzutreten, der Werbung für ein ausge-dachtes Parteidile geopfert. Damit war die Partei nur in den Bereichen an-sprechbar, in denen Linksgrüne, DKP-Erneuerer, Links-SPDLer strukturiert sind, d.i. in Großstädten mit einer soge-nannten Szene, die sich im Hochschul-milieu und im Kulturbetrieb ausbildet. Dort ist die Linke Liste/PDS auch hier und da über das halbe Prozent hinausge-

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Jahr	Bundes-	Schles-	Hamburg	Nieder-	Wor-	Rhein-	Baden-	Mecklenburg-	Sachsen-	Thüring-	Sachsen-	Jahr	Einheit	Gegenstand der Nachweisung							
			gebiet	wig- Holstein	Hamburg	sachsen	Bremen	rhin- Westfalen	Hessen	land- Pfalz	Würt- temberg	Vorpommer-	Anhalt-	Brandenburg-	Anhalt-	Jahr	Einheit						
Wahlberechtigte	AZ	1990	60373753	2087518	1263022	5768239	522674	13098887	4297609	2931522	7120600	8614857	848342	2527197	1428211	223520	2004932	3696550	1990	AZ	Wahlberechtigte		
Wähler	AZ	1987	46996733	1640265	1044370	988979	6640324	406458	10312348	3483095	2397173	5515834	6616485	721726	2049875	1014495	2256003	2037349	373050	1987	AZ	Wähler	
Wahlbeteiligung	VH	1990	77,8	78,6	78,3	80,7	76,6	78,7	81,0	81,8	77,5	74,5	85,1	81,1	71,0	74,0	72,4	76,4	93,6	1990	VH	Wahlbeteiligung	
	VH	1987	77,8	84,4	83,0	85,0	82,7	85,4	85,7	86,7	83,1	81,7	87,3	81,1	92,9	93,5	93,4	94,5	93,6	1987	VH		
Ungültige	AZ	1990	552675	15266	8706	36989	4950	104539	41265	33563	76420	53117	10528	39187	18126	20753	24376	20326	44566	1990	AZ	Ungültige	
	AZ	1987	14410	6259	34796	3452	86504	42350	31626	67799	57714	12865	1845	10511	12139	8934	19868	19886	1987	AZ			
VH	1990	1,2	0,9	1,9	0,8	1,2	1,0	1,2	1,4	1,2	1,3	1,2	1,1	1,9	0,8	1,8	1,5	1,5	1,6	1,6	1990	VH	
	VH	1987	0,8	0,6	0,7	0,8	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,7	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,6	1987	VH	
Sitzende	AZ	1990	46444058	1625001	1080207	980273	4603335	395508	10207809	3441830	2363610	5439416	6363368	711198	2010688	996369	1423431	1591411	1511565	2779248	1990	AZ	Gültige
	AZ	1987	17051128	706169	359257	2039608	122392	4132437	1421998	1078755	2529299	-	271177	790328	410508	516611	613538	683542	1375509	1990	AZ	C D U	
	AZ	1987	715746	388517	1969967	125745	4357794	1463043	1110633	2616971	-	299329	-	486038	615975	933276	1506832	1066177	1508240	1987	AZ		
	VH	1990	36,7	43,5	36,6	44,3	30,9	40,5	41,3	45,6	46,5	-	38,1	39,3	51,2	56,5	56,5	56,5	56,5	1990	VH		
	VH	1987	41,9	37,4	41,5	28,9	40,1	41,5	45,1	46,7	47,2	-	-	-	44,5	44,5	44,5	44,5	44,5	1987	VH		
S P D	AZ	1990	15539977	626150	402192	1765942	168173	4196608	1307960	853168	1583181	1697018	363936	612765	264571	468294	393408	331749	504902	1990	AZ	S P D	
	AZ	1987	679229	427872	1967443	189820	4693081	1370454	912175	1643202	1816885	316502	313020	5468912	496606	335583	522580	1987	1987	AZ			
	VH	1990	33,5	38,8	41,0	38,4	42,2	41,1	42,1	43,1	43,2	38,7	37,1	26,1	30,5	26,6	26,6	26,6	1990	VH			
	VH	1987	39,8	41,2	41,4	46,3	43,2	43,2	43,2	43,2	43,2	43,2	37,0	27,0	23,4	23,4	23,4	23,4	23,4	1987	VH		
F.D.P.	AZ	1990	5123936	185637	117269	474602	50520	1118670	375844	245269	667044	551818	42427	186439	91145	138571	314146	221219	345336	1990	AZ	F.D.P.	
	AZ	1987	160861	99746	419882	37725	909141	323594	223350	670924	545865	49823	-	47981	86188	161580	88951	197644	1987	AZ			
	VH	1990	11,0	11,4	12,0	10,3	12,8	11,0	10,9	10,4	12,3	12,0	8,1	8,1	6,9	9,1	9,1	9,1	12,7	1990	VH		
	VH	1987	9,4	9,6	8,8	8,8	8,4	9,1	9,1	9,1	9,1	9,1	-	-	4,7	4,7	4,7	4,7	5,7	1987	VH		
C S U	AZ	1990	3301239	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1990	AZ	C S U	
	AZ	1987	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1987	AZ		
	VH	1990	7,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1990	VH		
	VH	1987	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1987	VH		
G R U N E	AZ	1990	1788214	65058	56928	205466	32760	440462	191946	95589	311651	292715	16246	79413	-	-	-	-	-	1990	AZ	G R U N E	
	AZ	1987	136051	114508	353721	62130	813071	334227	183602	559440	518122	51384	-	-	-	-	-	-	-	1990	AZ		
	VH	1990	3,9	4,0	5,8	4,5	14,5	5,2	5,0	4,0	6,6	2,5	3,9	-	-	-	-	-	-	1990	VH		
	VH	1987	8,0	11,0	7,4	7,4	7,4	7,4	7,4	7,4	7,4	7,4	-	-	-	-	-	-	-	1987	VH		
P O S T	AZ	1990	1129290	5494	10338	14654	4176	28808	13010	4279	13778	13597	1160	195946	141856	157013	149168	126942	251071	1990	AZ	P O S T	
	AZ	1987	2,4	0,3	1,1	0,3	1,1	0,3	0,4	0,2	0,3	0,2	0,2	9,7	14,2	305123	335822	293605	472037	1987	AZ		
	VH	1990	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	22,8	18,3	11,0	9,0	1990	VH		
	VH	1987	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14,0	11,4	13,6	13,1	1987	VH		
D S U	AZ	1990	89340	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1990	AZ	D S U	
	AZ	1987	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1990	AZ		
	VH	1990	0,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1990	VH		
	VH	1987	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1987	VH		
B 90/G R	AZ	1990	558552	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1990	AZ	B 90/G R	
	AZ	1987	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1987	AZ		
	VH	1990	1,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3,3	5,9	6,6	6,1	1990	VH	
	VH	1987	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4,4	5,4	4,0	4,1	1987	VH	
B P	AZ	1990	31442	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1990	AZ	B P	
	AZ	1987	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1987	AZ		
	VH	1990	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1990	VH		
	VH	1987	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1987	VH		
D D D	AZ	1990	1005	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1990	VH	D D D	
	VH	1990	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1990	VH		
	VH	1987	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1987	VH		
B S A	AZ	1990	840	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1990	AZ	B S A	
	VH	1990	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1990	VH		
L I G A	AZ	1990	39709	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1990	AZ	L I G A	
	VH	1990	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1990	VH		
	VH	1987	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1987	VH		
C M	AZ	1990	36767	-	1078	4543	-	11347	0,1	-	4477	8196	6112	1014	-	-	-	-	-	1990	AZ	C M	
	VH	1990	0,1	-	0,1	0,1	-	0,1	0,1	-	0,2	0,2	0,1	0,1	-	-	-	-	-	1990	VH		
	VH	1987	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1987	VH		
Ö K U - U N I O N	AZ	1990	4681	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1990	AZ	Ö K U - U N I O N	
	VH	1990	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1990	VH		
DIE GRAUEN	AZ	1990	386699	10173	11564	28413	6932	81124	30397	21292	53837	52691	5199	17592	7294	9440	10517	28892	1,0	1990	AZ	DIE GRAUEN	
	VH	1990	0,8	0,6	1,2	0,6	1,0	1,8	0,9	0,9	1,0	0,8	0,7	0,9	0,7	0,8	0,7	0,7	1,0	1990	VH		
Mündige	AZ	1990	491	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1990	AZ	Mündige	
	AZ	1987	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1987	AZ		
	VH	1990	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1990	VH		
R E P	AZ	1990	985557	18810	16874	46877	8215	132667	1,3	71566	3,2	40865	174094	315842	6260	49137	14104	23509	15196	1,0	1990		

11. 1987: Ergebnisse der Volkszählung 1990

Ergebnisse der Bundestagswahlen 1990

Wie kann das Parlament demokratisiert werden?

Die Ergebnisse der Bundestagswahl sind niederschmetternd. Unmittelbar nach den Wahlen hat die Regierung begonnen, die Fortsetzung ihrer Politik gestützt auf das 55 %-Mandat zu vollziehen. Die Opfer dieser Politik sind arme Leute, Ausländer, Frauen, große Teile der DDR-Bevölkerung, sogenannte Randgruppen der Gesellschaft und nicht zuletzt Millionen von Menschen in der Dritten Welt, die durch ihre Sklavenarbeit, ihren Hunger und ihr kurzes Leben zum Wohlstand in der Bundesrepublik Deutschland beitragen müssen. Die große Mehrheit der Opfer war bei der Bundestagswahl nicht abstimmungsberechtigt.

Die Medien bewerten das Wahlergebnis in erster Linie als unübersehbare Zustimmung zur Regierungspolitik und als ein Mandat für deren Fortsetzung. Das Wahlforschungsinstitut INFAS erklärt das Wahlergebnis hauptsächlich durch die von INFAS berechnete „Wählerwanderungsbilanz“. Aus dieser Wanderungsbilanz soll hervorgehen, wieviele Wähler einer Partei nunmehr eine andere gewählt haben, wieviele nicht mehr gewählt haben und wieviele der früheren „Nichtwähler“ jetzt dieser Partei ihre

Nach INFAS hat in Westdeutschland „ein wahrer Ringtausch zwischen links und rechts“ stattgefunden (d.h. nach rechts), während in Ostdeutschland die Verschiebungen eher „lagerintern“ stattgefunden haben sollen. Die in den Medien als Tatsachen behandelten absoluten Zahlen über Wählerwanderungen sind das Ergebnis mathematischer Modellrechnungen, was früher wenigstens noch dabeistand. Sie sind wissenschaftlich unsolide und nicht haltbar, man

kann und sollte darauf keine politische Analyse stützen. Es ist wegen des Wahlgeheimnisses nicht möglich, das individuelle Wahlverhalten sicher zu ermitteln.

Eine Wahlanalyse ist nicht einfach, besonders für ein so kleines Kollektiv, wie es der BWK ist. Das Zahlenmaterial ist gewaltig. Es fehlen bisher die Ergebnisse der repräsentativen Wählerstichprobe nach Alter und Geschlecht, weitere Analysen der Wahlforschungsinstitute und Auswertungen der regional so unterschiedlichen Erscheinungen im Wahlverhalten, die im Gesamtergebnis

verschwinden. Ich möchte trotzdem einige Beobachtungen und Vermutungen mitteilen, die sich auf die Zweitstimmen beziehen.

1. Die Wahlbeteiligung in Westdeutschland ist mit 78,5 % so niedrig wie noch nie in der Geschichte der BRD. In Ostdeutschland liegt die Beteiligung mit 74,5 % sogar noch niedriger und fast 20 % unter der Beteiligung an den Volkskammerwahlen 1990. Außer 1949 (78,5 %) lag die Wahlbeteiligung zwischen 84,4 und 91,1 %. Man muß zutätzlich beachten, daß ein ständig wachsender Teil der Bevölkerung wegen fehlender deutscher Staatsangehörigkeit kein Wahlrecht hat (zur Zeit etwa 8 %). So gesehen hat die Regierung ein relatives, aber kein absolutes Mandat bezogen auf die Einwohner (um die 40 % der Einwohner haben CDU, CSU, FDP, und rechtsradikale Parteien gewählt). Dieser Trend zum Zweiparteienstaat mit ständig sinkender Wahlbeteiligung ist in den

2. In Westdeutschland hat die CDU relativ 0.5 % gewonnen und damit in den meisten Ländern ihre absoluten Stim-

men knapp gehalten oder vermehrt. Dagegen hat die CSU in Bayern 3,2 % bzw. 400 000 Stimmen verloren. Die FDP hat außer in Baden-Württemberg und Bayern in allen Ländern absolut und relativ gewonnen. Die SPD hat außer im Saarland überall absolut verloren. Die GRÜNEN haben sich in allen Bundesländern absolut etwa halbiert. Die rechtsradikalen Parteien sind mit einem Gesamtergebnis von 3,5 % ungebrochen an der Schwelle zur festen Parteibildung und keineswegs als vorübergehende Erscheinung anzusehen.

3. In Ostdeutschland hat die CDU in allen Ländern absolut verloren, relativ dagegen 0,7 % hinzugewonnen. Die PDS hat nur etwa 1/8 ihrer Wähler halten können. Die SPD hat zwar relativ um 2,8 % gewonnen, jedoch absolut in allen Ländern verloren. Dagegen haben die Liberalen in allen Bundesländern relativ und absolut gewonnen. In drei Bundesländern haben sich die absoluten Stimmen verdoppelt. Die PDS hat in allen Bundesländern absolut und relativ verloren und ist auf etwa die Hälfte ihrer früheren Wähler reduziert worden. Das Bündnis 90/Grüne hat in allen Bundesländern die absoluten Stimmen in etwa erhalten und somit relativ um 1,4 % zugelegt. Zusammengenommen bedeutet dies einen beachtlichen Verlust an Wählerstimmen für die Regierungsparteien, wobei dies nichts an deren relativer Zuhilfe ändert und das Abschneiden der liberalen gesondert zu untersuchen wäre.

4. Die PDS hat in Westdeutschland

ut 0,3 % und ca. 100000 Stimmen noch nicht einmal an die Ergebnisse von DKP und Friedensliste anknüpfen können. Das Gros ihrer Stimmen stammt aus

Wahlbezirken von Universitätsstädten mit linker Subkultur. In Arbeiterwohngebieten und auf dem Land ist die PDS nicht über 0,1 bis 0,2 % gekommen. Ir-gendwie scheint das Konzept von der jungen, dynamischen, frechen Linken (siehe Wahlplakate), die das neue Deutschland schaffen soll, nicht angekommen zu sein, was umso ernster zu bewerten ist, als sicher viele Westdeutsche die PDS nicht wegen sondern trotz ihres Wahlkampfes gewählt haben.

5. Die „GRAUEN“, die im Wahlkampf spezielle Interessen alter Menschen verfochten haben, haben fast 400 000 Stimmen und ein über alle Regionen ziemlich gleichmäßiges Ergebnis von 0,8 % erzielt.

von 0,8 % erzielt.

Das Gesamtergebnis wirft große Probleme auf. Das riesige Wahlgebiet verbunden mit der 5 %-Sperrklausel macht es Parteien, die sich für die besonderen Interessen einer Region oder eines bestimmten Segmentes der Bevölkerung einsetzen wollen, fast völlig unmöglich, in den Bundestag zu kommen. Gleichzeitig wird in der öffentlichen Meinung der Bundestag mit dem Führen der Staatsgeschäfte identifiziert. Tatsächlich erfüllt der Bundestag ja auch mehr und mehr nur noch die Funktion eines Legitimationsorgans der Exekutive. Man denke nur, wie jahrzehntlang der Aufbau der terroristischen Vereinigung „Gladio“ unter Ausschaltung des Parlaments von den Regierungen betrieben wurde.

Für eine Partei, die sich den Anliegen und sozialen Interessen von Opfern der Regierungspolitik verbunden fühlt, ist es also schwierig im Bundestag — und nicht erst seit dem 3.12.1990. Trotzdem

ist es doch erstaunlich, wie wenig die GRÜNEN mit einem fest angestellten Mitarbeiterstab von 260 Leuten bei der Fraktion in den letzten vier Jahren zu standegebracht haben.

Man muß um und für Elemente bürgerlich-republikanischer Rechte auch im Bundestag und bezogen auf den Bundestag kämpfen. Diesem Kampf schadet es, wenn die PDS sich nun auf Kosten der GRÜNEN in deren soziale Basis auszulehnen versuchte, wie es umgekehrt vernichtend wäre, wenn die grüne Partei als Reaktion auf ihre Wahlniederlage die Leitung hauptsächlich im Ausbau staats-

Man müßte bezogen auf den Bundes-
tag über das Konzept einer Zusammen-
arbeit zwischen Parteien nachdenken,
die sich dem örtlichen Widerstand ver-
bunden fühlen, sich mit diesem Wider-
stand auch wirklich verbinden und so
durch ihre Arbeit im Bundestag dem täg-
lichen Widerstand gegen die Regie-
rungspolitik nützen.

ngspolitik nutzen.
Statt Konkurrenz und Selbstverständ-
sdebatten zu kultivieren, sollten oppo-
tionelle Kräfte in Kritik an der totalitä-
ren Entwicklung der Bundesrepublik
Reformforderungen für das Wahl- und
Wahlrechtegesetz gemeinsam ausarbeiten.
gesetze, die es politischen Vereinigun-
gen nur dann erlauben, auf Bundesebene
Parlamentarischen Einfluss zu erhalten,
wenn sie sich als zentralistischer Partei-
parat medienwirksam organisieren,
deutsch sind und die Macht wollen, sind

demokratisch und diskriminierend. Es ist nicht zu sehen, wie man den in r Wahl zum Ausdruck kommenden end sonst stoppen könnte. *tob, BWK*

Zur Wahlanalyse des 2. Dezember...

fern (oder ließen zur CDU über), weil Oskar die „nationale Frage“ nicht zum Hauptthema gemacht hat? Hierzu gibt „infas“ keinen Aufschluß.

* * *

Hingegen zeigt die infas-Untersuchung auf, daß es im „Westen“ einen wahren „Ringtausch“ von Wählern gegeben hat, der in der Netto-Bilanz der einzelnen Parteien nicht in Erscheinung tritt. Die Liberalen erhielten Zulauf von allen Seiten. (Anm. Zurückzuführen auf die Identifizierung der „Friedenspolitik“ mit Gorbatschow durch Genscher?) Die christliche Union aber erhielt im Saldo eine halbe Million Stimmen von der SPD, von den Grünen gewann sie nochmals 140000 WählerInnen. Die mußte aber an die Republikaner 330000 Stimmen abgeben!

Die SPD hat im Austausch mit den Grünen rund 600000 Stimmen gewonnen, aber neben den Verlusten an die Christ-Union auch rund 420000 Stimmen an die FDP und sogar 110000 an die Republikaner verloren!

Die FDP konnte von allen Seiten, auch von den Grünen, Wähler mobilisieren. Die Grünen hingegen, einstmals eine Wachstumsparie ungeachtet aller Zeitströmungen, haben Einbußen in allen Richtungen gehabt.

Wie aber steht es um die PDS? Sie hatte in den fünf neuen Ländern (ohne Berlin) zwischen den Volkskammerwahlen im März und den Landtagswahlen im Oktober 3,7 % eingebüßt und verlor bis zum 2. Dezember 1990 nochmals 1,6 % ihres Wählerpotentials. Allerdings urteilt auch infas:

„Das ist angesichts der Affären um das Finanzgebaren bei der Sicherung des ehemaligen SED-Vermögens als ein Erfolg anzusehen.“

„Zugunsten eines umfassenden links-alternativen Bündnisses will die DKP Hannover auf ihre eigene Kandidatur zur Kommunalwahl 1991 in Niedersachsen verzichten, so der Kern eines auf der Kreismitgliederversammlung am 8.12. einstimmig (1 Enthaltung) angenommenen „11 Thesenpapiers“. Die DKP Hannover regt an, schnell als nächsten Schritt einen „linken runden Tisch“ in Hannover einzurichten.“ (Aus der Pressemeldung des DKP-Kreisvorstandes)

* * *

11 Thesen der DKP Hannover zur Notwendigkeit und Möglichkeit der Schaffung eines linken Bündnisses zur Kommunalwahl 1991

Vorbemerkung:
Die Kreismitgliederversammlung der DKP vom 29.6.1990 faßte den Beschluß, eine Kandidatur zur Kommunalwahl 1991 in Hannover im Rahmen eines breiten Bündnisses anzustreben.

Die allgemeine politische Entwicklung der jüngsten Zeit, der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus und die Einverleibung der DDR erhöht unserer Meinung nach dramatisch die Verantwortung der Linken, endlich zu einer neuen Qualität der Zusammenarbeit zu kommen.

Dieser von verschiedenen politischen Kräften der Linken zwar als notwendig erkannte Prozeß zur Zusammenarbeit vollzieht sich real bislang nur zögerlich bis stockend — erschwert auch durch den gegenwärtig laufenden Bundestagswahlkampf.

In dieser Situation erscheint es uns geboten, auch selbst in Bewegung zu kommen. Um unsere Position zu bestimmen, legen wir deshalb die nachfolgenden Thesen vor:

1. Die Linke in Hannover ist zerplattet in unterschiedlichste Organisationen, Bündnisse und Einzelbewegungen. In der Vergangenheit wurde oftmals aneinander vorbei und auch gegeneinander gearbeitet. Es ist höchste Zeit, zu einem stärkeren Miteinander zu kommen. Gemeinsamkeiten gilt es stärker in den Vordergrund zu rücken und nicht das Trennende, wie in den letzten Jahren oftmals geschehen.

2. Von der Zersplitterung und der daraus folgenden Schwäche der Linken profitieren rechte und reaktionäre Kräfte. In vielen Politikbereichen gelang und gelingt es den Rechtskräften, ihre bürgerfeindliche Politik durchzusetzen, ohne auf nennenswerten außerparlamentarischen und parlamentarischen Widerstand zu stoßen.

3. Die SPD ist einerseits (reformistischer) Teil der Arbeiterbewegung, andererseits Teil des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems. Die hannoversche SPD kann auf eine Jahrzehnte

Und an anderer Stelle heißt es im infas-Bericht: „Die PDS spielt weiterhin eine wichtige Rolle und spricht eine Klientel an, die der Vergangenheit und dem Sozialismus als Gesellschaftsmodell nicht ganz abschwören will, vielleicht manches jetzt auch in anderem Licht sieht.“

Obwohl in Ostberlin die PDS mit 24,8 % der Stimmen wieder an der Spitze liegt, dürfen wir uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie auch dort kräftig zur Ader gelassen wurde und mit 5,2 Prozentpunkten in etwa ebensoviel wie im Durchschnitt der fünf neuen Länder verloren hat.

Infas hierzu: „Die Wanderungsbilanz (in Ostberlin) belegt größere Ströme von der SPD zur CDU und Gewinne der FDP von allen Seiten. Die PDS verlor in alle Richtungen, vor allem aber an die SPD. Massive Einbußen gab es durch die insgesamt um 14 Punkte gesunkene Wahlbeteiligung für SPD und PDS... Nicht wenige überzeugte PDS-Anhänger werden der Wahl ferngeblieben sein. Doch ist es der PDS gelungen, immerhin noch in 12 Wahlkreisen mit den Zweitstimmen als stärkste Partei der Wahl hervorgezogen.“

Nun aber komme ich zu dem für die Zukunft der PDS entscheidenden Punkt der Wahlanalyse von infas — zur sozialen Basis der Parteien. In der Untersuchung heißt es:

„Von erheblicher Bedeutung ist die Tatsache, daß sich die soziale Basis der Parteien und die politischen Orientierungen einzelner Bevölkerungsgruppen ganz erheblich unterscheiden. Die in der westlichen Industriegesellschaft seit über hundert Jahren bestehende und nur langsam gelockerte Verknüpfung von Industriebelegschaft und „linken“

Parteien ist im östlichen Teil Deutschlands ganz aufgelöst. Die Industriearbeiter vor allem in Sachsen und Thüringen haben bereit bei der Volkskammerwahl ihre Sympathien mehrheitlich der konservativen Allianz für Deutschland geschenkt und für rasche Einheit und freies Unternehmertum votiert. Auch diesmal haben, wie die breit angelegte Wahlbefragung von infas belegt, von den Arbeitern in den neuen Ländern (also in der alten DDR minus Berlin-Ost) lediglich 25 % der SPD, dagegen 48 % der CDU und nochmals 12 % der FDP ihre Stimme gegeben.“

Zählt man dies zusammen und berechnet, daß auch für andere kleinere Parteien, sogar die Republikaner, IndustriearbeiterInnen gestimmt haben — dann bleibt wohl für die PDS nicht sehr viel übrig. Es kann überhaupt kein vernichtender Urteil über die Folgen des Stalinismus geben, als daß er das Vertrauen der Klasse, in deren Namen die Herrschenden zu regieren behaupten, so sehr zerstört hat in das, was er als Sozialismus ausgab. An den Folgen hiervon wird die PDS noch lange zu leiden haben. Sie muß deshalb auch ihre Hauptanstrengungen darauf richten, das Vertrauen der Arbeiterklasse zurückzugeben.

Im Westen halten weiterhin größere Teile der Arbeiterschaft der SPD die Treue (44 %), der CDU wurden diesmal allerdings auch 40 % der Arbeiterstimmen gegeben, nicht wenige allerdings aus der katholischen Arbeiterschaft, die FDP erhielt im Westen nur 6 %. In den zwischen Ost und West weit auseinanderliegenden Loyalitäten der Industriebelegschaft sieht infas den Niederschlag einer „ganz neuen Mentalität“.

Ich möchte allerdings aus der Erfahrung mit dem Eisenbahnerstreik, für den immerhin 97 % stimmten und den nur

45 % wieder abbrechen wollten (wobei ich dieser Zahl skeptisch gegenüberstehe), sowie aus meinen Erfahrungen mit Demonstrationen der Gewerkschaft NG in Erfurt, an denen ich beteiligt war, behaupten, daß bei fortschreitender Arbeitsplatzvernichtung ein Umschwung in der „östlichen Mentalität“ rascher erfolgen kann, als ich selbst das noch zu Anfang eingeschätzt habe!

* * *

Erwähnenswert aus der infas-Analyse ist noch, daß im Osten die CDU am allerwenigsten Sympathien bei Frauen unter 35 Jahren hat, deren politische Neigungen überdurchschnittlich der PDS und den Bürgerbewegungen gehören. Es ist sicher auch bemerkenswert, daß diesmal — nach dem Ausscheiden der Grünen — die PDS acht Frauen von insgesamt 17 gewählten in den Bundestag schickte. Die Quotierung wurde also von ihr allein durchgesetzt ... Im Bundestag werden neben Jutta Brabant von der „Vereinigten Linken“ auch Ursula Jelpke von der WestLinken, Bernd Henn und Ulli Briefs sitzen, die ebenfalls zu den West-Linken gehören.

* * *

Zu dem Ergebnis der PDS/Linken Liste im Westen, das mehr als mager ausgefallen ist, zitiere ich, was Andre Brie laut „ND“ hierzu erklärte: „Zum PDS-Ergebnis im Westen Deutschlands stellte der Wahlkampfleiter der Partei fest, der erhoffte Stimmenzuwachs sei nicht eingetreten. Das Resultat von 0,3 % in Westdeutschland zeige, daß die PDS/Linken Liste nach zwei Monaten Existenz nicht als gesamtdeutsche Linke Opposition angenommen wurde“ Eine erste Analyse einzelner Wahlergebnisse, so in Hamburg, Bremen und Westberlin, wo die Partei besser abschnitt, beweise, „daß dort, wo es in ersten Anlässen auch einen Basiswahlkampf ge-

geben hat, durchaus Chancen für die PDS/Linken Liste bestanden.“ Über die Ursache der bitteren Niederlage im Westen werden wir allerdings noch härter diskutieren müssen!

* * *

Ich will dennoch auch anführen, was Uwe Stemmler im ND (4.12.90) zu den Grünen sagt: „daß die Grünen vor der Tür blieben und ihre fast 1,8 Millionen Stimmen unter den Tisch fielen, ist ein Verlust, der nicht nur die Grünen selbst schmerzt. Doch er hat tiefere Ursachen als die bisher angeführte ‚ewige Streiterei‘. Die Grünen sind an einem Scheideweg angelangt. Ihr ureigenstes Feld, die Umweltpolitik, wird inzwischen von allen Parteien bestellt. Neue Inhalte müssen ins Auge gefaßt und mehr noch: dann auch konsequent verfolgt werden. Da traf am Sonntag abend Jutta Ditfurth den Nagel auf den Kopf, als sie von der Sinnlosigkeit der Stromlinienform sprach: Warum sollte man eine angepaßte kleine Partei wählen, wenn man die ganz großen Originale hat.“

Uwe Stemmler schreibt zugleich, daß die Prognose der Lambsdorff, Waigel & Co., die PDS werde nach der nächsten Wahl von der Bildfläche verschwinden wahr werde, oder nicht, davon abhängt, „wie die Partei und ihre Sympathisanten von den Debatten um die eigene Befindlichkeit zu den brennenden sozialen Themen dieser Zeit kommen.“

Andre Brie meint, „die eigentlichen Aufgaben, um die PDS zu einer modernen, sozialistischen und demokratischen Partei zu entwickeln, stünden noch bevor. Dazu sei es in Vorbereitung des 2. Parteitages vor allem erforderlich, „die Demokratisierung der PDS und die Herstellung ihrer Transparenz, Öffentlichkeit und Politikfähigkeit auf allen Ebenen zu erreichen.“

Jakob Moneta

he Interessenvertretung (eng verbunden außerparlamentarisch-parlamentarisch) auf den wichtigsten Politikfeldern und die Schaffung bzw. aktive Unterstützung entsprechenden Widerstandes.

Dieses geht einher mit der optimalen Vertretung und Organisation der linken, demokratischen Kräfte in unserer Stadt. Angestrebt wird eine antikapitalistische Stadtpolitik, in der strikt nach dem Verursacherprinzip verfahren wird und das „große Geld“ für kommunale Leistungen zur Kasse gebeten wird.

Für uns stehen, auch gerade in Abwehr der „Folgekosten“ (= Profitrealisierung) der Einverleibung der DDR auf die „kleinen Leute“, folgende Politiken und Widerstandsfelder im Mittelpunkt:

- Unterstützung und Organisierung der Kämpfe um qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze. Als erster Schritt Einführung eines Existenzgeldes für Arbeitslose.

- Kampf um bezahlbaren Wohnraum für alle — gegen Mietspekulanten und Umwandlungshaie.

- für eine radikale Veränderung der Verkehrspolitik. Erst der Mensch — dann das Auto. Der Nahverkehr muß, bei zu senkenden Benutzertarifen, auf Kosten der Großbetriebe (Nahverkehrsabgabe) ausgebaut werden.

- Verhinderung der EXPO, die der arbeitenden und arbeitslosen Bevölkerung im wesentlichen nur weitere soziale Belastungen bringen wird.

- Il. Was die DKP selbst angeht, so kann sie in ein solches Bündnis ihre Orientierung und Verbindung zur Arbeiterbewegung einbringen, ihre konkreten Erfahrungen in der Entwicklung von Betriebs-, Kommunal- und Ratspolitik, die sich durch ihre antimonopolistische Stoßrichtung hervorhebt. Trotz noch zu bewältigender Fragen und Probleme verfügt die DKP über eine beachtliche, auch von Bündnispartnern geschätzte Organisationskraft und -fähigkeit.

Was ist jetzt zu tun?

Die DKP Hannover muß ihre Kraft für die Schaffung eines solchen Bündniszusammenhangs unterschiedlichster politischer Kräfte einsetzen. Im Rahmen der Kreisorganisation liegt die konkrete Verantwortung für Planung und Realisierung der nächsten Schritte und Aufgaben bei der „Arbeitsgruppe Kommunalwahl“, die allen Mitgliedern offensteht.

Die Verantwortung über Grundsatzentscheidungen liegt beim Kreisvorstand bzw. der Kreismitgliederversammlung. Als nächster Schritt wäre unserer Meinung nach ein „linker runder Tisch“ für Hannover notwendig. Dieser „runde Tisch“ sollte nach unserem Vorstellungen die Initiative für eine Bündniskonferenz (Anfang Februar 1991) ergreifen. (aus Platzgründen unvollständig gekürzt)

Kommunalwahlen Niedersachsen 1991

In Hannover strebt die DKP eine linke Bündniswahlkandidatur an

lange Tradition zurückblicken. Sie besitzt eine beachtliche Verankerung in Betrieben und Gewerkschaften, in Vereinen und in den Stadtteilen. Sie verfügt über eine relativ gute Integrationskraft gegenüber systemkritischen Menschen. In den vergangenen Jahrzehnten hat die hannoversche SPD — bei allen Widersprüchen — auch positive Akzente für Hannover gesetzt. Neben allen Unterschieden gibt es auch viele mögliche Ansätze für aktuelle kommunalpolitische Gemeinsamkeiten.

Das Auftreten der SPD ist nicht widerspruchsfrei, mit Zuckerbrot und Peitsche wird anderen demokratischen Kräften gegenübergetreten. Einerseits werden Initiativen gefordert und unterstützt und bestimmte Formen der Bürgerbeteiligung angeregt, andererseits blieb die SPD von der Arroganz der Macht nicht verschont. Auch das Plottmachen unbekannter Meinungen und Organisationen (siehe gegenwärtig das Auftreten gegenüber der PDS) gehört zur Realität sozialdemokratischer Politik.

4. Mit der GABL ist eine radikal-demokratische Kraft im hannoverschen Rat vertreten, die aus Bürgerinitiativen hervorgegangen ist, deren Basis ursprünglich im außerparlamentarischen Bereich lag. Bei aller berechtigten Kritik gegenüber der GABL muß betont werden, daß sie seit 1981 viele gute Initiativen gestartet hat. Die GABL war und ist mit Abstrichen zum Teil noch heute Sprachrohr von Bürgerinitiativen und Protestbewegungen. Zumindest widerspiegelt sie punktuell einen Teil des vorhandenen Gegenpotentials.

In den letzten Jahren hat eine zunehmende Parlamentarisierung und Integration der GABL stattgefunden. Dabei hat die GABL ihren Anspruch auf Fundamentalopposition weitgehend eingebüßt. Eine beschränkte bis rasanten Abnabelung von der außerparlamentarischen Bewegung hat stattgefunden (unabhängig davon, daß auch die außerparlamentarischen Bewegungen zurückgegangen sind).

Inzwischen regiert in Niedersachsen eine rot-grüne Koalition. Die GABL in Hannover ist zu einer etablierten Kraft geworden, die über beachtliche finanzielle Mittel verfügt, personell allerdings ziemlich ausgedünnt ist.

Der Anspruch der GABL, alternative Bürgerbewegung zu sein, ist im wesentlichen nur noch verbal begründet.

5. Die DKP hat aufgrund unzureichender weltanschaulicher und theoretischer

Arbeit über Jahre, aufgrund falscher und einseitiger Politikentwicklung von oben nach unten viele ihrer Gewißheiten und Wahrheiten aufgeben müssen. Sie befindet sich zur Zeit in einem Prozeß der programmatischen, theoretischen, politischen und organisatorischen Erneuerung, der vertieft und konsequent fortgesetzt werden muß. Dieser Erneuerungsprozeß umfaßt alle Bereiche, so auch die Bündnispolitik. Hierbei gilt es, Fehler und Schematismus sowie unnötige Abgrenzungen der Vergangenheit aufzuarbeiten und zu überwinden.

6. In der hannoverschen Kommunalpolitik sind von der SPD/GABL-Mehrheit eine Reihe von Entscheidungen durchgedrückt worden, die breite Schichten der Bevölkerung belasten bzw. vorhandene Bewegungen im Stich ließen ... Die unlängst von SPD/GABL beschlossene 7 %ige Strompreiserhöhung zum 1.1.1991 (gegen die CDU) belastet insbesondere sozial schwache und kinderreiche Familien. Eine drastische Erhöhung der Müllgebühren (um 30 %), der Entwässerungs- und der Friedhofsgebühren steht demnächst an, wobei die GABL die Preiserhöhungen mit ökologischen Notwendigkeiten zu bemühen versucht. Die kürzlich beschlossene 15 %ige Erhöhung der Gelder für Ratsmitglieder wurde von den Grünen-Alternativen als „maßvoll“ bezeichnet ...

7. Es kann nur um die Schaffung eines „echten“ Bündnisses gehen. Ein Bündnis, das Demokratie nicht nur verbalisiert, sondern tatsächlich praktiziert. Ein solches Bündnis muß ohne bekannte Ausgrenzungsszenarien auskommen, ohne Dominanz durch die finanziell stärksten Gruppierungen.

Eine tatsächliche Partnerschaft aller Beteiligten ist anzustreben und zu praktizieren, die auf Gegenseitigkeit und Gleichheit basiert. Führungsansprüche, egal welcher Kräfte, darf es nicht geben. Die Selbständigkeit und Identität aller Bündniskräfte muß gewahrt bleiben ...

Das gemeinsame Handeln muß bei Fortbestehen der Differenzen und gleichzeitiger Auseinandersetzung über diese Differenzen im Mittelpunkt stehen. Für alle Bündnispartner muß gelten, daß das Bündnis nicht durch Preisgabe der eigenen Prinzipien erreicht werden kann.

10. Ziele und Inhalte eines solchen Bündnisses ergeben sich unserer Meinung nach aus der konsequenten Ausrichtung auf bürger- und bewegungsnah-

„Was war die DDR?“ — Eine Antwort auf G. Fülberth

Warum so umständlich, lieber Georg? Es geht auch mit weniger Brimborium. Die DDR war eine von Anfang an undemokratisch konzipierte Gesellschaft (Walter Ulbricht: „Es muß alles demokatisch aussehen, aber wir müssen alle entscheidenden Positionen besetzen“ — 1945 nach der Ankunft der „Ulbricht-Gruppe“ in Berlin). Sie war der Diktatur einer hörigen und zu einem beträchtlichen Teil intellektuell ziemlich unbedarften Partei-Bürokratie unterworfen, die gemäß dem Diktat der Besatzungsmacht ein politisch-wirtschaftliches Gesellschaftssystem nach stalinistischem Muster mit Terror und Zwang gegen die große Mehrheit der Bevölkerung aufgebaut hat. Es war nicht das sozialistische System der Diktatur des *Proletariats* (Arbeiterdemokratie), sondern ein System der Diktatur der *Partei*.

Ohne jede Besserwisserei darf ich darauf hinweisen, daß es in der internationalen Arbeiterbewegung einige Leute gegeben hat — allen voran Trotzki (bitte jetzt nicht aufheulen) — die schon vor Jahrzehnten gesagt und geschrieben haben, daß dieses System keine Zukunft hat: entweder Sturz dieses Systems durch eine politische Revolution und Durchbruch zur Arbeiterdemokratie oder Rückfall in den Kapitalismus.

Hier könnte ich eigentlich schon schließen, wenn im Folgenden nicht von „traurigen Selbstverständlichkeit“ die Rede wäre. Wieso „Selbstverständlichkeit“? Willst Du einem Geschichtsfatalismus das Wort reden? Wer wie ich die damalige erste Garnitur der KPD (später SED) hautnah erlebt und gesehen hat, wie willens- und bedingungslos sich die große Mehrheit der Parteilinge der „Macht des Faktischen“ gebogen hat, ja sogar wider besseres Wissen gehandelt und schwadroniert hat, der weiß, daß es sich bei dem Elend der DDR nicht um „Selbstverständlichkeit“, wenn auch, wie Du beschwichtigend vermerkt, „traurige“ handelt, sondern um die politische Praxis einer Parteiführung, die weder fähig noch willens war, eine sozialistische Demokratie zu entwickeln. Sie war der stalinistischen Vergangenheit der ehemaligen KPD zutiefst verhaftet und von ihrer undemokratischen Tradition her gar nicht prädestiniert, ein auf „Arbeiterdemokratie“ basierendes Gesellschaftssystem aufzubauen.

Deshalb mein entschiedener Widerspruch gegen Deine Erklärung, „der Reale Sozialismus“ sei nach den utopischen Kommunisten in den USA und nach der Pariser Kommune der „dritte Versuch eines Ausbruchs aus dem Kapitalismus“ gewesen. Erstens waren die Sowjetunion und die anderen Länder des „real existierenden Sozialismus“ einschließlich der DDR keine sozialistischen Gesellschaftsformationen (auch wenn man einschränkend die Worte „real existierend“ oder einfach „Real“ hinzufügt), sondern reale, brutale und historisch gesehen, reaktionäre Diktaturen auf nichtkapitalistischer wirtschaftlicher Grundlage. Und zweitens ist es für meine Auffassung von geschichtlicher Wahrheit ein ganz dicker Hund, die Pariser Kommune, die bis dato optimal entwickelte sozialistische Demokratie, mit dem politischen System der DDR zu vergleichen. Bei aller „wissenschaftlichen Distanz“ zu den Niedrigkeiten der Tagespolitik, das grenzt an Blasphemie. Die toten Kommunarden haben es nicht

verdient, mit den Figuren der Ulbricht-Clique auf eine Stufe gestellt zu werden. Überhaupt vermisste ich die Menschen in Deinem etwas wolkenartigen Geschichtsbild. Die sozialistische Revolution ist in Deutschland (nach Fülberth) also nicht deshalb gescheitert, weil eine angepaßte, verbürgerliche und z.T. korrupte Arbeiter-Bürokratie mit ihren Apparaten (Partei und Gewerkschaft) und mit ihrer kleinbürgerlichen Ideologie die Arbeiterschichten gelähmt und im wahrsten Sinne des Wortes die Revolution verraten hat, sondern wegen Lenins „Irrtum“. Hat doch dieser turborugartige nicht gemerkt, daß vielleicht die Zirkulationssphäre, nicht aber die Produktionssphäre reif für den Sozialismus war. Also deshalb ist die Revolution im Westen ausgeblieben. „Do schau her“, sagen die Bayern.

Mit Stalins „Sozialismus in einem Land“ als Antwort auf das Ausbleiben der Revolution in Europa machst Du Dir die Sache zu einfach. Zwar kann man das so sagen, aber dann ist man ein „terrible simplificateur“ (ein schrecklicher Vereinfacher). Dahinter steckt mehr. Nach dem Ausbleiben der Revolution vor allem in Deutschland setzte bei Stalin und seinen Gefolgsmännern ein, das seine Entsprechung in den Köpfen der neu entstehenden Partei- und Staatsbürokratie fand. Die in die Partei und in den Staatsapparat übernommenen Verwaltungsfachleute der ehemaligen zaristischen Administration, die in die Partei eingetretenen Konjunkturritter aller Couleur und die nachdrängenden neuen bürokratischen Parvenüs, die mit einem Sozialismus Marx'scher Prägung (die Gemeinschaft frei assoziierter Produzenten) nichts am Hut hatten, sie konnten und wollten nicht einsehen, wieso der Sozialismus, „ihr Sozialismus“, nämlich eine nicht-kapitalistische Gesellschaftsformation, die ihnen auf Kosten der sowjetischen Völker den erreichten oder in Aussicht stehenden privilegierten sozialen Status garantierte, vom Erfolg einer ihnen fremden international siegenden Revolution abhängen sollte. So entstand jenes gesellschaftlich-politische Klima, welches Stalin, den Vollstrecker des „Sozialismus in einem Land“ ans Tageslicht brachte.

Aber die Sache geht noch weiter. Die Indoktrination dieser der marxistischen Geschichtsauffassung zuwiderlaufenden Konzeption diente schließlich auch dazu, die Kommunistische Internationale in ein gefügiges Werkzeug der Stalin-Faktion zu verwandeln, das der stalinistischen Außenpolitik zu dienen hatte, ohne Rücksicht auf eigene nationale Erfordernisse und für viele revolutionäre Bewegungen in der ganzen Welt und besonders in den kolonialen und halbkolonialen Ländern mit verheerenden Folgen und Hekatomben von Toten. Dieser Hinweis genügt meines Erachtens, um Deine Version des „sozialistischen Weltsystems“ vom Sockel herunter zu holen. Das Weltsystem war keine Allianz souveräner sozialistischer Parteien, sondern eine von der KPdSU geschaffene Konstruktion politischer und z.T. materieller Abhängigkeit und Gängelung der Komintern.

Du kannst eben doch nicht den Professor in Dir verleugnen. Bei Deinem Bemühen um „Objektivierung“ der Geschichte hebst Du ganz schön ab. Wenn man die Dinge aus höherer Warte be-

trachtet, dann wird alles etwas weniger kompliziert und die Komplexität der Geschichte löst sich mehr oder weniger auf. Und je höher die Warte des Beobachters, desto mehr schrumpft die Bedeutung des Alltagsgeschehens, die konkrete historische Wahrheit bleibt auf der Strecke. Glaubst Du allen Ernstes, Ulbricht habe eine „Strategie“ zur „nachholenden Imitation westlichen Wachstums“ verfolgt? Wenn jemals ein mit Macht (wenn auch geliehener) ausgestatteter Politiker politisch von der Hand in den Mund gelebt hat, dann war es Walter Ulbricht, der skrupellose Meister des Taktierens und der raschen Wende. (Bei Honecker liegen die Dinge etwas anders, aber auch hier kann meiner Meinung nach von „Strategie“ nicht die Rede sein.)

Vielelleicht kann Dir eine kleine Episode verdeutlichen, wes Geistes Kind Ulbricht war: Auf einer der ersten ZK-Sitzungen, die außerhalb der DDR, nämlich in Hanau (1947), unter Beteiligung von KP-(später SED-)Prominenz statt-

fand, habe ich nach einem Referat von Ulbricht darauf hingewiesen, daß die Partei bis dato keinerlei wirklich marxistische Analyse der Nachkriegszeit erstellt habe, und daß wir mangels dieser Analyse keine politische Perspektive für die Arbeit der Partei erarbeiten können. Ulbrichts Antwort: „Wir hatten drüber keine Analyse und keine Perspektive, aber wir haben die Monopolkapitalisten enteignet und ihr habt geschlagen.“ (auf sächsisch klingt das natürlich viel schöner). Mein Hinweis, daß bei uns kapitalistische Besatzungsmächte, dort aber eine antikapitalistische Besatzungsmacht das Sagen habe, wurde schlicht und einfach ignoriert.

Das müßte eigentlich genügen. Doch ich kann nicht umhin, noch zwei Aspekte Deines Beitrages aufzugreifen. Da ist einmal „eine — trotz allem — positive Erinnerung an die DDR“. Was Du da aufzählst, ist kein Äquivalent für die ungeheuren politischen, geistigen und moralischen Schäden, die der Stalinismus

nicht nur in der DDR, sondern in globalen Ausmaß angerichtet hat. Die Diskreditierung des Sozialismus in der internationalen Arbeiterbewegung und — was besonders erschreckend ist — in den ehemals „real-sozialistischen“ Ländern hat einen Grad erreicht, der einen Sozialisten nur erschüttern kann.

Was das Verdienst der DDR betrifft, „für vierzig Jahre die zerstörerische Dynamik des deutschen Imperialismus teils stillgelegt, teils wenigstens verlangsamt“ zu haben (meines Erachtens eine totale Überschätzung des Gewichts der DDR), so entlockt mir dieser Gedanke nur ein gequältes Lächeln. Nach 40 Jahren „real existierendem Sozialismus“ hat der Untergang des DDR-Regimes dem deutschen Kapitalismus den größten Triumph seiner Geschichte beschert. — Grüße von Haus zu Haus

W. Boepple

In der SoZ 25/90 findet sich noch eine Antwort auf Fülberths Beitrag, nämlich von Wolfgang Wolf (aus der ehem. DDR), auf Seite 13.

Was war die DDR? Anmerkungen zu einer ersten Bilanz

Zum historischen Urteil über die Deutsche Demokratische Republik (DDR) wird entscheidend beitragen, daß sie ohne Mauer, Stacheldraht und die Stützung durch die Sowjetunion nicht zu haben war. Ihr Lebensstandard war nicht nur gemessen an fragwürdigen Maßstäben entfremdeten Konsums geringer als in der Bundesrepublik, sondern auch in Ansehung durchaus sinnvoller Indikatoren. Die Effektivität ihrer Wirtschaft ist nicht nach kapitalistischen Wachstums-Kriterien zu messen, sondern nach ökologischen und unter dem Gesichtspunkt der Bedarfsdeckung. Sie blieb auch dann hinter derjenigen der Bundesrepublik zurück. Daß sie weder eine bürgerlich-parlamentarische noch eine sozialistische Demokratie war, ist eine Binsensweisheit. Soweit die traurigen Selbstverständlichkeit.

Weniger Einigkeit wird über die Ursachen dieser Defizite bestehen. Hier meine Erklärung: Der Reale Sozialismus und mit ihm die DDR war nach den Siedlungen utopischer Kommunistinnen und Kommunisten in den USA um die Mitte des 19. Jahrhunderts sowie der Pariser Commune von 1871 der dritte Versuch eines Ausbruchs aus dem Kapitalismus. Dabei haben die Bolschewiki die Oktoberrevolution von 1917 zunächst nur als Vorposten-Gefecht aufgefaßt. Die sozialistische Revolution sollte in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten erfolgen: dort — so hatte Lenin 1916 analysiert — sei die kapitalistische Vergesellschaftung so weit vorangetrieben, daß ein protosozialistischer Komplex im Kapitalismus entstanden sei (so wie einst die kapitalistische Ökonomie noch im Feudalismus), der jetzt dessen Hülle abzustreifen vermöge, dies allerdings auf revolutionäre Weise.

Ganz offensichtlich beruhte diese Annahme Lenins auf einem Irrtum. Zwar hatte er Hilferding vorgeworfen, daß dieser die neue Qualität kapitalistischer Vergesellschaftung nur in der Zirkulationsphäre beobachtet habe, die Ausdehnung dieses Bereichs in die Produktion war aber entschieden weniger weit gediehen, als er angenommen hatte. Dies erklärt das Ausbleiben der Revolu-

tion im Westen. Sowjetrußland war damit isoliert. Als Reaktion darauf proklamierte Stalin 1923 den „Sozialismus in einem Land“, der sich in der Systemauseinandersetzung mit dem Kapitalismus zu behaupten hatte.

Resultat der Gegenwehr der UdSSR gegen die Offensive des deutschen Faschismus war ab 1945 die Entstehung eines „sozialistischen Weltsystems“ und — als dessen Teil — der DDR. Für die deutschen Kommunistinnen und Kommunisten hatte die DDR eine dreifache Funktion:

1. Sie galt als eine Übergangsellschaft auf dem Weg zum Kommunismus.
2. Sie setzte — als nichtkapitalistische Gesellschaft — dem Imperialismus Grenzen, zunächst unabhängig von ihrer eigenen positiven Qualität.

3. Sie war ein militärpolitisches Glacis innerhalb des Konzepts der territorialen Verteidigung der Sowjetunion. Sobald die UdSSR sie in dieser letzten Funktion nicht mehr benötigte, zeigte sich, daß die beiden ersten Aufgaben-Zuschreibungen nicht ausreichten, um ihre staatliche und gesellschaftliche Selbständigkeit zu wahren. Dazu hätte es einer massenhaften Identifikation der Menschen in der DDR mit diesem Staat bedurft. Ökonomische und soziale Wohlfahrt wären eine Voraussetzung hierzu gewesen und hätten dann Demokratie nicht zum Risiko, sondern zum Stabilitätsfaktor gestaltet — wobei zwischen den beiden Momenten eine enge Interdependenz angenommen werden muß.

Unter Walter Ulbricht sollte eine Strategie der nachholenden Imitation westlichen Wachstums zu diesem Ergebnis führen, bei Erich Honecker die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Diese Strategien scheiterten Mitte der 70er Jahre daran, daß die sozialistischen Länder auf dem Weltmarkt dem neuen Typus kapitalistischer Akkumulation — Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch neue, Arbeit in einem bislang nicht bekannten Ausmaß sparende Technologien — nichts mehr entgegenzusetzen hatten. Sie gingen jetzt zu einer Politik kreditfinanzierten Wachstums über

und scheiterten, als es in den achtziger Jahren ans Tilgen und Zinsenrahmen ging. Die neo-merkantilistische Politik der Import-Drosselung und Export-Finanzierung baute innenpolitische Protestpotentiale auf, gegen welche mit einem enormen Ausbau des Apparats der Inneren Sicherheit vorgegangen wurde. Der Konflikt, der daraus resultierte, führte zum Sturz der regierenden Bürokratien (mit Ausnahme Chinas, wo es gelang, eine jener Weltmarkt-Diktaturen zu errichten, wie sie in anderen Entwicklungsländern, die niemals mit einem sozialistischen Anspruch aufruften, ebenfalls bestanden und bestehen).

Eine — trotz allem — positive Erinnerung an die DDR wird sich auf drei Tat-sachen stützen:

1. Sie hat ebenso wie die UdSSR und die anderen RGW-Staaten) den Gedanken des Sozialismus nicht nur diskreditiert, sondern zugleich aktualisiert. Die Trias: gesellschaftliches Eigentum, planmäßige Produktion, politische Macht der Arbeiterklasse wurde zum Kriterium auch für diejenigen, welche zu Recht darauf hinwiesen, daß die Länder des Realen Sozialismus ihm nicht gewechselt sind.

2. Diese Länder haben sich am Ausplündern der sogenannten Dritten Welt niemals beteiligt, sondern ihr immer wieder (nach ihren begrenzten Möglichkeiten) solidarische Hilfe zukommen lassen. Es wird behauptet, die SED habe die DDR „heruntergewirtschaftet“. Die deutsche und die internationale Bourgeoisie hat sich an der Ruinierung weit größerer Ökonomien beteiligt, nämlich im Trikont.

3. Die DDR hat für vierzig Jahre die zerstörerische Dynamik des deutschen Imperialismus, welche zu zwei Weltkriegen führte, teils stillgelegt, teils wenigstens verlangsamt. Ob eine gesamtdeutsche Linke dies ebenfalls schaffen wird, ist fraglich — insbesondere angesichts der Tatsache, daß die künftige Existenz einer solchen Linken noch gar nicht ausgemacht ist.

Georg Fülberth

Entnommen aus SoZ 21/90 vom 11.10.90.

Emanzipation der Arbeit: Notwendige inhaltliche Klärungen

Die Diktatur des Proletariats ist der Gegensatz zur Diktatur der Bourgeoisie: Herrschaft der Mehrheit, der assoziierten arbeitenden Menschen anstatt der Herrschaft der kapitalistischen Minderheit über die Mehrheit. Der Zweck der Herrschaft des Proletariats ist die Aufhebung aller Klassenunterschiede, aller sozialen Ungleichheit, aller Herrschaft von Menschen über Menschen. Der Zweck der Herrschaft des Proletariats ist damit zugleich die Emanzipation der Arbeit vom Status der durch Not oder Gewalt erzwungenen Tätigkeit zur freien Selbstbetätigung, die Freisetzung des spezifisch menschlichen, das heißt produktiven Bedürfnisses. Die Diktatur des Proletariats ist nicht die Herrschaft einer

Minderheit über das Proletariat, und sei es als „dessen“ Partei oder in seinem Namen. Die Bilanz der Gesellschaftsformationen des ehemaligen sogenannten „sozialistischen Weltsystems“ ist daher nicht die Bilanz eines jahrzehntelangen Prozesses des Aufbaus des Sozialismus, der klassenlosen Gesellschaft für die allgemeine Emanzipation mittels der sich selbst in der Tendenz aufhebenden Herrschaft des Proletariats, sondern die Bilanz einer jahrzehntelangen Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit, zum eigenen Vorteil und zu Lasten der Emanzipation der Arbeit.

Diese Bilanz ist den revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten, die für

sozialistische Demokratie als wirkliche Herrschaft der arbeitenden Mehrheit zugunsten eines universalen Emanzipationsprozesses eintreten, nicht äußerlich. Obwohl sie (oder: auch wenn sie) dieses Herrschaftssystem bürokratisch verschmolzener Partei- und Staatsapparate nicht verteidigt, sondern bekämpft haben, ist diese Bilanz ihre ureigene Angelegenheit. Denn der erste große Ausbruch aus dem kapitalistischen Weltsystem mit der Oktoberrevolution 1917 und der weltrevolutionären Elan, den er in den folgenden Jahren bis 1923 auslöste, führte — über einschneidende Wendes und Brüche — zu diesen Karikaturen der sozialistischen und kommunistischen Perspektive, denen sich die

ungeheure Diskreditierung der sozialistischen und marxistischen Ideen heute verdankt. Zugleich ist das, was vom „Marxismus“ über verhältnismäßig kleine Kreise hinaus bekannt ist, wesentlich eine Ansammlung von Fragmenten einer staatsoffiziellen, der Rechtfertigung der Herrschaft dienenden, dogmatisch erstarnten und zugleich der pragmatischen Beliebigkeit unterworfenen Doktrin. Darüber hinaus ist die Verselfändigung leitender und verwaltender Schichten und die entsprechende Verkrustung, Vernichtung der Mitglieder-Demokratie und Untergrabung der revolutionären, emanzipatorischen Funktion Kennzeichen auch der Entwicklung der (sozialdemokratischen)

Massenorganisationen der Arbeiterbewegung im Rahmen des Kapitalismus, was zu ihrer Verbürgerlichung führte. Wir bleiben an diese Entwicklungen gebunden (zumindest gegenseitig gebunden) und sind die Erklärung schuldig, wie denn der revolutionäre Sturz der bürgerlichen Herrschaft tatsächlich den drohenden Untergang oder Rückfall in die Barbarei verhindern und einen allgemeinen Emanzipationsprozeß einleiten kann, ohne wiederum Knechtung und Ungleichheit hervorzubringen und dazu noch ökonomische Ineffizienz und ökologischen Raubbau — und wie es möglich sein soll, den Prozeß der Emanzipation, das Streben danach, anders zu leben, schon hier und jetzt im Rahmen re-

volutionärer Selbstorganisation erfahrbar zu machen.

Die Wiederringung von Glaubwürdigkeit, von Überzeugungskraft für die sozialistische Perspektive, kann sich nicht allein auf diese Bilanz stützen. Dafür ist auch die Analyse der Widersprüche des „triumphierenden“ Kapitalismus erforderlich und die Herausarbeitung der in seinem Rahmen bestehenden Ansprüche auf Überleben, existenzielle Sicherheit, Selbstbestimmung und Entfaltung, denen er nicht gerecht werden kann. Nur die Kombination beider Aspekte, die gemeinsame Aufarbeitung der Erfahrungen in den reichen und armen kapitalistischen und in den jahrzehntelang nicht-kapitalistischen Ländern, zusammen mit der kritischen Wiederaneignung der überlieferten Quellen revolutionär-marxistischer Theorie, kann dieser Aufgabe gerecht werden. Sie erfordert nach der einschneidenden Änderung der Weltlage im Jahr 1989 einen anhaltenden Diskussionsprozeß in der Linken und wird nicht durch kurzfristige analytische und programmatische Anstrengungen winziger, wesentlich getrennt voneinander reflektierender Fragmente der revolutionären, sozialistischen, allgemeine Emanzipation anstrebbenden Linken gelöst werden können.

Bei der Bilanz jahrzehntelanger Herrschaft und jahrzehntelangen Wirtschaftens im Namen des Sozialismus sind zwei grundsätzliche Fehler zu vermeiden, die man als subjektivistische bzw. objektivistische Selbstdäufschungen bezeichnen könnte. Übertrieben subjektiv ist die Beschränkung auf die Kritik falscher Konzepte (des Sozialismus, der Partei usw.) der herrschenden Staatsparteien bzw. der revolutionären Kräfte, aus denen sie hervorgegangen sind. Es gibt objektive Rahmenbedingungen, die die Möglichkeiten der Emanzipation (zumal in sehr armen oder doch vergleichsweise armen Ländern) in einzelnen Regionen, in Teilbereichen der Welt bei fortbestehendem Weltkapitalismus drastisch beschränken und auch heute beschränken. Es gilt, die Beschränkungen zu verstehen, sie offen auszusprechen und entsprechende Strategien des Übergangs zu entwickeln.

Übertrieben „objektiv“, d.h. fatalistisch, ist das tautologische Deutungsmuster, daß eben aufgrund der objektiven Bedingungen nichts anderes möglich war, als das, was tatsächlich geschehen ist. In Wirklichkeit haben sich jeweils Menschen darüber gestritten, wie den Schwierigkeiten begegnet werden soll, haben sich bestimmte Menschen gegen andere mit ihren Vorstellungen durchgesetzt und damit die Entwicklung maßgeblich beeinflußt. Das objektive Moment und das subjektive Moment wirken oftmals in der Weise zusammen, daß Konzepte — wie die Verallgemeinerung der Vorstellung von der Herrschaft der „Vorhutpartei“ als „konkrete Form“ der Herrschaft der revolutionären Klasse selbst — als Ausdruck der beschränkten Möglichkeiten, also aus der zur Tugend erhobenen Not entstehen und dann als Ausdruck bestimmter sozialer Interessen (hier der wachsenden Schicht „anstelle“ der arbeitenden Klassen Leitender und Verwaltung) aufgegriffen und verfestigt werden, um dann ihrerseits wieder auf den gesellschaftlichen Prozeß herrschaftsstabilisierend und die Ausgebeuteten und Unterdrückten noch mehr demoralisierend zurückzuwirken.

Entfremdung vom Produkt

Der staatsoffizielle „Marxismus-Leninismus“ hat nicht nur die Idee der „Herrschaft der Arbeiterklasse“ pervertiert zur Rechtfertigung der Herrschaft einer selbsternanten Vertretung dieser Klasse über die Gesellschaft. Wenn dies seine einzige Verfehlung wäre, würde die (korrekte) Antwort: „Sozialistische Demokratie! Alle politischen Freiheiten für die Massen! Demokratische Wahlen und alle wichtigen Entscheidungen durch demokratische Abstimmungen!“ genügen. Der staatsoffizielle „Marxismus-Leninismus“ hat auch die Idee der Emanzipation der Arbeit pervertiert zur Idee, sich für Ideale abzurackern. Die spezifischen Schranken der Wirtschaftsweise, die diese Perversion hervorgebracht hat, lassen sich letztlich darauf zurückführen, daß die offiziell als Besitzerinnen und Besitzer der Produktionsmittel und des gesellschaftlichen Reichtums geltenden Arbeiterinnen und Arbeiter keinerlei Grund haben, sich als Besitzerinnen und Besitzer zu fühlen und zu verhalten, und dies aus zwei Gründen: Weder bestimmen sie über die Produktionsmittel und das gesellschaftliche Mehrprodukt,

noch können sie über Jahrzehnte hinweg die Erfahrung machen, daß ihre Anstrengungen in der Produktion ihre Bedürfnisse besser befriedigen, ihre Umwelt mehr und mehr zur ihrer Welt, in der sie sich heimisch fühlen, machen, die Bedingungen ihrer Pflichtarbeit nachhaltig bessern und die Zeit, über die sie völlig frei bestimmen können, ausdehnen. Ihre Entfremdung von den Produkten ihrer eigenen Arbeit vertieft sich mit fortschreitender, durch den „Systemwettbewerb“ gepeitschter Entwicklung und der Erfahrung autoritären-zentralistischer Desorganisation. Die Entfremdung von den Produkten der eigenen Arbeit, wie schon der Marx der „Ökonomisch-philosophischen Manuskripte“ 1844 wußte, ist nur ein anderer Ausdruck für die Selbstentfremdung des Menschen, für das Fortbestehen von Herrschafts- und Kechtschaftsverhältnissen.

Als Reaktion darauf, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter sich der Realität entsprechend nicht wie Besitzerinnen und Besitzer dessen, was ihnen nur angeblich gehört, verhalten (das ist das berühmte Problem der „Motivation“), haben die Herrschenden in diesen Ländern zwei verschiedene Muster von Antworten entwickelt, zwischen denen sie periodisch schwanken. Das eine Muster ist das der Arbeit aus Überzeugung, besser gesagt aufgrund von Propaganda, Druck oder Zwang (mit fließenden Übergängen). Die „Idee“ ist, daß z.B. auch stumpfsinnige, lästige Arbeit glücklich macht, Lebensäußerung des „neuen“ sozialistischen Menschen sei. Man baut auf die Askese, die nötig ist, um zu säen ohne zu ernten. Dem entspricht die Verabsolutierung der für bestimmte volkswirtschaftliche Erwägungen sinnvollen Einteilung der Arbeitsprodukte in die zwei Sphären („I“ und „II“) der Produktionsmittel einerseits und der Konsumgüter andererseits. Je höher die Produktivität der Arbeit, je komplexer die Arbeitsorganisation und ihre technologische Basis, desto weniger kann die „Motivation“ durch Propaganda, Druck und Zwang funktionieren — desto mehr nämlich setzt Produktivität der Arbeit Kreativität, kritische Urteilskraft, erweitertes Maß an Freiheit voraus. Je entwickelter die Produktion, desto größer der Anteil an Arbeitsprodukten, die in sich in Larvenform die Aufhebung der Trennung von Abteilung I und II enthalten: Ist ein Personal Computer Produktions- oder Konsumtsmittel? Ist die Entwicklung eines Computerprogramms Mittel zum Zweck einer dem daran arbeitenden Menschen äußerlichen Produktion, oder selbst Äußerung des spezifisch menschlichen Bedürfnisses, produktiv zu sein, spielerisch zu arbeiten, arbeitend zu spielen? Doch die Arbeit bleibt Lohnarbeit, bleibt eine die soziale Arbeitsteilung und Ungleichheit zwischen Leithammeln und Geleithammeln, Begünstigten und Benachteiligten, Männern und Frauen, stumpfsinnig und kreativ Arbeitenden reproduzierende und vertiefende, eine verhaftete Arbeit.

Nicht nur die Propaganda versagt, sondern auch der Zwang. Der Konsum (der Massen!) bleibt als „unproduktiv“ diffamiert und seine Hebung, wenn sie gelingt, dient nur dazu, dem Volk das Maul zu stopfen. Es entsteht nicht einmal der Ansatz dafür, daß die arbeitenden Menschen ihre Anlagen und Bedürfnisse produktiv entfalten und gerade dies als Konsum des gesellschaftlichen Reichtums erfahren, während zugleich die von den assoziierten Produzentinnen und Produzenten selbstaufgerlegten Zwänge der Pflichtarbeitszeit langsam zurückgehen und sich mildern, weil jede — ohne fortschreitende Naturzerstörung — mögliche Einsparung erforderlicher Arbeit in diesem Bereich entweder zur Verkürzung der Pflichtarbeitszeit oder zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder zur Bereicherung der Tätigkeitsmöglichkeiten außerhalb der Pflichtarbeitszeit führt. An einen solchen Weg kann eine herrschende Minderheit nicht einmal denken, denn sie bezieht ihre Privilegien ja gerade aus der Verfügung über das Mehrprodukt mithilfe der Fremdbestimmung der arbeitenden Mehrheit.

Das zweite Reaktionsmuster besteht daher im Angebot persönlicher Anreize und in der Ausdehnung von Marktmechanismen oder pseudo- und halbmarktwirtschaftlichen Mechanismen (bei Fortbestand der zentralen Bürokratie als letzlicher Entscheidungsinstanz). Dieses Muster gilt in der westlichen Welt als Kennzeichen einer „weichen“, anpassungswilligen Linie. Abstrahiert wird dabei (was in der Logik des bürger-

lichen Denkens liegt) von den *harten* Folgen einer solchen Politik, mag sie durch die Umstände eines armen, rückständigen Landes aufgezwungen oder verzweifeltes Machterhaltungsmittel einer herrschenden Bürokratie sein. Zum Beispiel bedeutet eine „weiche“ Linie im Sinne des freieren Verkaufs von landwirtschaftlichen Produkten und vom Anreiz zur besseren Produktion für die Bauern durch die Aussicht auf mehr privaten Gewinn in einem Land wie China zugleich eine „harte“ Linie für die Mehrheit der Mitglieder der Bauernfamilien: Für die Frauen, die desto mehr in Abhängigkeit von den Männern geraten, und für die Kinder, die desto früher und mehr für die Familie arbeiten und desto weniger und später in die Schule gehen können; für die anderen arbeitenden Menschen in Stadt und Land, die sich desto weniger Lebensmittel leisten können, usw. Jede Politik der „Liberalisierung“ und der Verstärkung der individuellen Anreize bringt „harte“, nämlich entsolidarisierende und Ungleichheit vertiefende Folgen mit sich. Solange aber die herrschenden Bürokratien zum eigenen Machterhalt am Staatseigentum an den Produktionsmitteln festhalten, fördern sie mit solchen Maßnahmen in aller Regel die Vorteilnahme (z.B. von Fabrikdirektoren) im Rahmen des grotesk zentralistisch-autoritären Systems *ohne* positive Folgen für die Gesamtwirtschaft, sondern vielmehr zu deren Lasten.

Gorbatschows Scheitern

Gorbatschows ursprünglicher Ansatz, dieses System zu retten, ist außerordentlich lehrreich. Es gilt für ihn, die Wechselräder von „Liberalisierung“ und „Wiederan ziehen der Schraube“ durch eine Reform der politischen Mechanismen zu durchbrechen. Er glaubte an die Möglichkeit einer Kombination von mehr demokratischen Freiheiten, mehr kritischer Öffentlichkeit und mehr persönlichen Anreizen und marktwirtschaftlichen Mechanismen, um neue Motivation zur Arbeit und eine neue massenhafte Identifikation mit dem bestehenden System zu schaffen. Was diesen Versuch zur Quadratur des Kreises machte und auf die schiefe Bahn des allgemeinen Zerfalls und der Erlähmung jeglicher Widerstandskraft gegenüber dem kapitalistisch-imperialistischen Weltsystem führte, war die Identifizierung der notwendigen „Revolution“ mit einer Selbstdreiförm der herrschenden Bürokratie. Doch nur die Wiedererobierung der politischen Macht und der Bestimmung über die gesellschaftliche Produktion durch die arbeitenden Massen selbst könnte einen einschneidenden neuen Ausgangspunkt schaffen — für einen Weg zur Lösung des für die bisherigen nachkapitalistischen Gesellschaften typischen Dilemmas von Zentralismus und wirtschaftlicher „Liberalisierung“, für einen Neuaufschwung des Emanzipationsprozesses.

Ein alternativer Weg

Doch selbst ein solcher revolutionärer, auf einem mächtigen Aufschwung der Selbsttätigkeit der arbeitenden Menschen beruhender neuer Ausgangspunkt der Emanzipation wäre für seinen Erfolg auf die Entwicklung und Verbreitung einer konkreteren Vorstellung von einem alternativen, emanzipatorischen, sozialistischen Entwicklungsweg angewiesen (weniger auf eine „utopische“ Vision von einem kommunistischen Paradies). Eine solche Vorstellung hat aufgrund der Verwobenheit von Ziel und Mitteln zugleich notwendigerweise Folgen für die Organisierung der Menschen, die bereits als Minderheit für eine solche Perspektive kämpfen. Marx drückte diesen Gedanken bereits 1844 aus, aber eben anders, als wir es heute müßten: „Wenn die kommunistischen Handwerker sich vereinen, so gilt ihnen zunächst die Lehre, Propaganda etc. als Zweck. Aber zugleich eignen sie sich dadurch ein neues Bedürfnis, das Bedürfnis der Gesellschaft an, und was als Mittel erscheint, ist zum Zweck geworden. Diese praktische Bewegung kann man in ihren glänzendsten Resultaten anschauen, wenn man sozialistische französische ouvriers vereinigt sieht. Rauchen, Trinken, Essen etc. sind nicht mehr da als Mittel der Verbindung oder als verbindende Mittel. Die Gesellschaft, der Verein, die Unterhaltung, die wieder die Gesellschaft zum Zweck hat, reicht ihnen hin, die Brüderlichkeit der Menschen ist keine Phrase, sondern Wahrheit bei ihnen, und der Adel der Menschheit leuchtet uns aus den von Arbeit verhärteten Gestalten entgegen.“ (Ökonomisch-philosophische Manuskripte,

MEW erster Ergänzungsband, S. 553f)

Die Diskussion über den alternativen Entwicklungsweg nach dem Sturz der kapitalistischen und anderen herrschenden Minderheiten ist tatsächlich nicht bloß „Zukundiskussion“, nur weil dieser Sturz zur Zeit nicht als aktuelle politische Möglichkeit erscheint — die subjektiven Bedingungen hierfür sind nicht gegeben, während die objektiv drängenden Probleme danach schreien —, ist nicht einfach eine Diskussion über den Inhalt sozialistischer Propaganda, sondern zugleich eine Diskussion über das, was revolutionär-sozialistische Organisationen schon hier und heute ausstrahlen muß.

Inhaltliche Herausforderungen

Das erste und einfachste ist die politische Wahrhaftigkeit, die Weigerung, zu manipulieren, „im Interesse der Sache“ den Leuten ein X für ein U vorzumachen und wirkliche Probleme zu verschleieren.

So ist es eine Tatsache, daß die fortschreitende Umweltvernichtung nicht nur ein Problem des Kapitalismus und der bürokratisierten nicht-kapitalistischen Gesellschaft ist, welches ein emanzipatorischer sozialistischer Entwicklungs weg en passant erledigen könnte, sondern eine wirkliche und substanzielle Herausforderung auch für das revolutionär-sozialistische Projekt selbst, welches konkrete Antworten erfordert. Denn in dem Maße assoziierte Produzentinnen und Produzenten sich gezwungen sehen werden, auf Steigerungen der Arbeitsproduktivität durch wissenschaftlich-technische Erneuerungen mit Rücksicht auf die Umwelt zu verzichten und Arbeit in die Behebung der bereits erfolgten Schäden zu stecken, in dem Maße verringert sich auch die Möglichkeit der Schaffung freier Zeit zugunsten der politischen Demokratie und der außerhalb der Pflichtarbeitszeit möglichen spontanen Produktivität sowie die Möglichkeit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen innerhalb der Pflichtarbeitszeit. Die Aufhebung des selbstuntergrabenden, die natürlichen Lebensgrundlagen zerstörenden Charakters der kapitalistischen Produktion (den Marx in Kapital I, MEW 23, S. 528ff bereits treffend analysierte) ist, nach dem heutigen Stand der Erkenntnis, nicht die einfache Frucht der Eroberung der politischen Macht und der Kontrolle der gesellschaftlichen Produktion durch die assoziierten Produzentinnen und Produzenten, sondern setzt dem Emanzipationsprozeß zunächst selbst Schranken — in welchem Ausmaß, muß geklärt werden.

Das gleiche gilt für die gerade in den letzten Jahren so ungeheuerlich weitergewachsene Ungleichheit zwischen den reichen und den armen Ländern und Weltregionen. Ein tatsächlich emanzipatorischer Prozeß kann nicht auf dem Rücken und auch nicht ungeachtet der großen Mehrheit der Menschen fortsetzen. Dies aber schränkt auf dem heutigen Stand das Maß der Möglichkeit, auf die vom Kapitalismus entwickelten Reichtümer, Produktionsmethoden und Produktpaletten zurückzugreifen, drastisch ein — ein weiteres, mit der Umweltfrage (z.B. wenn alle ein Auto hätten, wäre die Erde rasch völlig unbewohnbar, usw. usf.) eng verbundenes Moment der Begrenzung der Möglichkeit, die notwendige Arbeit zurückzudrängen.

Je mehr und je lästigere Pflichtarbeit aber bestehen bleibt, desto schwieriger ist die Entwicklung einer sozialistischen Demokratie, die auf der Beteiligung und auf dem Engagement aller Produzentinnen und Produzenten beruht, desto schwieriger ist auch die Herstellung von sozialer Gleichheit und die Emanzipation der Arbeit. Jedweder Mangel, der eine andere Verteilung nötig macht als das einfache Zurverfügungstellen durch die Gesellschaft, zwingt das Dilemma auf, entweder zu rationieren (d.h. auch: entweder Schwarzmarkt oder Polizei oder beides), oder Marktmechanismen (auch im Rahmen einer globalen demokratischen Rahmenplanung der großen Ressourcen) zuzulassen. Letztere wiederum drücken das Maß aus, in dem die Menschen noch im Lohnarbeitsverhältnis stehen, für den äußeren Zweck der Selbsterhaltung und in Konkurrenz zu einander arbeiten, und noch nicht als Ausleben ihrer eigenen Bedürfnisse. Je höher dieses Maß, desto tiefer bleibt die soziale Arbeitsteilung, desto größer der Zwang zu einer gewissen Bestechung der Höherqualifizierten durch Einkommensunterschiede, damit sie nicht in die verbliebenen kapitalistischen Länder abhauen (Alternative: Mauer, Stacheldraht, Polizei, und das wollen wir

nicht).

Weiterhin bleibt die Verschmelzung des antipatriarchischen und des sozialistischen Befreiungskampfs hauptsächlich ein Postulat. Seit der hübschen Formulierung von Marx — wiederum in den „Manuskripten“, MEW, erster Ergänzungsband S. 535 — über die universelle Bedeutung des Verhältnisses von Mann und Frau für die Frage, wieweit die Menschen überhaupt menschlich geworden sind, haben die Frauen weder mit Marx, noch mit der Arbeiterbewegung und den Ausbruchversuchen aus dem Kapitalismus, noch mit den revolutionär-sozialistischen Organisationen überzeugende Erfahrungen machen können. Diese negative Erfahrung und die Unfähigkeit, hier eine Trendwende herbeizuführen, ist eine furchtbar lärmende Hypothek, mit der die revolutionär-sozialistischen Perspektiven belastet bleiben. Dabei handelt es sich um ein zentrales Problem der Emanzipation der Arbeit. Der Kern patriarchalischer Verhältnisse ist die ausbeuterische Aneignung der Frauenarbeit durch die Männer und die Gesellschaft, in der sie vorherrschen. Um diese Verhältnisse zu durchbrechen, bedarf es nicht nur einschneidender Maßnahmen zur Herstellung der Gleichheit in der Arbeitswelt und der existentiellen Unabhängigkeit der Frauen — so daß kein Mensch mit einem anderen Menschen zusammenleben muß außer aus Gründen persönlicher Neigung —, sondern auch eines sehr hohen Standards sozialer Dienstleistungen, deren Kosten das Maß anerkannter, in die volkswirtschaftliche Rechnung eingehender, notwendiger Arbeit erhöhen. Wobei immer noch, aufgrund der Verflöchtenheit von biologischer und sozialer Reproduktion der Gattung mit den persönlichen Beziehungen, ein weites Feld der Verteidigung männlicher Privilegien bestehen bleiben dürfte. Doch auch wenn die von marxistischer Seite aus bestehenden Skizzen eines Lösungswegs dieser Probleme angemessen konkretisiert würden, bliebe noch die Frage des Umgangs mit der stetig durchschlagenden Ungleichheit der Geschlechter vor der Revolution in hohem Maße unklärt.

Die Maxime, der Zweck heilige die Mittel, mit der die Linken leider mehr als die Jesuiten identifiziert werden, verweist stets auf unheilige Zwecke. Da die Mittel für den Zweck der Emanzipation stets auch auf das emanzipatorische Ziel verweisen, sind und bleiben revolutionär alle diejenigen, die die stellvertretende Volksbegnadigung ablehnen — ob durch selbsternannte Avant-Garden, Staatsapparate, parlamentarische Repräsentanten oder durch Führungen passiver, gegängelter Parteimitglieder. Politische Formierung dient ihnen nur zum Zweck der Förderung der Selbstaktivierung, Selbstorganisation und Selbstbefreiung der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Wie dies im Kampf möglich sein soll, welchen durch die Verhältnisse aufgezwungenen Einschränkungen dieser emanzipatorische Anspruch unterliegt und welchen er nicht unterliegen darf, dies ist durch die einschlägigen Stellen bei Marx, Luxemburg, Lenin und Trotzki und anderen aus heutiger Sicht auch nicht restlos geklärt, sondern muß — gestützt auf bisher Erarbeitetes und neue Erfahrungen — neu entwickelt werden.

Manuel Kellner, VSP

Beilage 3/90

21. Dezember 1990 7. Jahrgang

An dieser Ausgabe wirkten mit:

Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK), Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. 0221/216442

DKP, Sprecher innenrat, Hoffnungstraße, 4300 Essen

AzD-Redaktion, c/o VTK-Verlag, Postfach 160725, 6000 Frankfurt 16

Vereinigte Sozialistische Partei (VSP), Aquinostr. 7-II, 5000 Köln 1, Tel. 0221/730365

Geschäftsführung und Redaktionsadresse
Jörg Detjen, Redaktion „Beilage“, c/o GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. 0221/21658. *Verantwortlicher Redakteur dieser Ausgabe* Jörg Detjen. Die Beilage erscheint vierteljährlich. Ihr Preis ist im Verkaufspreis der Publikationen, denen sie beiliegt, enthalten. Preis bei gesondertem Bezug: 0,50 DM

Verleger: GNN-Verlag GmbH, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1; SoZ-Verlag GmbH, Aquinostr. 7-II, 5000 Köln 1; Druck: Verlag Neuer Weg, Essen. *Ausgabe*: 4000

...) Auf die Anschuldigungen könnten Sie aber antworten. Viele greifen sie hier in Ihrem Land an, maßgebende Historiker wie Roy Medwedew und Wolkogonow ...

Aber ich möchte mich nicht in Nichtigkeiten verlieren. Ich möchte mich nicht in die öde Kampagne verwickeln lassen, die im Gange ist. Man liest mir die Zeitungen vor. Und ich höre unglaubliche Dinge. Aber was geht in unserer Sowjetunion gerade vor? Zuerst verleugnet man Stalin, jetzt kommt man Schritt für Schritt dahin, dem Sozialismus den Prozeß zu machen, der Oktoberrevolution, und im Handumdrehen auch Lenin und Marx. Wenn man alles zur Diskussion stellen will, müßte man sich aber unserer Geschichte insgesamt stellen — im Rahmen der Geschichte des menschlichen Denkens, der Geschichte des Klassenkampfs, der Geschichte der Revolutionen. Heute dagegen ist alles durcheinander und entmutigt, bürgerliche Argumente und kommunistische, schizophrene Diskussionen, in denen man nur ins Blaue hinein redet.

Sie waren ein großer Propagandist und haben die Leute mitgerissen. Wenn Sie sich an die sowjetischen Bürger wenden könnten, was würden Sie ihnen heute sagen?

Ich würden ihnen sagen, weiter für den Kommunismus zu kämpfen, für die Ideen von Marx und Lenin. Ich würde sagen, daß wir mit der Wiederentstehung von Nationalismus und Chauvinismus konfrontiert sind ...

Ich würde sagen: Achtung Genossen, sie greifen uns an. Die bürgerliche Ideologie ist im Angriff, und man muß erkennen, daß sie in diesem Augenblick viele Schlachten gewonnen hat. Was geht in Polen und in Ungarn vor sich? Wir sind auf dem Rückzug. Und das, was in Polen und Ungarn vor sich geht, ist das Vorspiel zu dem, was auch bei uns geschehen kann. Es ist eine Sache, die mich krank macht, mich zum Heulen bringt. Warum ist meine Gesundheit schlechter geworden? Weil es mich be-

Lasar Moissejewitsch Kaganowitsch hat 1917 an der Oktoberrevolution teilgenommen. Er war ab 1924 Mitglied des Zentralkomitees, ab 1930 Mitglied des Politbüros der KPdSU. In den Jahren von 1935 bis 1953 war er Minister verschiedener Resorts, 1941 bis 1945 im Krieg gegen den Hitlerfaschismus Mitglied des Staatlichen Komitees für Verteidigung. 1953 bis 1957 war er 1. stellvertretender Ministerpräsident der Sowjetunion. In der Auseinandersetzung um die Politik Chruschtschows wurde er 1957 aller Ämter enthoben, 1961 aus der KPdSU aus-

unruhigt, wenn ich sehe, was in Osteuropa passiert, in Deutschland. Zum Glück hat es in China eine kraftvolle Reaktion gegeben, und so muß man sehen, wie es dort ausgeht. Aber im allgemeinen ist die Lage ernst.

Sie bleiben aber Optimist?

Ich wäre von Natur aus Optimist, aber heute ist das schwierig. Ich glaube an die Kraft unserer Partei. Ich glaube an die Kraft unserer Theorie, an die Kraft des Leninismus. Im Grund haben wir sogar schlimmere Augenblicke durchgemacht. Aber heute macht mir die ideologische Debatte Sorge. Wo will man hin mit diesen Diskussionen über die „Wiedergeburt“ der Traditionen, des alten Rußlands, des Geistes einer weit zurückliegenden Zeit? Vor einigen Tagen habe ich im Fernsehen ein altes Männchen reden hören. Was für Dummheiten er sagte: „Wir wohnen der Wiedergeburt der authentischen russischen Kultur bei“. Man erlaubt ihm so daherzureden? Aber welche Wiedergeburt? Nach allem, was wir Kommunisten in 70 Jahren für die russische Kultur getan haben! Es war ein Volk von Analphabeten. Es war ein völlig unwissendes Rußland, analphabetisch, rückständig, Bauern, die die Felder mit dem Holzpfleg bearbeiteten. Die Armen siechten dahin und starben wie die Fliegen. Und heute sollen wir die Wiedergeburt dieses Rußlands feiern? Ich weiß, manche jammern, daß unsere

geschlossen. Seine Anträge auf Wiederaufnahme und Rehabilitierung wurden bisher abgelehnt.

Er lebt heute 97jährig in Moskau. Äußerungen gegenüber Journalisten hat er stets abgelehnt. Über einen russischen Bekannten hat er erstmals auf einige Fragen der italienischen Tageszeitung la Repubblica geantwortet. Aus diesem Interview (la Repubblica, 5. 10. 1990) stammen die folgenden Auszüge über Aspekte des sozialistischen Aufbaus und aktuelle Entwicklungen.

rok, BWK

Autos und Maschinen nicht so gut laufen. Aber vorher gab es sie überhaupt nicht, sie existierten nicht. Gott sei Dank haben wir sie heute, wenn sie auch Mängel und Fehler haben. Wie kann man behaupten, daß alles schlecht geht? ...

Sie haben Stalin aus nächster Nähe gekannt. Wie war er?

Josef Wissarionowitsch war ein sehr, sehr vorsichtiger Mensch. Ein sehr weitsichtiger Mensch. Heute sollten wir uns fragen: Hätten wir wirklich den Faschismus schlagen können, wenn wir ein nicht industrialisiertes, nicht kollektiviertes Land geblieben wären? Hätte unser altertümliches bäuerliches Dorf das Heer und die Städte ernähren können? Wer hätte den Mut, auf diese Frage ja zu sagen? Wir müßten uns fragen: Warum starb der Zarismus? Warum hatte er nichts, um das Heer zu ernähren? Er hatte keine Kleider, um es auszustatten. Das Heer des Zaren war nackt, barfuß und ausgehungert und hatte nichts zum Schießen. Wir dagegen haben im Kampf gegen den Nazismus nach den Rückzügen angefangen, unsere militärische Kraft zu vergrößern, zu vergrößern, zu vergrößern, und wir haben zehntausende von Artilleriegeschützen an die Front geschickt. Als wir Berlin angriffen, war das eine Attacke, wie man sie an Intensität und Stärke nie erlebt hat. Woher haben wir alle die Panzer und Flugzeuge genommen? Ohne die Politik Stalins wären wir nie soweit gekommen, wir wären allesamt umgekommen. Was wäre aus der UdSSR geworden, wenn wir nicht in zehn Jahren die Fortschritte abgeschlossen hätten, für die normalerweise 50 oder 60 Jahre nötig sind? Der Faschismus wartet nicht und er hätte nicht gewartet. Unser Land wäre zerstört worden. Und alle diese beschissen Patrioten von heute wollen das nicht verstehen, wie es auch viele Kommunisten nicht mehr kapieren. Man mußte den Weg Bucharins einschlagen, den Weg Kondriatews ..., sagen sie. Aber was wäre geschehen, wenn wir ihrem Weg gefolgt wären? Wir wären zerquetscht worden, davon bin ich zutiefst überzeugt. Wir wären für fünfhundert Jahre erdrückt worden, es wäre viel schlimmer gewesen als das Tatarenjoch. Dieses Ende hätte Rußland genommen. Wir haben zwei Jahre gewonnen mit dem Ribbentrop-Molotow-Pakt, von 1939 bis 1941, die entscheidend waren für die Entwicklung der Industrie, für die Verstärkung der Transportmittel. Aber heute ist es leichter, Stalin und seiner Zeit die Schuld an allem zu geben.

Haben Sie nie Ihre Meinung geändert über die Verhaftungen jener Zeit, über die Gewalt und die Opfer der Kollektivierungskampagne auf dem Land?

Zunächst muß man daran erinnern, daß die Kollektivierung die Fortsetzung einer leninistischen Linie war. Gab es

Exesse? Ja. Aber wo und wann gibt es sie nicht? Es gibt sie immer. Wenn du einen Krieg führst, ist es schwierig, im voraus festzustellen, wieviel Patronen du verschießt. Der Feind besetzt eine unserer Städte, wir müssen sie zurückerobern. Aber in der Stadt sind unsere Leute, Unschuldige, die bei einem Angriff getötet werden könnten. Die Armee wird dennoch „zum Angriff“ rufen, denn so muß es in allen Arten von Krieg sein. Ja, im Ergebnis leiden auch Unschuldige. Es gab unschuldige Opfer in der Kollektivierung des Bodens. Aber es gab auch die reichen, einflußreichen und mit der Kirche verbündeten Bauern, die störten und behinderten. Was war zu tun? Und in der Industrie gab es die Sabotagen. Heute verneinen das viele Historiker, aber es war die Wahrheit. Es gab Sabotage, und ich würde darüberhinaus sagen, es gibt sie auch jetzt. Vielleicht ist meine Mentalität als alter Kämpfer zu mißtrauisch. Aber was sind die nicht befürworteten Waren, die Erschließungen, die Entwicklung dieses organisierten Verbrechens, von dem man soviel spricht, und des Schwarzmarkts; was sind sie, wenn nicht eine kolossale Sabotage am Sozialismus? Man müßte hart eingreifen und dem Volk erklären, was los ist, weil es darunter leidet. Man müßte eine große Debatte eröffnen.

Man sagt, daß das gegen die Perestroika wäre. Und warum? Überhaupt nicht! Ich bin für die Perestroika, für die Erneuerung. Mein Bericht auf dem 13. Parteitag der KPdSU (1924, rok) über die organisatorischen Probleme der Partei begann genau mit dem Wort Perestroika ...

Sie sind weiter überzeugt, daß am Ende der Sozialismus siegen wird?

Er wird zweifellos siegen. Rückzüge sind möglich, die Geschichte schließt Zick-Zack-Bewegungen nicht aus, aber am Ende wird der Sozialismus überlegen sein. Wir haben noch enorme Reserven. Wenn nur die Hauptkraft unserer Gesellschaft, das Staatsgeiment an Fabriken und Boden, nicht aufgegeben wird ...

Verfassungsdebatte und Sozialismus

Dieses Thema ist wichtig, nicht zuletzt, weil seit Existenz der sozialistischen und kommunistischen Bewegung mit dem Hinweis auf deren angebliche Verfassungsfeindlichkeit sie immer auch mit staatlichen repressiven Mitteln bekämpft worden ist. Bürgerliche Propaganda hat es weitgehend verstanden, den Menschen zu suggerieren, daß Kommunisten und Sozialisten Verfassungsfeinde seien. Diese „Argumentationslinie“ ist bis heute „erfolgreich“ vermittelt worden. Diese Strategie wird nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Modells in der DDR und anderen sozialistischen Staaten weiterentwickelt. Vielleicht ist gerade das Durchbrechen dieser politischen Kampfposition der rechten Kräfte eine Voraussetzung, um in eine Offensive der linken Kräfte zu kommen. Dazu bedarf es einer langen Diskussion und harter Arbeit, um vor allen Dingen unsere eigenen Versäumnisse und Fehler aufzuarbeiten und neue, zukunftsorientierte Vorstellungen zu entwickeln.

Das Kernproblem dürfte sein, solche politischen Vorstellungen und Forderungen zu entwickeln, die nachvollziehbar machen, daß sozialistische Demokratieverststellungen bürgerlichen Demokratieverststellungen weit überlegen sind und daß es sich lohnt, dafür zu kämpfen. Mit der jetzt in Anfängen stattfindenden Verfassungsdebatte in der neuen Bundesrepublik Deutschland ist eine Chance vorhanden. Es wird darauf ankommen, sie zu nutzen, vor allem, um breite Bevölkerungskreise weit über die Linken hinaus zu motivieren, für eine neue demokratische Verfassung zu streiten.

I.

Die auf dem Grundgesetz beruhende staatliche Ordnung war immer nur „für eine Übergangszeit“ begrenzt. So heißt es in der Präambel und im Artikel 146: „Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“ Weiter: „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Das bedeutet, daß zwingend vorgeschrieben ist, nach einer Wahl eine neue Verfassung zu erarbeiten. Zur Zeit erle-

ben wir den Beginn einer Auseinandersetzung in der Regierungskoalition über diese Frage. Offensichtlich wird in diesen Kreisen nach der elegantesten Lösung gesucht, um formal diesen Ansprüchen des Grundgesetzes gerecht zu werden, praktisch aber keine Verfassungsdebatte und schon gar keine Volksabstimmung darüber zuzulassen.

In dieser Frage werden tiefe Widersprüche sichtbar, zum Beispiel formuliert durch Martin Hirsch (FDP), der eine Verfassungsdebatte fordert, oder verschiedene CDU/CSU-Politiker, die einige Grundgesetzänderungen durchführen wollen, um dann im Parlament eine Abstimmung darüber durchzuführen und damit sehr schnell diese Diskussion zu beenden. Diese rechten Kräfte wollen über diesen Weg ihre jetzige große Mehrheit im Parlament ausnutzen, den Wesensgehalt des Grundgesetzes weiter zu verändern. So wollen sie durchsetzen, daß die Bundeswehr auch außerhalb des NATO-Geltungsbereiches eingesetzt werden kann, das Asylrecht in ihrem Sinne verschärfen und Berufsverbotspraktiken besonders gegen ehemalige SED-Mitglieder in der DDR gesetzlich verankern. Wenn von ihnen solche Dinge gefordert werden, wie den Umweltschutz als Staatsziel in das Grundgesetz aufzunehmen, so kann man das als vorwiegend kosmetischen Versuch und nicht als ernstgemeinten politischen Willen betrachten.

Gegen diese Position gibt es einen breiten gesellschaftlichen Konsens mit der Forderung, daß eine neue Verfassung notwendig ist. Der letzte DGB-Kongress hat dazu auf Initiative der IG-Metall einen eindeutigen Beschuß gefaßt. Verschiedene Einzelgewerkschaften unterstützen diesen Beschuß durch Unterschriftensammlungen und ähnliche Aktionen. In der SPD gibt es ebenfalls eindeutige Beschlüsse, die die Erarbeitung einer neuen Verfassung fordern, die dann in einer Volksabstimmung beschlossen werden soll.

In der linken Bewegung gibt es vor allem zwei unterschiedliche Standpunkte: Der erste ist, daß eine Verfassungsdebatte und Volksabstimmung notwendig sind, daß es in diesem Prozeß auch Möglichkeiten gibt, eine Debatte um demokratische Grundrechte zu führen, Bewegungen zu initiieren und Mehrheiten zu erreichen für solche Ziele wie Verbot

der Aussperrung, Weg mit dem § 218 oder die Einführung von plebisizitären Elementen in eine neue Verfassung. Viele Anregungen für eine neue Verfassung sind in dem Entwurf für die DDR enthalten, der vom Runden Tisch dort entwickelt wurde. Kurz und gut: diese Linie sieht eine Chance, in eine politische Offensive der Kräfte zu kommen, die gegen die Rechten stehen.

Diese Position wird ebenfalls von unserer Partei, der DKP, vertreten. Das wird dokumentiert durch den Beschuß der Wülfrather Parteikonferenz. Eine zweite Linie hält zwar diesen Anliegen auch für berechtigt, sieht aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Möglichkeiten, Mehrheiten zu bekommen, sondern sieht eher die Gefahr, daß der jetzigen Situation die rechten Kräfte eine Verfassung ihres Willens schneidern werden und damit die Voraussetzungen für eine Bewegung der demokratischen und linken Kräfte eher schlechter werden würden.

Diese Argumentation ist aus meiner Sicht nicht von der Hand zu weisen, aber sie geht, glaube ich, doch von einem Denkfehler aus. Wenn die rechten Kräfte sich ihrer Position sicher wären, würden sie die Umgestaltung des Grundgesetzes in ihrem Sinne vornehmen, egal, ob Verfassungsdebatte oder nicht. Außerdem gehe ich davon aus, daß die Furcht der Rechten vor einer Verfassungsdebatte durchaus berechtigt ist, daß es in unserer Bevölkerung durchaus breite Grundströmungen für eine weitere Demokratisierung der Gesellschaft in vielen Bereichen gibt.

Letztendlich ist es natürlich eine Machtfrage, der man jedoch nicht ausweichen kann, indem man sich dieser Herausforderung „neue Verfassung“ nicht stellt. Meine Meinung ist, daß gerade die Linken die Auseinandersetzung um eine neue Verfassung führen müssen. Mit dieser politischen Auseinandersetzung werden Chancen bestehen, neue Kräfte zu mobilisieren und an alte Bewegungen, zum Beispiel gegen die „Volksaushorung“, gegen Berufsverbote, anzuknüpfen. Allein die Auseinandersetzung um die neue Verfassung kann politisch belebend sein. Eine Demokratiedebatte mit solchen Forderungen wie Volksbefragung, Weiterentwicklung betrieblicher und gesellschaftlicher Demokratie ist eine spannende

Herausforderung für die nächsten Jahre.

II. Kommunisten und das Grundgesetz

Seit Existenz des Grundgesetzes wird von Seiten bürgerlicher sozialdemokratischer Politik die Position vertreten, daß die Kommunisten und Kommunisten Feinde dieses Gesetzes seien, es aufheben wollten und statt dessen totalitäre Strukturen einführen wollen. Die Argumentation der Verfassungsfeindlichkeit zunächst der KPD, später der DKP, anderer kommunistischer und linker bzw. demokratischer Parteien und Gruppen führte und führt zur repressiven Bekämpfung sozialistischer und kommunistischer Organisationen. Die Gegenargumentation in vielen Schriften, Positionspapieren, Parteiprogrammen u.ä. hat bisher keine wesentliche Wirkung erzielt. Der auch auf dem Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit beruhende Antikommunismus hat eine breite Verankerung in allen Teilen unserer Bevölkerung. Dabei ist gerade dies eine umfassende Umwertung der Aussage von Marx, Engels und Lenin und der politischen Praxis der kommunistischen Bewegung in der Bundesrepublik. Professor Norman Paech hat in der Broschüre „Demokratie und Recht“ 1/90 den Artikel veröffentlicht: „Zum Demokratiebegriff des Marxismus“. Eindrucksvoll hat er darin nachgewiesen, wie überlegen die Demokratieverstellungen der Marxisten denjenigen der bürgerlichen Theoretiker in der Realität sind. Es wird ein Kernproblem bleiben, den Nachweis zu erbringen, daß in theoretischen, politischen Forderungen und realer Wirklichkeit Demokratie und sozialistische Gesellschaftsordnung eine wirkliche Einheit bilden. Lenin, der heute auch unter Linken oft als Antidemokrat bezeichnet wird, hat in seinem Werk „Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den imperialistischen Ökonomismus“ (LW 23, S. 69) folgendes ausgesagt: „Der Sozialismus ist in dem zweifachen Sinn ohne die Demokratie unmöglich: 1. Das Proletariat wird die sozialistische Revolution nicht durchführen können, wenn es sich nicht durch den Kampf für die Demokratie auf die Revolution vorbereitet. 2. Ohne restlose Verwirklichung der Demokratie kann der siegreiche Sozialismus seinen Sieg nicht behaupten und das

Absterben des Staates für die Menschheit nicht Wirklichkeit werden lassen.“

1948 im Parlamentarischen Rat hat Max Reimann als Vertreter der KPD in der Grundrechtsdiskussion folgendermaßen argumentiert: „Es gibt zwei Arten von Grundrechten: Einmal die Rechte auf Sicherung der persönlichen Lebensphäre, also jene persönlichen Freiheitsrechte. Kein politisch denkender Mensch wird diese Rechte des Einzelnen bestreiten. Sie gehören seit der großen Französischen Revolution zu den selbstverständlichen Grundrechten jeder Demokratie. Aber es wäre ein verhängnisvoller Fehler, heute bei diesen persönlichen Grundrechten stehen zu bleiben. Das Ganze der staatlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse wird durch die Garantien solcher persönlicher Rechte nicht im Mindesten verändert. Die Wurzel allen Übels aber, die Quelle der Unfreiheit und jeder dunklen Mächte, die die Menschenwürde und die menschliche Persönlichkeit heute knebeln und erniedrigen, liegt eben in diesen gesellschaftlichen Verhältnissen. Soll heute die Frage nach den Grundrechten gestellt werden, so kann diese Frage nur gestellt werden als Recht des Volkes auf die Umgestaltung dieser Verhältnisse. Das ist der zweite, der eigentliche, der historisch echte Begriff der Menschenrechte.“ (Quelle: Bildungsheft, Herausgeber DKP-Parteivorstand, September 1976, S. 14/15)

Und Wolfgang Abendroth bringt diese Gedanken dann zu folgender Schlussbemerkung, nachzulesen in dem Buch „Politik in unserer Zeit“, Nr. 3, Untertitel „Das Grundgesetz“, S. 68: „So bleibt dann festzuhalten, daß das Grundgesetz zwar das spätkapitalistische Wirtschaftssystem und seine sozialen Widersprüche und politischen Gefahren mit wenigen Veränderungen bestehen gelassen hat, aber die Chancen garantiert, es mit gesetzlichen Mitteln und ohne Grundgesetzänderung durch Entscheidung der Majorität der Legislative, die durch den Wähler erzwungen werden kann, in eine sozialistische Ordnung zu verwandeln. Diese Chance zur Demokratisierung der Sozialordnung durch Übergang zum Sozialismus kann nur illegal, nicht aber durch Änderung des Grundgesetzes in legaler Form bestätigt werden, weil der Rechtsgrundatz des demokratischen und sozialen Bundes-

staates (Art. 20, Abs. 1) gegen Verfassungsänderungen geschützt ist. (Art. 79, Abs. 3)

Diese unterschiedlichen Zitate belegen, daß die Haltung der Marxisten zu Grundrechten positiv und konstruktiv ist. Und sie belegen auch, daß es sehr wohl im Sinne des Grundgesetzes sein kann, die Gesellschaftsordnung zu einer sozialistischen Gesellschaft hin zu verändern. Oder sie widerlegen, daß die von den Rechtskräften geprägte Auffassung, daß Sozialismus und Grundgesetz unvereinbar seien, falsch ist. Im übrigen gibt es auch einen interessanten historischen Vergleich, das Ahlener Programm der CDU wäre ansonsten ebenfalls verfassungsfeindlich, weil es weitgehende Vergesellschaftsvorstellungen hatte.

Im DKP-Parteiprogramm von 1978, beschlossen auf dem Mannheimer Parteitag vom 20. und 22. Oktober, wird in mehreren Abschnitten zur positiven Haltung der DKP zum Grundgesetz argumentiert. Manches von diesen Parteiprogrammen ist Gegenstand der Diskussion. Vieles muß neu überarbeitet werden. Die DKP befindet sich am Anfang einer neuen Programmdiskussion. Trotzdem gibt dieses Programm sehr viel her für eine programmatische Grundsatzdebatte. So zum Beispiel auch zur Frage Grundgesetz, Sozialismusvorstellungen.

Der Abschnitt IV, „Unser sozialistisches Ziel“ (S. 59 Parteiprogramm) entwickelt die Vorstellungen über einen Sozialismus für die alte Bundesrepublik Deutschland. Keine einzige dieser Aussagen ist mit dem heute gültigen Grundgesetz unvereinbar. Hier wird nachgewiesen, daß die DKP auf Sozialismusvorstellungen abhebt, die davon ausgehen, daß eine Mehrheit der Bevölkerung für dieses Gesellschaftssystem sein muß, daß es Meinungs- und Parteipluralismus geben wird, daß es eine neue

Qualität von Demokratie in diesem Sozialismus geben muß und daß dieser Sozialismus in mehreren Übergangsschritten erreicht werden muß. Prägend ist immer wieder die Forderung nach dem Grundkonsens der Bevölkerung, den es dazu geben muß.

Herbert Mies und Hermann Gautier haben in dem Buch: „Wir Kommunisten und das Grundgesetz“ (herausgegeben VMB 1977) in vielen Artikeln und Aussagen diese programmatischen Vorstellungen untermauert. Aber auch durch die reale Praxis haben wir Kommunistinnen und Kommunisten bewiesen, daß wir für eine Erweiterung der bürgerlichen Demokratie sind, zum Beispiel in den verschiedenen Kampagnen gegen die Berufsverbote, gegen die Notstandsverfassung, gegen die Volksaushörung oder für das Asylrecht haben wir uns ganz im Sinne des Grundgesetzes betätigt.

Wenn Max Reimann bei der Verabschiedung des Grundgesetzes sinngemäß formulierte, daß die Kommunisten im Parlamentarischen Rat gegen dieses Gesetz stimmen würden, weil es die Spaltung Deutschlands zementiert, so würden sie jedoch diejenigen sein, die als erste dieses Grundgesetz gegen die Angriffe der rechten Politiker zu vertreten haben. So hat sich diese Aussage eindrucksvoll in den über vier Jahrzehnten der Realität in der Bundesrepublik Deutschland bestätigt. Das Grundgesetz wurde und wird permanent durch rechte Politiker und Sozialdemokraten gebrochen, zum Beispiel durch das KPD-Verbot, die Berufsverbote, die Notstandsverfassung, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die Grundargumente der rechten Politiker soll zu dem Schluß führen, daß das Grundgesetz zwingend eine kapitalistische Gesellschaftsordnung notwendig macht. Ihre Strategie besteht darin, sozialistisches Gedankengut von vornher-

ein als verfassungsfeindlich zu diffamieren. Dabei ist nicht die Verfassungswirklichkeit maßgebend, sondern die permanente Interpretation rechter Politiker und Staatswissenschaftler bzw. die Rechtsprechung. Bisher ist diese Strategie erfolgreich. Kabinett und Kapital habe es verstanden, die Massenmeinung in diesem Sinne zu prägen. Diese Realität zu verändern, ist eine der größten Herausforderungen für die Linken. Sie ist zu leisten, jetzt auch durch eine Debatte um sozialistische Perspektivvorstellungen für die neue Bundesrepublik Deutschland. In theoretischen Aussagen und politischen Forderungen und in praktischen Bewegungen muß der Nachweis in einem längeren Arbeitsprozeß erbracht werden, daß sozialistische Perspektiven mehr Demokratie bedeuten. Daß gerade in der Bundesrepublik mit den hochentwickelten Produktivkräften die Demokratiefrage eine der großen Herausforderungen der Zukunft ist, daß eine höherentwickelte Demokratie eine der Voraussetzungen ist, um einen Beitrag zur Lösung der globalen und sozialen Probleme zu schaffen.

III: Was brauchen wir?

Die aktuelle Herausforderung ist es, durchzusetzen, daß es eine Erarbeitung einer neuen Verfassung in dieser neuen deutschen Bundesrepublik gibt. Dazu wäre vielleicht ein breites Forum in Form eines Ratschlags notwendig, der alle gesellschaftlichen Kräfte einbezieht, die in dieser Frage einer neuen Verfassung zusammenstehen könnten. Dieses Spektrum könnte von Teilen der CDU-Mitgliedschaft bis zu Kommunistinnen und Kommunisten gehen. Kommissare wären in der Frage nötig, daß man gemeinsam eine neue Verfassung will. In der Debatte wäre dann zu klären, ob es gemeinsame inhaltliche Vorstellung gibt, für die man eintreten kann und will.

Eine Reihe Forderungen für eine neue

Verfassung wurden bereits vorgeschlagen, so zum Beispiel auch in der Broschüre des Roten Tisches (ROTER TISCH. BRD- und DDR-Linke diskutieren über die Verfassung. Köln, Oktober 1990). Es gibt den „Verfassungsentwurf für die DDR“, erschienen am 6. April 1990. Es gibt den Vorschlag, „Wiedervereinigung, Entwurf zur Änderung des Grundgesetzes“ (dokumentiert in der Zeitschrift „Demokratie und Recht“ 1/90, S. III, verfaßt von den Bundestagsabgeordneten der Grünen Siggi Fries und Tay Eich). In der DKP gibt es einige Veröffentlichungen zu diesem Thema (auf Anfrage erhältlich). All diesen Vorstellungen ist gemein, daß es um eine Weiterentwicklung der bürgerlichen Demokratie geht, zum Beispiel durch Einführung von plebisizitären Elementen, Volksbefragung und zur progressiven Weiterentwicklung wie zum Beispiel das Aussperrungsverbot, Abschaffung des § 218, und daß ein Grundgesetz Gesellschaftsveränderungen zuläßt, wenn sie denn auf Mehrheitsmeinungen der Bevölkerung beruhen.

Es ist zu hoffen, daß sich ein Träger für so einen Kongress finden könnte, der garantiert, daß es zu einer breitestmöglichen politischen Zusammensetzung dieses Forums kommen kann. In der DKP wird es darauf ankommen, mit der beginnenden Programmdebatte über die Frage Demokratie und Sozialismus weiter nachzudenken, programmatische Aussagen vorzuschlagen, zu diskutieren und zu beschließen, die politisch wirksam unsere Positionen nach außen vertragen.

Diese Diskussion sollte nicht nur in der Partei selbst, sondern möglichst in einem Spektrum mit anderen linken und marxistischen Kräften geführt werden. Sie ist ein Kernstück der Arbeit an neuen sozialistischen Perspektivvorstellungen. Dabei wird es auch darum gehen, neu

die Schritte eines möglichen Weges zum Sozialismus aus den Realitäten der Bundesrepublik heraus darzustellen. Nach meiner bisherigen Erkenntnis ist unser Vorschlag zu einer Wende zu sozialem und demokratischem Fortschritt und dann als nächster Schritt zu einer antimonopolistischen Demokratie als ein Hebel, zur Öffnung zum Sozialismus zu kommen, immer noch eine interessante Variante, wie man sich den Weg zu einer sozialistischen Bundesrepublik vorstellen kann.

Diese Diskussion kann sehr wohl auch identitätsstiftend für Kommunistinnen und Kommunisten sein. Darüber hinaus kann sie auch neue Attraktivität für uns bringen. Es gibt durchaus interessierte Menschen, die gerade über eine Debatte Sozialismus und Demokratie ansprechbar wären.

Neben diesen hier nur kurz angedeuteten Debatten ist es natürlich auch notwendig, schon jetzt eine Bewegung zu schaffen. Diese Bewegung hätte Chancen, eine Massenbasis zu finden. Sie könnte, ähnlich wie die letzte Bewegung gegen die Volksbefragung, eine offensive Position gegen die Rechten bringen. Vielleicht sind die Strukturen dieser Bewegung gegen Volksaushörung auch heute beispielhaft für eine Bewegung für eine demokratische Verfassung. Bürgerbewegungen, die sich als Initiative in diesem Sinne vor Ort herausbilden würden, hätten die reale Chance, viele Menschen anzusprechen. Sie müßten von unten wachsen, nachdem sie Anstöße haben, zum Beispiel durch den im vorderen Teil dieses Abschnittes skizzierten Ratschlag oder Kongress.

Als Sprecher der DKP meine ich, daß wir unbedingt jetzt in den nächsten Monaten diese politische Aufgabe mit lösen müssen. Es wäre eine wichtige Voraussetzung, um wenigstens in Teilfragen in eine Offensive der Linken zu gelangen.

Heinz Stehr, Sprecher der DKP

Nie wieder darf sich Stammheim '77 wiederholen!

Bundesanwaltschaft strengte Prozeß gegen das Angehörigen-Info an, um Kritik an staatlichem Handeln mundtot zu machen

Am 19.12., kurz vor Erscheinen dieser „Beilage“, findet vor dem Amtsgericht der Prozeß gegen das „Angehörigen-Info“ statt. Adelheid Hinrichsen für die Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD und Westberlin und Christiane Schneider, die für den GNN-Verlag die presserechtliche Verantwortung trug, sind angeklagt, durch die Verbreitung des Angehörigen-Infos Nr. 30 vom 21.12.90 die Bundesrepublik Deutschland beschimpft zu haben (§ 90a). Im diesem „Angehörigen-Info“ war — wie auch in

anderen Publikationen, die indes nicht verfolgt wurden — eine Presseerklärung der Angehörigen abgedruckt, mit der diese die Öffentlichkeit auf Repressionen gegen die Gefangenen aus RAF und Widerstand nach dem Herrhausen-Attentat aufmerksam machten und dabei auch auf die Ereignisse in Stammheim 1977 verwiesen, die sie als Mord charakterisierten.

Der Prozeß wurde von der Bundesanwaltschaft angestrengt, die zuvor mit zwei anderen Verfahren gegen das „Angehörigen-Info“

(§ 129a und § 90a) gescheitert war. Da das Gericht den Prozeß bisher zweimal verschoben hat, haben wir uns entschlossen, die Erklärungen von Adelheid Hinrichsen und Christiane Schneider zu veröffentlichen, ohne das Ergebnis des Prozesses abzuwarten. In einer Situation, in der die Bundesanwaltschaft Aussagen von ehemaligen RAF-Mitgliedern über die Ereignisse in Stammheim 1977 dazu benutzt, noch mehr Spuren zu verwischen, halten wir dies für gerechtfertigt.

scc, BWK

Einlassung zur Sache

Die Staatsanwaltschaft Köln hat auf Be treiben der Bundesanwaltschaft Anklage gegen den Abdruck der Erklärung der Angehörigen vom 16.12.89 im „An gehörigen-Info“ Nr. 30 erhoben. Ich war vom GNN-Verlag als presserechtlich verantwortliche Redakteurin dieses Infos benannt und bestellt und trage mithin die rechtliche Verantwortung für den Abdruck. Der Vorwurf der Anklageschrift ist unbegründet.

Ein Konflikt

Der GNN-Verlag hat sich bereits in früheren Publikationen mit den Ereignissen in Stammheim 1976/77 befaßt. Wir kennen die Ergebnisse des baden-württembergischen Untersuchungsausschusses; wir kennen die Begründung für die Einstellung des Todesermittlungsverfahrens durch die Staatsanwaltschaft Stuttgart, wonach die Gefangenen sich selbst getötet haben sollen und eine strafrechtlich relevante Beteiligung Dritter nicht vorliegen soll. Wir kennen die Widersprüche, die die staatlichen Untersuchungen nicht aufgeklärt haben. Wie das Gericht vielleicht weiß, befaßt sich eine Reihe von Büchern äußerst kritisch mit den Ereignissen und der staatlichen Version und kommt selbst der der Sympathien für die RAF ganz unverdächtige Autor Stefan Aust in seinem Buch „Der Baader-Meinhof-Komplex“ zu dem Schluß: „Was sich in den knapp neun Stunden zwischen 23.00 Uhr und 7.41 Uhr im Hochsicherheitstrakt zutrug, wird wohl für immer ungeklärt bleiben...“ (S. 575) Uns ist auch das Interesse bekannt, das insbesondere die Bundesanwaltschaft hat, Menschen, die von Mord an den Gefangenen sprechen, verurteilen zu lassen. Allerdings wissen wir auch, daß eine Reihe solcher Verfahren, die in dieser Sache angestrengt wurden, eingestellt worden sind oder mit Freispruch geendet haben.

Der GNN-Verlag hat bisher in Publikationen, die sich mit dem Tod der Stammheimer Gefangenen auseinander-

zusetzen hatten, Formulierungen wie „Mord“ vermieden. Wir haben stattdessen Formulierungen gewählt bzw. auf Formulierungen gedrängt, die — unabhängig von den konkreten Umständen der Tötung — die Verantwortung von Behörden und Amtsträgern für den Tod der Stammheimer Gefangenen hervorheben und die deutlich machen, daß ihr Handeln die entscheidende Bedingung für den Tod der Gefangenen gewesen ist.

Zum einen sind gerade für Verleger linker Publikationen, die ja ständig einer Art Nachzensur ausgesetzt sind, juristische Kenntnisse eine Existenzbedingung. Zum anderen verpflichten uns unsere verlegerischen Grundsätze, für Tatsachenbehauptungen Nachweis zu erbringen. Wir können den Nachweis für Mord — Mord im juristischen Sinn — nicht erbringen.

Es ist aber auch nicht unsere Aufgabe und steht uns auch nicht zu, den juristischen Nachweis für die Tötung der Stammheimer Gefangenen zu erbringen. Dies ist Aufgabe der Gerichte. Wir wollen, als ein antifaschistischer Verlag, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ein düsteres Ereignis richten, dessen Wiederholung wir verhindern, und auf ein Vorgehen, dessen Ächtung wir erreichen wollen. Diese Aufgabe allerdings steht der Presse zu, sie ist durch Grundgesetz Artikel 5, durch das Pressegesetz und durch internationales Recht (u.a. Artikel 10 der „Europäischen Konvention“, Art. 19 des „Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte“ der UNO) gesichert.

Die Art und Weise, in der der Verlag bisher die publizistische Auseinandersetzung mit dem Tod der Stammheimer Gefangenen geführt hat, konnte für das „Angehörigen-Info“, das von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD und Westberlin herausgegeben wird, nicht durchgehalten werden. Die Gruppe der Angehörigen ist weder in der Lage, noch ist sie willens, den Tod

der Gefangenen in Worten zu umschreiben, die ein Jurist wählen würde, die aber ihr Leid, ihre Angst und vor allem auch ihre Anklage nicht ausdrücken können. Sie bestehen auf ihrer Anklage, die so schwer wiegt, daß sie dafür keine anderen Worte finden als: Die Gefangenen sind ermordet worden.

Das Verlangen der Staatsanwaltschaft, ich hätte als presserechtlich verantwortliche Redakteurin die Not der Angehörigen missachten und ihre Anklage wegzensieren sollen, ist unzumutbar und stellt eine unzulässige Behinderung für den Tod der Gefangenen gewesen.

Rückgriff auf den vorfaschistischen Mordparagraphen

Die Staatsanwaltschaft hält die Verwendung des Begriffs „Mord“ in der Angehörigen-Erklärung für strafbar, weil sie keinen anderen Gebrauch als den juristischen zuläßt. Danach dürfte von Mord nur gesprochen werden, wenn Gerichte Mord festgestellt haben.

Der juristischen Definition zufolge ist Mord die Tötung eines Menschen aus Mordlust, zur Erregung oder Befriedigung des Geschlechtstriebes, aus Habgier oder sonst aus niedrigen Beweggründen, heimtückisch oder grausam oder mit gemeingefährlichen Mitteln oder in der Absicht verübt, eine andere Straftat zu ermöglichen.

Nun ist aber in unserem Zusammenhang, in dem zu klären ist, ob die Charakterisierung des Handelns von Behörden und Amtsträgern im Zusammenhang des Todes der Stammheimer Gefangenen als Mord unter den Schutz der Presse- und Meinungsfreiheit fällt oder eine Beschimpfung des Staates darstellt, durchaus von Interesse, daß auch die juristische Definition von Mord geschichtlicher Wandlung unterlag.

Die obige Mord-Definition hat erst seit einer Änderung des Reichsstrafgesetzbuches von 1941 Gültigkeit. Zuvor lautete der Mordparagraph (§ 211 RStGB): „Wer vorsätzlich einen Menschen tötet, wird, wenn er die Tötung mit

Überlegung ausgeführt hat (Hervorhebung vom Verfasser), wegen Mordes ... bestraft.“ Die vor der faschistischen Machtergreifung herrschende Rechtsprechung hob also auf Überlegung ab und nahm dann Überlegung an, wenn der Täter „in genügend klarer Erwagung über den zur Erreichung seines Zwecks gewollten Erfolg der Tötung, über die zum Handeln drängenden und von diesem abhaltenden Beweggründe sowie über die zur Herbeiführung des gewollten Erfolges erforderliche Tätigkeit handelt“. (Zitiert nach „Entwurf eines Strafgesetzbuches“ von 1960, Bundesratsdrucksache 270/60)

Die Änderung des Mordparagraphen durch die faschistische Gesetzgebung verfolgte den Zweck, die mit Überlegung ausgeführte Tötung bestimmter Personenkreise — Juden, Behinderte, politische Gegner — zu legitimieren. (Siehe dazu Mannheimer Morgen, 17.10.1985) Die faschistische Gesetzgebung hob bei der Wertung einer Tötung als Mord statt auf die Überlegung auf die sogenannten „niedrigen Beweggründe“, die sogenannte „verwerfliche Gesinnung“ des Täters ab. Der völkische Rechtsgedanke, wie ihr Reichsrechtsführer Frank formulierte, lautete: „Alles, was dem Volke nützt, ist Recht, alles, was ihm schadet, ist Unrecht.“ Der damalige Staatssekretär im Reichsjustizministerium Dr. jur. Roland Freisler kam in seiner Begründung der Strafgesetzbuchänderung in der Zeitschrift „Deutsche Justiz“ vom 26.9.1941 dann auch auf den Kern: „Es gibt überlegte Tötungen, die die Verwerfung als Mord nicht nur nicht verdienen, sondern in einem seltenen Ausnahmefalle sogar einmal die Tötung selbst nicht als Totschlag strafbar erscheinen lassen.“ (S. 933)

Es sei hier dahingestellt, warum die Bundesrepublik Deutschland an dem faschistischen Mordparagraphen festgehalten hat. Worauf ich hinauswill: Die Überlegung, Gefangene aus der RAF zu töten, ist erwiesenermaßen angestellt worden, nicht in aller Stille, sondern in

aller Öffentlichkeit, nicht beiläufig, sondern über Wochen hinweg, nicht nur an irgendwelchen Stammheimen, sondern eben auch und zuallererst von Repräsentanten des staatlichen Gewaltmonopols.

Repräsentanten des staatlichen Gewaltmonopols erörtern die Tötung von RAF-Gefangenen

Die Tötung von Gefangenen aus der RAF wurde öffentlich abgewägt, losgelöst von Recht und Gesetz und höchstens noch im Hinblick auf nachträglich zu schaffende Gesetze.

Schon lange vor der Entführung Schleyers gab es, wie ein 1976 in zweiter Auflage erschienenes Buch Ernst Albrechts zeigt, die theoretische Erörterung von Fragen der Grenzen staatlichen Handelns und ihrer Überschreitung. Der spätere niedersächsische Ministerpräsident und Verantwortliche für das Celler Loch bejaht in seinem Werk „Der Staat — Idee und Wirklichkeit“ das sittliche Recht des Staates zu foltern. An dieser Stelle zitiere ich seine Überlegungen zum sittlichen Recht des Staates auf Töten. Er grenzt von den absoluten Werten der Tötung ab, wozu er das Leben zählt, und führt dazu aus:

„Diese Rechte sind keine absoluten Rechte, sie stellen keine unüberschreitbare Grenze für den Staat dar. Das bedeutet nicht ohne weiteres, daß ihnen in sachlicher Hinsicht ein minderer Rang zukäme. Es ist nicht der Rang, der die absoluten und die nicht absoluten Rechte erster Ordnung voneinander scheidet, sondern ihr Verhältnis zur Staatsaktivität. Die absoluten Rechte sind nur deshalb absolut, weil keine Situation denkbar ist, in denen ihre Verletzung unerlässlich wäre, um viel größere Werte zu bewahren, in denen also eine sittliche Pflicht bestünde, auf die genannten Rechte zu verzichten.“

Bei den nicht absoluten Rechten ist die Sachlage anders. Es kann Situationen geben, in denen ein noch größeres Unheil nur durch den Eingriff in diese Rechte abgewandt werden kann.

Da ist zunächst das Recht auf Leben, dessen ungeheure Bedeutung sich aus der Eigenschaft des Lebens als eines endierenden Grundwertes aller anderen Werte ergibt ... Und doch erscheint es in extremis nicht ausgeschlossen, daß der Staat das Leben seiner eigenen Bürger oder auch fremder Menschen opfern muß, um noch größeres Unheil zu verhindern ... Es sind dies jedoch äußerste Grenzfälle, und die Frage, ob das Töten von Menschen in der konkreten Situation erlaubt — und das heißt bei der Struktur dieser Situation dann immer auch geboten — ist oder nicht, kann nicht schematisch-kasuistisch, sondern nur in jeweils neuer Gewissensforschung und Prüfung aller Argumente für und wider sowie aller möglichen konstigen Lösungen entschieden werden.“ (S. 172ff)

Bei Gelegenheit der Schleyer-Entführung drangen die hier exemplarisch dokumentierten politischen Tendenzen, jegliche gesetzliche Schranke für staatliches Handeln einzureißen, in die Öffentlichkeit. Am 7.9.1977, nach der Entführung Schleyers, eröffnete die „Frankfurter Allgemeine“ eine öffentliche Diskussion, in deren Verlauf Repräsentanten des staatlichen Gewaltmonopols versuchten, sehr wohl wissend, was sie taten, eine Legitimation für staatliches Gewalthandeln außerhalb von Recht und Gesetz zu schaffen.

„... wenn die mörderische Macht der RAF gebrochen werden soll“, schrieb die „Frankfurter Allgemeine“, „wird die ganze politische Führung in der Bundesrepublik und auch das Volk — werden alle bald manches denken müssen, was sie bisher hartnäckig aus ihren Gedanken fernhielten“.

Wie mehrfach belegt, forderte der damalige Bundeskanzler Schmidt den „Kleinen Krisenstab“ auf, ohne Rücksicht auf irgendetwas „exotische Gedanken“ auszusprechen. Im „Spiegel“ 44/77 ist nachzulesen: „Eine kleine Gruppe hoher Beamter hatte tatsächlich alle nur denkbaren Möglichkeiten erörtert, ohne Rücksicht auf außenpolitische Komplikationen, ohne Rücksicht selbst auf das Grundgesetz. So spielten sie den Plan durch, im Zielland auch gegen den Willen der jeweiligen Regierung die Ankommenden zu kidnappen oder gar zu exekutieren.“ Die Protokolle des „Kleinen Krisenstabes“ sind bis heute geheim. In diesem Stab und an seinen geheimgehaltenen Überlegungen beteiligt waren auch die Personen, die für die Gefangenen aus der RAF verantwortlich waren: namentlich Bundesjustizminister Vogel (SPD) und Generalbundesanwalt Rebmann.

Stefan Aust enthüllt in seinem bereits zitierten Buch „Der Baader-Meinhof-Komplex“ Erörterungen am Rande des „Großen Krisenstabes“: „Verkleidet in die Form der Wiedergabe von Volkes Meinung warf Franz Josef Strauß z. B. den Vorschlag in die Diskussion, Standgerichte zu schaffen und für jede erschossene Geisel einen RAF-Häftling zu erschießen.“ (S. 472)

Die „Welt“ erklärte am 8.9.1977 in Erörterung der Frage, ob sich die BRD in einem Krieg mit der RAF befände: „Es gibt keine praktikable Maßnahme der Bekämpfung und Unterbindung, die im Krieg erlaubt wäre und die nicht schon jetzt unternommen werden könnte.“ Im Krieg, darauf wies der „Spiegel“ 39/77 hin, können gefangennommene Partisanen erschossen werden. In der gleichen Ausgabe des „Spiegels“ ist zu lesen: „Geiselerschießen — Baaders Ende in einer Gewehrsalve? Standrecht — kurzer oder auch gar kein Prozeß gegen Sonnenberg ... Mit allem Für und Wider will der Bonner CSU-Parlamentarier Lorenz Niegel die Todesstrafe diskutiert sehen ... Und ebenfalls dafür, die Todesstrafe bei Mord und eventuell bei Geiselnahme mit Todesfolge möglich zu machen“, war Bayerns Innenminister Alfred Seidl ... Die Todesstrafe für Terroristen hatte erstmalas Bundestagsvizepräsident Richard Stücklen nach dem Hijacking von Entebbe gefordert. Zwar räumte der CSU-Politiker ein, daß die Todesdrohung „die größten Fanatiker ebenso wie von der Tat abhalten kann wie Verückte“. Doch, so die gängige Begründung, der Tod banne die bei Politikern vorhandene Wiederholungsgefahr, vor allem aber: Ein toter Terrorist könne nicht mehr mit Geiselnahme und Erpressung befreit werden.“

Die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete am 10.9.77 von einer Sitzung der CSU-Landesgruppe im Bundestag, auf der neben der Wiedereinführung der Todesstrafe die Überlegung diskutiert worden sei, „wie man Erpressungsver-

suchen künftig standhalten könne — ob etwa durch die Erschießung gefangener Terroristen in halbstündigem Abstand — so lange, bis ein Entführer freigelassen werde“. Der „Spiegel“ gibt zwei Tage später, am 12.9., den CSU-Politiker Walter Becher wieder, der fragt, „ob nicht der Staat auf Geiselnahme und Geiselerschießung mit gleichen Mitteln antworten müsse. Bei weiterer Eskalation des Terrors sollte dann auch etwa mit den Häftlingen von Stammheim kurzer Prozeß gemacht werden.“ Die „Welt“ veröffentlichte am 29.9. den Leserbrief des Düsseldorfer Professors Dr. Wilfried Lange, der schrieb: „Niemand wird bestreiten, daß die Todesstrafe hier einen von der Vernunft bestimmten Zweck erfüllt: Ein Staat, der seine Terroristen hinrichtet, kann nicht mehr genötigt werden, sie nach Südjemen auszufliegen. Auch scheidet ein exekutierter Verbrecher künftig als Attentäter aus.“ Am 18.10.77, dem Todestag der Stammheimer Gefangenen, erscheint die „Frankfurter Allgemeine“ schließlich mit der Aufforderung, Tabus auszuräumen: „So etwa könnten die Fragen lauten: Muß der Staat gegenüber einem hochorganisierten, hochspezialisierten und von ausländischen Mächten unterstützten Mord-Terrorismus in der fatalen Grundsituation hoffnungsloser Unterlegenheit, gespenstischer Ungleichheit der Kampfmittel verharren? Muß es dabei bleiben, daß die Terroristen foltern, erpressen, morden und mit alledem jederzeit drohen können, der Staat jedoch auf die Erhaltung von Leben und Gesundheit der Bandenmitglieder verpflichtet ist und ihnen nichts androhen kann, was ihnen wirklich Angst macht ... Läßt sich nichts ändern an der deprimierenden Ungleichheit der Überlebenschancen zwischen den Bandenmitgliedern einerseits, den von Verfolgten und ihren Geiseln andererseits?“

Zerreißung der Legalität

Im Zusammenhang der Schleyer-Entführung haben Behörden und Amtsträger, die auf Recht und Gesetz verpflichtet sind, den Rahmen der Legalität erweiternmaßen verlassen. Die Exekutive hat Fesseln, die sie hemmen, gesprengt. Die Einrichtung der Krisenstäbe, deren Tätigkeit vollster Geheimhaltung unterlag, ist durch die Verfassung nicht vorgesehen. Mit ihrer Einrichtung wurden die Rechte der Legislative weitgehend suspendiert, die parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten waren durch die Geheimhaltung aufgehoben.

Die exekutiven Fahndungsmaßnahmen haben in großem Umfang das Recht des einzelnen auf Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis sowie auf die Unverletzlichkeit der Wohnung verletzt.

Ein Teil der Fahndungsmaßnahmen wie die Durchsuchung ganzer Häuserblocks und Personenkontrollen verstieß eindeutig gegen geltendes Recht und wurde erst nachträglich legalisiert.

Dabei wurde ein möglicher öffentlicher Gegendruck durch die weitgehende Aufhebung der Pressefreiheit — die auch dann unrechtmäßig ist, wenn sie durch die großen Verleger akzeptiert wird —, von vornherein ausgeschaltet.

Und: Die Verhängung der Kontaktsperrre gegen die Gefangenen war nicht nur unmenschlich, sondern auch illegal. Die spätere Legalisierung mißachtete alle Regeln der Gesetzgebung und war darüber hinaus mit der Täuschung des Parlaments hinsichtlich der Begründung (angebliche Steuerung der RAF-Aktion aus der Zelle heraus) verbunden.

Auf einem Symposium der Siemens-Stiftung im Juni 1978 sagte der Staatsrechtler Prof. Josef Isensee: „Das Jahr 1977 lieferte in der Entführung Schleyers und in der Abhöraffäre Traube zwei Lehrstücke dafür, daß sich der Ernstfall der Republik in ein noch so fein geknüpftes Gesetzesnetz nicht einfangen läßt ... Im realen Effekt jedenfalls haben die Verfassungsorgane mit ihrer Reaktion den Polizeirechtsfall als Ernstfall der Republik akzeptiert und den Störern den Kombattantenstatus, den sie sich anmaßen, zugebilligt ... In beiden Ereignissen, im echten Ernstfall und im vermeintlichen Ernstfall, flammt die archaische Notrechts des Staates auf. In der Grenzlage der totalen Herausforderung zerriß die Staatsgewalt das verfeindete, effizienzhemmende Geflecht der Legalität — unter Berufung auf die Legitimität.“ (A. Peisl, A. Mohler, Hrg., Der Ernstfall, Schriften der Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung)

Der Tod der Stammheimer Gefangenen

Die Zerreißung der Legalität unter Berufung auf die Legitimität und die nach-

trägliche Rechtfertigung dessen enthüllen die Tendenz zum Faschismus, die im Herbst 1977 offen zutage trat.

Es gab damals nicht nur die von Repräsentanten des staatlichen Gewaltmonopols geführte Diskussion über die Tötung von RAF-Gefangenen; es gab nicht nur eine breite öffentliche Strömung, die die Gefangenen tot wünschte — sondern: Am Ende waren Gefangene tot.

Die Gefangenen befanden sich in der Obhut des Staates. Infolge der Sondermaßnahmen, die in der totalen Kontaktsperrung bei gleichzeitig unbegrenzter Kontrolle jeder Lebensäußerung und bei freiem, extensivem Zugang für Behörden den kulminierten, war der Gewahrsam gesteigert bis zur völligen Verfügungsgewalt des Staates über die Gefangenen.

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat im Todesermittlungsverfahren auf Selbsttötung erkannt. Aber weder die Staatsanwaltschaft Stuttgart noch der Untersuchungsausschuß des baden-württembergischen Landtags, der schon vor Abschluß der kriminaltechnischen Untersuchungen zum gleichen Ergebnis gekommen war, haben die Untersuchungen so weit und so gründlich betrieben, daß die in der Öffentlichkeit bestehenden begründeten Zweifel über die Todesumstände ausgeräumt worden sind. Diese Zweifel sind nicht nur Gegenstand mehrerer Bücher, sondern haben z. B. die baden-württembergische Landtagsfraktion der Grünen noch Mitte der 80er Jahre zu mehreren parlamentarischen Anfragen veranlaßt.

Zum Beleg dafür, daß die Staatsanwaltschaft Stuttgart die Untersuchungen nicht bis zur Aufklärung getrieben hat, soll hier nur auf zweierlei hingewiesen werden:

Die Tatsache, daß Irmgard Möller ausgesagt hat, daß sie sich ihre schweren Verletzungen nicht selbst zugefügt habe und daß die Gefangenen nicht ihre Selbsttötung verabredet hätten, hat die Ermittlungsbehörde nicht veranlassen können, die Tötung der Gefangenen durch Dritte zum Gegenstand der Untersuchung zu machen.

Die Tatsache, daß Gefangene zu Tode kamen, die umfassend abgeschirmt und umfassend kontrolliert waren, hat im Todesermittlungsverfahren nicht einmal am Rande eine Rolle gespielt. Die abschließende Aussage, daß eine strafrechtlich relevante Beteiligung Dritter nicht vorliege, hält schon deshalb einer kritischen Würdigung nicht stand, weil die Frage der Verantwortung Dritter für die Tod der Gefangenen nicht einmal für den Fall der Selbsttötung untersucht wurde.

Gerade weil die Kontrolle und die Abschirmung voneinander und von allen Verbindungen nach draußen so total waren, hätte die Staatsanwaltschaft bei ihren Ermittlungen davon ausgehen müssen, daß, was immer in Stammheim geschehen ist, Handeln seitens zuständiger Amtsträger Voraussetzung war. Mit der Kontaktsperrung waren den Gefangenen auch die allerletzten Bedingungen für selbstbestimmtes Handeln geraubt und waren den Verantwortlichen alle Mittel zur Beeinflussung bis hin zur Täuschung und vollständigen Manipulation der in ihrem Gewahrsam Befindlichen in die Hand gegeben. Die Gefangenen waren ihnen in allem, was sie taten, und in allem, was ihnen geschah, ausgeliefert. Unter diesen Bedingungen müssen sich die Verantwortlichen den Tod der Stammheimer Gefangenen als ihre Tat zurechnen lassen. Das gilt nicht weniger für den Fall der Selbsttötung wie für den Fall der Tötung der Gefangenen durch Dritte.

Die Ermittlungsbehörden aber haben diese entscheidenden Todesumstände völlig außer acht gelassen. Sie haben nicht vorbehaltlos untersucht und die Frage der strafrechtlichen Schuld der verantwortlichen Behörden — von der politischen und moralischen Schuld — überhaupt nicht zu reden — überhaupt nicht aufgeworfen.

Daß die Selbsttötungsversion selbst bei denen Zweifel hinterlassen haben muß, die sie die ganze Zeit vorbehaltlos vertriebenen, wurde erst jüngst deutlich. Anläßlich von Aussagen ehemaliger RAF-Mitglieder, sie wären damals eher von der Selbsttötung der Gefangenen ausgegangen, schrieb die „Welt“ am 19.11.90, daß „der Stammheimer Selbstmord-Komplex jetzt völlig geklärt erscheint“ — was heißt das andere, als daß dieses rechte Kampfblatt mit seinen exzellenten Verbindungen zu den Staats-schutzbehörden seit 13 Jahren nicht davon ausgegangen ist, daß der ganze „Komplex“ „völlig geklärt“ worden ist.

Am Anfang stand damals, 1977, die

Forderung nach Aufklärung. Da diese nicht erfüllt wurde, haben sich die Zweifel an der Darstellung der Behörden bei vielen Menschen zwangsläufig verdichtet. In Abwägung aller bekannten und unbekannten Tatsachen kann unter den genannten Umständen niemand gezwungen werden, den Tod der Stammheimer Gefangenen als „Freitod“ aufzufassen und hinunnehmern.

Unterdrückung des Meinungsbildungsprozesses durch Sprachlenkung

Was geschieht nun, wenn Menschen, die diese Zweifel wachhalten wollen, indem sie die Widersprüche der amtlichen Version aufzeigen und erklären, warum diese Version sie nicht von ihrer Ansicht abbringen kann, die Gefangenen seien ermordet worden, was geschieht nun, wenn diese Menschen strafrechtlich verfolgt werden?

Ich behaupte, daß Staatsorgane mit den Mitteln des Strafrechtes in einen Meinungsbildungsprozeß eingreifen, und zwar in einen Meinungsbildungsprozeß, in dem Staatsorgane und Amtsträger selbst Ziel der Anklage, Ziel der Kritik sind. Das Ergebnis des Verfahrens gegen uns wird, wie leicht einzusehen ist, niemals die Zerstreitung der vorhandenen, begründeten Zweifel sein können. Das ist auch gar nicht Gegenstand des Verfahrens. Gegenstand des Verfahrens ist vielmehr die einseitige Behinderung einer unvermeidlich stattfindenden Diskussion, die Unterdrückung einer politischen Anklage.

Es fragt sich, ob diejenigen, die diese Anklage erheben, wach halten wollen, auf die Charakterisierung des Todes der Stammheimer Gefangenen als Mord verzichten können.

Sie können es nicht. Der Begriff Mord wird in der Volkssprache wie in der Literatur oft als Metapher verwendet, um in höchstem Maße lebensverachtendes, lebensgefährdendes und lebensvernichtendes Verhalten zu charakterisieren und zu ächten. Dabei ist die Vorstellung von Mord, wie sie sich sprachgeschichtlich herausgebildet hat, eng mit der Absicht des Handelnden und seiner Überlegung verflochten, was sich zeitweilig ja auch im juristischen Mord-Begriff niedergeschlug. Die Charakterisierung als Mord weist den verantwortlichen Behörden die politische Verantwortung und moralische Schuld am Tod der Stammheimer Gefangenen zu.

Diejenigen, die diese Anklage erheben, können ihre Auffassung, daß fremde Absicht und fremde Überlegung das Geschehen in Stammheim bestimmten, in der allgemeinen deutschen Sprache nicht anders ausdrücken als durch die Verwendung des Begriffs Mord. Wollten sie ihre Auffassung umschreiben, müßten sie sich einer Fachsprache bedienen. Ein solches Verlangen würde Menschen, die nicht Jura oder vielleicht noch Germanistik studiert haben, in ihrem Recht auf Meinungsausübung zumindest einschränken.

Wenn nicht verboten werden kann zu sagen: Für den Tod der Stammheimer Gefangenen tragen Behörden die Verantwortung, aber verboten werden soll zu sagen: Die Stammheimer Gefangenen sind ermordet worden, dann liegt nach unserer Auffassung Sprachlenkung vor. Dann versuchen Staatsorgane, die Bevölkerung, d.h. das politische Subjekt, durch Eingriff in die Sprache daran zu hindern, sich mit einer Sache, dem Tod von Gefangenen, zu befassen und sich frei eine Meinung zu bilden. Naturalgemäß kann die Bevölkerung — oder anders ausgedrückt: das Volk als das Souverän — nur in der allgemeinen Sprache kommunizieren und seine Meinung bilden. Fachsprache zu verordnen, ist im konkreten Fall gleichbedeutend damit, dem Souverän die Diskussion über das Geschehen in Stammheim 1976/77 überhaupt zu verbieten.

Für solche totalitäre Sprachlenkung gibt es geschichtliche Beispiele, die zeigen, daß mit diesem Mittel sogar restlos klare Tatbestände undisputierbar gemacht werden und daß mit der freien Bildung der öffentlichen Meinung auch die politische Verantwortlichkeit des Staates hinwegverschwindet. So hat der faschistische Staat über das Reichspropagandaministerium und die gleichgeschaltete Presse Sprachlenkung betrieben und z.B. verboten, die Annexion Österreichs Annexion oder Anschluß zu nennen; die Besetzung der Slowakei Besetzung zu nennen; die Tötung von Behinderten Euthanasie zu nennen; die Kolonialisierung des Ostens Kolonialisierung zu nennen. Damit will ich die Reihe der Sprachverbote und Sprachgebote, die sich noch lange fortsetzen ließen, schlie-

ßen. (Quelle: Erfolg und Mißerfolg der nationalsozialistischen Sprachlenkung, in: Zeitschrift der deutschen Sprache, Bd. 22-27, 1966-1971)

In diesem Verfahren will die Staatsanwaltschaft eine formelle Verurteilung erreichen (Behauptung Mord gleich Staatsverleumdung). Damit es dazu kommt, muß das Gericht nur so tun, als ob — sagen wir — die rechtlich falsche Anwendung des Begriffs Mord in einem Gerichtsurteil irgendwie vergleichbar sei mit einer Meinungsausübung von Menschen, die — das zeigt sich im konkreten Falle — vor allem eine Wiederholung eines so schrecklichen Geschehens verhindern wollen.

Gesteuerte Pressekampagne, Sanktionen gegen Gefangene im Dezember 1989

Aus der vollständigen Erklärung der Angehörigen im Info Nr. 30 wird ersichtlich, daß sie ihre Anklage aus großer Not heraus erheben. Ihr Zweck ist für den Durchschnittsleser erkennbar der Schutz der Gefangenen aus RAF und Widerstand. Sie verfolgen mit ihrer zweifellos schroffen Anklage berechtigte Interessen, nämlich die Öffentlichkeit auf eine Gefahr für ihre Angehörigen in den Gefängnissen hinzuweisen und diese dadurch zu schützen. Es kann bewiesen werden, daß sie allen Anlaß haben könnten, um die Unversehrtheit der ihnen nahestehenden Menschen zu fürchten.

Ahnlich wie 1977 nach der Schleyer-Entführung setzte auch nach dem Attentat auf Herrhausen eine allgemeine, gesteuerte Pressekampagne ein, daß Gefangene aus der RAF den Anschlag aus der Zelle heraus gelenkt hätten. Die illustrierte „Quick“ kam am 7.12. mit der Schlagzeile auf der Titelseite: „Das Todesurteil für Alfred Herrhausen wurde im Knast gefällt.“ Im Artikel wird dann behauptet, der Gefangene Helmut Pohl habe einen Kassiber aus der Zelle geschmuggelt und damit den „Befehl zur Exekution“ gegeben. (S. 16) Die Behauptung, der Brief sei aus dem Gefängnis geschmuggelt, wurde wider besseres Wissens aufgestellt, denn schon Tage vorher war amtlich bestätigt, daß der Brief durch die Zensur gegangen und vom Zensurbeamten nicht beanstanden worden war. (S. z. B. „Welt“ am 4. und 5.12.) Die Lüge vom „Schmuggeln“ hatte offenbar keinen anderen Sinn, als die Behauptung, Helmut Pohl habe mit dem Brief die „Exekution befohlen“, glaubhaft zu machen.

Andere Zeitungen haben — und dieser Vorgang ist noch skandalöser — die Behauptung, der Anschlag sei aus der Zelle heraus gelenkt worden, durch direkte Fälschung des Briefs von Helmut Pohl zu stützen versucht. Beispielhaft dafür stehen die beiden überregionalen Tageszeitungen „Die Welt“ und „Frankfurter Allgemeine“, die am 1.12. wortgleich angebliche Zitate aus dem Brief Helmut Pohls zitierten.

In der „Welt“ hieß es: „Nicht nur die konkreten Tatumsände weisen auf die RAF hin. Helmut Pohl, der als Sprecher der mehr als 40 inhaftierten Terroristen aufgetreten war, schrieb Ende Oktober aus seiner Zelle an die RAF-Häftlinge, jetzt ist die Zeit gekommen, den Kampf wieder mit allen Mitteln aufzunehmen“. Die RAF solle „mit voller Power weitermachen“. Pohl hatte zudem durchblicken lassen, daß nach dem Scheitern des zehnten Hungerstreiks der Häftlinge Mitte Mai die „Initiative für weitere Aktionen der RAF an die kämpfende Ebene abgegeben werden solle.“ Soweit die „Welt“, entsprechend die „FAZ“.

Tatsächlich jedoch finden sich die angeblichen Zitate, die hier angeführt werden, in dem Brief von Helmut Pohl entweder gar nicht oder in eindeutig anderem Zusammenhang.

Das angebliche Zitat: „Jetzt ist die Zeit gekommen, den Kampf wieder mit allen Mitteln aufzunehmen“, lautet in Wirklichkeit: „Jetzt ist die Zeit, die Zusammenlegung und mit ihr als Übergang die Perspektive für unsere Freiheit zu erkämpfen. Das werden wir mit allen Mitteln tun, also auch wieder mit Hungerstreik, wenn es nicht mehr anders geht.“

Das angebliche Zitat „mit voller Power weitermachen“ findet sich in dem Brief nicht.

Das angebliche Zitat „Initiative für weitere Aktionen der RAF an die kämpfende Ebene abgegeben“ findet sich in dem Brief nicht. An einer Stelle heißt es, als Resümee zum Hungerstreik und zu den ergebnislos gebliebenen Bemühungen der Gefangenen, nach Abbruch des Hungerstreiks durch Vermittlung der Evangelischen Kirche doch noch Ande-

rungen der Haftbedingungen zu erreichen: „Ein zweites ist, und das soll als Schlußstrich jetzt auch klar sein, das, was wir an Möglichkeiten in diesem Abschnitt hatten, ist vorbei — insoweit wir für andere in dieser Zeit die Initiative an uns gezogen hatten und das ihre eigene mitbestimmt hat, ist das alles wieder abgegeben.“

Der Brief Helmut Pohls war im Angehörigen-Info abgedruckt. Der Verlag, der von der Fälschung mitbetroffen war, ist ihr damals unverzüglich nachgegangen und ist dabei auf eine dpa-Meldung gestoßen, die die Quelle aller Fälschungen in den Tageszeitungen war. D.h., alle Fälschungen finden sich in der dpa-Meldung 194 — Bonn/1242 des dpa-Korrespondenten Friedrich Kuhn. Erst auf Intervention des Verlags hin gab dpa tags darauf eine neue Meldung aus, in dem Auszüge aus dem Brief diesmal richtig wiedergegeben wurden und die Zitatfälschungen der vorherigen Meldung insofern zugegeben wurden, als es dort am Ende heißt: „... dpa hatte darüber hinaus in einem Korrespondentenbericht aus Bonn am 30. November ...“

I. Vorwort

In diesem Prozeß gegen das Angehörigen-Info Nr. 30 geht es nur vordergründig um die Presseerklärung der Angehörigen der politischen Gefangenen vom 16.12.89. Hierin erinnern die Angehörigen an die Morde an den Gefangenen Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und Ingrid Schubert 1976/77. Ich gehe noch später darauf ein, warum die Angehörigen mit solch einer Selbstverständlichkeit von Mord reden und warum sie es gerade in der Situation nach dem Anschlag auf den Vorstandssprecher der Deutschen Bank Herrhausen getan haben.

Ich meine, es geht nur vordergründig um unsere Erklärung, weil dieser Prozeß nur ein Teil von zunehmenden Angriffen gegen unser Info ist.

Ich möchte es hier am Anfang gleich ganz deutlich sagen: Die BAW greift gezielt unser Info an. Alle Verfahren gegen das Info werden bisher nur von ihr betrieben. Die BAW ist die zentrale Behörde für Verfolgung von Widerstand, woran die politische Intention in diesem Prozeß klar wird. Es ist mir wichtig, dies so zu sagen, weil wir diesen Prozeß nicht isoliert sehen dürfen, sondern im Zusammenhang mit den anderen Verfahren und der zunehmenden Medienhetze gegen die Gefangenen, uns Angehörige und den Widerstand. Bevor ich deswegen etwas zur Anklage sage, will ich zuerst darauf eingehen, warum es Angehörigen das Info wollen, warum es uns so wichtig ist.

II. Das Angehörigen-Info, Schutz und Öffentlichkeit für die Gefangenen!

Als die politischen Gefangenen 1989 für ihre Zusammenlegung in den Hungerstreik traten, war uns Angehörigen sofort klar, daß wir kontinuierlich über die Situation in den Gefängnissen und über die Solidarität draußen Öffentlichkeit herstellen mußten. Mit Hilfe des GNN-Verlags, der Herstellung und Vertrieb übernahm, gelang es uns schnell, wöchentlich über die aktuelle Situation zu berichten.

Das Hungerstreik-Info wurde viel gelesen, dies trug mit zum Schutz der Gefangenen bei.

Natürlich wollten wir auch, daß Gruppen und Einzelpersonen authentisch etwas von den Gefangenen im Hungerstreik erfahren, sich mit deren Briefen auseinandersetzen und die Forderungen nach Zusammenlegung und Freilassung aller Haftunfähigen unterstützen. .

Aber auch umgekehrt sollten die Gefangenen etwas von den Menschen draußen, ihren Diskussionen und ihrer Solidarität mitkriegen.

Uns selbst hat die Arbeit am Info, sowie überhaupt die Öffentlichkeitsarbeit, nicht nur Mühe, sondern auch sehr viel Freude gebracht. Wir lernten Menschen im In- und Ausland kennen, die sich z.T. ganz neu mit den Forderungen der Gefangenen auseinandersetzen und die uns viel Solidarität entgegenbrachten. Das wollten wir natürlich auch nach dem Hungerstreik aufrechterhalten, zumal die Forderungen nicht erfüllt wurden.

Wir Angehörigen setzen und setzen uns weiter dafür ein, daß die Gefangenen miteinander und mit Menschen draußen diskutieren können. Wir wollen uns als lebendige Menschen mitkriegen und voneinander lernen. Wir wollen Isolation durchbrechen. Das heißt, wir geben in erster Linie den Gefangenen in

Pohl mit Äußerungen zitiert, die aus anderer Quelle stammten.“ Dafür, daß die fraglichen Äußerungen von Helmut Pohl stammten, wird kein Beweis erbracht.

Auf diese „andere“, äußerst trübe „Quelle“ gibt es dennoch Hinweise. Wer kann sich denn mit einer gewissen Autorität gegenüber den Medien auf nicht-öffentliche Äußerungen von Gefangenen berufen, wenn nicht diejenigen Behörden, von denen jeder Journalist weiß, daß sie jede Äußerung der Gefangenen nahezu lückenlos kontrollieren? Wer den Herrn Kuhn mit falschen Zitaten gefüttert hat, muß ihm als glaubwürdig, weil kompetente Quelle erscheinen sein. Vor allem verschiedene Verfassungsschutzbeamte haben den Brief von Helmut Pohl als Aufforderung zu Anschlägen ausgedeutet, so auch der oberste Beamte im Hamburger Verfassungsschutz, Herr Lochte. Dieser wird in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 1.12. wie folgt wiedergegeben: „Ein anderer Auslöser (für den Anschlag — Verf.) sei das Kassibei des verurteilten Terroristen Helmut Pohl gewesen. Der Verfassungsschutz habe ihn als Aufforderung

an den „harten Kern“ interpretiert, nach der Phase des Hungerstreiks mit „militärischen Mitteln“ weiterzuarbeiten.“

Fazit: Eine trübe Quelle hat dpa mit gefälschten Zitaten gespeist und dadurch eine Pressekampagne in Gang gesetzt, mit der den Gefangenen aus der RAF und exemplarisch Helmut Pohl die politische Urheberschaft an dem Attentat zugeschrieben wurde. Da die Äußerungen Helmut Pohls eindeutig genug waren, um nicht ohne weiteres im gewünschten Sinn uminterpretiert werden zu können, wurden seine Äußerungen einfach gefälscht. Die politischen Absichten dieser trüben Quelle können hier nicht umfassend untersucht werden. Eine Absicht war es, das Strafbedürfnis gegen die Attentäter, die man nicht hatte, an Menschen auszulassen, die man in der Gewalt hatte, an den Gefangenen. Tatsächlich wurden auf Veranlassung der Bundesanwaltschaft sofort die Zellen von 26 Gefangenen aus RAF und Widerstand durchsucht und wurden verschärfe Isolationsmaßnahmen verhängt. Die Situation nahezu aller Gefangenen wurde seither verschärft.

In dieser Situation hat sich die Angehörigen-Gruppe — „...in großer Sorge um unsere Angehörigen, die politischen Gefangenen in der BRD“, wie sie schrieb — an die Öffentlichkeit gewandt. Sie wollte darauf hinweisen, daß der Staat die Gefangenen als Geiseln hält, und sie wollte auf die selbstverständlich beunruhigenden Parallelen zu 1977 hinweisen. Die Angehörigen-Gruppe wollte, wie sie erklärte, der öffentlichen Hetzkampagne entgegentreten und so den Gefangenen Schutz bieten. Sie wollte verhindern, daß die Gefangenen — wie 1977 — als Geiseln für Anschläge draußen genommen werden.

Es geht in der konkreten Erklärung ganz offensichtlich um die Achtung von Verhaltensweisen von Behörden und Amtsträgern, in deren Verlauf in staatlichem Gewahrsam befindliche Gefangene ums Leben kommen. Die Achtung soll die Wiederholung verhindern. Das ist das Anliegen der Angehörigen.

Amtsträger, die sich durch solche Äußerungen verunglimpt sehen, müssen nur dafür Sorge tragen, daß unter

ihrer Verantwortung solches nicht kommt. Verlieren Gefangene unter ihrer Verantwortung ihr Leben, müssen sie sich Vorwürfe gefallen lassen. Haben Gefangene unter den geschilderten Umständen ihr Leben verloren, müssen die Verantwortlichen, die nie zur Verantwortung gezogen wurden, lernen, mit Vorwürfen zu leben. Und wenn sie sich solche nicht selbst machen, ist es um so nötiger, daß es die Öffentlichkeit tut.

Daß die Angehörigen ihre Anklage in der Öffentlichkeit erheben, fällt unter den Schutz der Meinungsfreiheit. Vom Verlag kann nicht verlangt werden, daß er das unberechtigte Interessen der Bundesanwaltschaft, die dieses Verfahren angestrengt hat, an Schutz vor politischer Anklage durch Wegzensieren genügen. So dehnbar ist nicht einmal der Gesinnungsparagraph 90a, daß er ein solches Verlangen deckt.

In Abwägung all dessen habe ich den Abdruck der fraglichen Erklärung für rechtmäßig gehalten und halte sie auch weiterhin für rechtmäßig.

Christiane Schneider

ler und politischer Maßnahmen dieses Verfahrens getötet worden.“

Meine Schwester Christa Eckes sagte nach dem Tod von Ulrike Meinhof bei einem Besuch zu mir: „Wenn Du irgendwann einmal gesagt bekommst, ich hätte Selbstmord gemacht, mußt du wissen, daß es nicht stimmt. Ich will leben und kämpfe für das Leben.“ Das hat sie so eindringlich gesagt, daß ich es nie vergessen habe. Andere Angehörige können das gleiche berichten. Diese Aussagen sind ausschlaggebend für uns.

Darüber hinaus gibt es noch mehr wichtige Punkte, die für Mord sprechen:

1. Die Widersprüche, die es in den Ermittlungen gab, sind nie geklärt worden, sie schließen Selbstmord aus.
2. In der vor dem 18.10.77 gelaufenen Medienkampagne wurde von offizieller Seite die Möglichkeit der Ermordung der Gefangenen erwogen.
3. Es gibt Indizien, die für einen Mord sprechen.
4. Es ist von Anfang an nur in Richtung Selbstmord ermittelt worden.

Schon am Todestag wurde in den Nachrichten von Selbstmord gesprochen. Also zu einer Zeit, wo es noch gar nicht geklärt worden sein konnte. BKA-Kriminaloberrat Günter Textor, Leiter der „Sonderkommission Stammheim“, der mit der Untersuchung der Todesfälle in Stammheim beauftragt wurde, erklärte im „Stern“ Nr. 45/1980, für ihn habe von Anfang an festgestanden, daß es sich um Selbstmord handele. Er sagte: „In anderer Richtung haben wir nie ermittelt, und von der Staatsanwaltschaft haben wir auch keine entsprechenden, über Selbstmord hinausgehenden Ermittlungsaufträge bekommen.“

Wir Angehörigen haben unter diesen Umständen das Recht, von Morden zu sprechen. Gestützt werden wir dabei von Beschlüssen der Vereinten Nationen.

VI. UNO-Dokumente, die sich mit Todesfällen von Menschen befassen, die sich in staatlicher Verfügungsgewalt befinden

Um außerlegale Hinrichtungen zu vermeiden und die Untersuchung solcher Fälle sicherzustellen, hat der Ökonomische und Soziale Rat der Vereinten Nationen 1989 mehrere Resolutionen und Beschlüsse gefaßt, wie damit umzugehen ist, wenn es zu Todesfällen von Menschen kommt, die sich unter staatlicher Verfügungsgewalt befinden.

Ich will mich im folgenden nur darauf beziehen, was in diesem Verfahren hier konkret für uns wichtig ist und woran noch einmal deutlich wird, daß das ganze Verfahren gegen uns vollkommen ungerechtfertigt ist und u.a. das Ziel verfolgt, für diesen Staat unbedeckte Wahrheiten nicht mehr sagen zu dürfen.

In den Dokumenten wird von den verantwortlichen Regierungen gefordert, daß in allen unklaren Todesfällen von Gefangenen sofort ein Untersuchungsverfahren eingeleitet werden muß, um genauestens den Grund, die Art, Zeit des Todes und die Verantwortlichkeit von Dritten zu klären. Insbesondere, wenn es Beschwerden von Angehörigen gibt, daß sie aufgrund der Umstände von einem unnatürlichen Tod ausgehen, müssen die Todesfälle genauestens und unvoreingenommen geklärt werden. Ich habe eben vieles dazu gesagt: Die Ergebnisse der staatlichen Ermittlungen waren schon veröffentlicht, bevor es überhaupt genaueste Untersuchungen gegeben hatte.

Prozeßberichterstattung von Adelheid Hinrichsen (Stand Anfang Dezember)

unserem Info eine Plattform, um sich darin anderen Menschen mitzuteilen. Wobei auch gesagt werden muß, daß über ein Info natürlich keine wirkliche gemeinsame Diskussion entstehen kann. Es kann nur ein Versuch bleiben, sich gegenseitig in Ansätzen mitzuteilen. Es ist sehr mühsam — wir müssen uns das mal für hier draußen vorstellen: Wir säßen vereinzelt in unseren Wohnungen und könnten uns nur über Publikationen verständigen. Zur wirklichen Diskussion brauchen die Gefangenen die Zusammenlegung in große Gruppen!

Dieses Bedürfnis nach gemeinsamer Diskussion um revolutionäre Politik wird nun immer wieder kriminalisiert. Briefe, die über Zensur normal das Gefängnis verlassen haben, werden im nachhinein als Kassibei bezeichnet, und die Angehörigen und Anwälte sollen laut „Welt“ die „Boten“ der Gefangenen sein.

III. Warum die Angriffe auf das Info und die Angehörigen?

Das Interesse des Staates ist es, das Problem, das die politischen Gefangenen für ihn sind, endlich einmal loszuwerden. Er versucht, die politische Identität der Gefangenen durch Isolation zu brechen und die Diskussion der Gefangenen mit gesellschaftlichen Gruppen draußen zu verhindern, und behauptet zugleich, es gäbe keine politischen Gefangenen:

Wir Angehörigen durchkreuzen mit unserer kontinuierlichen, jahrelangen Öffentlichkeitsarbeit das Interesse des Staates, die Gefangenen mundtot zu machen. Immer wieder machen wir auf die Situation der politischen Gefangenen aufmerksam, und nun lassen wir die Gefangenen in unserem Info auch noch zu Wort kommen.

Der Staat möchte, daß das Bild, das die bürgerlichen Medien von den Gefangenen geben — nämlich: verrückte, kaltblütige Monster —, bestehen bleibt. Wir setzen dem entgegen, die Gefangenen als ernsthafte, liebende, nachdenkliche, offene Menschen, die eine Sehnsucht nach einem Leben ohne Unrecht in sich haben. Dagegen will der Staat, daß die Menschen hier draußen nicht begreifen sollen, worum es den Gefangenen geht, nämlich um ein menschenwürdiges, freies Leben für alle Menschen, ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Deswegen soll eine Ausweitung der Diskussionen mit den Gefangenen von der BAW verhindert werden, und das Info soll weg, weil der Staat allein die politische Diskussion bestimmen will. So forderte Rebmann im Februar alle dazu auf, das Angebot eines gesellschaftlichen Dialogs mit der RAF nicht weiter zu verfolgen. (taz, 21.2.90)

Wir sind dieser Aufforderung nicht gefolgt und werden deswegen von der BAW mit Verfahren und Einschüchterungsversuchen seitens der Medien angegriffen.

Das Ziel dieser Angriffe soll das Aus- schalten des Infos sein.

Sorge macht uns dabei auch die Medienkampagne der letzten Zeit gegen die Gefangenen und gegen uns Angehörige. Ich will hier ein paar Zeitungsausschnitte vorlesen, die für sich sprechen.

„Welt“, 27.7.: „Von Stahl spricht von großer Wahrscheinlichkeit, daß die

Operationen auch aus den Gefängnissen heraus gesteuert würden. Helmut Pohl und Brigitte Mohnhaupt hätten unter anderem mit „Verwandtenrundbriefen“ hinreichend auf sich selbst aufmerksam gemacht ... Wer leistete Botendienste? Die Verwandten, die Anwälte?“

„Bild am Sonntag“, 29.7. — Wolfgang Zeitlmann, innenpolitischer Experte der CSU: „Um den terroristischen Sumpf endgültig auszutrocknen, müssen die Kontakte zwischen einsitzenden Gewalttätern und ihren Gesinnungsgegnern außerhalb der Gefängnisse komplett überwacht werden — bis hin zu völiger Kontaktsperrre!“

„Welt“, 30.7.: „Weiter sollte nach Meinung vom bayrischen Innenminister Stoiber die Intention des Kontaktsperrgesetzes neu formuliert werden.“

Dazu fand am 21.8. im Kanzleramt ein Spitzengespräch der Koalitionsparteien mit Sicherheitsexperten statt, wobei es u.a. um das Kontaktsperrgesetz ging.

Das heißt, daß der Staat über eine Neuformulierung des Kontaktsperrgesetzes sich die Möglichkeit schaffen will, die Gefangenen jederzeit und willkürlich von der Außenwelt abzuschotten und sie damit von jeder politischen Diskussion auszuschließen. Dazu gehört auch die Vernichtung des Infos.

Um diese Verschärfung durchsetzen zu können, wird der Öffentlichkeit erzählt, die Aktionen draußen würden aus der Zelle heraus gesteuert.

An dieser Stelle komme ich nun zu dem Punkt, um den es hier konkret im Prozeß geht, nämlich um die Situation 1977 in Stammheim. Es wurde damals eine ähnliche Medienkampagne wie jetzt geführt, über die Konstruktion Zelleneinstellung wurde das Kontaktsperrgesetz eingeführt, und während dieser dann mehrere Wochen lang durchgeföhrten Kontaktsperrre fanden dann die Morde an den drei Gefangenen in Stammheim statt und der Mordversuch an Irmgard Möller.

IV. Die Situation bei den Gefangenen nach Anschlägen

Ich möchte die Situation der politischen Gefangenen schildern nach der Aktion gegen den Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Herrhausen.

Die Gefangenen wurden, bevor sie überhaupt wußten, um was es ging, in andere Zellen verschleppt und dort mehrere Tage total isoliert gehalten, außerdem wurden Besuchsverbote ausgesprochen. Die Zellen wurden durchsucht, und in den Medien wurden die politischen Gefangenen als die Verantwortlichen für die Aktion dargestellt. Schon am Abend nach der Aktion wurde unser Angehörigen-Info in der Tagesschau gezeigt mit einem Brief von Helmut Pohl. Dieser Brief sollte der Auslöser für die Aktion gewesen sein. Von meiner Schwester Christa Eckes bekam ich einen Brief, in dem es u.a. heißt: „Am Donnerstagmorgen um ca. 10.30 Uhr kam die Anstaltsleiterin zu uns in die Zellen und sagte, ab sofort sei Kontaktsperrre. Wir haben es erst gar nicht geglaubt. Auf unsere Frage, warum, sagte sie, Herrhausen sei in die Luft gesprengt worden, und es sei nicht klar, ob wir was damit zu tun hätten. Die Kontaktsperrre

sei eine vorläufige Entscheidung, und mehr könnte sie zur Zeit nicht sagen, vielleicht am Nachmittag.

Wir seien ab sofort voneinander getrennt, auch kein Kontakt zu anderen Gefangenen — also, in die Zellen und zu.

Sie reagieren mit Kontaktsperrre gegen uns, wenn draußen ein Angriff läuft. Es ist wieder das Alte: die Gefangenen als Geiseln gegen die Entwicklungen des Kampfes draußen — jetzt in der unmittelbaren Reaktion, wie es angelegt ist, so zugespielt wie seit '77 nicht mehr.

Das wird in dem Durchsuchungsbericht der BAW vom selben Tag zementiert. Hierin heißt es u.a.: „Die Ausführungen enthalten nicht nur das Signal zur Begehung von Anschlägen, sie deuten auch darauf hin, daß Pohl und andere inhaftierte RAF-Mitglieder konspirativ an der Planung der von in Freiheit befindlichen RAF-Mitgliedern verübten Tat beteiligt sind.“

In solch einer Situation ist der erste Gedanke von uns Angehörigen: Wie können wir unsere Kinder und Geschwister jetzt vor weiteren Angriffen schützen? Wir hatten große Sorge und Angst um sie. Aus dieser Angst und Sorge heraus haben die Angehörigen die Presseerklärung geschrieben, in der sie daran erinnerten, daß in einer ähnlichen Situation, nämlich Kontaktsperrre und Medienkampagne, die Morde in Stammheim möglich waren.

V. Warum sagen die Angehörigen „Mord“?

Warum sagen sie es mit solch einer Sicherheit? Wir können es zunächst aus unserem Verhältnis zu unseren Kindern und Geschwistern heraus erklären. Wir kennen und lieben unsere Angehörigen in den Gefängnissen. Wir wissen, daß sie ganz genau mit Wahrheit umgehen. Und vor allen Dingen wissen wir, daß sie für das Leben kämpfen, was sich ja auch in der Forderung nach Zusammenlegung ausdrückt. Irmgard Möller, die die Nacht vom 18.10.77 überlebt hat, sagte nach dem 18.10.77 noch in der Klinik vor dem Staatsanwalt: „Ich erkläre ausdrücklich, ich habe weder einen Selbstmordversuch begangen, noch intendiert, noch war eine Abrede dagegen. Ich hätte dies abgelehnt und lehne dies ab; es war immer klar gewesen zwischen uns, das ist nicht unsere Sache und unsere Politik.“

In einem am 10.10.77 beim OLG Stuttgart eingegangenen Beschwerde- schreiben an den Strafsegen sagt Andreas Baader folgendes:

„Aus dem Zusammenhang aller Maßnahmen seit sechs Wochen und ein paar Bemerkungen der Beamten läßt sich der Schlüß ziehen, daß die Administration oder der Staatschutz, der — wie ein Beamter sagt — jetzt permanent im 7. Stock ist, die Hoffnung haben, hier einen oder mehrere Selbstmorde zu provozieren, sie jedenfalls plausibel erscheinen zu lassen.“

Ich stelle dazu fest: Keiner von uns — das war in den paar Worten, die wir vor zwei Wochen an der Tür wechseln konnten, und der Diskussion seit Jahren klar — hat die Absicht, sich umzubringen. Sollten wir hier tot aufgefunden werden, sind wir in der guten Tradition justiziel-

Die UNO fordert desweiteren, daß in Fällen, in denen das durchgeführte staatliche Untersuchungsverfahren inadäquat ist, wegen Mangels an Sachverständigkeit oder Unparteilichkeit, und in Fällen, in denen es Beschwerden von der Familie des Opfers über diese Unzulänglichkeiten gibt, eine *unabhängige Untersuchungskommission* eingerichtet werden muß, die die Autorität bekommt, alle Informationen zu erhalten, die für die Nachforschungen zur Klärung der Todesfälle nötig sind. Diese unabhängige Untersuchungskommission muß aus Menschen zusammengesetzt werden, die anerkannt unparteilich, sachverständig und von staatlichen Institutionen unabhängig sind. Wenn es eine Regierung verweigert, unparteiische Untersuchungsverfahren einzurichten, läßt sich daraus folgern, daß die Regierung politische oder andere willkürliche Morde vertuschen will. Zudem fordern die Vereinten Nationen, daß die Beschwerdeführer, also hier die Angehörigen, sowie die Zeugen und Mitglieder der unabhängigen Untersuchungskommission vor Gewalt, Androhung von Gewalt oder jeder anderen Form der Einschüchterung geschützt werden sollen! Was ist dieser Prozeß hier anderes, als daß wir Angehörigen verfolgt, verurteilt und eingeschüchtert werden sollen? — Obwohl wir nichts anderes machen, als im Interesse unserer Söhne, Töchter, Schwestern und Brüder uns das Recht zu nehmen, an der offiziellen staatlichen Version der „Selbstmorde“ in Stammheim 1977 berechtigt zu zweifeln und, aus allem heraus, was wir wissen, zu sagen: „Es waren Morde!“

VII. Nachwort

Zum Schluß möchte ich nur noch ein paar Gedanken aufwerfen, warum dieser Staat, dieser gewaltige Machtapparat, eigentlich solch eine Angst vor einer handvoll Eltern und Geschwistern von

Adelheid Hinrichsen

Die Vernichtung des 1. Kuweit

Der Uno-Sicherheitsrat hat dem Irak eine Frist zur bedingungslosen Räumung Kuwaits bis 15. Januar 1991 gesetzt und danach die „Anwendung aller notwendigen Mittel“ angedroht. Wie die daraufhin begonnenen Verhandlungen zwischen den USA und dem Irak ausgehen werden, ob der näherrückende Krieg stattfindet oder nicht, ist ungewiß. Das irakisches (Mindest-) Ziel ist, die Rumaila-Ölfelder sowie einen Zugang zum Golf zu erhalten. Das amerikanische Ziel ist, die US-Hegemonie im Nahen und Mittleren Osten zu sichern; zu diesem Zweck muß die irakische Militärmacht beschnitten, wenn nicht zerstört werden. Die beiden Ziele stehen sich so kontrovers gegenüber, daß nur schwer zu sehen ist, wo die Kompromißmöglichkeiten zwischen den Kontrahenten liegen. Endgültig wird wohl in den nächsten Tagen die Entscheidung über Krieg oder Frieden fallen.

Die westdeutsche Linke hat auf den drohenden Krieg bisher mit den Parolen der Demonstration am 24.11.1990 „Stoppt den Krieg am Golf — Kein Blut für Öl!“ reagiert. Mit einem entschiedenen Sowohl-als-auch hat man seinen pazifistischen und demokratisch-friedliebenden Überzeugungen Ausdruck gegeben und fordert in ausgewogener Distanz sowohl „Schluß mit dem militärischen Aufmarsch am Golf“ als auch „Selbstbestimmung für Kuweit“ (Aufruf des Trägerkreises Golf-Demo). Eigentümliche Positionen sucht man — wie so vieles andere — bei den linken Organisationen vergebens.

Der Golf-Konflikt wirft im wesentlichen drei Fragen auf, die über die internationale Kräfteentwicklung Aufschluß geben. Die erste und entscheidende Frage lautet, wie der Konflikt zwischen Kuweit und dem Irak als solcher zu bewerten ist. Die zweite Frage zielt auf die Politik der ausländischen Mächte am Golf, neben den USA die Sowjetunion sowie Großbritannien und Frankreich. Die dritte Frage schließlich richtet sich nach der Rolle des vereinigten Deutschlands. Ist die Politik der deutschen Bourgeoisie tatsächlich so zu kritisieren, daß man sich gegen den „NATO-Krieg am Golf“ wendet und damit glaubt, die Bundesrepublik zu treffen? Aus der Beantwortung dieser Fragen ergeben sich die Konsequenzen für eine revolutionäre Position zu dem Konflikt.

Auf dem Weg zum Nationalstaat der Araber

In den 50er und 60er Jahren wurden in einer Reihe der arabischen Einzelstaaten die noch von den Kolonialherren eingesetzten Marionettenregimes gestürzt: Ägypten 1952 (Nasser); Syrien und Irak 1962 (Baath-Partei); Libyen 1969 (Al-Gaddafi). Eines ist jedoch nicht gelungen: einen gemeinsamen arabischen Nationalstaat zu schaffen. Welche Ausdehnung dieser Nationalstaat letztlich haben wird, muß sich noch herausstellen. Im Norden und Osten geographisch be-

politischen Gefangenen hat, die nichts anderes tun, als Öffentlichkeit und Schutz für ihre Angehörigen in den Gefängnissen herzustellen, und die es wagen, die Wahrheit zu sagen.

Und wenn ich vom gewaltigen Machtapparat rede, ist das nicht nur eine Phrase, denn wir wissen doch alle, was diese Macht ausmacht:

Die Macht des Geldes, der Banken und Konzerne. Diese Macht bestimmt, in welchem Land es gerade günstig ist, Menschen, darunter sogar Tausende von Kindern, für Hungerlöhne arbeiten zu lassen. Diese Macht zerstört mit ihrer Wirtschaftspolitik ganze Kontinente wie z.B. Südamerika und Afrika und bringt die osteuropäischen Länder mit dem Zauberwort kapitalistische Freiheit in ihre Abhängigkeit. Da Wirtschaftswachstum ja das höchste Ziel ist, kann es nur erreicht werden über Leistungsdruk, Konkurrenz, Egoismus und geesteigertes Konsumverhalten. Das wiederum ruft Vereinzlung, Kälte und Entfremdung zwischen den Menschen hervor. Aber es gibt Menschen, die sich dem widersetzen, die mit ihrer Menschlichkeit dieses System ins Wanken bringen können. Um sich vor diesen Menschen zu schützen, wird ein „guter“ Polizei- und Justizapparat gebraucht, der jeglichen Ansatz von Widerstand im Keim ersticken soll.

Wir müssen uns mal ganz bewußt machen, was hier eigentlich abläuft. Da ist der Staat mit seinen Massenvernichtungsmitteln, mit denen die Welt mehrfach vernichtet werden könnte und die uns täglich direkt bedrohen. Da gibt es die Zerstörung der Luft, des Wassers und der ganzen Natur, und auf der Anklagebank sitzen nicht diejenigen, die diese Vernichtungspolitik zu verantworten haben, sondern diejenigen, die sich dagegen wehren und für eine bessere Welt kämpfen.

Adelheid Hinrichsen



Angehörige besetzen das Europaparlament in Bonn

Der Golfkonflikt: Ein Schritt zum arabischen Nationalstaat?

Der Uno-Sicherheitsrat hat dem Irak eine Frist zur bedingungslosen Räumung Kuwaits bis 15. Januar 1991 gesetzt und danach die „Anwendung aller notwendigen Mittel“ angedroht. Wie die daraufhin begonnenen Verhandlungen zwischen den USA und dem Irak ausgehen werden, ob der näherrückende Krieg stattfindet oder nicht, ist ungewiß. Das irakisches (Mindest-) Ziel ist, die Rumaila-Ölfelder sowie einen Zugang zum Golf zu erhalten. Das amerikanische Ziel ist, die US-Hegemonie im Nahen und Mittleren Osten zu sichern; zu diesem Zweck muß die irakische Militärmacht beschnitten, wenn nicht zerstört werden. Die beiden Ziele stehen sich so kontrovers gegenüber, daß nur schwer zu sehen ist, wo die Kompromißmöglichkeiten zwischen den Kontrahenten liegen. Endgültig wird wohl in den nächsten Tagen die Entscheidung über Krieg oder Frieden fallen.

Die westdeutsche Linke hat auf den drohenden Krieg bisher mit den Parolen der Demonstration am 24.11.1990 „Stoppt den Krieg am Golf — Kein Blut für Öl!“ reagiert. Mit einem entschiedenen Sowohl-als-auch hat man seinen pazifistischen und demokratisch-friedliebenden Überzeugungen Ausdruck gegeben und fordert in ausgewogener Distanz sowohl „Schluß mit dem militärischen Aufmarsch am Golf“ als auch „Selbstbestimmung für Kuweit“ (Aufruf des Trägerkreises Golf-Demo). Eigentümliche Positionen sucht man — wie so vieles andere — bei den linken Organisationen vergebens.

Der Golf-Konflikt wirft im wesentlichen drei Fragen auf, die über die internationale Kräfteentwicklung Aufschluß geben. Die erste und entscheidende Frage lautet, wie der Konflikt zwischen Kuweit und dem Irak als solcher zu bewerten ist. Die zweite Frage zielt auf die Politik der ausländischen Mächte am Golf, neben den USA die Sowjetunion sowie Großbritannien und Frankreich. Die dritte Frage schließlich richtet sich nach der Rolle des vereinigten Deutschlands. Ist die Politik der deutschen Bourgeoisie tatsächlich so zu kritisieren, daß man sich gegen den „NATO-Krieg am Golf“ wendet und damit glaubt, die Bundesrepublik zu treffen? Aus der Beantwortung dieser Fragen ergeben sich die Konsequenzen für eine revolutionäre Position zu dem Konflikt.

grenzt durch das Mittelmeer, die Türkei und den Iran, ist nach Westen hin nicht endgültig klar, welche Einzelstaaten er umfassen wird, d.h. insbesondere, ob alle oder nur einzelne der Maghreb-Staaten dazugehören werden. In vielerlei Hinsicht ähnelt die gegenwärtige Situation und historische Aufgabenstellung Arabiens der deutschen Nationalstaatsbildung im 19. Jahrhundert, angefangen von der Notwendigkeit, die territoriale Zersplitterung zu überwinden, über die Unsicherheit, welche Einzelstaaten endgültig dazugehören, bis zur Gegnerschaft der ausländischen Mächte.

Dem materiellen Inhalt nach bedeutet die Schaffung eines solchen einheitlichen Staates der Araber das Zusammenkommen des Ölreichums des Golfs mit dem Bevölkerungsreichstum des arabischen Nordens. Als Schritt in genau dieser Richtung wurde die Eroberung Kuwaits durch Saddam Hussein auch von den arabischen Massen begriffen und begrüßt. Umgekehrt ist ein gesamtarabischer Nationalstaat mit seiner resultierenden wirtschaftlichen Selbstständigkeit und politischen Unabhängigkeit der Alpträume der westlichen Imperialisten, die USA an der Spitze.

Feudale Drogenstaaten

Außer den ausländischen Mächten sind insbesondere die verbliebenen Feudalregimes am Golf entschiedene Gegner der arabischen Nationalbewegung, wird dadurch doch ihr Parasitendasein von Grund auf bedroht. Der Charakter dieser Staaten zeigt sich exemplarisch an Kuweit. Die Staatsbürgerschaft des Scheichtums ist in zwei Klassen geteilt. Die volle Staatsbürgerschaft einschließlich des Wahlrechts haben lediglich etwa 90.000 erwachsene Männer der sogenannten „alten Familien“; das sind die Angehörigen und Nachkommen des Beduinenstamms, den die Briten seinerzeit zum Staat erklärt haben, eine Ansammlung von Nichtstueren, die beim Einmarsch der irakischen Truppen nicht zu fliehen brauchten, weil sie sich sowieso nur selten in ihrer Heimat aufhielten. Daneben gibt es weitere ca. 600.000 Personen, die in den vergangenen Jahrzehnten nach Kuweit zugewandert sind und wegen ihrer Verdienste um das Wohlergehen der alten Familien und des Scheichtums eine Staatsbürgerschaft

zweiter Klasse erhalten haben: sie genießen Aufenthaltsrecht und haben Anspruch auf alle sozialen Vergünstigungen des Scheichtums, verfügen jedoch nur über eingeschränkte politische Rechte; u.a. dürfen sie nicht wählen.

Dazu kommen schließlich etwas über eine Million „Gastarbeiter“ aus Arabien und Asien, die das Recht haben zu arbeiten, solange ihre Herren sie benötigen, ansonsten aber weder soziale noch politische Rechte genießen. Nicht viel anders sind die Zustände in den anderen Feudalstaaten.

Israel als Garantiemacht der arabischen Niederhaltung

Neben ihnen ist der entschlossenste Gegner der arabischen Einheit der militärische Siedlerstaat Israel. Von den imperialistischen Mächten künstlich geschaffen und von den USA finanziell ausgehalten, verfügt er im Gegensatz zu den Golfstaaten über die militärische Schlagkraft, um den Arabern entgegenzutreten. Seine Existenz gründet sich auf der Niederhaltung der arabischen Nation, weil Israel nur solange überleben kann, wie die arabische Nation gespalten ist. Umgekehrt muß sich jeder Schritt der arabischen Einheit gegen Israel als den entscheidenden Garanten der gegenwärtigen Ordnung richten.

Revolutionäre Folgen des Überfalls auf Kuweit

Ohne daß dies die Absicht Saddam Husseins war, hat das Vorgehen des Irak die Kernfragen der arabischen Nation auf die Tagesordnung gesetzt: die Zerstörung der Feudalregimes und schließlich die Auseinandersetzung mit Israel. Die Motive, die zu dem Überfall auf Kuweit geführt haben, waren so wenig ehrenwert wie die beim achtjährigen Krieg gegen den Iran: zusätzliches Erdöl und ein Zugang zum Golf, um den Irak zur Seemacht zu machen. Erst als die USA mit dem beginnenden Truppeneinmarsch demonstrierten, daß sie nicht daran dachten, den irakischen Machtwuchs zu dulden, blieb Saddam Hussein nur die Flucht nach vorn und trat er als Einiger der arabischen Nation und Befreier Palästinas auf. Er vollzog damit das nach, was die arabischen Massen die Auflösung des kuwaitischen Scheichtums von vornherein aufgefaßt hatten und was aus den Dingen selber

entspringt. Jenseits der individuellen Beweggründe der Beteiligten machen die realen Verhältnisse die Zerschlagung Kuwaits durch den Irak objektiv zu einem revolutionären Akt.

Wiederum ist der Vergleich mit der deutschen Nationalstaatsbildung im 19. Jahrhundert hilfreich. Als Bismarck das Deutsche Reich schuf, handelte er keineswegs aus nationaler Überzeugung, sondern um die Herrschaft seiner Klasse, der preußischen Junker, zu retten. So stellte er den Junkerstaat Preußen an die Spitze der Nationalbewegung, die sonst über ihn hinweggegangen wäre. Damit vollbrachte er das historisch Notwendige und handelte objektiv revolutionär, wie von Marx und Engels auch immer anerkannt. Nebenher ließ er dabei — höchst illegal — eine Reihe deutscher Fürstenkronen purzeln, ohne die Einwohner der Kleinstaaten zu fragen und ohne daß Marxisten dem bisher eine Träne nachgeweint hätten.

Selbstbestimmung für einen Drogenstaat

Was bedeutet unter diesen Umständen die Forderung nach der „Selbstbestimmung Kuwaits“? Welches kuwaitische Volk soll hier das Selbstbestimmungsrecht ausüben? Das Drogenvolk erster Klasse — die alten Familien —, oder das Drogenvolk 2. Klasse — die verdienten Zuwanderer —, die unter den von der britischen Kolonialmacht geschaffenen Bedingungen gemeinsam für die Aufrechterhaltung ihrer privilegierten Existenz eintreten müssen? Oder sollen die arabischen und asiatischen Gastarbeiter das Selbstbestimmungsrecht ausüben, die mittlerweile wieder größtenteils in ihre Heimatländer zurückgefliet sind? Sobald man die Forderung nach dem „Selbstbestimmungsrecht“ konkretisiert, entpuppt sie sich als fortschrittlich klingende Phrase, deren realer Inhalt die Aufrechterhaltung der überkommenen Staatenordnung im Nahen und Mittleren Osten ist.

Es gibt für Revolutionäre keinen Grund, in diesem Fall den Standpunkt des Völkerrechts einzunehmen, so „demokratisch“ auch immer dies wirkt, weil das Völkerrecht hier lediglich die nachkolonial-imperialistische Ordnung schützt. Der Maßstab zur Beurteilung des Golf-Konflikts kann sich weder aus dem Pazifismus noch aus der Demokra-

tie an sich ergeben, sondern daraus, inwieweit die imperialistischen Kernmächte geschwächt werden und die Bildung des historisch auf der Tagesordnung stehenden Nationalstaats der Araber näherrückt.

Die USA im Kampf um ihre Hegemonialposition

Die Frage nach den Zielen der Vereinigten Staaten im Golf-Konflikt stellt sich deswegen mit besonderer Schärfe, weil die USA — im Unterschied zu anderen Staaten — nicht elementar auf die Öliefüllungen aus dieser Region angewiesen sind. Wenn sie das Öl aber nicht zwingend benötigen — was ist dann der Grund für ihr Engagement? Diese Frage läßt sich nur aus der Globalpolitik der USA heraus beantworten: die Herrschaft über den Golf und damit über das Öl sichert die Vormacht gegenüber allen Staaten, die im Gegensatz zu den USA von diesen Öliefüllungen abhängig sind. Das sind in erster Linie die Westeuropäer und Japaner, daneben eine Großzahl von Staaten der 3. Welt, die durch ihre Abhängigkeit vom Erdöl abhängig sind von derjenigen Macht, die den Golf kontrolliert. Mit anderen Worten: die Kontrolle über das weltweite Förderzentrum der z.Zt. wichtigsten Energiequelle dieser Erde sichert die weltweite Hegemonialposition der USA, sichert ihre Rolle als Weltmacht.

Deshalb verkündete der damalige US-Präsident Carter schon im Jahre 1980 die sog. Nahost-Doktrin, die nach wie vor Leitlinie der US-Politik ist: „Jeder Versuch einer ausländischen Macht, die Kontrolle über die Golfregion zu erlangen, wird als ein Angriff auf lebenswichtige Interessen der USA angesehen und mit allen Mitteln, einschließlich militärischer Gewalt, zurückgeschlagen werden“.

Zwischen Krieg und Kompromiß

Die islamische Revolution im Iran hat vor mehr als zehn Jahren mit dem Schah-Regime bereits den damaligen Hauptstützpunkt der Amerikaner am Golf hinweggefegt. Nunmehr ist der Irak dabei, eine regionale Vormacht zu werden, die amerikanischen Einflußmöglichkeiten gänzlich entzogen ist und auf dem Sprung steht, die arabische Einheit mit Waffengewalt herbeizuführen. Ihn gewährenlassen, hieße regional, Israel auf Dauer zu gefährden, und global, Abschied zu nehmen von der jahrzehntelangen weltweiten Hegemonialpolitik. Dazu ist die amerikanische Bourgeoisie keineswegs bereit, auch wenn eine zunehmende Strömung diese Politik mehr und mehr als Überforderung der eigenen Kräfte ansieht und fordert, zum „Isolationismus“ zurückzukehren.

Wie aber sollen die Iraker zum Rückzug aus Kuwait anders als durch Krieg gezwungen werden? Freiwillig werden sie sich nur dann zurückziehen, wenn

ihnen das Rumaila-Ölfeld und die Inseln zugestanden werden, die den Zugang zum Golf versperren. Damit würde das Realität, was die Amerikaner verhindern wollen: der Irak ginge gestärkt aus der Krise hervor; er würde nicht nur endgültig zur beherrschenden Landmacht im arabischen Raum, sondern auch zur Seemacht, die er bisher nicht ist. Unter diesen Umständen ist nur schwer zu erkennen, wo der Spielraum für Kompromisse ist.

Die Sowjetunion: Schwäche und Kondominium

Damit kommen wir zur weiteren Frage, nach der Politik der anderen Staaten, zunächst der Sowjetunion. Auffallend ist, daß USA und SU gemeinsame Resolutionen im Weltsicherheitsrat verabschiedet haben, bis hin zum kürzlichen Ultimatum an Saddam Hussein. Von der Linken wird dies auf die gegenwärtige Schwächesituation der UdSSR zurückgeführt. Das ist jedoch nur die eine Seite. Die andere Seite ist die Tatsache, daß seit 1956 eine Art amerikanisch-sowjetisches Kondominium über den Nahen und Mittleren Osten existiert. In diesem Jahr versuchten die Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich mit Unterstützung Israels, durch den Einsatz von Fallschirmjägertruppen die soeben durch den ägyptischen Staatspräsidenten Nasser durchgeführte Verstaatlichung des Suez-Kanals rückgängig zu machen. Das Militärabenteuer scheiterte nicht nur an der Rückdeckung Ägyptens durch die Sowjetunion. Es scheiterte auch an der verweigerten Rückdeckung der Briten und Franzosen durch die Amerikaner. Letztere dachten nicht daran, die untergehenden Kolonialreiche der Europäer zu retten, sondern verlangten im Gegenteil deren Verschwinden, um das entstehende Machtvakuum selber auszufüllen. Seither existiert eine Art gemeinsamer amerikanisch-sowjetischer Vorherrschaft in dieser Region.

Im Innenverhältnis war dieses Kondominium von permanenter Rivalität gekennzeichnet, indem jede der beiden Seiten versuchte, die andere herauszudrängen. Gegenüber Dritten hat man aber immer gemeinsam dafür Sorge getragen, daß keine andere Macht in der Region zu stark wurde. Diese Gesetzmäßigkeit zeigt sich zuletzt bei der von beiden — wenn auch mit unterschiedlicher Intensität — bekämpften islamischen Revolution im Iran. Im Fall des Irak bestätigt sich das Muster: beide Mächte sind gegen das Vorgehen Saddam Husseins, weil sie keine eigenständige Regionalmacht dulden wollen, die ihre eigene Politik betreibt, unkontrolliert von beiden Mächten.

Überreste britischer Weltmachtpolitik

Großbritannien ist der einzige Staat, der nicht nur Truppen nach Saudi-Arabien

verschifft, sondern diese auch von Anfang an amerikanischem Oberbefehl unterstellt hat. Als einstige koloniale Vormacht der Region haben die Briten ihren verbliebenen Einfluß als Mitgift in die „special relationship“ mit den Amerikanern eingebracht. Bevor das Bündnis der angelsächsischen Seemächte zerbricht und die britische Bourgeoisie außenpolitisch statt mit den Amerikanern mit den Kontinentaleuropäern zusammengesetzt, muß immer noch eine kopernikanische Wende der insularen Außenpolitik erfolgen. Der Wechsel von Margaret Thatcher zu dem Thatcher-Mann Major war das nicht.

Der Zusammenbruch der französischen Nahostpolitik

Für die französische Bourgeoisie bedeutet der Irak-Konflikt mehr als nur eine Niederlage. Vor Jahren ist bereits der Libanon, unter den nachkolonialen Staaten der Region speziell französischer Stützpunkt, dem eigenen Einfluß entglitten, weil Frankreich nicht länger in der Lage war, seine christlichen Helfershelfer an der Macht zu halten. Nunmehr hat auch der Irak, in dem sich die Mitterand-Regierung durch massive Waffenlieferungen Einfluß zu erkaufen suchte, die Franzosen enttäuscht, und das zum gleichen Zeitpunkt, in dem Frankreich durch die Wiederentstehung des deutschen Nationalstaates auch in Europa an den Rand des Geschehens gedrängt wird. Jahrzehntelang haben die Umstände der Geschichte, namentlich die Spaltung Deutschlands und die Dauerhaftigkeit der nachkolonialen Ordnung im Mittelmeerraum, Frankreich erlaubt, eine größere Rolle zu spielen, als es der eigenen Stärke entsprach. Diese Zeiten neigen sich dem Ende zu. Stattdessen eröffnet die Entwicklung dem wieder vereinten Deutschland, traditionelle Nichtkolonialmacht in der Region, neue Einflußmöglichkeiten.

Deutschland bald im Nato-Krieg?

Wenn man nur die Publikationen der Linken lesen würde, wäre jeder Leser und jede Leserin der Überzeugung, daß die westdeutsche Bourgeoisie nichts besseres zu tun hätte, als kriegslüstern auf den Tag zu warten, an dem die Bundeswehr an der Seite der Amerikaner den „Irren aus Bagdad“ besiegt. Wegen der Entsendung von 5 Minenschiffen mit 385 Mann Besatzung sah der „Arbeiterkampf“ Deutschland bereits im „Kriegszustand“ mit dem Irak (AK v. 20.8.) und kündigte die SoZ „Gefechtshandlungen“ der Marine an (SoZ-Aktuell, August 1990). Zur Enttäuschung der Linken haben die Schiffe Order bekommen, auf keinen Fall in den Golf einzulaufen, sondern bei Kreta hinzumachen, zig Seemeilen vom Golf entfernt. Dort dümpeln sie seit Monaten vor sich hin, und das einzige, was sie

zerstören, ist die Dienstmoral der Besatzung. Daraufhin hat der „Arbeiterkampf“ in der Türkei deutsche Fallschirmjäger entdeckt, die sich dort, getarnt durch die Teilnahme an NATO-Manövern, auf den Krieg vorbereiten, den die Bourgeoisie kaum erwarten kann. Und als letzter Beweis für den angekündigten amerikanisch-englisch-französisch-deutschen „NATO-Krieg am Golf“ dient die Verabredung der großen Bundestagsparteien, durch eine Grundgesetzänderung künftig deutsche Truppen in der Dritten Welt unter UNO-Kommando einzusetzen.

Künftig ohne und gegen die USA

Wie gewöhnlich, ist auch hier das Gegenteil dessen richtig, was die Linke behauptet. Seit Jahren fordern die Amerikaner, den NATO-Vertrag zu ändern, um NATO-Truppen außerhalb des nordatlantischen Vertragsgebiets kämpfen zu lassen. Ebenso regelmäßig, wie diese Forderung vorgebracht wurde, ist sie von allen Bundesregierungen zurückgewiesen worden. Jeder Einsatz im Rahmen der NATO bedeutet: unter Führung der USA, denn die NATO ist ein amerikanisches Bündnis. Die deutsche Bourgeoisie, die gerade dabei ist, die Rolle der NATO in Europa mehr und mehr zurückzuschneiden, um ihren eigenen Handlungsspielraum zu vergrößern, denkt jedoch nicht daran, sich ausgerechnet in diesem Augenblick amerikanischem Oberbefehl in der Dritten Welt zu unterwerfen.

Darum ist die Grundgesetzänderung ausdrücklich im Hinblick auf einen künftigen UNO-Einsatz deutscher Truppen angekündigt worden. Jedermann weiß, daß die USA in der UNO (einschließlich dem Sicherheitsrat) keine prinzipiell beherrschende Rolle innehaben und der Spielraum der beteiligten Mächte außerordentlich groß ist, indem sie z.B. selber entscheiden, ob sie der UNO-Truppen zur Verfügung stellen oder nicht. Aus diesem Grund bedeutet die verweigerte NATO-Vertragsänderung bei gleichzeitiger Ankündigung künftiger UNO-Einsätze von deutschen Truppen nicht nur eine Absage, sondern eine Kampfansage an die Amerikaner: die deutsche Bourgeoisie beabsichtigt, ihre konkurrierenden Interessen in der Dritten Welt in den kommenden Jahren selbständig militärisch abzusichern.

Unterschiedliche deutsche und amerikanische Ziele

Was von der deutschen Unterstützung der USA übrigbleibt, sind darum 3,3 Milliarden DM, die Kohl nach heftigen Attacken aus dem Kongress als finanzielle Hilfe für den Irak-Einsatz zugesagt hat. Der Löwenanteil dieser Hilfe in Höhe von fast 2 Mrd. DM setzt sich jedoch aus Altbeständen der Nationalen Volksarmee und der Bundeswehr zu-

sammen, die wegen der Verringerung der Bundeswehr nicht mehr benötigt werden.

Wer noch genauer hinsieht, erkennt auch die unterschiedlichen politischen Ziele, die beide Mächte im Golf-Konflikt verfolgen. Während die USA den bedingungslosen Rückzug des Irak und die vollständige Wiederherstellung der vorherigen Zustände verlangen, spricht Bundesaußenminister Genscher regelmäßig nur von der Wiederherstellung der Souveränität Kuwaits. Damit hat sich die deutsche Politik weder auf die Grenzen des wiederhergestellten Kuwaits noch auf die Restaurierung der Herrschaft der Scheichfamilie festgelegt. Die Freilassung der deutschen Geiseln war die „Belohnung“ für diese Politik.

Die NATO driftet auseinander

Die einzige tatsächlich interessante Frage ist deshalb unter diesen Umständen, warum es bislang zu keiner offenen Konfrontation zwischen den USA und der Bundesrepublik gekommen ist. Von Seiten der Deutschen liegt die Zurückhaltung darin begründet, daß kein Anlaß besteht, das soeben vereinigte Deutschland durch einen Bruch mit den Amerikanern zu belasten, wenn die abweichenenden Interessen unter Aufrechterhaltung der Fassade verfolgen werden können. Solange die Substanz der faktischen deutschen Neutralitätspolitik am Golf nicht berührt wird, können darum weitere Konzessionen wie die Beteiligung an NATO-Manövern im Mittelmeerraum oder die Zurverfügungstellung von Transportraum für amerikanische Truppen gewährt werden.

Umgekehrt kann von Seiten der USA kein Krach riskiert werden, weil die Bundesrepublik das Zentrum der US-Einrichtungen in Europa ist, unverzichtbar für die Organisierung des US-Aufmarsches am Golf, wohin der Frankfurter Flughafen die Drehscheibe für alle Lufttransporte bildet. Unterhalb der Schwelle des offenen Bruchs zeigt der Irak-Konflikt jedoch im Gegensatz zu allen Behauptungen der Linken keinen Schulterschluß der NATO, sondern vertieft im Gegenteil die Gegensätze zwischen den tragenden Mächten des Bündnisses, den USA und ihrem bisherigen kontinentaleuropäischen Juniorpartner, dem nunmehr vereinten Deutschland.

Die deutsche Einigung einerseits, der Irak-Konflikt andererseits markieren das Ende einer Ära. Nicht nur die mit der Weltkriegsniederlage Deutschlands in Europa entstandene Ordnung, sondern auch die nachkoloniale Ordnung des Nahen und Mittleren Ostens löst sich auf; die „Pax americana“ geht ihrem Ende zu. Vom Boden der kleinstadtlichen Demokratie aus, den die Linke mehr und mehr betritt, sind die daraus resultierenden Aufgaben nicht zu lösen. Michael Vogt (Aufsätze zur Diskussion)

Zuschriften

„Agnostiker oder Agnosie?“

Noch einmal zu „ithk“ in der Beilage vom 28.9.

Hättet Du geschwiegen, hätte ich Dich zwar nicht für einen Weisen, aber immerhin für eine Art Agnostiker des Kommunismus gehalten. So aber bin ich zu der Auffassung gelangt, daß es sich hier um einen Fall von „Agnosie“ handelt (It. Duden: Unfähigkeit, Wahrnehmungen zu erkennen). Mir scheint, daß sich zwischen uns, wewn wir so weiter machen würden, eine Diskussion über die Köpfe der Leser hinweg entwickeln würde und wir uns immer weiter vom eigentlichen Thema „Lenin, Vorläufer Stalins“ entfernen. Ich habe dazu keine Lust, und Argumente werden auch nicht besser, indem man sie, wenn auch in abgewandelter Form, wiederholt. Zumal Du Dich in der Diskussion einer extrem apodiktischen Weise bedienst, die keine echte fruchtbare Diskussion zuläßt.

Die Kommunisten sollten also Deinem Rat folgen und sich von „dieser Ideologie“ (des historischen Materialismus) trennen. Du tust so, als habe sich auf dem Gebiet der marxistischen Theorie seit Marx und Engels, bestenfalls seit Lenin nichts bewegt. Vielleicht liest Du einmal Robert Havemanns „Dialektik ohne Dogma“; da findest Du z.B. sehr gute Formulierungen über „Freiheit und Notwendigkeit“. Es gibt eine lange Reihe marxistischer Wissenschaftler von

Gramsci, Althusser, Balibar bis Habermas, um nur einige wenige zu nennen, die nicht aus der Tradition des Marxismus-Trotzkismus kommen. Ich wäre glücklich, wenn ich es schaffen könnte, auch nur einen Bruchteil dieser neomarxistischen Literatur zu lesen. Über Jürgen Habermas sagt der Brockhaus: „... seine Sozialtheorie sucht das subjektive Freiheitsinteresse mit den objektiven Zwängen in Natur und Gesellschaft dialektisch im Sinne fortschreitender Emanzipation der menschlichen Gattung zu verbinden“; Und Apel Honneth schreibt in „Theorien des historischen Materialismus“ (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, Frankfurt/M 1977) über Althusser: „Der marxistische Theoriekreis, der sich seit den sechziger Jahren um Luis Althusser gesammelt hat, arbeitet an einer zugleich theoretisch und politisch folgenreichen Neuinterpretation der Marxschen Theorie“; und weiter unten: „... der kritische Anspruch seiner Marx-Lektüre ist ... gewaltig: zwischen ... Marx und dem eigentlichen Theorieentwurf läßt Althusser beinahe allein noch den Marxismus Lenins gelten...“ (Du siehst, auch Althusser hat seinen Säulenheiligen).

Voller Zerknirschung muß ich gestehen, daß ich der Versuchung nicht widerstehen kann, noch einen Autor zu zitieren, der aus meiner politischen Rich-



PDS: Zum Verfassungsentwurf des Runden Tisches

DKP: Volksentscheid über eine neue Verfassung

BWK: Krise der Verfassung und sozialistische Politik

VSP: Bringt uns die Verfassungsdebatte weiter?

Die nebenstehende Broschüre erscheint auf Beschuß der ersten zentralen Konferenz des „Roten Tisches“. Dieser fand auf Einladung der DKP am 23./24. Juni in Leverkusen statt. Sie enthält: Beiträge von Vertretern der PDS, der DKP, des BWK und der VSP zum Verfassungsentwurf des „Runden Tisches“ der DDR sowie zu der Verfassungsdiskussion, die in Reaktion auf die Annexion der DDR und deren Folgen für die Lohnabhängigen in BRD und DDR erneut begonnen hat. Der Verfassungsentwurf des „Runden Tisches“ der DDR, der im Frühjahr 1990 von allen am „Runden Tisch“ vertretenen Parteien und Bürgerbewegungen einstimmig verabschiedet worden ist, sowie der Briefwechsel des „Runden Tisches“ und der DDR-Volkskammer über den Verfassungsentwurf sind vollständig dokumentiert.

ISBN 3-926922-04-4. 36 Seiten DIN-A-4, broschiert.

Preis: 3,50 DM

Zu beziehen bei: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1.



Dokumentiert:
Verfassungsentwurf des
Runden Tisches für die DDR

W. Boepple